

Aufwärts mit Deutschland

Protokoll

*31. Bundesparteitag
25./26. Mai 1983 · Köln*



**31. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Köln, 25./26. Mai 1983

| Inhalt | Seite: |
|---|---------|
| Eröffnung | 7 |
| Wahl des Tagungspräsidiums | 12 |
| Beschlußfassung über die Tagesordnung | 13 |
| Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission | 22 |
| Wahl der Mandatsprüfungskommission | 22 |
| Wahl der Stimmzählkommission | 22 |
| Grußworte | 23/181 |
| Rede des Vorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl | 29 |
| Bericht des Generalsekretärs Bundesminister Dr. Heiner Geißler | 60 |
| Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger | 76 |
| Bericht des Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep | 87 |
| Bericht der Rechnungsprüfer | 94 |
| Ausspache zu den Berichten | 96 |
| Entlastung des Bundesvorstandes | 103 |
| Bericht der Mandatsprüfungskommission | 103 |
| Wahl des Bundesvorstandes | 104 |
| – Wahl des Vorsitzenden | 105 |
| – Wahl der 7 Stellvertretenden Vorsitzenden | 116/125 |
| – Wahl des Bundesschatzmeisters | 127 |
| – Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes | 128/131 |
| Wahl der Rechnungsprüfer | 127 |
| Forum „Jugendarbeitslosigkeit“ | 133 |
| Anträge | . |
| – Änderung des Statuts | 118 |
| – Jugendarbeitslosigkeit | 248 |
| – Sonstige Anträge | 251 |
| Schlußwort des Bundesvorsitzenden | 263 |
| Anhang | |
| Beschlußprotokoll | 267 |
| Beschlüsse | 277 |
| Namensverzeichnis | 292 |

Mittwoch, 25. Mai 1983

1. Plenarsitzung

Beginn: 10.46 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU:

Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Hiermit eröffne ich den 31. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und darf Sie alle sehr herzlich begrüßen.

Ich begrüße Sie in Köln, jener Stadt, die der Union in ihrer Geschichte und auch in den letzten Jahrzehnten so viel gegeben hat. Ich begrüße unsere zahlreichen ausländischen Freunde und Gäste. Ich begrüße die Repräsentanten, die Vorsitzenden vieler wichtiger Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem, liebe Freunde, begrüße ich die Delegierten und die Gastdelegierten der CDU Deutschlands, die heute zum dritten Mal, nach 1954 und 1961, zu einem Bundesparteitag nach Köln gekommen sind.

Unter unseren Gästen sind nur noch wenige, die all diese Parteitage aktiv mitgestaltet und erlebt haben, und auch unter den Delegierten sind wenige, die sie aktiv mitgestaltet haben. Einen will ich gleich zu Beginn begrüßen, der immer dabei war und der in seiner Persönlichkeit auch die Geschichte der CDU Deutschlands repräsentiert: unseren Freund Kurt Georg Kiesinger.

(Beifall)

Lieber Freund Kurt Georg Kiesinger, daß es für mich heute eine besondere Freude ist und - ich sage es so, wie ich es empfinde - ein bewegender Augenblick, Sie in der Kontinuität der Partei begrüßen zu können, wird jeder verstehen, der die Jahrzehnte in der Union mit uns gemeinsam gestaltet hat.

Mit ihm begrüße ich die vielen älteren Freunde, die heute unsere Gäste sind, Freunde aus dem Ältestenrat der Partei um Heinrich Krone. Ich war und bin immer dankbar für ihren erfahrenen und freundschaftlichen Rat.

(Beifall)

Meine Lieben Freunde, unserem Selbstverständnis und unserer Tradition entsprechend wollen wir zur Eröffnung des Parteitages und vor Eintritt in die Tagesordnung unserer heimgegangenen Freunde gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich erinnere an Dr. Konrad Josef Kannengießer, gestorben am 12. November 1981. Josef Kannengießer gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Mitbegründern der CDU. Er war nach dem Zusammenbruch der Nazi-Zeit der erste Geschäftsführer der CDU in Westfalen-Lippe. Er war zutiefst davon überzeugt und beseelt, daß sich katholische und evangelische Christen nur gemeinsam in einer großen christlichen Partei durchsetzen können.

Ich erinnere an Frau Margot Kalinke, gestorben am 25. November 1981. Sie war von 1949 bis 1953 und von 1955 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, zunächst als Mitglied der Deutschen Partei und dann viele Jahre hindurch als Mitglied unserer Fraktion. Margot Kalinke gehörte in ihrer eigenen, unverwechselbaren Weise zu den Parlamentariern der ersten Stunde, für die Sozialpolitik Lebensaufgabe war.

Vor 1933 arbeitete sie bei den christlichen Gewerkschaften im Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten. Die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im Bereich der Kranken- und Rentenversicherung ist aufs engste mit ihrem Wirken verbunden.

Ich erinnere an Kurt Bender, gestorben am 27. Dezember 1981. Er war über 20 Jahre Stadtverordneter der CDU in Frankfurt. Er trat nach dem Krieg der CDU bei und führte durch fast 30 Jahre hindurch den mitgliedstärksten CDU-Ortsverband in Frankfurt. In seinem väterlichen Betrieb großgeworden, gehörte er zu denen, die über die Kommunalpolitik intensiv am Wiederaufbau seiner Heimatstadt Frankfurt geholfen haben.

Ich erinnere an Eduardo Frei, gestorben am 22. Januar 1982. Er war Präsident Chiles und war von 1960 bis 1970 Führer der chilenischen christlichen Demokraten. Er war mehr als der Führer einer nationalen Partei. Er war auch mehr als nur eine Führungspersönlichkeit der christlichen Demokratie in Lateinamerika. Sein Name stand und sein Name steht als Symbol für Demokratie und Menschenrechte in seinem Land und überall in der Welt. Er war unser Freund.

Ich erinnere an Dr. Günther Serres, gestorben am 26. Dezember 1981. Günther Serres war Mitglied des Deutschen Bundestages von 1949 bis 1969. Über 20 Jahre hindurch führte er seinen Heimatkreisverband. Er hat als Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union unserer Sache gedient.

Ich erinnere an Frau Dr. Elsbeth Bonnemann, gestorben am 23. Januar 1982. Sie war Ehrenvorsitzende des Bundes katholischer deutscher Akademikerinnen. Sie hat sich nach dem 2. Weltkrieg mit ihrer ganzen Kraft für die Belange der Frau, vor allem der berufstätigen Frau, eingesetzt. Als Stadträtin von Göttingen und als Mitglied des niedersächsischen Landtags hat sie sich in besonderer Weise der beruflichen Situation der Frau angenommen. Ihre Hauptsorge galt durch die vielen Jahre hindurch der sozialen Lage der Studentinnen an deutschen Universitäten.

Ich erinnere an Hans-Joachim von Merkatz, gestorben am 25. Februar 1982. Er hat die Gründerjahre der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet. In wichtigen Regierungsämtern hat Hans-Joachim von Merkatz unter Konrad Adenauer unserem Lande gedient. Er war ein Mann des Ausgleichs und der Verständigung, und er hat sich vor allem um die europäische Idee verdient gemacht.

Ich erinnere an Karl Hahn, gestorben am 6. März 1982. Er war Bundestagsabgeordneter von 1953 bis 1969. Er war Mitglied des Europäischen Parlaments und war Bezirksvorsitzender der CDU-Ost im Bezirk Ostwestfalen-Lippe. In den 20er Jahren hat sich Karl Hahn der Jugendarbeit in besonderer Weise gewidmet. 1934 wurde er vom

NS-Regime aus politischen Gründen gemäßregelt. Er fand schon früh Kontakt und Zugang zum Widerstand gegen Hitler. Er hat sich in einer beispielhaften Weise gerade auch für die Sache der jungen Generation eingesetzt.

Ich erinnere an unseren Freund Hans Hubrig, gestorben am 25. März 1982. Er war Mitglied des Bundestages von 1969 bis 1972 und danach wiederum ab 1976. Er war Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag von Celle.

Er war vorher Mitglied des Landtags in Niedersachsen. Er hat sich in einer ganz besonderen Weise um die Zukunftsaufgaben der Energiepolitik und der Forschungsförderung verdient gemacht.

Ich erinnere an Walter Hallstein, gestorben am 29. März 1982. Er war ein Mann der ersten Stunde beim Wiederaufbau der neuen Republik. Er war ein Wegbegleiter Konrad Adenauers, und er gehörte zu jenen Persönlichkeiten, die in zäher Arbeit Stein auf Stein unsere Republik gebaut haben. Seine Leidenschaft und sein Engagement galten der europäischen Einigung. Er wird zu Recht als einer der Väter der Europäischen Gemeinschaft genannt. Er war im besten Sinne des Wortes ein Diener unseres Staates, der in diesem Dienen mit die Fundamente für eine freiheitliche Zukunft Deutschlands gelegt hat.

Ich erinnere an Hermann Schlüter, gestorben am 4. Juni 1982. Er war Mitglied der Bremischen Bürgerschaft von 1952 bis 1967. Er war langjähriger Präses und Ehrenpräses der Handwerkskammer in Bremen. Von Beruf Bäckermeister, war er ein anerkannter Repräsentant seines Berufsstandes. Er hat in langen Jahren aufopferungsvoll und beispielhaft für das Gemeinwohl seiner Heimatstadt gearbeitet.

Ich erinnere an unseren Freund Werner Schwarz, gestorben am 2. September 1982. Er war Mitglied des Deutschen Bundestages von 1953 bis 1965. Er war Bundesernährungsminister von 1959 bis 1965. Von ganzem Herzen Bauer und Landwirt, war Werner Schwarz in langen Jahren seines politischen Wirkens ein Sachwalter der Interessen seines Berufsstandes. Aber er hat immer die Interessen des ganzen Landes im Blick gehabt. In einer schwierigen Phase der europäischen Einigung hat Werner Schwarz mit großem politischem Einsatz und Erfolg für Europa seinen Kampf geführt.

Ich nenne Josef Pütz, gestorben am 9. September 1982. Er war Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung von 1968 bis 1973. Er war in den Jahren von 1960 bis 1966 Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Josef Pütz gehörte zu den Mitbegründern der CDU. Sein ganzes Engagement galt in diesen Jahren der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Solingen in Nordrhein-Westfalen. Über 20 Jahre hindurch diente er im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Friedel Heinen, gestorben am 10. September 1982. Er war Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen und über 20 Jahre hindurch Mitglied des Landtags. Er ist vor allem in seiner Heimatstadt Duisburg als Kommunalpolitiker, der er ein Leben lang geblieben ist, hervorgetreten.

Ich nenne unseren Freund Egon Lampersbach, gestorben am 16. Dezember 1982. Er war von 1968 bis 1977 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, und er gehörte von 1965 bis zu seinem Tod dem Deutschen Bundestag als Mitglied an. Sein politischer Werdegang begann in der Kommunalpolitik. Sein ganzes politisches Leben hindurch hat er im Bereich unserer Mittelstandsvereinigung gewirkt.

Ich nenne Anton Sabel, gestorben am 5. Januar 1983. Er war Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Er war Mitglied des Deutschen Bundestages bis zu seiner Berufung in dieses Amt von 1949 bis 1957. Als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit hat Anton Sabel in der schweren Zeit des Wiederaufbaus einer zukunftsweisenden Sozial- und Gesellschaftspolitik entscheidende Anstöße gegeben. Als Präsident der Bundesanstalt hat er von 1957 bis 1968 vor allem auch die Interessen der Arbeitnehmer unseres Landes in vorbildlicher Weise vertreten.

Ich nenne Heinz Haupt, gestorben am 2. April 1983. Er war stellvertretender Landesgeschäftsführer der CDU des Rheinlands. Schon in den Gründerjahren der Union 1946 begann er seine hauptberufliche Tätigkeit in der Union. Verantwortlich für die Organisation des Landesverbandes, für Wahlkämpfe, Parteitage und Kongresse, hat Heinz Haupt Anteil an der erfolgreichen Arbeit unserer Partei.

Und ich nenne, liebe Freunde, Harm Dallmeyer, gestorben am 11. April 1983, einer aus der jungen Generation unserer Partei. Wir wissen, daß sein Leben sich viel zu früh vollendet hat. Mit ihm verlieren wir einen Freund, der sich mit großem Einsatz und persönlichem Engagement in den Dienst unserer Partei gestellt hat.

Sie haben sich zu Ehren unserer Freunde erhoben. Ich bitte Sie, unseren heimgegangenen Freunden ein stilles Gebet zu widmen. - Ich danke Ihnen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Lieben Freunde! Es entspricht der Tradition unserer Parteitage, daß der Vorsitzende bei der Eröffnung in wenigen kurzen Sätzen auf die Entwicklung seit dem letzten Parteitag eingeht. Ich tue dies heute mit verständlicher Genugtuung.

Vor eineinhalb Jahren auf dem Parteitag in Hamburg habe ich den Delegierten zugerufen, daß dieser Hamburger Parteitag zur Vorbereitung der Regierungsübernahme dient. Und jeder im Lande sieht: Wir haben Wort gehalten. Es war die Vorbereitung zur Regierungsübernahme.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe damals gesagt, und ich darf es wiederholen: "Wir werden unser Land besser regieren - nicht, weil wir alles besser wissen, sondern weil wir auf das Wissen und den Willen der Menschen bauen. Wir, die Menschen unseres Landes, wollen nicht mehr Staat, sondern einen besseren Staat. Wir wollen diesen

Staat vom Kopf der Bürokraten wieder auf die Füße seiner Bürger stellen."

Am 6. März haben uns die Wähler dazu den Auftrag gegeben.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist noch kein ganzes Jahr vergangen, seit sich die Agonie der Regierung Schmidt vor aller Augen vollzog. Das Ende kam im Spätsommer, als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihrem stellvertretenden Vorsitzenden Helmut Schmidt die Gefolgschaft versagte, als die Sozialdemokraten hilflos vor den Problemen standen, die sie selbst verschuldet hatten, jenen Problemen, die einfach lauteten: Millionenarbeitslosigkeit ohne Aussicht auf Abhilfe, eine uferlos wachsende Staatsverschuldung ohne den Willen zur wirklichen Eindämmung, wachsende Zweifel unserer Freunde und Partner an der Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland.

Um diese Erblast waren wir nicht zu beneiden, als wir in jenen Septembertagen die Koalition der Mitte verabredeten und bildeten. Was mußten wir damals nicht alles hören und lesen über die düsteren Perspektiven unseres Neuanfangs in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Liebe Freunde, wir haben uns dennoch unserer Pflicht gestellt. Wir haben das Notwendigste in die Wege geleitet. Wir haben eine Eröffnungsbilanz gezogen, und wir haben einen ehrlichen Haushalt für das Jahr 1983 verabschiedet.

Wir haben erste Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft, besonders der Bauwirtschaft, ergriffen, und wir haben uns intensiv um die Wiederherstellung des Vertrauens unserer Partner in die Bündnistreue und Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland bemüht.

Liebe Freunde, mit dieser Politik haben wir in den wenigen Monaten, die uns bis zur Auflösung des Bundestags zur Verfügung standen, eine ganz beachtliche Bilanz erreicht.

(Beifall)

Wir haben dann einen Wahlkampf geführt, in dem wir offen und ehrlich vor die Bürger hintraten und ihnen die Situation des Landes darstellten. Wir haben von den Opfern, die notwendig waren und die notwendig sind, gesprochen, und wir haben auch gesagt, daß wir sie gemeinsam bringen müssen.

Unsere Mitbürger haben unser Vertrauen auf ihre Bereitschaft zu solidarischen Anstrengungen am 6. März mit ihren Stimmen und mit ihrem Vertrauen und mit ihrer Entschlossenheit beantwortet, das Land auf diesem vorgezeigten Weg wieder aufwärts zu führen. Liebe Freunde, sie haben damit all jene widerlegt, die da meinten: Wer die Wahrheit vor Wahlen sagt, wer von Opfern und Einschränkungen redet, kann keine Wahl gewinnen.

Damit wurde ein wichtiger, notwendiger Beweis für die innere Verfassung unseres Gemeinwesens erbracht: Die Bundesrepublik

Deutschland ist keine Gefälligkeitsdemokratie; und sie wird, soweit es an uns liegt, nie eine solche werden.

(Beifall)

Der 6. März 1983 war nicht nur ein großer Tag für die Union. Ich glaube, wir dürfen auch sagen: Er war ein wichtiger Tag für die Demokratie in Deutschland.

Wir haben auch guten Grund, an dieser Stelle unseren Freunden zu danken, die zur gleichen Zeit Landtagswahlen hatten. In Rheinland-Pfalz gelang es unserem Freund Ministerpräsident Bernhard Vogel, und allen Freunden dort, und in Schleswig-Holstein Ministerpräsident Uwe Barschel mit seinem Landesverband, die bisherigen guten Ergebnisse zu verbessern. Das ist eine großartige Leistung.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben uns für diesen Parteitag das Schwerpunktthema "Jugendarbeitslosigkeit" gesetzt. Wir wollen morgen gemeinsam mit den Repräsentanten der Verbände und den Vertretern der Wirtschaft und der Wissenschaft über dieses uns bedrückende und bedrängende Problem diskutieren. Ich wünsche unseren Beratungen im Interesse unserer jungen Mitbürger jeden nur denkbaren Erfolg.

Heute mittag und in den Abendstunden wird der Parteitag satzungsgemäß die neue Parteiführung, den neuen Bundesvorstand, wählen. Dazu sei nur soviel gesagt: Das Maß an Solidarität in der Parteiführung bestimmt ganz entscheidend die Einsatzbereitschaft der Mitglieder und damit die Leistungsfähigkeit der ganzen Partei. Unser Erfolg, liebe Freunde, beruht auch darauf, daß wir in der zurückliegenden Zeit, in den vergangenen Jahren und Monaten, bei allen Rückschlägen, die wir auch erlitten haben, diesen Anforderungen an uns selbst - ich glaube, ich darf dies sagen - im großen und ganzen gerecht geworden sind. Diese Haltung und dieser Stil müssen unser Verhalten auch in Zukunft prägen.

In diesem Sinne wünsche ich dem Parteitag einen guten Verlauf und uns allen ertragreiche Diskussionen und Gespräche sowie vor allem, liebe Freunde, nach den Anstrengungen der letzten Monate kameradschaftliche Begegnungen beim rheinischen Abend, den wir heute abend auf Einladung unserer rheinischen Freunde genießen dürfen. Ich darf mich schon jetzt für diese Einladung sehr herzlich bedanken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme damit zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Wahl des Tagungspräsidiums.

Ihnen allen liegt der Vorschlag zu diesem Punkt 2 vor. Wird zu dieser Vorlage das Wort gewünscht? - Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer der Vorlage seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Abstimmungszeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. -

Stimmhaltungen? - Soweit ich erkennen kann, ist bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig so beschlossen.

Ich darf unseren Freund Bernhard Worms und die gewählten Beisitzerinnen und Beisitzer bitten, die Geschäfte zu übernehmen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, namens des Tagungspräsidiums bedanke ich mich bei Ihnen für Ihr Vertrauen, und ich sichere Ihnen zu, daß wir die Verhandlungen des Bundesparteitages ordnungsgemäß, fair und zügig leiten werden, so daß wir uns, wie der Bundesvorsitzende eben ja schon zum Ausdruck gebracht hat, pünktlich um 20 Uhr gemeinsam zum gut vorbereiteten Rheinischen Abend treffen können.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Krause teilt mir gerade mit, daß Herr Siegfried Dübel von der Exil-CDU erkrankt ist. Die Exil-CDU schlägt nun für das Tagungspräsidium Herrn Henning Lemmer vor. Es handelt sich um den Sohn unseres Freundes und ehemaligen Ministers Ernst Lemmer.

Ich unterstelle, daß Sie damit einverstanden sind, und bitte Herrn Lemmer, nunmehr auch hier vorn Platz zu nehmen.

(Zustimmung)

Ich rufe jetzt Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Der Bundesvorstand hat auf seiner gestrigen Sitzung die Vorlage eines Antrages zur Änderung des Bundesstatuts im Hinblick auf die Europawahlen einstimmig beschlossen. Dieser Antrag wird im Laufe des Tages den Delegierten vorgelegt werden. Deshalb ist im Programm zum 31. Bundesparteitag die vorgelegte Tagesordnung dahingehend zu ändern, daß der Tagesordnungspunkt 19 "Anträge" in A und B untergliedert wird, und zwar: 19 A "Anträge zum Statut" und 19 B "Sonstige Anträge". Ich bitte, das in Ihrer Tagesordnung zu vermerken.

Sodann bitte ich, noch von einem Hinweis Kenntnis zu nehmen, den wir auch gleich praktizieren möchten. Je nach Diskussionslage behält sich das Präsidium im Laufe des Nachmittags vor, die sonstigen Anträge zur Aussprache vorzuziehen, um auch die Zeiten zu nützen, in denen die Stimmen der einzelnen Wahlen ausgezählt werden.

Nunmehr habe ich die herzliche Bitte, daß Sie der so geänderten Tagesordnung Ihre Zustimmung geben. Wer das tut, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - 2 Gegenstimmen. Stimmhaltungen? - Keine Stimmhaltung. Bei 2 Gegenstimmen so beschlossen.

Mit der Beschlußfassung zu diesem Tagesordnungspunkt bitte ich gleichzeitig, jetzt auch der Antragsfrist, die für Punkt 18 der

Tagesordnung gilt, zuzustimmen. Diese Frist ist am 18. Mai 1983, 24 Uhr abgelaufen. Ich bitte nummehr, dieser Frist zuzustimmen. Ich darf um das Kartenzeichen bitten. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich weise noch kurz darauf hin, daß gemäß § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung der CDU Anträge spätestens vier Wochen vor dem Bundesparteitag bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein müssen. Für diesen Bundesparteitag endete also die Antragsfrist am 26. April 1983. Mit Schreiben vom 2. Mai 1983 hat der Generalsekretär den antragsberechtigten Gliederungen der Partei mitgeteilt, daß alle Anträge zum Tagesordnungspunkt 18 " Forum 'Jugendarbeitslosigkeit' ", die bis Mittwoch, 18. Mai 1983, 24 Uhr bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind, noch dem Bundesparteitag vorzulegen und als rechtzeitig gestellt anzusehen sind. Dem ist so entsprochen worden.

Nun noch einige wenige geschäftsleitende Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf der heutigen Plenarsitzungen. Wir werden im Verlauf der 2. Plenarsitzung - das ist am Nachmittag - die Neuwahlen des Bundesvorstandes durchführen. Auf Vorschlag des Tagungspräsidiums können vom Bundesparteitag für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes nach § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung Meldefristen beschlossen werden. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, die Einreichungsfrist für Kandidatenvorschläge für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes auf heute, 25. Mai 1983, 14 Uhr festzulegen. Das Präsidium weist Sie darauf hin, daß nach § 12 Abs. 4 der Geschäftsordnung Kandidatenvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes nur schriftlich gemacht werden können.

Eine Aufstellung aller bis zum 24. Mai 1983 eingegangenen Kandidatenvorschläge liegt Ihnen bereits vor. Für diese Kandidaten erübrigt sich eine weitere Nominierung.

Weiter schlagen wir Ihnen vor, daß wir folgende Frist für die Einreichung von Initiativanträgen, die von 30 Delegierten unterschrieben sein müssen, festlegen - das gilt für die Tagesordnungspunkte 18 und 19: heute, 25. Mai 1983, 17 Uhr.

Wenn Sie mit diesen Fristen einverstanden sind, bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Wir werden diese soeben beschlossenen Fristen auch noch an die Delegierten verteilen.

Ein besonderer Hinweis, den Sie bitte unbedingt beachten müssen: Die Initiativanträge werden im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem geschrieben und auf einem entsprechenden Antragsformular mit dem Vordruck für 30 Unterschriften ausgedruckt.

Delegierte, die einen Initiativantrag unterstützen, werden gebeten, zur Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Anträge die auf der Stimmkarte angegebene Delegiertennummer bei der Unterschrift mit

anzugeben, damit die Rechtmäßigkeit der Unterschrift an Hand der Delegiertenliste festgestellt werden kann. Nach Vollzug der 30. Unterschriften sind die Initiativanträge beim Tagungspräsidium abzugeben.

Meine Damen und Herren, ich darf nun - sicherlich auch in Ihrem Namen - unsere verehrten Gäste herzlich begrüßen. Zunächst möchte ich aber die Gattin unseres Bundesvorsitzenden, Frau Hannelore Kohl, sehr herzlich in unserer Mitte willkommen heißen.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, wir danken Ihnen sehr - und besser als Worte dies vermögen, mögen das jetzt Blumen zum Ausdruck bringen - für all das, was Sie in den letzten Wochen und Monaten zugunsten Ihres Mannes und damit auch zugunsten unserer Partei getan haben. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dann komme ich, sicherlich auch in Ihrem Namen, einer Dankespflicht nach. Für die Worte, die wir heute morgen im ökumenischen Gottesdienst gehört haben, danke ich mit großer Herzlichkeit Weihbischof Wilhelm Wöste und Oberkirchenrat Hermann Walter Augustin. Ich bedanke mich aber auch bei Prälat Bocklet, der so hervorragend eingesprungen ist.

(Beifall)

Unser Dank gilt auch den beiden Lektoren, Frau Roswitha Verhülsdonk und unserem Freunde Dr. Horst Waffenschmidt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, zu Beginn unseres Kölner Parteitages ist es mir eine ganz besondere Freude, zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland herzlich willkommen zu heißen. Sie alle begrüße ich sehr herzlich und bitte gleichzeitig um Nachsicht bei allen jenen, die ich angesichts der großen Zahl der Gäste jetzt nicht einzeln nennen kann. Ich versichere aber: Wir freuen uns über Ihren Besuch und über das Interesse, das Sie der Arbeit unserer Partei entgegenbringen.

Als Vertreter der Stadt, in der wir heute Gastrecht genießen, begrüße ich den Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herrn Norbert Burger.

(Beifall)

Wir freuen uns, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, gleich noch ein Grußwort an den Parteitag richten werden.

Mit besonderer Herzlichkeit heißt der Parteitag die Vertreter der Kirchen willkommen. Ich begrüße den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Prälat Heinz-Georg Binder, und den Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe, Prälat Paul Bocklet.

(Beifall)

Eine besondere Freude ist es mir, unter uns den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann, begrüßen zu können.

(Beifall)

Mit einem besonderen Dank und mit besonderem Nachdruck möchte ich auf diesem Parteitag, der sich den brennenden Fragen der Jugendarbeitslosigkeit widmen wird, den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unseren Freund Dr. Josef Stingl, begrüßen.

(Beifall)

Lieber Herr Stingl, Ihre Anwesenheit wird uns Ansporn für unsere Arbeit heute, morgen und auch in den nächsten Monaten und Jahren sein.

Wir freuen uns auch, verehrte Damen und Herren, über die Anwesenheit der Präsidenten und Direktoren zahlreicher Bundesbehörden, deren Nennung im einzelnen Sie mir bitte nachlassen wollen.

Für die Bundeswehr begrüße ich herzlich in unserer Mitte Generalmajor Wolfhard Galinsky.

(Beifall)

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund heiße ich willkommen den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Gustav Fehrenbach, und das Mitglied des Bundesvorstandes, Frau Irmgard Blättel.

(Beifall)

Für die Deutsche Angestelltengewerkschaft begrüßen wir den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Walter Quartier.

(Beifall)

Ich begrüße in unserer Mitte den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Ulrich Berger.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen richte ich an den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes, unseren Freund Herrn Günter Volmer.

(Beifall)

Ein herzliches Grußwort richte ich ebenfalls an den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, an unseren Freund Alfons Müller,

(Beifall)

und an den Vorsitzenden der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Herrn Horst Leichtenberger.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen richte ich auch an den Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Herrn Heinz Volland.

(Beifall)

Ich freue mich, meine Damen und Herren, daß neben den Repräsentanten der gewerkschaftlichen Dachorganisationen auch eine große Zahl der Mitgliedsverbände durch ihre Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und geschäftsführenden Vorstandsmitglieder hier vertreten sind. Sie alle heiße ich herzlich willkommen.

(Beifall)

Für die kommunalen Spitzenverbände begrüße ich das Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, Dr. Bruno Weinberger, und das Präsidialmitglied des Landkreistages, Dr. Hans Tiedecken.

(Beifall)

Ganz herzlich begrüße ich den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Otto Esser,

(Beifall)

der sich ebenfalls an unseren Beratungen zur Jugendarbeitslosigkeit beteiligen wird.

Ich begrüße den Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Siegfried Mann, und den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Franz Schoser.

(Beifall)

Zahlreiche Berufs- und Wirtschaftsverbände haben ihre Vertreter zu unserem Parteitag entsandt. An erster Stelle möchte ich unseren Freund, den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Paul Schnitker, Mitglied des Europaparlaments, herzlich begrüßen.

(Beifall)

Willkommen heiße ich den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Herrn Helmut Geiger.

(Beifall)

Ich freue mich herzlich über die Anwesenheit des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, unseren Freund Constantin Freiherr Heereman.

(Beifall)

Wir begrüßen den Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, Herrn Heinrich Heyer.

(Beifall)

Mit gleicher Herzlichkeit begrüße ich den Präsidenten des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Dr. Theodor Paul.

(Beifall)

Unser Willkommensgruß gilt dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Herrn Clemens Christians.

(Beifall)

Ebenso begrüße ich den Präsidenten des Deutschen Anwaltvereins, Herrn Ludwig Koch.

(Beifall)

Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich den Vorsitzenden des Reichsbundes der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Herrn Hermann Meyer, sowie den Vorsitzenden des Verbandes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Herrn Oswald Engel.

(Beifall)

Für den Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands begrüße ich dessen Vizepräsidenten, Herrn Ludwig Hönle.

(Beifall)

Ich begrüße den geschäftsführenden Präsidenten der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands, Herrn Werner Kießling.

(Beifall)

Mit gleicher Herzlichkeit begrüße ich den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, unseren Freund Dr. Herbert Czaja, und den Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen, Herrn Manfred Schmidt.

(Beifall)

Ich freue mich über die Anwesenheit des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Dr. Friedrich Kronenberg.

(Beifall)

Eine besondere Freude ist es mir, unter uns den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, unseren Freund Dr. Bruno Heck, herzlich zu begrüßen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unter uns weilen Vertreter des Europäischen Parlaments und der europäischen Parteien. Ich begrüße mit besonderer Herzlichkeit den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, unseren Freund Dr. Egon Klepsch.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich den amtierenden Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, unseren Freund Kai-Uwe von Hassel.

(Beifall)

Sehr herzlich begrüße ich den Stellvertretenden Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei und Vorsitzenden des CDA der Niederlande, Herrn Pieter Bukman.

(Beifall)

Für die Europäische Demokratische Union begrüße ich mit ganz besonderer Herzlichkeit deren Vorsitzenden, den Obmann der Österreichischen Volkspartei, unseren Freund Dr. Alois Mock.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich glaube, wir sollten ihm herzlich zu dem Wahlergebnis gratulieren, das die ÖVP in Österreich erzielt hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Unser Willkommensgruß gilt allen Vertretern von Rundfunk, Presse und Fernsehen, die gekommen sind, um von diesem Parteitag zu berichten oder um ihre Anstalten hier zu vertreten. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Liebe Freunde, jetzt habe ich die besondere Freude, mit großer Herzlichkeit und Verbundenheit den Ehrenvorsitzenden der CDU Deutschlands, Herrn Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, noch einmal sehr herzlich in unserer Mitte willkommen zu heißen.

(Lebhafter Beifall)

Ihnen, lieber Herr Dr. Kiesinger, und allen Anwesenden, die im Namen der Union in schwieriger Zeit Verantwortung für unser deutsches Vaterland getragen haben, sage ich an dieser Stelle ein herzliches Wort des Dankes im Namen des ganzen Parteitages.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich gehe das Risiko ein: Ich sehe im Saal im Augenblick die früheren Bundesminister Dr. Ludger Westrick und Dr. Karl Weber. Ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall)

Hier in Köln und im Rheinland möchte ich nicht versäumen, zwei Gäste ganz besonders zu begrüßen: Wir haben die große Freude, Frau Erika Köppler und Dr. Max Adenauer bei uns zu wissen. Herzlich willkommen auf unserem Kölner Parteitag!

(Beifall)

Ich begrüße in unserer Mitte auch Frau Libet Werhan, die ebenfalls - aber als stimmberechtigte Delegierte - unter uns weilt.

(Beifall)

Erlauben Sie mir, liebe Freunde, daß ich an dieser Stelle auch alle die begrüße, die aus dem befreundeten Ausland zu uns gekommen sind: Ich begrüße die Herren Botschafter, ihre Vertreter, die Mitglieder der diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland. Exzellenzen, wir freuen uns darüber, daß Sie unseren Parteitag in so großer Zahl mit Interesse verfolgen.

(Beifall)

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, wir haben die große Freude, auf unserem Parteitag die Delegierten befreundeter Parteien aus dem Ausland bei uns zu wissen.

Lassen Sie mich mit dem Vorsitzenden der Nea Demokratia Griechenlands beginnen. Ich begrüße ihren Vorsitzenden, Herrn Evangelos Averoff.

(Beifall)

Aus Frankreich heiße ich den Präsidenten des Demokratischen Sozialen Zentrums, Monsieur Pierre Mehaignerie, herzlich willkommen.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Lucas Pires, den Vorsitzenden des Demokratischen Sozialen Zentrums aus Portugal.

(Beifall)

Wir freuen uns über die Anwesenheit des Vorsitzenden der Christlich Sozialen Volkspartei Luxemburgs, Herrn Minister Jean Spautz.

(Beifall)

Aus Belgien begrüße ich den Vorsitzenden der Sozialchristlichen Partei, Herrn Gérard Deprez, und den Vertreter der Christlichen Volkspartei, Herrn Georges Thuysbaert.

(Beifall)

Mit großer Herzlichkeit begrüße ich den Vorsitzenden der Demokratischen Volkspartei Spaniens, Herrn Oscar Alzaga.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten der Demokratischen Partei Zyperns, Herrn Glafkos Clerides.

(Beifall)

Ein besonders kräftiger Willkommensgruß gilt dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei Ugandas, Herrn Paul Ssemogerere.

(Beifall)

Wir begrüßen den Präsidenten der Nationalistischen Partei des Baskenlandes, Herrn Xavier Arzalluz.

(Beifall)

Mit ihm begrüßen wir die Stellvertretende Vorsitzende der Demokratischen Union Kataloniens und Vizepräsidentin des Katalonischen Parlaments, Frau Concepcio Ferrer.

(Beifall)

Wir begrüßen den Fraktionsvorsitzenden der Sammlungspartei im finnischen Reichstag, Herrn Matti Jaatinen.

(Beifall)

Den Vertreter der japanischen Liberalen Demokratischen Partei heißen wir in unserer Mitte ebenfalls herzlich willkommen. Wir grüßen Herrn Minister a.D. Toshiki Kaifu .

(Beifall)

Wir grüßen den persönlichen Beauftragten des Vorsitzenden der französischen Sammlungspartei für die Republik, Botschafter Jacques Kosciusko-Morizet.

(Beifall)

Wir grüßen den Geschäftsführer der CVP der Schweiz, Monsieur Claude Gay-Crosier.

(Beifall)

Von der Nationalistischen Partei Maltas begrüßen wir die Herren Dr. Tabone und Noel Scicluna.

(Beifall)

Wir grüßen den Vertreter der italienischen Christdemokraten, Herrn Ivano Strizzolo.

(Beifall)

Unser Gruß gilt dem Vertreter der Europäischen Union Junger Christlicher Demokraten, Herrn Massimo Gorla, und Herrn Wim Polman.

(Beifall)

Liebe Freunde aus dem In- und Ausland, verehrte Gäste, seien Sie noch einmal herzlich begrüßt auf unserem Kölner Parteitag. Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten und an die Arbeit gehen, darf ich

Herrn Ministerpräsident Zeyer auch in Ihrem Namen herzliche Geburtstagsgrüße überbringen, der heute sein 54. Lebensjahr vollendet.

(Lebhafter Beifall)

Ich rufe nunmehr Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

Eine Aufstellung der von Bundesvorstand nach § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung bestellten Antragskommission liegt Ihnen schriftlich vor. Ich frage den Parteitag: Werden hierzu Ergänzungsvorschläge gemacht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich jetzt, die Vorgeschlagenen zu bestätigen, indem Sie Ihre Stimmkarte zeigen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Für die Wahl der Mandatsprüfungskommission ist zwar nach § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung der CDU der Bundesausschuß zuständig. Da der Bundesausschuß im Jahre 1983 jedoch noch nicht zusammengetreten ist, muß der Bundesparteitag als das höchste Organ der CDU diese Wahl selbst vornehmen.

Der Bundesvorstand schlägt dem 31. Bundesparteitag vor, folgende Mandatsprüfungskommission zu wählen: als Vorsitzenden unseren Freund Gerhard Pietsch und als Mitglieder Hans Terlinden, Engelbert Thiel und Karl Schumacher. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich Sie um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen.

Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht in der 2. Plenarsitzung, also heute nachmittag erstatten. Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, sich gegen 15 Uhr im Büro der Organisationsleitung hinter der Bühne zu einer Sondersitzung einzufinden.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 6:

Wahl der Stimmzählkommission

Der Vorschlag des Bundesvorstandes für die nach § 10 Abs. 2 zu wählende Stimmzählkommission liegt Ihnen ebenfalls schriftlich vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind - ich unterstelle das -, so geben Sie bitte das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen.

Ich gebe bekannt: Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich um 14 Uhr im Restaurant der Halle 8 am Ende des Plenarsaales in der Adenauer-Stube zu einer Vorbesprechung.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 7

Grußworte

Ich erteile Herrn Oberbürgermeister Norbert Burger zu einem Grußwort das Wort und bitte Sie, meine Damen und Herren, sehr herzlich um Ihre Aufmerksamkeit.

Norbert Burger, Oberbürgermeister der Stadt Köln (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Verehrte Damen! Meine Herren! Als Oberbürgermeister dieser Stadt freue ich mich, Sie zur Eröffnung Ihres Bundesparteitages hier in Köln begrüßen zu können. Sie sind in eine der ältesten, geschichtsträchtigsten und größten Städte der Bundesrepublik gekommen, und eigentlich müßte ich jetzt diese Stadt Köln darstellen, hervorheben und anpreisen: als Stadt des Karnevals und des zu Recht berühmten, zu Unrecht berüchtigten Kölner Klüngels, als bedeutenden Wirtschafts- und Handelsplatz, als immer noch eine der bedeutendsten Industriestädte der Bundesrepublik, als Dienstleistungszentrum von Rang, mit dem Hauptsitz von über 50 Versicherungen und zahlreichen Verbänden, als Standort vieler aus dem internationalen Wirtschaftsleben nicht mehr fortzudenkender Messen, als verkehrsreichsten Eisenbahnknotenpunkt der Bundesrepublik, als Stadt, die in ihren Mauern lebendiges Theater und in ihren Museen ein Schaufenster der Weltkunst mit einer Übersicht über alle wichtigen Strömungen der europäischen und außereuropäischen Kunst bietet, als Universitätsstadt seit 1388. Wie gesagt, das alles will ich nicht näher darstellen, sondern ich will von zwei Hauptsorgen dieser großen Stadt reden, die ja auch die Sorgen anderer Großstädte sind. Wenn dies zu Anfang Ihres Parteitages quasi als *Einstimmung* etwas kritisch sein sollte, dann ist dies auch so gemeint. Für mich ist das auch ziemlich ungefährlich, da ich hier heute nicht zur Wahl stehe.

Fast 50 000 Bürger unserer Stadt sind zur Zeit ohne Beschäftigung; die Arbeitslosenquote beträgt 12,4 %. Sie liegt erheblich über dem Bundes- und auch über dem Landesdurchschnitt. Besonders schlimm ist: Wir können nicht einmal die übliche saisonale Verbesserung verzeichnen, wie sie in der Regel mit Beginn des Frühlings einsetzt. Unsere Arbeitslosenquote ist weitgehend strukturell bedingt und damit praktisch gleichgeblieben, d.h. der Trend ist weiter negativ, ein Aufschwung ist nicht in Sicht.

Im Gegenteil: Das Angebot an offenen Stellen ist in Köln im Vergleich zum vorigen Monat sogar erheblich - um 15 % - zurückgegangen. Was uns in diesem Zusammenhang besonders zu schaffen macht, ist der Rückgang an angebotenen Lehrstellen. Hier liegen alarmierende Zahlen vor: Im Vergleich zum Vorjahr ist das Angebot an Lehrstellen um fast ein Viertel - nämlich genau 23 % - zurückgegangen. Die Zahl der jugendlichen Bewerber dagegen ist um 11 % angestiegen. Noch schlimmer sieht es bei der Zahl der zur Zeit als offen gemeldeten Lehrstellen aus: Hier ist die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte zurückgegangen. Die Folge: In unserer Stadt

sind fast 3 500 junge Leute unter 20 Jahren ohne Beschäftigung gemeldet. Die wirkliche Zahl schätzen wir noch einmal so hoch ein.

Eine traurige Bilanz also! Gut, daß Sie, Herr Bundeskanzler, sich in dieser Frage so besonders engagiert haben.

(Beifall)

Daß Sie jedem arbeitswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle garantiert haben, freut mich natürlich sehr, besonders für die Kölner Jugendlichen, die bei der Lehrstellensuche bisher ohne Erfolg geblieben sind. Was wir in Köln tun konnten, um dieser negativen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gegenzusteuern, haben wir getan. Erst im letzten Jahr hat der Rat einen neuen Flächennutzungsplan verabschiedet, der neue Gewerbe- und Industriegebiete und Flächen für den sehr stark zurückgegangenen Wohnungsbau ausweist. Es gibt schon seit zwei Jahren unter Vorsitz des Oberbürgermeisters eine sogenannte Arbeitsmarktkonferenz, in der Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kammern, Stadtverwaltung, Arbeitsamt und Ratsfraktionen ihre Maßnahmen besprechen und koordinieren. Die Stadt selbst führt in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm durch, das in diesem Jahr 600 jungen Leuten Beschäftigung geben wird. Dazu kommen noch 360 zusätzliche Arbeitsplätze, die die Stadt Köln für Jugendliche ohne Schulabschluß bereitstellt. Das allein kostet die Stadt weit mehr als 10 Millionen DM pro Jahr. Das sind nur ein paar Beispiele, die sich vermehren ließen.

Was ich damit sagen will, ist dies: Wir in Köln sind uns unserer Verantwortung vor Ort durchaus bewußt und bemühen uns mit aller Kraft, Verbesserungen für unsere Stadt zu bewirken. Insgesamt jedoch muß man realistisch feststellen: Eine umfassende Lösung der Kölner Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme ist auf kommunaler Ebene allein nicht möglich. Ohne wirkungsvolle Unterstützung auch von Seiten des Bundes können wir uns in Köln abstrampeln, wie wir wollen, kommen wir auf keinen grünen Zweig. Was wir brauchen, sind gezielte beschäftigungspolitische Impulse der Bundesregierung. Wir brauchen eine aktive Strukturpolitik, die den Rahmen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung in den traditionellen Industriestädten an Rhein und Ruhr schafft.

Ich möchte einen zweiten Punkt kurz ansprechen: die Gemeindefinanzien. Auch auf diesem Gebiet sieht es leider schlecht aus. Die Politik des Bundes hat uns hier das Leben zusätzlich schwergemacht - und das nicht erst seit heute -, z.B. mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer, die meiner Meinung nach eine schwerwiegende Fehlentscheidung der sozialliberalen Bundesregierung war. Dadurch wurde den Kommunen eine sichere, weil weitgehend konjunkturunabhängige Finanzquelle weggenommen. Jetzt kommen seit Anfang des Jahres noch neue Erleichterungen für Unternehmen bei der Gewerbesteuer hinzu.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Gemeinden bei stagnierenden oder gar sinkenden Einnahmen ihre Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen können. Wir alle haben Verständnis für die Finanzsorgen des Bundes und der Länder. Wir sind uns sicherlich auch darüber einig, daß der Bundeshaushalt konsolidiert werden muß - aber bitte nicht

auf dem Rücken der Gemeinden. Diese können nämlich nicht noch mehr tragen. Denn was der Bund beim Kindergeld, bei dem Arbeitslosengeld, im Gesundheitsbereich, bei den Schwerbehinderten, bei Schülern und Studenten usw. einspart, müssen die Gemeinden zu einem großen Teil bei der Sozialhilfe wieder drauflegen. Dabei rede ich nicht von den Problemen und Sorgen, die Betroffene haben, die mit ihrem Einkommen etwas über den Sätzen der Sozialhilfe liegen.

Zur Veranschaulichung konkrete Kölner Zahlen: Als Folge des 2. Haushaltsstrukturgesetzes 1982 haben wir allein im Bereich der Stadt KÖln Mehrausgaben von ca. 2,3 Millionen DM jährlich zu leisten. Die Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 - von der neuen Koalition beschlossen - lassen sich derzeit noch nicht exakt beziffern. Unsere Experten rechnen jedoch mit einer zusätzlichen Belastung des städtischen Haushalts von weiteren 5,6 Millionen DM allein für das Jahr 1983.

Eine, wie ich glaube, unerträgliche Mehrbelastung! Damit sind wir - wie alle Kommunen - an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gestoßen. Weitere Einsparungen sind beim besten Willen nicht mehr machbar. Wie ernst die Situation ist, zeigt die Tatsache, daß die Kölner Haushalte bei steigenden Kosten seit drei Jahren schrumpfen, während in Bund und Ländern noch darüber nachgedacht wird, in welcher Höhe die Haushalte wachsen dürfen.

Die Einnahmenseite der kommunalen Haushalte muß daher unbedingt verbessert werden. Wenn in Zukunft überhaupt noch irgendwelche Investitionsimpulse von den Gemeinden ausgehen sollen, dann muß hier eine konsequente Wende stattfinden, und zwar so schnell wie möglich. Deshalb appelliere ich an Sie, Herr Bundeskanzler - und ich glaube, ich spreche auch im Namen meiner Kollegen unter Ihren Parteifreunden; ich nenne nur meinen Kollegen Rommel -: Stoppen Sie diese für die Gemeinden unheilvolle Entwicklung!

In diesem Sinne wünsche ich Ihrem diesjährigen Bundesparteitag in Köln einen erfolgreichen Verlauf und jedem einzelnen von Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer schönen und traditionsreichen Stadt. Viel Spaß beim Rheinischen Abend heute abend!

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Ich darf Ihnen für Ihr Wort danken. Sie haben es dazu benutzt, auf die katastrophalen Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik für unsere Städte hinzuweisen.

(Lebhafter Beifall)

Ich danke Ihnen dafür, und ich verspreche Ihnen, daß unsere ganzen Anstrengungen der Beseitigung dieser Erblast dienen werden.

(Beifall)

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, wir wollen über den aktuellen Problemen aber nicht vergessen, daß wir uns an einer zentralen Stätte der deutschen Kultur befinden, im altherwürdigen Köln. Wir erinnern nicht nur an den Kölner Dom, den wir heute früh besucht haben, sondern auch an Ihren großen Vorgänger, an den früheren Oberbürgermeister Konrad Adenauer.

(Beifall)

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, für Ihr Wort.

Bevor ich dem Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes das Wort gebe, möchte ich ein Mitglied des Landesverbandes begrüßen. Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Rainer Barzel.

(Beifall)

Nun spricht der Landesvorsitzende des Landesverbandes Rheinland, unser Freund Bernhard Worms.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich freue mich für unseren heimischen Landesverband, daß die CDU Deutschlands zu ihrem ersten Bundesparteitag nach Übernahme der Regierungsverantwortung im Oktober letzten Jahres und nach unserem großartigen Erfolg am 6. März hier in Köln, im Herzen des Rheinlandes, zusammengekommen ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wollen uns gemeinsam über die wiedergewonnene Regierungsverantwortung freuen. Wir wollen den Aufbruch nach vorne wagen, wir wollen die Herausforderungen der Zukunft mutig anpacken, gemeinsam arbeiten, diskutieren und – was ja wichtig ist – auch entscheiden. Aber, liebe Freunde, wir wollen uns auch zusammenfinden, um miteinander zu feiern. Deshalb sage ich auch hier an dieser Stelle: folgen Sie alle der Einladung zum Rheinischen Abend. Wir haben das Beste, was in unseren Kräften stand, getan, um Sie heute abend ein bißchen nett zu bewirten.

Liebe Freunde, das Rheinland war stets ein Zentrum europäischer Kultur und Geschichte, ein Kristallisationspunkt unserer kulturellen, geistigen, religiösen und politischen Situation unseres Vaterlandes, ein dynamischer Wirtschaftsraum mit internationalen Verbindungen. Dank seiner geographischen Lage wirkt das Rheinland nicht nur als verbindende Klammer zwischen Nord und Süd, sondern auch als Bindeglied zu unseren europäischen Nachbarländern.

Meine Damen und Herren, wer heute morgen diese großartige Stunde im Kölner Dom miterlebt hat, der empfindet mit uns: Hier in Köln werden jedem Besucher die engen Verflechtungen europäischer Kultur und Geschichte eindrucksvoll bewußt. Die Kultur und Tradition des Rheinlandes, die Vielfalt und Schönheit seiner Landschaft, sein lebendiges Brauchtum, die vitale Urbanität seiner Städte und nicht zuletzt auch seine Wirtschaftskraft haben längst in aller Welt Anklang gefunden. Darauf sind wir Rheinländer mächtig stolz.

Und noch eine andere Seite: Wir sind seit jeher ein Schmelztiegel, in dem Menschen aus allen deutschen Regionen, ja aus ganz Europa eine neue Heimat gefunden haben und hier zu einer jeweils neuen Einheit zusammengewachsen sind. Daraus resultiert das, was wir "rheinischen Charakter" nennen. Es ist die Lebensfreude, die Liberalität, die Toleranz, die Weltoffenheit. Dies alles hat unsere rheinische Mentalität geprägt.

Meine Damen und Herren, auch unser Karneval muß hier erwähnt werden, der alljährlich hunderttausende Gäste aus aller Welt anzieht. Er mag als Symbol für die hohe Integrationskraft dieses Landes dienen.

Dennoch, verehrte Damen und Herren, liebe Freunde, gilt es, auch noch etwas anderes festzuhalten: Im Rheinland haben demokratischer Bürgersinn, Kritikfähigkeit, Geistesfreiheit und künstlerische Entfaltung eine lange und gute Tradition. Tiefe Religiosität, christliches Wertbewußtsein, Fröhlichkeit und freiheitliche Lebensart sind eben hier keine Gegensätze.

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den Trümmern des Zweiten Weltkrieges war gerade hier das Rheinland nicht nur Zentrum des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, sondern auch die Wiege der geistigen, ethischen und politischen Erneuerung unseres Vaterlandes. Hier haben sich schon im Sommer 1945, und zwar am 17. Juni, Männer und Frauen der ersten Stunde zur Gründung und Sammlung einer christlichen und demokratischen Volkspartei zusammengefunden.

Zur Erinnerung darf ich Ihnen jetzt als Gastgeschenk jene Kölner Leitsätze von 1945 und die Liste jener Gründungsmitglieder mitgeben, die damals hier in Köln den Grundstein für den Aufbau der Union legten.

(Beifall)

Liebe Freunde, aus der Union des Rheinlandes kamen die maßgeblichen ideellen und programmatischen Impulse für den Aufbau, für den Gestaltungswillen und nicht zuletzt auch für den politischen Erfolg der gesamten CDU als einer modernen, christlichen und demokratischen Volkspartei. Seit diesen Anfängen hat sich die CDU im Rheinland kontinuierlich zum stärksten Landesverband der CDU Deutschlands entwickelt. Und wenn Helmut Kohl im September nach Neuß zu unserem Landesparteitag kommt, dann habe ich die große Freude, ihm das 140 000. Mitglied der CDU des Landesverbandes Rheinland persönlich vorstellen zu können.

(Beifall)

Das unverwechselbare Profil der CDU Rheinland ist geprägt durch die Verbindung des christlich sozialen Strebens nach sozialer Gerechtigkeit, nach Solidarität und Partnerschaft mit der ordoliberalen Idee einer freiheitlichen Gesellschaft, die auf wertgebundener Liberalität, die auf Weltoffenheit, auf Leistung, Eigentum, Privatautonomie und Dezentralisierung von Macht beruht. Diese Gründungsideen der Kölner Leitsätze haben bis heute nichts von ihrer zukunftsweisenden Kraft und Aktualität verloren.

Meine Damen und Herren, ein letzter Hinweis für unsere Partei: Auch wir sind im Auf und Ab der Wahlergebnisse nicht von dem einen oder anderen verschont geblieben. Aber auf eines sind wir stolz: daß wir durch alle Wechselfälle hindurch die stärkste politische Kraft geblieben sind, die tief im Vertrauen der Bevölkerung verwurzelt ist. Wir sind sicher, daß wir auch bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr unseren Rang als führende Kommunalpartei nicht nur in den ländlichen Gemeinden und Kreisen, sondern auch in vielen Großstädten behaupten, ausbauen und neu erringen können.

Liebe Freunde, wenn wir ein Stück dieser rheinischen Mentalität lebendig werden lassen, dann möchte ich ein persönliches Wort an alle Kandidaten richten; ich bin ja selbst auch einer. Sehen Sie, ich gebe Ihnen einen Rat, den ich auch selber gern befolge: Gehen Sie nicht zum Orakel nach Delphi, um es zu befragen, sondern überantworten Sie das - und ich sage das im Wortsinne - lieber dem kölschen Klüngel. Denn kein anderer hat die Eigenschaft, die Charakteristik des kölschen Klüngels trefflicher wiedergegeben und definiert als unser großartiger Bundeskanzler Konrad Adenauer, angesprochen von einem Botschafter: "Herr Bundeskanzler, was ist das denn: kölscher Klüngel?" Da hat er gesagt - ich darf das, Herr Präsident, mal in unserer Sprache so wiedergeben -: "Mer kennen uns, mer helfen uns."

(Beifall)

Ich glaube, verehrte Freunde, daß das auch etwas ist, wo man wirklich mit innerer Gelassenheit und Ruhe auch einmal ein persönliches Schicksal seinen eigenen Parteifreunden in die Hand geben kann. Hätten wir nicht ein so großartiges Motto "Aufwärts mit Deutschland", dann hätte ich unserem Bundesvorsitzenden gesagt, wir sollten diese kölsche Definition auch einmal als Motto eines Parteitages nehmen. Ich wünsche unseren Beratungen einen guten Erfolg. Viel Spaß hier auf unserem Bundesparteitag in Köln!

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Bernhard Worms, für diese Worte und für die Einladung heute abend.

Lieber Herr Worms, die CDU Rheinland und Westfalen-Lippe hat Ihnen eine schwere Last aufgelegt. Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand, und wir versichern Ihnen die Solidarität der gesamten CDU Deutschlands bei dem Weg, den Sie in den nächsten Monaten und Jahren zu gehen haben. Alles Gute dabei!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, wenn ich jetzt Punkt 8 der Tagesordnung aufrufe, dann geht hier nicht nur, wie es dort ausgedrückt ist, das Wort an unseren Vorsitzenden, sondern dann ist dieser Kölner Parteitag nach 15 Jahren seit dem Parteitag von Berlin im Jahre 1968 mit Kurt-Georg Kiesinger der erste, wo der Vorsitzende

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands wieder der deutsche Bundeskanzler ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wissen, welchen langen Weg die Partei zurücklegen mußte und wieviel dafür gearbeitet werden mußte. Wir wissen aber auch, daß wir diesen Erfolg keinem mehr verdanken als dem, der jetzt zu uns spricht: Das Wort hat Helmut Kohl.

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieser Kölner Parteitag ist ein Höhepunkt in der Geschichte unserer Partei. Bernhard Vogel sagte es schon: Es ist jetzt 15 Jahre her, seit wir uns zum letzten Mal auf dem Parteitag in Berlin als Regierungspartei sahen. Heute sind wir wieder Regierungspartei und die stärkste und die prägendste politische Kraft der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Daß dies so ist, verdanken wir sehr vielen, verdanken wir unseren Wählern, die uns bei den Wahlen immer wieder ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten, verdanken wir den vielen Hunderttausenden unserer Mitglieder, die unter manchmal sehr schwierigen Bedingungen an den Arbeitsplätzen, in den Büros, in den Diskussionsständen an Universitäten und in Schulen und an vielen anderen Plätzen unverdrossen für unsere Ideale, für unsere Ideen gekämpft haben und eingetreten sind. Wir verdanken es auch den vielen Freunden, die in diesen 13 Jahren ihren Dienst hauptamtlich getan haben.

(Beifall)

Wir verdanken es all jenen, die widrigen Wetter und Winden zum Trotz ja zur CDU Deutschlands gesagt haben. Es war unsere gemeinsame, unsere geduldige und konsequente Arbeit, die uns zum Ziel geführt hat, die uns das Vertrauen der Mitbürger zurückgewann.

Liebe Freunde, vor fast 40 Jahren - Bernhard Worms sprach davon - wurde hier im Juni 1945 ebenso wie in Berlin die Christlich Demokratische Union Deutschlands gegründet. Die Männer und Frauen, die damals dieses Wagnis unternahmen, eine neue Partei zu gründen nach den bitteren Erfahrungen der Nazizeit, der Verfolgung, der äußeren und der inneren Emigration, des Erlebnisses eines schrecklichen Krieges draußen an den Fronten und zu Hause in den ausgebombten Städten - diese Männer und Frauen glaubten an die Zukunft, und sie machten sich daran, diese Zukunft mit einer neuen, jungen Republik zu gestalten.

Heute versammeln wir uns einmal mehr hier im altehrwürdigen Köln, und wir wollen Kraft sammeln im Blick auf die Geschichte, im Blick auf die Gegenwart und vorausblickend in die Zukunft, um in einer schwierigen und bewegten Zeit das Haus der Bundesrepublik Deutschland, unser Haus, wetterfest zu machen.

Liebe Freunde, gerade weil wir auch aus der Geschichte leben, bin ich ganz sicher: Aus der gleichen Kraft, aus den gleichen Idealen, die damals ganz selbstverständlich erfolgreich waren, werden wir es auch diesmal schaffen.

Hinter uns liegt ein großer Wahlsieg. Wir dürfen stolz auf diesen Wahlsieg sein, und - warum soll man das nicht einmal auf einem Parteitag sagen - wir dürfen auch stolz auf unsere Partei sein,

(Beifall)

stolz, liebe Freunde, nicht auf errungene Macht, sondern auf das erworbene Vertrauen. Vor gerade zehn Jahren nach meiner Wahl zum Parteivorsitzenden habe ich gesagt: "Wir in der CDU können niemanden mit Pfründen locken." Es war der Glaube an unsere Idee und der Einsatz unserer Mitglieder, der die CDU langsam, aber stetig wieder nach vorn gebracht hat bis zu unserem großen Sieg im März dieses Jahres. Es ist auch wahr, und es gehört auch ins Bild dieser Jahre, daß wir Rückschläge erlitten haben und daß es bittere und auch schwere Stunden gab, aber, liebe Freunde, das hat uns nicht entmutigt. Wir haben das gemeinsam mit Solidarität überwunden und ertragen. Selbstmitleid in der Niederlage war uns fremd. Weil das so war, finde ich, sollten wir jetzt einfach sagen: Im Augenblick des Erfolgs gibt es bei uns nicht das Gefühl des Übermuts. Arroganz der Macht wird nie ein Kennzeichen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sein.

(Beifall)

Ich bin optimistisch, weil ich weiß und weil es jeder sehen kann, welche Kraft und welche Moral in dieser Partei stecken und wie gut wir uns auch auf unsere Aufgaben vorbereitet haben.

Ich erinnere an die Diskussionen um die Programme auf allen Ebenen in der Partei, mit denen wir die Grundlagen unserer Politik erarbeitet haben. Liebe Freunde, unser Grundsatzprogramm formuliert Leitlinien für eine moralisch begründete und natürlich auch moderne progressive zukunftsgestaltende Politik. Es gibt der CDU klare Konturen, die uns von anderen Parteien deutlich unterscheiden. Ich will es klar sagen: Mir, uns liegt viel daran, daß die CDU auch als Regierungspartei ihr ganz eigenes, ihr ganz unverwechselbares Profil behält.

(Beifall)

Es war gut, daß wir in den Jahren der Opposition einen langen Atem hatten und daß wir uns selbst treu geblieben sind. Und es war richtig, daß wir nicht nur nach Bonn starrten, daß wir unsere Position in den Bundesländern von Landtagswahl zu Landtagswahl gefestigt haben, so daß wir heute die stärkste politische Kraft in den Bundesländern sind und bleiben werden.

Und es war gut und es war richtig - auch das habe ich vor zehn Jahren bei meiner Wahl zum Parteivorsitzenden gesagt -, daß wir antraten, um die Mehrheit in den Rathäusern wieder zu gewinnen, daß

wir beharrlich um Vertrauen geworben haben und daß wir dort, wo Bürger Staat und Gemeinschaft am nächsten erleben: in der Kommunalpolitik, uns durchgesetzt haben. Das war die Voraussetzung für den Erfolg in Bonn.

(Beifall)

Und es war vernünftig und gut, daß wir geduldig über viele Jahre die programmatischen Grundlagen unserer Partei erneuert haben. Und, liebe Freunde, es war notwendig, daß wir noch vor der Wahl mit dem vollen Risiko Ende September / Anfang Oktober des vergangenen Jahres die Wende eingeleitet haben.

Wir haben den Bürgern die Wahrheit gesagt, und wir haben damit jetzt die notwendige Legitimation erworben, um Entscheidungen auch dort, wo sie schwer zu tragen sind, durchsetzen zu können.

Die CDU Deutschlands hat heute das Vertrauen der Mehrheit der Bürger auf allen drei staatlichen Ebenen: im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden.

Liebe Freunde, das beweist, daß wir die Wahl am 6. März nicht allein deswegen gewonnen haben, weil die Sozialdemokraten, was jeder weiß, regierungsunfähig geworden sind. Wir haben sie gewonnen, weil das Vertrauen bei uns war, weil unsere Mitbürger uns zutrauen, die Zukunftsprobleme unseres Landes lösen zu können.

(Beifall)

Die Bundestagswahl war eine bewußte Entscheidung für die Union und für die Politik der Mitte. Wir haben diese Wahl gewonnen, weil wir mit dem besseren Programm angetreten sind, und wir konnten bei dieser Wahl die Mehrheit unserer Bürger davon überzeugen, daß dieses Programm von allen in der Partei getragen wird.

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland ist die CDU Deutschlands in ein neues Stadium ihrer Geschichte eingetreten.

Wir sind wieder Regierungspartei. Liebe Freunde, die Macht aber, die uns durch die Wahlentscheidung übertragen wurde, ist ein Mandat auf Zeit.

Wir dürfen uns nicht an diese Macht gewöhnen. Wir dürfen sie nicht als Privat- oder Parteibesitz behandeln. Und wir dürfen schon gar nicht auf dieser Macht ausruhen wollen.

(Beifall)

Unser Souverän, das Volk der Bundesrepublik Deutschland, hat uns die Macht zum Preis von mehr Arbeit, mehr Verantwortung und mehr Pflichterfüllung anvertraut. Deswegen haben wir auch heute nicht Pfründe zu verteilen, sondern Arbeit, Aufgaben, Pflichten.

Die politische Verantwortung, liebe Freunde, wird uns nur so lang überlassen bleiben, wie wir, die Union, fähig sind zu einer überzeugenden und glaubwürdigen Politik. Deshalb muß unsere Partei

auch in Zukunft offenbleiben für neue Fragen und Anfragen, sensibel sein für neue Probleme, nicht zuletzt junger Leute, und fähig zu wirklich kreativen Lösungen.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten sind als Regierungspartei gescheitert, weil sie dieser Aufgabe nicht gewachsen waren. Sie haben die Finanzen und die Wirtschaft überfordert. Sie haben das System sozialer Sicherung überlastet. Sie ließen Zweifel entstehen und wachsen an unserer Bündnistreue, und sie haben das Land in eine tiefe Orientierungskrise geführt. Je schwieriger die Probleme wurden, die sie mit ihrer wirtschaftsfeindlichen und utopischen Politik selbst auslösten, desto schneller begaben sich große, weite Teile der SPD auf die Flucht - auf die Flucht zurück zum Sozialismus des 19. Jahrhunderts.

Die Flügelkämpfe haben diese Partei bis zum heutigen Tag gespalten, und die linken Exponenten führen Tag für Tag stärker das Wort. Manche predigen jetzt schon den Generalstreik.

Immer mehr Bevormundung des Bürgers, mehr Staat, mehr Ideologie, mehr Klassenkampf - das sind Positionen, mit denen sich wachsende Teile der SPD heute identifizieren.

Damit hat sich die deutsche Sozialdemokratie jedenfalls in unseren Tagen aus der politischen Verantwortung verabschiedet.

(Beifall)

Liebe Freunde, das heißt aber für uns: Um so größer ist die Verantwortung der Union.

Die Hoffnung, das Vertrauen und die Zuversicht einer breiten Mehrheit unserer Mitbürger konzentrieren sich auf unsere Politik der Mitte.

Die Union ist Regierungspartei. Aber sie ist nicht die Regierung. So, wie die Machtverhältnisse im Bundestag sind, kann unsere Regierungsarbeit nur erfolgreich sein als Gemeinschaftswerk mit unserem Koalitionspartner.

Das bedeutet, liebe Freunde: Unsere Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit hängt auch davon ab, daß wir uns mit unserem Partner, der FDP, fair einigen. Dazu sind wir selbstverständlich bereit. Die letzten sieben Monate seit dem 1. Oktober des vergangenen Jahres, seit dem Beginn der neuen Koalition, sind ja ein Zeugnis dafür, daß man in fairer Partnerschaft gute Arbeit miteinander leisten kann. Und so soll es auch bleiben.

(Beifall)

Unsere Freunde in der Union, die Mitglieder, die Wähler von CDU und CSU, die Wähler von Flensburg bis Rosenheim haben uns zu einem glänzenden Wahlsieg getragen. Sie hätten überhaupt kein Verständnis

dafür, wenn wir jetzt in kleinlichem Streit um Begriffe und Positionen dieses Vertrauen verspielen würden.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich sagte vorhin, liebe Freunde, daß mir sehr am eigenständigen, unverwechselbaren Profil unserer Partei gelegen ist. Deshalb kann es auch keine Einigung zum Preis der Selbstverleugnung geben. Aber diese Grenze muß natürlich von allen respektiert werden.

(Beifall)

Wir haben von den Wählern das Mandat für die Partnerschaft in einer Koalition der Mitte erhalten. Trotz der Probleme, die selbständige Partner miteinander auszutragen haben, darf nach unserem Verständnis Partnerschaft nicht in eigensüchtige Nörgelei ausarten.

(Beifall)

Sie darf nicht zu Schaukämpfen persönlicher Profilierungsversuche mißbraucht werden, die zudem vor allem von den eigenen Leuten nicht mitgetragen werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, das gilt für alle: für die CDU, für die CSU und für die FDP.

Und noch etwas. Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, liebe Freunde, hat ihren Sitz in Bonn.

(Bravo-Rufe und anhaltender lebhafter Beifall)

Und ich denke, liebe Freunde, das weiß jeder in der Union - um es einfach auszudrücken -. Wir lassen die Kirche im Dorf und das politische Entscheidungszentrum der Republik in Bonn.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer etwas anderes will, der soll es sagen, und wir werden ihm antworten.

(Beifall)

Es ist und bleibt die große Leistung der Union, die Leistung von CDU und CSU, daß es ihr gelang, nach dem Zusammenbruch 1945 einen neuen Anfang in der Parteiengeschichte zu setzen. Sie hat die drei großen geistigen Grundströmungen unserer Zeit, die christlich-soziale, die liberale und die konservative Idee, vereinigt und damit auch konfessionelle Gegensätze überwunden. Diese Leistung war möglich, weil sich in der Union Männer und Frauen zusammenfanden, die entschlossen waren, aus geschichtlicher und persönlicher Lebenserfahrung einen gemeinsamen Neubeginn zu wagen.

Ich finde, es ist wert, gerade hier in Köln an den Lebensweg der Gründer unserer Union zu erinnern, und ich will einige wenige nennen: Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer und Karl Arnold, wie

Josef Müller und Adam Stegerwald, Werner Hilpert und Peter Altmeier, Andreas Hermes und Hermann Ehlers, Helene Weber und Jakob Kaiser, Robert Lehr und Ernst Lemmer.

Hier wird sehr deutlich, was zum Erbe unserer Partei gehört: eben auch die moralische Legitimation, die aus Grundsatztreue und persönlichem Opfer im Widerstand gegen den Nationalsozialismus erwachsen ist.

(Beifall)

Mir ist es wichtig - und ich bitte Sie leidenschaftlich und herzlich darum, das nach draußen, in die Partei und an die Jüngeren, weiterzugeben -, auf diese Wurzeln der CDU im Widerstand gegen den SS-Staat immer wieder hinzuweisen-

(Beifall)

Sie sind für uns verpflichtendes Erbe und Anspruch. Liebe Freunde, sie sind für uns auch Verpflichtung gegen die parteiische Vereinnahmung der Geschichte, wie wir sie gerade jetzt wieder in mancherlei Kommentaren aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtergreifung durch Hitler erlebten. In dieser Pflicht stehen wir, weil wir uns an diesem Erbe und Vorbild immer dann messen lassen müssen, wenn wir der Versuchung zu erliegen drohen, es uns mit bloßem Pragmatismus einfacher oder durch Anpassung an den Zeitgeist bequemer zu machen.

Liebe Freunde, da ich von Pflichten und von Verpflichtung rede, nehme ich die Anfrage, die darin steckt, ganz persönlich auf. Ich bin jetzt seit zehn Jahren Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union

(Zustimmung)

und seit dem 1. Oktober des letzten Jahres Bundeskanzler. Ich nehme beide Ämter - jedes in seinem Rang und in seinem Auftrag - gleichermaßen wichtig, und deshalb stelle ich mich diesem Parteitag zur Wiederwahl als Parteivorsitzender.

(Beifall)

Niemand hat stärker und unmittelbarer erfahren, wie wichtig die Solidarität, das Vertrauen und die Unterstützung der Partei für diejenigen sind, die in unserem Namen in Staatsämtern große Verantwortung tragen. Deshalb liegt mir mehr denn je daran, unsere Partei geistig lebendig, politisch handlungsfähig und im Umgang miteinander solidarisch zu wissen. Damit das auch in Zukunft so bleibt, will ich meinen bescheidenen Beitrag leisten und bitte dafür bei der Wahl um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich will mich heute mit drei grundsätzlichen Fragen befassen, die mich als Parteivorsitzenden und als Bundeskanzler gleichermaßen stark bewegen.

Die erste Frage: Wie können wir die soziale Gerechtigkeit und die Zukunftschancen der jungen Generation angesichts der Einschränkungen, die uns die wirtschaftliche und finanzielle Lage notwendigerweise auferlegt, sichern?

Die zweite Frage: Welche Möglichkeiten haben wir, um der Industriegesellschaft in einer Zeit raschen wirtschaftlich-technologischen Wandels ein menschliches Gesicht zu bewahren?

Die dritte Frage ist - ich brauche es nicht zu begründen - die alles entscheidende Frage. Es ist die Frage nach der moralischen Legitimation und nach den Chancen einer Politik zur Sicherung von Frieden und Freiheit in einer Welt voller gefährlicher Waffen.

Ich spreche bewußt viele andere wichtige, notwendige Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und der Innenpolitik jetzt nicht an. Ihnen allen liegt meine Regierungserklärung vom 4. Mai vor. Es ist nicht meine Absicht, dieses Programm heute noch einmal vorzutragen, aber selbstverständlich steht auch dieses Programm auf diesem Parteitag mit zur Diskussion.

Liebe Freunde, die Frage, die wir uns stellen müssen, heißt: Sind wir fähig, die Zeichen der Zeit zu begreifen? Stellen wir uns der Herausforderung! Wir müssen uns prüfen, ob wir dazu die notwendige Kraft, auch die moralische Kraft, haben.

Die erste dieser Herausforderungen ist die soziale Gerechtigkeit in einer Zeit knapper Kassen. Für viele auch bei uns gibt es da eine ganz einfache Formel, beinahe ein Patentrezept - Sie lautet: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, jetzt muß gespart, jetzt müssen überzogene Ansprüche zurückgefahren werden. - Aber, liebe Freunde, diese Formel ist ebenso zu einfach wie das dumme Wort vom "Kaputtsparen". Denn das Sparen, die Kürzungen, die Opfer, die wir abverlangen und bringen müssen, sind Mittel, nicht Selbstzweck unserer Politik.

(Beifall)

Auch in der Zeit knapper Kassen bleibt es unsre Pflicht, auf eine gerechte Sozialordnung hinzuwirken. Sozialpolitik heißt für uns nicht, daß wir in Zukunft im Rückwärtsgang fahren. Ich will es personalisieren: Norbert Blüm und Gerhard Stoltenberg brauchen beide - jeder für seine Pflicht - unsere volle Unterstützung.

(Beifall)

Seit Monaten erreichen mich viele Briefe, Entschließungen und Beschlüsse aus der Partei. Sie alle haben den gleichen Tenor. Jeder sagt, wir müssen sparen, und sieht das ein, aber jeder beruft sich auf die Unantastbarkeit seines speziellen Besitzstandes, und die meisten haben auch gute Gründe, wenn sie das so sagen. Das alles ist doch nur menschlich. Aber, liebe Freunde, ich habe die große Sorge, daß wir in eine Lage kommen, in der der soziale Friede davon abhängig werden könnte, daß die Besitzstände mächtiger Gruppen, die drohen, die Druck ausüben, die streiken können, unangetastet bleiben; daß notwendige Kürzungen nur bei den schwächer organisierten Gruppen durchsetzbar sind und daß alle diejenigen auch weiterhin auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen warten müssen, die nur kleine Gruppen - vielleicht nur Gruppen am Rande - darstellen, auch schon bisher draußen vor der Tür standen. Das kann nicht unsere Politik sein!

(Beifall)

Die Opfer, die notwendig sind, müssen sozial gerecht verteilt werden. Sie dürfen nicht einseitig auf den Schultern der Schwächeren abgeladen werden. Alle müssen ihren Beitrag leisten. Aber wichtig, liebe Freunde, ist vor allem, daß unsere Mitbürger erkennen, daß diese Opfer vom Staat nicht einfach bloß einkassiert, sondern zur Sicherung der Zukunft verwendet werden. Das ist die Voraussetzung vernünftiger Sparpolitik!

(Beifall)

Darum geht es doch jetzt zuerst und vor allem. Wir müssen das innere Gleichgewicht unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung wiederherstellen, den Ausgleich zwischen Anspruch und Leistung, zwischen Ausgaben und Einnahmen, zwischen Gegenwart und Zukunft. Jetzt gilt es, die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zu erneuern. Leistung muß sich wieder lohnen. Private Initiative braucht mehr Freiraum. Eigenverantwortung darf nicht länger durch staatliche Betreuung und Bevormundung verdrängt werden. Der Staat muß seine Grenzen erkennen.

Liebe Freunde, wir wissen es - und wir müssen es in unserem Lande wieder stärker verbreiten -: Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur die erfolgreichste Wirtschaftsordnung, sie ist auch dem Menschen gemäß. Sie fordert den Bürger, aber sie verfügt nicht über ihn. Sie ist wie keine andere Ordnung geeignet, Gleichgewicht der Chancen, Eigentum, Wohlstand und sozialen Fortschritt zu verwirklichen.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt - nicht nur weil die Umfragen das beweisen -: Die große Mehrheit unserer Mitbürger ist zu notwendigen Opfern bereit. Diese Opfer sind notwendig zur Wiederbelebung der Wirtschaft, zum Stopp und zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Sanierung der öffentlichen Finanzen, zur Sicherung der Renten.

An der sozialen Entwicklung der letzten Jahre haben nicht alle Gruppen gleichen Anteil gehabt. Während sich mächtige Gruppen soziale Besitzstände erkämpften, wurden andere, wie die Familien, ins soziale Abseits gestellt. Hinzu kommt, daß mit der Schuldenpolitik der vergangenen Jahre Wohltaten auf Kosten der Zukunft verteilt wurden. Das hat den Sozialstaat überfordert und den Generationenvertrag der sozialen Sicherung gefährdet. Deshalb müssen wir uns jetzt verstärkt um den Ausgleich zwischen den Gruppen und um die Sicherung der Solidarität zwischen den Generationen bemühen.

Zwei Beispiele, liebe Freunde, sollen verdeutlichen, daß es sich dabei um eine sehr aktuelle und um eine sehr konkrete Aufgabe handelt. Mein erstes Beispiel ist das Hauptthema dieses Parteitags: die besorgniserregende Entwicklung im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Über 200 000 Jugendliche sind derzeit ohne Arbeit. Wir alle sind uns einig, daß das ein unhaltbarer Zustand ist, daß wir jede Anstrengung unternehmen müssen, um dieses Problem zu lösen. Deshalb stellen wir uns auch hier auf dem Parteitag diesem Thema.

Ich weiß natürlich, wie jeder von Ihnen, daß die Arbeitslosigkeit einen 40jährigen Familienvater mit Kindern materiell und psychologisch härter treffen kann als einen 20jährigen, der noch zu Hause bei den Eltern lebt. Trotzdem bin ich der Meinung, daß wir zur Überwindung des Lehrstellenmangels, der Jugendarbeitslosigkeit und auch der wachsenden Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen eine ganz besondere Anstrengung machen müssen.

(Beifall)

Für viele junge Leute ist Arbeitslosigkeit heute die erste Erfahrung beim Eintritt in die Welt des Erwachsenen. Das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, ja ausgeschlossen zu sein, hat tiefgehende Wirkungen weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus. Wir müssen aufpassen, daß hier die Weltsicht einer ganzen Generation nicht negativ vorgeprägt wird.

Die vergebliche Suche nach Arbeit ist für jeden Betroffenen ein deprimierendes Erlebnis. Einem jungen Menschen kann sie aber den Eindruck vermitteln, als setze die Solidarität der Gesellschaft erst dann ein, wenn einer seinen Platz in der Arbeitswelt gefunden hat, wenn er versichert ist und wenn er Beiträge zahlt, ja wenn er einklagbare Rechtstitel erworben hat. Meine Freunde, Solidarität in einer menschlichen Gesellschaft ist mehr, muß mehr sein als Einlösung von Rechtsansprüchen.

Deshalb wollen wir besondere Anstrengungen zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit unternehmen. Wir wollen und können der jungen Generation damit zeigen, daß sie unserer Solidarität auch dann sicher ist, wenn sie nicht eingeklagt und wenn sie nicht mit Druckmitteln erzwungen werden kann. Wenn es dann eines Tages in einer möglicherweise noch schwierigeren Zeit als heute um die Sicherung unserer Rente geht, liebe Freunde, wird es wichtig sein, daß wir in unserer Zeit unser Beispiel gegeben haben, daß wir deutlich gemacht haben: Auf unsere Solidarität ist Verlaß.

Mein zweites Beispiel betrifft die Politik für die Familien und für die Frauen. Wir haben uns ganz selbstverständlich schon seit jeher für die materielle Gleichstellung der nicht berufstätigen mit der berufstätigen Mutter eingesetzt. Die Wahl zwischen Familie und Beruf ist die persönliche Entscheidung jeder Frau. Das ist der Grundsatz unserer Politik, und wir respektieren diese Entscheidung.

(Beifall)

Niemand von uns will der Frau eine Hausfrauenidylle oder eine bestimmte Rolle zudiktieren. Aber wie weit sind wir eigentlich in der Bundesrepublik heruntergekommen, daß man, wenn man - über dieses Thema spricht - das voranstellen muß, weil man sonst verdächtigt wird, man habe etwas gegen die berufstätige Frau? Aber, liebe Freunde, es geht auch nicht an, daß Frauen diffamiert und sozial benachteiligt werden, wenn sie sich für ihre Familie, für ihre Kinder entschieden haben.

(Beifall)

Deshalb werden wir die Zusagen, die wir nicht erst heute, sondern bereits in unserem Grundsatzprogramm und dann in unserem Wahlprogramm zur Familienpolitik gegeben haben, einlösen, sobald wir dazu finanziell, von der Haushaltslage her, in der Lage sind. Ich sage ganz offen, daß ich zu jenen gehöre - ich möchte sagen: zu jener großen Mehrheit in der Partei -, denen es ganz besonders leid tut, daß wir im Augenblick auf Grund der wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten nicht mehr tun können, als wir jetzt tun. Im Gegenteil: Wir müssen auch auf diesem Feld Einsparungen vornehmen. Aber ich sage klar und deutlich auf diesem Parteitag: Sobald wir die Dinge einigermaßen in Ordnung haben, sobald wir wieder Mittel zur Verfügung haben, müssen sie zuerst und vor allem auf diesem Gebiet eingesetzt werden.

(Beifall)

Das ist nicht nur eine Frage der materiellen Gegebenheiten, und das hat nicht nur etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, obwohl auch das zutrifft. Wir können mit diesem Schritt zur Familie hin einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung eines Klimas der Mitmenschlichkeit und Geborgenheit in unserem Lande leisten. Dieser Wunsch ist heute doch hochaktuell. Er wird uns nachdrücklich von jungen Leuten vorgetragen, die sich über die Kälte und die Anonymität unserer Gesellschaft beklagen. Man kann es ganz knapp fassen: Wir brauchen eine Renaissance der Familie. Sie allein wird dem unseligen Trend zur bürokratisch organisierten Betreuung, zur Mitmenschlichkeit nach Dienststundenmentalität entgegenwirken.

Unter den Reformexperimenten der SPD hat besonders die Familie gelitten. Für uns, liebe Freunde, ist die Familie keine "Sozialisationsagentur" der Gesellschaft, sondern der wichtigste, der entscheidende Ort menschlicher Geborgenheit.

(Beifall)

Das soziale, das menschliche Klima in unserem Land muß uns genauso wichtig sein wie Luftreinhaltung und natürliche Umwelt. Wir sind zu Recht in großer Sorge über Waldsterben, sauren Regen und ähnliche Herausforderungen. Aber was in den Herzen der Menschen an Empfindsamkeit, Bindungsfähigkeit und menschlicher Wärme in einer bürokratisierten und anonymen Umwelt verlorenggeht, ist ein genauso großer Verlust.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir kämen der Wahrheit ein großes Stück näher, wenn manche bei ihrer Suche nach der heilen Welt nicht immer nur in den Kategorien von vorgestern und übermorgen dächten. Hier und heute gilt es wahrzunehmen, daß die Familie für die Qualität unseres Zusammenlebens entscheidend ist und bleibt. Alle bisher bekannten alternativen Lebensgemeinschaften sind nur ein schwacher und für die meisten letztlich unbefriedigender Ersatz für die Familie. Deshalb ist es eine ausgesprochen moderne, progressive Politik, wenn wir die Familie in ihrer Aufgabe und in ihrem Wert neu bestätigen und dafür kämpfen.

(Beifall)

Liebe Freunde, in meiner Regierungserklärung habe ich gesagt, daß wir eine moderne Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht schaffen wollen. Ich habe gesagt, daß wir auf wirtschaftliches Wachstum und moderne Technik nicht verzichten können. Wir wollen und wir müssen uns als Bundesrepublik Deutschland dem internationalen Wettbewerb stellen und die Modernisierung wie den Strukturwandel unserer Wirtschaft fördern, ja, sogar beschleunigen.

Ich weiß sehr gut, daß diese Begriffe und Forderungen Reizworte sind für Ideologen und Demagogen in dieser Zeit. Aber - lassen Sie uns auch das offen aussprechen - sie lösen auch bei vielen unserer Wähler nicht nur Hoffnungen, sondern auch Besorgnisse und nicht selten auch Ängste aus.

Wenn von Technik die Rede ist, denken viele an Rationalisierung und Elektronik, an Roboter und vollautomatisierte Fertigungsstraßen. Da entsteht die Sorge auch um den eigenen Arbeitsplatz.

Beim Stichwort Wachstum denken viele an noch mehr Straßen, Flugplätze, Kanäle, Kraftwerke, und da entsteht die Sorge um die Umwelt.

Begriffe wie Wettbewerb und Strukturwandel lösen bei manchem die Furcht aus, in einer Welt ständigen Wandels und immer neuer Anforderungen nicht mehr mitzukommen, verdrängt zu werden, von der Entwicklung überholt zu werden, in ziemlich jungen Jahren schon zum alten Eisen zu geraten.

Wir sind kritischer geworden, sensibler auch für die Risiken der Technik. Und wir haben gelernt, genauer nachzufragen, wohin uns der Fortschritt bringen könnte.

Allerdings - und auch das ist wahr, auch das sollten wir draußen entschieden vertreten - werden die Risiken und Gefahren des Fortschritts vielfach hochstilisiert und überzeichnet. Eine Technik wie die friedliche Nutzung der Kernkraft wird als Sicherheitsrisiko verteuelt, obwohl sie umweltfreundlich ist und sich durch einen hohen Sicherheitsstandard auszeichnet.

(Beifall)

In vielen deutschen Schulstuben sind das völlig unbekannte Erkenntnisse. Liebe Freunde, ich sage das hier, weil viele deutsche Schulstuben von vielen CDU/CSU-geführten Landesregierungen mit betreut werden. Auch das gehört zu unserer Selbsterkenntnis.

(Beifall)

Wir wissen doch, daß die Leistungen der Technik und der Wissenschaften unbestritten sind:

Volksseuchen und Krankheiten konnten durch die Entwicklung der Wissenschaft in erheblichem Umfang überwunden werden. Die Menschen sind von schwerer und gefährlicher Arbeit entlastet worden. Neue Rohstoff- und Energiequellen wurden erschlossen. Unsere Freizeit wurde erweitert. Unsere Verkehrsverhältnisse, unsere Kommunikationsmöglichkeiten wurden verbessert. - Ich kenne

niemanden, der ernsthaft bereit wäre, auf diese Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik zu verzichten. Das wäre ja auch eine zutiefst menschenfeindliche Haltung. Aber alle diese Leistungen werden heutzutage wie selbstverständlich angenommen und konsumiert, jedoch sehr zu Unrecht geringgeachtet.

Ich bin, wie jeder weiß, kein Fortschrittsfanatiker, und für mich ist der Fortschritt auch in der angewandten Forschung kein Wert an sich. Aber, liebe Freunde, zur führenden Regierungspartei gehört, daß wir offensiv draußen wieder deutlich machen, daß die Fortschritts- und Technikfeindlichkeit, die jetzt Mode geworden ist, die in manchen Intellektuellen- und Pseudointellektuellenzirkeln verbreitet wird, ausgesprochen provinziell und schädlich ist.

(Beifall)

Wir sind ein rohstoffarmes Land, wir sind ein in hohem Maße exportabhängiges Land. Nur, wenn wir die technologische Herausforderung begreifen und annehmen, haben wir überhaupt eine Chance, international wettbewerbsfähig zu bleiben. Nur so können wir Wohlstand und soziale Sicherheit auch für die Zukunft sichern. Und darum geht es doch: Wir wollen den technischen Fortschritt so einsetzen, daß er uns nützt und nicht schadet. Wir müssen seine Risiken unter Kontrolle halten und sicherstellen, daß wir die Technik beherrschen und nicht sie uns.

Richtig ist - und auch das gehört zur Bilanz politischer Arbeit einer großen Partei -, daß auch wir in der Vergangenheit Risiken der Technik nicht immer richtig eingeschätzt haben. Wir haben häufig in erster Linie ihre wirtschaftlichen Vorteile gesehen und negative Folgen für Menschen und Umwelt manches Mal zu leicht in Kauf genommen. Aber wir haben dazugelernt. Ich halte es für falsch, daß jetzt manche die Technik zum Sündenbock für alles Unbehagen in der Gesellschaft abstempeln. Das ist billig, das ist vordergründig, und das soll ablenken von den Fehlern einer Politik der Gesellschaftsveränderung.

Die Reformexperimente der SPD und der Machbarkeitswahn von Sozialingenieuren haben die Lebensqualität in unserem Lande wesentlich stärker beeinträchtigt als der gesamte wirtschaftlich-technische Wandel der letzten Jahrzehnte.

(Beifall)

Liebe Freunde, ist es nicht merkwürdig: Ausgerechnet jene, die die Kälte der modernen technischen Zivilisation besonders heftig anprangern, sind zugleich die schärfsten Kritiker der althergebrachten Wertordnung? Mit Begriffen wie Treue und Heimat, Pflichterfüllung und Vaterland, menschlicher Wärme und Familie treiben sie ihren Spott. Die neue Gesellschaft, der neue Mensch, die die Linken in der SPD einst schaffen wollten, sind Utopie geblieben. Aber ihr Umpflügen oder, wie ein anderer sagte, ihr Tiefpflügen in unserer Gesellschaft hat doch diese Orientierungskrise mit ausgelöst, die zu einer tiefen geistig-moralischen Verunsicherung vieler Menschen geführt hat. Und, liebe Freunde, diese Verunsicherung war und ist auch heute noch bei manchen ganz offen beabsichtigt.

Die von solchen Leuten für die Politik geforderte Wertneutralität versandet in der Wirklichkeit des Materiellen. Max Horkheimer, ein guter Zeuge, einst Mitbegründer der Frankfurter Schule, hat diese Einsicht in den knappen Satz gefaßt: "Politik ohne Bezug zur Transzendenz wird zum Geschäft." Deshalb, liebe Freunde - und lassen Sie sich von keinem Spott vom Wege abbringen -, ist die Erneuerung der geistig-moralischen Grundlagen der Politik so wichtig. Mit bloßer Geschäftigkeit, mit neuen Programmen, Gesetzen, staatlichen Maßnahmen allein werden wir ganz gewiß die Herausforderungen nicht bestehen.

(Beifall)

Unsere Politik der Erneuerung wird nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, in den geistig-moralischen Grundfragen unserer Zeit wieder festen Boden zu gewinnen. Hermann Lübke hat recht, wenn er sagt, daß es gerade in einer Zeit raschen wirtschaftlichen und technologischen Wandels mehr denn je darauf ankommt, gemeinsame Werte, Tugenden und Traditionen zu bewahren. Wir brauchen sie, wir brauchen sie ganz persönlich im privaten wie im öffentlichen Leben - zur Sinnfindung und zur Orientierung.

Umweltschutz und Friedensbekenntnis, das Engagement für die Dritte Welt und das Eintreten für die Rechte von Minderheiten, dies alles ist wichtig und wertvoll, aber, liebe Freunde, es ist kein Ersatz für die aus geschichtlicher Tradition und aus christlicher Glaubenslehre überlieferten Werte. Die Entpflichtung der Menschen in einer glaubenslosen Welt, der Verlust von Glauben an Gott, ist mehr als alles andere Ursache von Einsamkeit und Angst.

(Beifall)

Die mit moralischen Argumenten bemäntelte Kritik an der technischen Zivilisation lenkt in einer höchst gefährlichen Weise die Lebenseinstellung einer wachsenden Zahl von Menschen auf Irrwege.

Von der heute viel beschworenen nachindustriellen Gesellschaft sind wir weit entfernt. Richtig ist, daß wir im tertiären Sektor, d. h. bei den Dienstleistungen, noch große Wachstumschancen haben. Dennoch, auch die Dienstleistungsgesellschaft und erst recht eine postmaterielle Gesellschaft sind vorerst nichts als eine Vision.

Zur Industriegesellschaft gibt es also keine Alternative.

Und wer den Menschen vormacht, sie könnten besser leben und zugleich weniger arbeiten, sie könnten der technologischen Herausforderung ausweichen und dennoch den gewohnten Lebensstandard und ihre soziale Sicherheit bewahren, wer besseren Umweltschutz verspricht, aber nicht sagt, woher er die Energie und das Geld dafür nehmen will, der zeigt nicht nach vorne, sondern nach rückwärts.

(Beifall)

Wir aber wollen nicht zurück, wir wollen vorwärts in eine bessere Zukunft.

(Beifall)

Liebe Freunde, aber auch das ist wahr: Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in der Industriegesellschaft.

Wer nicht blind ist, und wer nicht taub durchs Land geht, der kann sie sehen bzw. hört davon.

Unser geschärftes Bewußtsein für Natur und Umwelt - eine zutiefst konservative Aufgabe im besten Sinne des Wortes -, die Erfolge des Umweltschutzes bei der Luftreinhaltung, im Gewässerschutz und bei der Lärmbekämpfung sind Beispiele dafür. Ich bin fest überzeugt: Der entscheidende und wichtige Auftrag an unsere Generation ist die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie.

Wir können dem Fortschritt wieder menschliches Maß geben. Auf vielen Feldern gibt es ermutigende Beispiele dafür. Das, was - von deutschen Kommunalpolitikern, von vielen Bürgern mitgetragen - bei der Sanierung von Städten und Dörfern gegenwärtig geleistet wird, ist ein Beispiel zunehmender Sensibilität für die Erhaltung geschichtlicher Denkmäler, und es ist ein Wechsel, ein Wandel zum Besseren in unserem Denken.

Der Ausbau von Sozialstationen, die Verbesserung der Nachbarschaftshilfe, die Abkehr vom Gigantismus im Schul- und Krankenhausbau, Alternativen im Bereich der Architektur, weg von Wohnsilos und seelenlosen Trabantenstädten : Das alles gehört zu diesen erfreulichen Zeichen - ich könnte viele weitere nennen - einer Neubesinnung.

Liebe Freunde, dazu gehört auch die wachsende Bereitschaft vieler junger Leute zum sozialen Engagement: für die Dritte Welt, für die Aussiedler, für die Ausländer in der eigenen Stadt, im eigenen Dorf, für behinderte Mitmenschen. Zu diesem Bild, das uns optimistisch stimmen darf, gehört auch die Wiederentdeckung des Wertes der Erziehung in Schule und Familie.

(Beifall)

Sie zeigt doch die Hinwendung zu mehr menschlicher Qualität.

Um es klar zu sagen: Das alles verleitet mich nicht dazu, dem Fortschrittspessimismus eine Fortschrittseuphorie entgegenzusetzen. Wir sollten nüchtern bleiben. Aber wir sollten uns von niemandem einreden lassen, die Bedingung für mehr Menschlichkeit, für eine lebenswerte Zukunft sei die Abkehr von Wachstum, Fortschritt und Technik.

(Beifall)

Liebe Freunde, alle unsere Bemühungen um die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft wären umsonst, wenn es uns nicht gelänge, den Frieden und unsere Freiheit zu erhalten.

(Beifall)

In einer Welt voller Konflikte und Waffen sind der Frieden und die Freiheit unseres Landes die wichtigsten Voraussetzungen für unser persönliches Glück.

Friede ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg. Friede bleibt ein Anspruch, der immer neu eingelöst werden muß. Er beruht auf dem gerechten Ausgleich von Interessen. Der Friede wird nur sicherer in einem Prozeß abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit. Wenn die Friedensdenkschrift der EKD und das Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden so nachdrücklich einer "Wiedergewinnung der politischen Dimension in den heutigen Weltkonflikten" das Wort reden, so entspricht dies ganz genau unseren politischen Vorstellungen.

Friede, liebe Freunde, darf nicht in der Waffendiskussion ersticken. Friede ist und bleibt, wie wir es verstehen, eine Sache umfassender Weltverantwortung. Darum gehören der Schutz der Grundrechte, die Verpflichtung auf die Menschenrechte, das Bemühen um gerechtere internationale Beziehungen und die Respektierung rechtlich vereinbarter Regelungen zu den fundamentalen Forderungen unseres politischen Programms.

Wir vertrauen auf die friedensstiftende Kraft des Rechts. Geistige, politische, moralische Nachgiebigkeit gegenüber Rechtsbrüchen und jede Schwächung des Rechtsbewußtseins bestärken die Macht des Bösen und gefährden den provisorischen Frieden.

(Beifall)

Solange die Macht des Bösen in und um uns nicht überwunden ist, verlangt eine verantwortliche Friedenspolitik auch nach entsprechenden Sicherungen für Frieden und Freiheit nach innen und außen. Unverzichtbare Voraussetzung für den inneren Frieden sind aber wirtschaftliche Wiedergesundung, Konsolidierung des Haushalts und das Bemühen um soziale Gerechtigkeit.

Liebe Freunde, wir haben - denken Sie u.a. an den Parteitag in Ludwigshafen - in den letzten Jahren auf vielen Parteitagen immer wieder versucht, die direkte Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik in das öffentliche Bewußtsein zu heben, weil wir wissen, daß der innere Frieden unsere Friedenspolitik auch nach außen fördert, weil wirtschaftlicher Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland Antrieb für die wirtschaftliche Erholung anderer Staaten sein kann und weil eine Regierung in der Bundesrepublik Deutschland mit einer sicheren parlamentarischen Mehrheit und mit einer klaren politischen Linie ein stabiler Faktor in Europa, im Bündnis und auch im Gespräch mit dem Osten ist.

Liebe Freunde, ich kann heute, gerade auch nach diesen sieben Monaten nach unserer Regierungsübernahme, mit großer Genugtuung feststellen: Unsere Freunde und Verbündeten bauen auf uns, weil wir verläßlich sind und weil wir berechenbare Partner sind.

(Beifall)

Und unsere Nachbarn im Osten sprechen mit uns, und das ist gut so. Sie wissen, woran sie mit uns sind, und - was vielleicht auch wichtig ist - sie wissen, daß sie lange mit uns rechnen müssen.

(Beifall)

Das ist unsere Chance als Regierungspartei: Als stabiler Faktor der europäischen und internationalen Politik können wir die deutschen Interessen besser vertreten als jene, die zwar immer über sie reden, sie aber durch ihre Politik des ständigen Jeins nach innen und nach außen schwächen. Deshalb, liebe Freunde - lassen Sie mich das mit einem Satz abtun -, ist es ein für mich ziemlich überflüssiger Streit, ob eine CDU/CSU/FDP- Regierung in der Außenpolitik Kontinuität verfolgt oder eine Wende vollzieht.

Unsere Außenpolitik ist klar bestimmt; die Prioritäten sind deutlich. Sie folgen übrigens ganz klar dem gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU; jeder kann es nachlesen. Das war auch die Grundlage für die Regierungserklärungen, die ich am 13. Oktober vergangenen Jahres und am 4. Mai dieses Jahres abgegeben habe. Sie sind die verbindliche Grundlage unserer Politik, und dabei bleibt es.

(Beifall)

Wir haben zwei entscheidende Prioritäten - es sind Prioritäten, die durch unsere Partei mit der Zustimmung des Volkes schon in den 50er Jahren unter der Führung Konrad Adenauers gesetzt wurden: Erste Priorität haben die enge Freundschaft - sie ist das entscheidende Kernstück der Allianz - mit den Vereinigten Staaten von Amerika und das Atlantische Bündnis. Wir haben alles getan, um das gegenseitige Vertrauen zu vertiefen. Das Ergebnis ist eine überzeugende Geschlossenheit des Westens in den Grundfragen der Sicherheitspolitik. Liebe Freunde, diese Übereinstimmung reicht weit über das Bündnis hinaus. Ich erinnere an die Rede von Präsident Mitterrand vor dem Deutschen Bundestag, und ich erinnere an die Ausführungen, die der spanische Ministerpräsident Gonzalez in meinem Beisein zum NATO-Doppelbeschluß in Bonn gemacht hat ; all dies ist in den letzten Wochen und Monaten geschehen. Diese Geschlossenheit ist die beste Garantie für den Frieden und die Sicherheit in Europa. Wenn ich die politischen Parteien betrachte, so stelle ich fest, daß es in Europa heute nur noch eine politische Kraft gibt, die sich in den zentralen Fragen der europäischen Sicherheit völlig isoliert: das ist die deutsche Sozialdemokratie.

(Beifall)

Das Vertrauensverhältnis mit unseren amerikanischen Freunden ist ein wichtiges politisches Kapital; wir werden es pflegen. Pflegen heißt nicht, meine Freunde, daß wir zu allem ja und amen sagen, was in Washington gedacht oder gesagt wird, sondern wir werden das sorgsam prüfen und miteinander diskutieren. Freundschaft heißt Partnerschaft, heißt miteinander und nicht übereinander reden. Sie ist niemals ein Befehlsverhältnis, sondern eine Verbindung aus den großen Traditionen unserer Völker, auch aus den Traditionen - ich sage das bewußt -, die zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Laufe von 300 Jahren Einwanderung von Deutschen in die Vereinigten Staaten entstanden sind.

Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß die gegenseitige Information und Konsultation noch nie so häufig und so eng war wie in den letzten Monaten, - ich weiß, was ich sage, wenn ich "nie" sage. Das hat auch seinen guten Grund angesichts der existentiellen Fragen, die wir zu beantworten haben. Die Besorgnisse über eine

mögliche deutsche Sonderrolle im Ost-West-Verhältnis sind Gott sei Dank überwunden. Was wir gewonnen haben, ist ein Verständnis für unsere besonderen Sorgen im geteilten Vaterland.

Freundschaft muß auf Vertrauen gründen. Wer sich gegenseitig verdächtigt, wird nicht die Interessen des anderen unterstützen.

(Beifall)

Wir haben mit einer solchen Politik Schluß gemacht. Sie hat uns selbst am meisten Schaden zugefügt. Jetzt ist unsere Position im Bündnis und in Europa stärker geworden. Die Sowjetunion weiß, daß unsere Freundschaft zu den USA, die Partnerschaft in der Atlantischen Allianz nicht in Zweifel gezogen, nicht erschüttert werden können. Die sowjetische Führung spricht mit uns, weil sie davon ausgeht, daß unser Wort in Washington wie auch im Bündnis und in Europa Gewicht hat.

Ich komme zu der zweiten wichtigen Grundlage unserer Politik nach dem Krieg, zur Einigung Europas. Die Einigung Europas hat gleiche Priorität wie die Atlantische Allianz. Das entspricht der Tradition unserer Partei. Liebe Freunde, wir haben uns immer als die klassische Europa-Partei verstanden. Deswegen ist es klar, daß viele in Europa ihre Hoffnungen auf uns richten.

Ich sage dies, weil ich weiß, daß es modern oder schick geworden ist, über Europa achselzuckend hinwegzugehen und zu fragen: Was kann da noch Gutes zu erwarten sein? Wir werden während der Wochen, die uns in der Präsidentschaft noch bleiben, und im Europäischen Rat zäh und entschieden darum ringen, daß wir weiterkommen, auch wenn es nur kleine Wegstrecken sind. Ich lasse nie einen Zweifel darüber, daß wir die Einigung Europas wollen, daß wir intensiv um Lösungen ringen und daß wir nicht resignieren dürfen.

(Beifall)

Wir wissen, liebe Freunde: Was bisher erreicht wurde, ist nicht befriedigend, nicht ausreichend. Wer aber mehr will, wer nicht warten kann, wer drängt, der muß auch sagen, was er für einen Preis bezahlen will, welche Opfer er zu bringen bereit ist.

Ich will ein Beispiel aus den letzten Tagen herausgreifen. Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, den Mehrwertsteueranteil zur Finanzierung der Gemeinschaft von bisher 1 % auf 1,4 % anzuheben. Wenn wir diesen Vorschlag akzeptieren würden, müßten wir pro Jahr 4 Milliarden DM mehr für Europa zahlen. Gleichzeitig sparen wir in bitteren Auseinandersetzungen - es kann gar nicht anders sein - für den nationalen Haushalt des Jahres 1984 6,5 Milliarden DM ein. Sie wissen, daß wir den Vorschlag aus Brüssel so nicht akzeptieren können und werden. An diesem Beispiel wird aber doch jedermann klar, vor welchen Problemen wir stehen.

Fairerweise muß aber auch die andere Seite angesprochen werden, nämlich die Vorteile, die wir gewonnen haben. Über 48 % der Ausfuhren gingen 1982 in Länder der Gemeinschaft. Das sind 13 % unseres gesamten Bruttosozialprodukts.

Es gibt noch einen Grund, weshalb vor allem wir Europa brauchen. Wir sind ein geteiltes Land. Wer in die Geschichte schaut und wer sich Sensibilität für die Möglichkeiten von morgen bewahrt hat, der weiß: Die Einheit des deutschen Vaterlands ist in der größeren europäischen Heimat in Zukunft denkbar.

(Beifall)

Am 17. Juni des nächsten Jahres werden wir erneut an die Wahlurnen gehen, um das 2. Europäische Parlament zu wählen. Wir müssen den Bürgern dann Rechenschaft über das geben, was wir für Europa geleistet haben. Der Bürger muß wissen, daß wir noch einen langen und beschwerlichen Weg vor uns haben. Unsere Bürger müssen spüren, daß wir uns als Christliche Demokraten mit dieser Idee identifizieren, daß wir unsere Kraft, daß wir unsere Phantasie einsetzen, um das Ziel zu erreichen. Wir müssen den Bürger, der skeptisch ist, fragen: Wie sieht denn Deine Alternative aus? Wollen wir wieder zurück zu trennenden Grenzen und dem Protektionismus und all dem, was die Schattenseite der Nationalstaaten war?

(Beifall)

Liebe Freunde, das sind Schwerpunkte unserer Außenpolitik. Ich habe sie in dem Satz zusammengefaßt:

"Fundamente unserer Außenpolitik bleiben das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft".

Auf diesen Fundamenten bauen wir unsere Politik auch mit den Staaten des Warschauer Paktes auf, eine Politik des Dialogs, des Ausgleichs und der Zusammenarbeit. Unsere Einbindung in den Westen bleibt das entscheidende politische Widerlager für unsere Ostpolitik. Wir werden keine Politik mit unseren östlichen Nachbarn betreiben, die zu Lasten unserer Freundschaft in der Allianz, die auf Kosten des Zusammenhalts des Bündnisses geht. Das unterscheidet uns von den illusionären Entspannungspolitikern in der SPD.

Aber noch etwas unterscheidet uns von der SPD. Wir werden die Belastungen im Ost-West-Verhältnis, wir werden unsere Besorgnisse in den zweiseitigen Beziehungen mit der Sowjetunion, mit der DDR, mit Polen, mit der Tschechoslowakei, mit Rumänien beim Namen nennen. Wir werden uns nicht damit abfinden, daß Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl mitten in Deutschland bestehen und man dies am Ende noch als normal bezeichnet. Das wird nicht unsere Politik sein!

(Beifall)

Meine Freunde, wir werden dies aber nüchtern tun - ruhig und ohne Schaum vor dem Mund. Wir werden uns nicht scheuen, immer wieder darauf zu dringen, daß die Belastungen abgebaut werden, daß Spannungen vermindert werden, daß die Menschen in Deutschland zueinanderkommen. Unsere Nachbarn im Osten müssen wissen, daß politische Beziehungen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, wissenschaftlich-technische Kooperation, kultureller Austausch um so leichter, um so umfassender möglich sind, je rascher Fortschritte erreicht werden - Fortschritte, die zu mehr Menschlichkeit und weniger Konfrontation führen. Das gilt vor allem für das Problem der Familienzusammenführung.

Wir sorgen uns um einen vernünftigen, um einen friedlichen, um einen menschlichen Ausgleich mit unseren ausländischen Freunden, mit den Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sorgen uns aber auch um das Schicksal unserer Landsleute, die durch die Geschichte nach Sibirien, nach Rumänien, nach Polen oder anderswohin gekommen sind und die in ihr altes Vaterland zurück wollen.

(Lebhafter Beifall)

Ein Drittes unterscheidet uns von der SPD. Wir werden wieder zu einer Politik zurückkehren, die den beiderseitigen Interessen dient, die zu mehr Ausgewogenheit zwischen Leistung und Gegenleistung führt. Unser Angebot an unsere östlichen Nachbarn - auch an Moskau - ist, eine neue und auch bessere, stabilere Qualität der Beziehungen zu erreichen. Wir wollen die Gespräche auf allen Ebenen führen und vertiefen, beharrlich und ohne Illusion über bestehende Gegensätze, und, wenn möglich, auch mit einer gewissen Regelmäßigkeit. Ich füge aber hinzu: Diese Politik kann keine Einbahnstraße sein. Sie kann nicht mit Scheuklappen nach dem Motto geführt werden: Was scheren uns Unrecht, Krisen und Spannungen in anderen Teilen der Welt? Was schert uns, was in Polen oder im fernen Afghanistan geschieht? Die Welt ist unteilbar, auch unter diesem Gesichtspunkt.

(Beifall)

Unsere Politik bleibt in die Allianz, in die Partnerschaft eingebettet. Man kann es einfach sagen: Wir verraten unsere Freunde nicht. Wir verraten unsere Grundsätze nicht. Wir werden uns selbst treu bleiben: unseren Grundsätze, unseren Idealen, unseren Zielen. Wir wissen, daß wir auf diesem Weg mit Rückschlägen, manchmal mit Stagnation rechnen müssen.

Sie werden uns aber nicht zu Wohlverhalten verleiten und nicht zur Anpassung, nicht zur Gewöhnung an Unrecht und Unmenschlichkeit. Denn dies wäre ein gefährlicher Weg.

(Beifall)

Aber wir werden uns auch nicht entmutigen lassen und nicht aufgeben. Denn dies wäre ein zu bequemer Weg.

Am 4. Juli werde ich zu Gesprächen nach Moskau reisen. Es wird die erste Begegnung sein zwischen den neuen politischen Führungen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.

Beide Seiten wissen, daß sie möglicherweise auf sehr lange Zeit miteinander zu tun haben werden. Und die Reise findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Verhandlungen in Genf in ein entscheidendes Stadium getreten sein können.

Ich werde in Moskau nicht als Vermittler und nicht als Dolmetscher auftreten. Ich werde die Gespräche in enger Abstimmung mit unseren Freunden führen, als ein Mitglied des westlichen Bündnisses. Ich habe dort keine Verhandlungen zu führen, aber ich werde alle nur denkbaren Anstrengungen unternehmen, um zu einer einvernehmlichen Lösung in Genf beizutragen.

(Beifall)

Die Sowjetunion weiß, wo wir stehen. Sie kann auch keine Zweifel darüber haben, welche Politik wir verfolgen, im Bündnis, in Europa und gegenüber unseren Nachbarn. Sie kann und wird - das ist sowjetische, das ist russische Tradition - unsere Politik realistisch einschätzen. Sie wird dabei ihre Interesse nüchtern gegenüber den unseren zu prüfen haben.

Ich bin sicher: Wir haben eine gute Chance, daß diese Gespräche zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Wir werden in wichtigen Fragen hart streiten, aber beide Seiten müssen wissen, daß vernünftige, konstruktive Beziehungen im Interesse beider Völker liegen.

Am Ende eines solchen Besuches können keine spektakulären Ergebnisse stehen. Aber, liebe Freunde, wenn es uns gelingt, neue Wege zur Zusammenarbeit zu erschließen, wäre dies, so finde ich, ein guter Anfang.

Wir brauchen bessere politische Beziehungen, um vor allem Fortschritte in der Abrüstung und der Rüstungskontrolle zu erreichen.

Es ist heute die gemeinsame Überzeugung aller vernünftig denkenden Menschen, daß Krieg kein Mittel der Politik sein kann.

(Beifall)

Es ist daher Ziel aller Sicherheitspolitik, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Möglichkeit einer politischen Erpressung oder gar einer kriegerischen Auseinandersetzung auszuschließen.

Dies ist in den letzten 30 Jahren erreicht worden durch ein annäherndes Gleichgewicht der Kräfte. Der Aufbau militärischer Macht im westlichen Bündnis steht, so verstanden, immer im Dienst der Friedenssicherung. Diese Macht hat ihr Ziel erreicht, wenn sie nie eingesetzt werden muß.

Deswegen, liebe Freunde, gilt der Satz, daß unsere Bundeswehr eine Friedensarmee ist und unsere Soldaten Friedensdienst leisten.

(Beifall)

Wenn die Kirchen in aller Welt darauf verweisen, daß der Rüstung mit immer mehr Waffen Grenzen gesetzt werden müssen und daß die Frist dazu nicht unbegrenzt sei, so ist das wohl kaum jemandem bewußter als uns, den Deutschen, in einem geteilten Land.

50 Millionen Tote hat der Zweite Weltkrieg gekostet. Dazu kamen das Leiden und das Elend von Millionen Überlebenden. Bernhard Worms hat Ihnen ein Bild aus jenen Tagen vom Juni 1945 in die Mappen gegeben, in denen der Gründungsaufwurf der Christlich Demokratischen Union enthalten ist. Dieses Bild spricht eine beredtere Sprache als das, was wir viele Jahrzehnte später dazu sagen können.

Auch heute ist die Welt von Kriegen, von Flüchtlingsströmen, von Hunger und Not, von wirtschaftlichen Krisen und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet.

Liebe Freunde, wer will da nicht Frieden, wer will nicht Freiheit, wer will nicht Brot?

Aber Friedensgesinnung allein reicht nicht. Es reicht nicht das Wort zum Frieden, es reicht auch nicht der Wille zum Frieden. Die Tat ist gefordert, in Ost und West, in Nord und Süd!

(Beifall)

Und so wollen wir handeln als Christliche Demokraten. Es gibt für uns keinen Grund zu Pessimismus. Noch nie war die Chance so groß wie heute, Rüstungen abzubauen, zu begrenzen, zu kontrollieren.

Wer aber einseitig Vorleistungen fordert, wer Überrüstung und Ungleichgewicht in Kauf nehmen will, wer dem Gegenspieler die falschen Signale übermittelt, wer Abrüstung auf der einen Seite anbietet, ohne Antwort auf der anderen Seite zu verlangen, der macht jede Chance für Abrüstung und Rüstungskontrolle zunichte.

(Beifall)

Für uns bleibt völlig unverzichtbar: Wir müssen selbst frei darüber bestimmen, was unserem, was dem deutschen Sicherheitsinteresse dient.

Der Weg, den wir jetzt einschlagen, wird - und jeder von uns spürt dies - auch das Schicksal kommender Generationen bestimmen.

Der Westen hat der Sowjetunion das umfassendste Angebot für Abrüstung und Rüstungskontrolle unterbreitet, das es je gegeben hat. Wir müssen jetzt alle Verhandlungsebenen intensiv für Lösungen nutzen. Wir wollen auch neue Verhandlungsmöglichkeiten schaffen, etwa im Rahmen einer Konferenz für Abrüstung in Europa. Wir wollen ein umfassendes Netz von Verhandlungen schaffen, weil wir wissen, liebe Freunde, daß ein langer Weg vor uns liegt, weil wir wissen, daß Zwischenlösungen unvermeidlich sein werden, und weil wir wissen, daß auch Rückschläge möglich bleiben.

Aber ich will es so einfach formulieren: Wenn eine Masche reißt in dieser gefährlichen Zeit, darf nicht das ganze Netz reißen. Und wenn ein Weg aussichtslos erscheint, muß ein anderer Weg weiterführen.

In diesen Fragen der Sicherheitspolitik ist es unerlässlich, daß wir im Bündnis geschlossen bleiben. Um so größer ist unsere Sorge, daß wir im eigenen Land die Übereinstimmung in der Sicherheitspolitik zwischen den großen demokratischen Parteien nicht mehr finden, daß sie brüchig geworden ist.

Ich sage das in aller Ruhe: Wir haben als Opposition die Regierung Schmidt in den entscheidenden Fragen, nicht zuletzt beim NATO-Doppelbeschluß, unterstützt, weil wir für die nationalen Interessen unseres Landes eingetreten sind. Ich appelliere heute als Kanzler der Bundesrepublik an die jetzige Opposition, ebenfalls aus nationalem Interesse ihre Pflicht zu tun.

(Beifall)

Wir werden uns über alle Parteigrenzen hinaus um eine breite Mehrheit in unserem Volk bemühen. Wir wollen den inneren Frieden, um den äußeren zu sichern.

Liebe Freunde, wir wissen, daß der Friede heute nicht nur durch Aufrüstung bedroht ist, sondern auch durch Konflikte in Regionen der Dritten Welt, die sehr rasch in weltweite Krisen ausufern können. Auch wir Deutschen dürfen uns dieser Verantwortung nicht entziehen.

Unser Ziel ist die Unabhängigkeit und innere Stabilität dieser Länder, ob in Mittel- oder Lateinamerika, ob in Afrika, im Nahen Osten oder in Asien.

Wir werden uns überall leidenschaftlich dafür einsetzen, daß fremde Truppen abgezogen werden, aus Afghanistan, aus dem Libanon, aus Angola, aus Kambodscha und aus anderen Krisengebieten der Welt.

(Beifall)

Wir wollen auch solchen Staaten helfen, die sich aus politischer Abhängigkeit befreien wollen. Wir werden dabei keine Chance unbedacht verschütten. Es werden Balanceakte notwendig sein, die wir aber nicht mit lautstarken Worten und öffentlichen Forderungen begleiten, sondern mit ruhigen Taten unterstützen wollen.

Es muß uns dabei legitimerweise immer auch um unser eigenes Interesse gehen. Aber das Wohl des Partners gehört dazu. Wir wollen Zusammenarbeit zum Nutzen für beide Seiten.

Liebe Freunde, unser Land, diese Bundesregierung, wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, stehen vor großen Herausforderungen. Wer sich nichts vormacht, weiß, daß wir schwierigen, vielleicht schweren Zeiten entgegensehen. Ich bin fest überzeugt, daß wir die Probleme gemeinsam meistern können, denn wir sind der Aufgabe gewachsen, und wir werden es auch gemeinsam schaffen.

Unser Volk hat schon einmal - am Tiefpunkt seiner Geschichte im Jahr 1945 - seine großen Kräfte mobilisiert und eine Aufbauleistung vollbracht, die ihm die Bewunderung seiner Freunde und den Respekt seiner Gegner eingebracht hat. Jetzt müssen wir uns erneut zu einer großen gemeinsamen Anstrengung zusammenschließen.

Die Mehrheit unseres Landes, die Mehrheit der politischen Mitte will mit uns den Aufschwung schaffen. Sie will Investitionen in die Zukunft, damit die Wirtschaft wieder in Ordnung kommt und alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können. Sie will weniger Staat, damit sich die Initiative und Leistung des einzelnen wieder freier entfalten können, sie will Solidarität mit den Schwachen, vor allem auch mit der nachwachsenden Generation, aber nicht die Umverteilung von einer Tasche in die andere. Unsere Mitbürger wollen eine moderne Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, und sie wollen, daß wir unsere Freiheit verteidigen und den Frieden bewahren. Diese Politik hat das Vertrauen unserer Bürger. Sie stärkt unsere Kraft, die Bundesrepublik Deutschland in eine gute Zukunft zu führen.

Liebe Freunde, dabei wissen wir als christliche Demokraten: Bei all unserem Tun stehen wir in der Verantwortung vor Gott und für jene, die nach uns kommen. Keiner von uns kennt das Ziel der Geschichte. Es sind nicht nur Taten, es sind auch Gebete, die Geschichte bewegen.

Vor dem ersten Bundesparteitag der CDU in Goslar 1950 benannte Konrad Adenauer sein Thema "Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt". Wer sich die wirtschaftliche, die soziale und die geistig-moralische Verfassung unseres Landes in jener Zeit vergegenwärtigt, der weiß, wieviel Mut, wieviel geschichtliche Perspektive zur Wahl dieses Themas damals gehörte. Heute, so habe ich jedenfalls den Eindruck, fehlt es manchen an diesem geschichtlichen Weitblick. Fixiert auf die gewiß bedeutenden Probleme der Zeit und die Sorge des Tages, die Sorge um das Materielle, schieben sie nur allzu leicht beiseite, was mit blanker Geschäftigkeit und Papieren nicht zu lösen ist.

Liebe Freunde, erinnern wir uns in dieser Stunde an den Auftrag der Geschichte, an die Präambel unseres Grundgesetzes. Sie verpflichten uns, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden. Wir wissen, aus eigener Kraft können wir Deutsche den Zustand der Teilung nicht ändern, aber wir können ihn erträglicher machen und auch weniger gefährlich. Überwinden können wir die Teilung Deutschlands nur im Rahmen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa. So lange müssen wir das Bewußtsein der Einheit Deutschlands und der gemeinsamen deutschen Kultur und Geschichte wachhalten. Das ist unser historischer Auftrag, das ist unsere patriotische Pflicht, und dieser Pflicht wollen wir uns stellen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall -
die Delegierten erheben sich)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Lieber Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, der Parteitag dankt Ihnen dreifach: Wir danken Ihnen für diesen Bericht, wir danken mehr noch für Ihre unermüdliche Arbeit für die Einheit der Union in Partei und Parlament, wir danken Ihnen aber auch, daß Sie das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland durch die Glaubwürdigkeit Ihres Auftretens in so kurzer Zeit erheblich haben steigern und verbessern können, so daß die Bundesrepublik Deutschland, unser Name, im In- und Ausland wieder Geltung hat.

(Beifall)

Wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft, die Sie eben bekundet haben, uns erneut als Vorsitzender zur Verfügung zu stehen.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwei Hinweise: Die Antragskommission trifft sich sofort in dem dafür vorgesehenen Zimmer zu ihrer zweiten Sitzung. Für die Mitglieder der Antragskommission gibt es also keine Mittagspause.

Die zweite Ansage: Die Anträge, die sich auf die Europawahl und auf die Änderung des Statuts beziehen, werden wir behandeln, während

die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden ausgezählt werden.

Damit, verehrte Damen und Herren, sind wir am Ende der ersten Plenardebatte angelangt. Wir machen jetzt eine Mittagspause. Ich berufe die zweite Plenardebatte pünktlich für 14.15 Uhr ein. - Vielen Dank!

(Unterbrechung von 13.28 bis 14.15 Uhr)

2. Plenarsitzung Beginn: 14.37 Uhr

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne die 2. Plenarsitzung unseres 31. Bundesparteitags.

Ich bitte noch einmal sehr herzlich, jetzt Platz zu nehmen. Ich habe die Bitte an Sie, daß Sie Ihre Privatunterhaltungen, sofern sie notwendig sind, nach draußen verlagern. Wir wollen hier im Plenum mit der Tagesordnung fortfahren.

Liebe Freunde, Sie haben heute vormittag ein kleines Gastgeschenk bekommen. Aus der Anwesenheitsliste derer, die sich am 17. Juni 1945 in Köln im Kolpinghaus getroffen haben, gibt es noch einen Freund, der heute nachmittag unter uns ist. Ich begrüße sehr herzlich Herrn Franz Wiegert aus Essen.

(Beifall)

Für die Geschäftsführer der Landesverbände gebe ich folgenden Hinweis. Wir haben heute vormittag zu Beginn der 1. Plenarsitzung festgelegt, daß die Frist für die Einreichung weiterer Wahlvorschläge für die Wahl des Bundesvorstands um 14 Uhr abgelaufen ist. In der Zwischenzeit hat der von der Jungen Union vorgeschlagene Kandidat, Dr. Franz-Josef Jung, schriftlich seine Kandidatur zurückgezogen. Ich bitte, bei den Ihnen vorliegenden Kandidatenvorschlägen Herrn Dr. Franz-Josef Jung zu streichen.

Zur Zeit werden die Stimmzettel für die einzelnen Wahlgänge erstellt. Deshalb bitte ich die Landesgeschäftsführer der Landesverbände, sich jetzt auf Abruf bereitzuhalten, um die Stimmzettel im Büro des Organisationsleiters des Parteitags abzuholen.

Liebe Freunde, wir haben heute vormittag eine Fülle von Freunden aus dem Ausland herzlich willkommen geheißen. Ich erteile das Wort zu einem Grußwort für die Vertreter der EVP-Parteien unserem Freund, dem Präsidenten des Christen Demokratisch Appèl der Niederlande, Herrn Dr. Pieter Bukmann.

(Beifall)

- Herr Bukmann, bitte eine Sekunde. Darf ich jetzt wirklich bitten, daß die Gänge hier freigemacht werden und daß Platz genommen wird, liebe Freunde.

Ich bitte nunmehr um Aufmerksamkeit für Herrn Bukmann.

Dr. Pieter Bukmann (Christen Democratisch Appèl): Herr Bundeskanzler! Herr Vorsitzender! Liebe Damen und Herren! Freunde der CDU! Ich bin sehr froh, in Ihrer Mitte zu sein, um unseren EVP-Vorsitzenden, Herrn Leo Tindemans, hier zu vertreten. Ich bin froh. Denn es ist, glaube ich, eine sehr gute Sache, sich auch im Ausland unter christdemokratischen Freunden zu befinden -

(Beifall)

christdemokratischen Freunden, das heißt Freunden Europas, unter Freunden, die einen außerordentlich schweren Wahlkampf hinter sich haben, einen Wahlkampf, der glücklicherweise zu einem vorzüglichen Wahlergebnis geführt hat. Wir in Holland nennen das "kämpfen mit Erfolg".

(Beifall)

Sie als christliche Demokraten sind Ihren Wählern gegenüber sowohl realistisch als auch sozial orientiert gewesen; Sie haben die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und die Förderung der sozialen Gerechtigkeit betont. Sie haben kein Mißverständnis darüber bestehen lassen, daß es Ihnen sowohl mit der internationalen Entspannung als auch mit der Verteidigung unserer westlichen demokratischen Errungenschaften ernst ist. Die Wähler haben diese große Offenheit und diese große Klarheit belohnt. Sie als christliche Demokraten haben das Vertrauen bekommen, auf das Sie ein Anrecht haben. Im Namen der EVP und der EUCD möchte ich Ihnen dazu noch einmal herzlich gratulieren.

(Beifall)

Wir haben leider bei Christdemokraten in Europa auch andere Beispiele.

Dieser Wahlsieg erlegt Ihnen selbstverständlich auch eine sehr große Verantwortung auf, sowohl national als auch international. Als gute Christdemokraten scheuen Sie diese Verantwortung natürlich nicht, auch wenn die Umstände noch so schwer sind. Christdemokraten verteidigen ihre Sache bis zum Äußersten, sei es in Lateinamerika, wo die Demokratie und die Gerechtigkeit Meter für Meter erobert werden müssen, sei es hier in Westeuropa, in diesem schmalen Randstreifen des eurasischen Kontinents, wo wir die Freiheit genießen, ohne uns der Größe dieses Vorrechts bewußt zu sein.

(Beifall)

Liebe christdemokratische Freunde Europas, die wichtigste gemeinschaftliche Aufgabe, die wir zu bewältigen haben, ist das Zurückdrängen der Arbeitslosigkeit, vor allem derjenigen der Jugendlichen. Es ist nicht nur individuell für den jungen Menschen, der auf dem Sprung steht, in die Gesellschaft einzutreten, eine gewaltige Frustration, als Arbeitsloser anfangen zu müssen; eine

junge arbeitslose Generation ist auch aus gesellschaftlicher Sicht ein Drama, mehr noch, eine Gefahr für unsere Demokratie.

Deshalb hat das Politische Büro unserer Europäischen Volkspartei nicht ohne Grund in bezug auf das Gipfeltreffen in Stuttgart einer gemeinschaftlichen Aktion gegen die Jugendarbeitslosigkeit die absolut erste Priorität gegeben. Es handelt sich hier um nicht weniger als Lebensinteressen, deren Lösung die nationalen Möglichkeiten weithin übersteigt, obwohl sich die nationalen Regierungen dessen leider nicht immer bewußt sind. Je größer und schwerer die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben, sind, desto größer ist die Notwendigkeit, diese Probleme gemeinsam anzupacken.

(Beifall)

Aber wir sehen - und das ist tragisch genug - das Gegenteil. Namentlich die Entwicklungen der internationalen Zusammenarbeit stagnieren. Es sieht aus, als ob sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft - trotz der Tatsache, daß sie es besser wissen - dennoch auf das nationale Gebiet zurückziehen, im leeren Wahn, daß sie so ihre Probleme besser lösen könnten als zusammen.

Das ist tatsächlich eine wahre Tragödie; denn die Geschichte hat ja allmählich an vielen Beispielen in ausreichendem Maße gezeigt, wie sich wiederauflebender Nationalismus und Protektionismus negativ auswirken. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir Christdemokraten, die an der Wiege des vereinten Europas gestanden haben, wir Christdemokraten, die kraft unserer christlichen Grundsätze, per definitionem über Grenzen hinwegschauen, wir Christdemokraten, die als einzige eine starke europäische Parteiorganisation gegründet und aufgebaut haben, sind ganz besonders berufen, die europäische Integration nicht nur zu konservieren, sondern auch weiter zu intensivieren und andere Länder in unsere Zusammenarbeit einzuschließen. Spanien und Portugal gehören zu uns.

Die zehn Länder, die nun miteinander die Gemeinschaft bilden, werden zusammen eine Politik entwickeln müssen, um die Wirtschaft wieder aus der Sackgasse zu führen. Die Gemeinschaft selbst soll dazu über mehr eigene Finanzen verfügen können, um gemeinschaftlich mehr tun zu können als jetzt. Wenn die Gemeinschaft diese Extramittel nicht bekommt, ist es selbstverständlich - das ist unabwendbar - , daß die Integration weiter stockt. Auf diese Weise introduzieren wir eine abwärts führende Spirale, die schließlich zur Auflösung dessen führen wird, was wir miteinander in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben. Das kann und darf nicht unsere Linie sein.

(Beifall)

Das kann und darf nicht geschehen, während wir in sechs von den zehn Ländern der Gemeinschaft Regierungen haben, die unter der Führung der Christdemokraten stehen.

Wie werden unsere Kinder über uns urteilen, wenn sie in der Zukunft zu folgendem Schluß kommen müssen: Erstens. Die

Notwendigkeit der Zusammenarbeit war damals größer als je. Zweitens. Die Christdemokraten hatten damals bessere Möglichkeiten als je. Drittens. Aber sie haben offenbar nicht gewollt. Das darf, liebe Freunde, nicht geschehen.

(Beifall)

So dürfen wir nicht mit unserer Verantwortung umgehen, so dürfen wir der Zukunft nicht entgegentreten. Wir als europäische Christdemokraten werden der europäischen Bevölkerung, vor allem der europäischen Jugend vor den Europawahlen zeigen müssen, daß wir Europa wollen und daß Europa Perspektiven bietet, Perspektiven auf Freiheit, Perspektiven auf Arbeit, Perspektiven auf Demokratie, Perspektiven auf soziale Gerechtigkeit.

Ich bin, liebe Freunde, fest davon überzeugt, daß Sie als CDU mit uns in Europa vorangehen wollen, um diese Perspektiven Wirklichkeit werden zu lassen. "Aufwärts mit Deutschland" bedeutet aufwärts mit Europa. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bukman. Vielen Dank auch für all das, was wir im Bereich der EVP im Interesse Europas erarbeitet haben und was zu tun wir auch noch in den nächsten Jahren bereit sind.

Nun erteile ich das Wort zu einem weiteren Grußwort dem Vertreter der in der EDU zusammengeschlossenen Parteien. Das Wort hat unser Freund, der Parteiobmann der ÖVP und Vorsitzende der Europäischen Demokratischen Union, Alois Mock.

Dr. Alois Mock, Obmann der Österreichischen Volkspartei (mit Beifall begrüßt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, lieber Helmut Kohl! Liebe Freunde, die so wie ich Gäste der Christlich Demokratischen Union sind! Als ich das letzte Mal auf einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union das Wort ergreifen konnte, war Helmut Kohl noch Oppositionsführer, und auch wir in Österreich hatten die entscheidenden Wahlen vor uns. Inzwischen ist Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt worden, und die Christlich Demokratische Union hat am 6. März einen beeindruckenden und auch die internationale Öffentlichkeit überzeugenden Wahlsieg errungen. Dazu möchte ich Ihnen und Dir, lieber Herr Bundeskanzler, als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei und als Präsident der Europäischen Demokratischen Union sehr herzlich gratulieren.

(Beifall)

Ein wirtschaftlich starkes und den europäischen Einigungsprozeß vorantreibendes Deutschland ist ein entscheidendes Element europäischer Stabilität und damit ein wesentlicher Faktor der europäischen Friedenssicherung. So sehen wir in Österreich es, und so sehen es auch die christlich demokratischen Freunde in anderen Ländern, wie es unser niederländischer Freund Bukman eben gesagt hat.

Ich wünsche Ihnen nur eines, liebe Freunde, daß Sie nach diesem fulminanten Start das beeindruckende Tempo im Bereich der wirtschaftlichen Sanierung, des europäischen Einigungsprozesses und der Weltpolitik beibehalten und durchhalten.

Nun bin ich von einer Reihe von Freunden auch gefragt worden, wie es denn mit der innenpolitischen Entwicklung in Österreich aussehe. Ich möchte nur deswegen auf diesen Punkt eingehen. Die Volkspartei war bei den letzten Wahlen die einzige Partei, die Stimmen und Mandate hinzugewonnen hat.

(Beifall)

Zum erstenmal seit 13 Jahren, liebe Freunde, haben wir nicht Stimmen und Mandate verloren – es war ein harter Weg, diese 13 Jahre –, sondern Stimmen und Mandate gewonnen. Der sozialistische Parteiobmann Dr. Kreisky wurde abgewählt und ein Trauma gebrochen, das dahin ging, daß die Christdemokraten in Österreich es verlernt hätten, Wahlen zu gewinnen.

Obwohl die Sozialisten fünf Mandate verloren haben, die Freiheitliche Partei 17 % ihres Stimmenpotentials verloren hat und den niedrigsten Stand seit ihrer Gründung erreicht hat, haben nun die beiden Verlierer eine Koalition der Verlierer gebildet und damit, meine Damen und Herren, ein Modell nachgeahmt, das bei Ihnen bereits in der Abstelltag der Geschichte rangiert.

(Beifall)

Die Freiheitliche Partei Österreichs, die einen anderen geschichtlichen Hintergrund hat als Ihre FDP, hat diesen Weg der Fortsetzung der sozialistischen Politik durch die Bildung einer kleinen Koalition gewählt, obwohl ihr die Österreichische Volkspartei substantielle Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung angeboten hat, obwohl in der wirtschaftspolitischen Programmatik identische Auffassungen bestehen. Es wurde somit entgegen dem Wählerwillen, der offensichtlich auch in Österreich einen Kurswechsel verlangt hatte, eine Koalition gebildet, die es den Sozialisten erlaubt, den sozialistischen Weg weiterzugehen.

In Österreich wird daher die Volkspartei, – die Christdemokraten –, die einzige Alternative für alle jene Österreicher bleiben, die mit der Fortsetzung des sozialistischen Weges nicht einverstanden sind.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir werden eine Politik betreiben, die sich von einem klaren grundsatzpolitischen Standpunkt aus am Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft orientiert, im sozialpolitischen Bereich der Familienpolitik Vorrang gibt, Umweltpolitik nicht mit dem Konfliktpotential des ständigen Gegensatzes von Ökonomie und Ökologie betreibt, sondern die moderne Technik in den Dienst des Umweltschutzes stellt.

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren: Genauso wie es der Sozialen Marktwirtschaft seinerzeit gelungen ist,

wirtschaftspolitische und sozialpolitische Zielsetzungen zu integrieren, wird es nur der Sozialen Marktwirtschaft gelingen, in Zukunft wirtschaftspolitische und ökologische Zielsetzungen zu integrieren - im Dienste des gemeinsamen Fortschritts.

(Beifall)

Ich möchte mich, lieber Helmut Kohl, auch bei Dir für Deine Anwesenheit im Januar in Wien sehr herzlich bedanken. Du hast Dir die Zeit genommen, als deutscher Bundeskanzler mitten im beginnenden deutschen Wahlkampf zu uns zu kommen - der Große Saal der Wiener Hofburg war der Anzahl von Besuchern, die zugegen waren, nicht gewachsen ; auch dieser gewaltige Veranstaltungsrahmen konnte ihre Zahl nicht fassen - und damit einen praktischen Akt christlich-demokratischer Solidarität zu setzen.

(Beifall)

Die Tatsache, daß der frühere - inzwischen ist er abgewählt worden - sozialistische Bundeskanzler Dr. Kreisky so überbelastet war, daß er keine Zeit finden konnte, Dich zu empfangen, war ein Akt sozialistischer Unhöflichkeit, der zu den Gesetzen der Höflichkeit, wie es unserer Tradition entspricht, und zu den gutnachbarschaftlichen Beziehungen Österreichs und der Bundesrepublik in klarem Widerspruch gestanden hat.

(Beifall)

Aber Du hast hoffentlich gespürt, wie die Österreicher, wie die Freunde der Volkspartei mit einer Sympathiewelle ohnegleichen auf Dein Kommen reagiert haben. Ich möchte mich auch hier dafür bedanken, daß vier Wochen später - noch mehr im Wahlkampf - Dein Generalsekretär Heiner Geißler zu uns nach Innsbruck gekommen ist und auf dem familienpolitischen Kongreß der Volkspartei ebenfalls ein beeindruckendes Referat gehalten hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, beide Persönlichkeiten haben unter Beweis gestellt, was wir uns in der internationalen Zusammenarbeit auf den Oppositionsbänken vorgenommen haben: uns als politische Parteien zu helfen, unsere gemeinsamen Grundsätze durchzusetzen. Ich bin Helmut Kohl dankbar, daß er diese Grundsätze auch als Bundeskanzler hochhält, obwohl ich weiß, daß damit viel Zeit und arbeitsmäßige Belastung verbunden sind.

Ich sage das deswegen, liebe Freunde, weil wir im christlich-demokratischen Bereich und im Bereich der Zentrumsparteien leider die Erfahrung machen, daß Parteiführer - kaum sind sie in Staatsfunktionen - die Frage der politischen Zusammenarbeit der Parteien in den Hintergrund stellen oder überhaupt vernachlässigen. Ich glaube, daß das ein Fehler ist und daß es keine Schande ist, hier vom politischen Gegner zu lernen. Ich bin dankbar, daß Dr. Kohl hier ein Vorbild für manchen anderen Parteiführer aus dem Bereich der Zentrumsparteien ist.

(Beifall)

Vielleicht wird es Sie wundern, daß ein Österreicher für die wachsende Zusammenarbeit im Bereich der Europäischen Demokratischen Union, im Bereich der Union Europäischer Christdemokraten und für die wirtschaftliche und politische Integration Europas so heftig und genauso engagiert eintritt, wie ich für mein Land für den Weg der immerwährenden Neutralität eintrete, den Österreich 1955 gewählt hat. Liebe Freunde, die immerwährende österreichische Neutralität ist die Lebensform Österreichs im internationalen Raum. Sie stellt Österreichs Beitrag zum Ost-West-Interessenausgleich und damit zur Stabilität in Mitteleuropa und damit auch zur Friedenssicherung dar. Sie hat nichts mit Neutralismus zu tun, d.h. mit einer ideologischen Verschwommenheit, die die westlichen parlamentarischen und freien Demokratien auf die gleiche Ebene wie die kommunistischen Diktaturen stellt.. Wir sind als Österreicher Teil der Gemeinschaft freier parlamentarischer Demokratien, und wir werden dies auch bleiben.

(Beifall)

Wir wissen aber auch, daß diese immerwährende Neutralität durch ein militärisch-politisch ausgewogenes Verhältnis zwischen Ost und West zusätzlich abgesichert ist. Dies ist ein Grund, warum wir alle jene europäischen Einheitsbestrebungen auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene begrüßen, die dem europäischen Gleichgewicht und damit der Friedenssicherung in Europa entsprechen.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, nur noch einige Minuten für unsere Arbeit im Bereich der Europäischen Demokratischen Union in Anspruch nehmen. Diese Zusammenarbeit der christlich-demokratischen, konservativen und Zentrums-Parteien zeigt ihre ersten Früchte; sie macht gute Fortschritte. Es gelingt uns immer mehr, dieser Gemeinschaft Gestaltungskraft im Bereich der Grundsatzpolitik, der Außenpolitik und der Europapolitik zu geben.

Die Wahlerfolge, die die Mitgliedsparteien der Europäischen Demokratischen Union in Deutschland, vor kurzem in Frankreich, vor einiger Zeit in Skandinavien gehabt haben und, wie ich überzeugt bin, in wenigen Wochen in England haben werden, zeigen, daß der Weg der Volkspartei der richtige Weg ist, den wir in Zukunft zusammen gehen sollten.

(Beifall)

Wir müssen diesen Weg von einer klaren grundsatzpolitischen Position aus gehen und die Menschen wissen und spüren lassen: Wir sind die Parteien der Freiheit, der wachsenden sozialen Gerechtigkeit, des unbedingten Respekts der natürlichen, politischen und sozialen Grund- und Freiheitsrechte. Wir sind eine klare Alternative zu den sozialistischen Parteien verschiedenster Art.

Aus diesem Geist heraus werden wir an diesem Wochenende in Oslo, wo wir uns auf Einladung des norwegischen Ministerpräsidenten Kaare Willoch treffen, über die Gründung der Internationalen Demokratischen Union beraten. Wir sind der Auffassung: Wir brauchen eine weltweite Organisation, die die Zusammenarbeit der heute in der Europäischen Demokratischen Union und in der Pazifisch-Demokratischen Union vereinigten Zentrums- und

christlich-demokratischen Parteien organisiert. Ich möchte diesen Beratungen nicht vorausgreifen. Diese weltweite Organisation, die Internationale Demokratische Union, wird voraussichtlich bei der Parteiführerkonferenz Mitte Juni in London gegründet werden. Liebe Freunde, es ist das erste Mal, daß sich die christlich-demokratischen Parteien, die konservativen und die Zentrumsparteien, insoweit sie einen gemeinsamen programmatischen Charakter haben, zusammenschließen, um ihre Grundsätze auch weltweit zu vertreten. Wir können auf diesen Moment stolz sein. Er hat sicher einen historischen Charakter.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir werden weiterhin den Weg gehen, den wir in der Europäischen Demokratischen Union bisher gegangen sind. Wir unterscheiden uns von der Sozialistischen Internationale nicht nur durch einen anderen grundsatzpolitischen Standort, sondern auch dadurch, daß bei uns nur demokratische Parteien als Mitglieder- und Beobachterparteien akzeptiert werden.

(Beifall)

Zwischen Diktatur - ob rechter oder linker Provenienz - und der Demokratie gibt es keine Gemeinsamkeit.

(Beifall)

Abschließend möchte ich mich gerade auch für die Unterstützung durch die CDU/CSU bei der fünfjährigen Präsidentschaft in der Europäischen Demokratischen Union, die ich ausgeübt habe, sehr herzlich bedanken. Ohne diese Unterstützung durch Dich, Herr Bundeskanzler, durch Deine Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union Bayerns wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ich verbinde damit meine besten Wünsche für die Arbeit der Christlich Demokratischen Union, für Helmut Kohl, dem es gelungen ist, dem deutschen Bürger nach einer Periode wachsender Resignation durch eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft und sozialen Verantwortung, durch ein wachsendes internationales Engagement im europäischen und weltweiten Rahmen für Sicherheit, Frieden und Freiheit wieder neu Hoffnung zu geben.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Freund Alois Mock. Vielen Dank für diese Rede. Wir wünschen Ihnen für die Führung der ÖVP eine glückliche Hand und Gottes Segen. Wir danken Ihnen auch für Ihre hervorragende Arbeit in der EDU.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte die Herren Landesgeschäftsführer, sich jetzt zur Entgegennahme der zwischendurch erstellten Stimmzettel bereitzuhalten.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9:

Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen
Union Deutschlands
Bundesminister Dr. Heiner Geißler

Das Wort zu seinem Bericht hat unser Freund Dr. Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Dieser Raum, dieser Saal erinnert uns an ein großes Ereignis während des Wahlkampfes, nämlich an den Jugendkongreß der Christlich Demokratischen Union. Wir hatten damals 4 000 bis 5 000 Teilnehmer erwartet. Gekommen aber sind über 10 000 junge Menschen aus der Umgebung von Köln. Wir hatten damals einige Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen auch mit den Medien, weil wir der Auffassung waren, daß ein solches Ereignis mehr Nachrichtenwert hätte

(Beifall)

als z.B. ein Interview, das vier Tage vorher mit dem Vorsitzenden der Null-Bock-Partei gemacht worden war, die nach ihren eigenen Angaben über neun Mitglieder verfügte. Ich will darauf jetzt nicht zurückkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herrn, wir haben die Wahl auch deswegen gewonnen, weil es uns gelungen ist, das Vertrauen der Mehrheit der Erstwähler zu gewinnen.

(Beifall)

Wir haben in der letzten Woche über den Bericht der Enquete-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat" im Parlament debattiert. Wir als Christliche Demokraten fühlen uns auch für junge Menschen verantwortlich, die zu resignieren beginnen, die deswegen resignieren, weil sie keine Aussicht für ihren beruflichen Weg, für ihren Lebensweg sehen.

Wir fühlen uns auch verantwortlich für Selbsthilfegruppen, für kleine Gruppen, für Minderheiten. Aber ich glaube, wir tragen genauso, wenn nicht sogar eine größere Verantwortung für die Hunderttausenden, ja Millionen junger Menschen, die in der Pfadfinderschaft, in der Deutschen Sportjugend bis hin zum Jugendrotkreuz und zur Jugendfeuerwehr positiv ihren Beitrag leisten für die Gemeinschaft.

(Beifall)

Und ich würde hier eigentlich gern die Empfehlung weitergeben, daß die öffentlich-rechtlichen Medien über das Engagement dieser jungen Menschen in der Zukunft etwas mehr berichten, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, weil sie dies nämlich verdienen.

(Beifall)

Wir führen diesen Bundesparteitag in Köln durch, der Stadt Konrad Adenauers. Konrad Adenauer hatte, vor allem in seinen letzten Jahren, öfters die Sorge geäußert, die CDU würde in der Opposition zerfallen. Das können Sie in den verschiedenen Biographien, die es gibt, nachlesen. Aber ich glaube, wir können heute auf diesem Parteitag feststellen: Wir, die Christlich Demokratische Union, haben uns in den letzten 13 Jahren seines Erbes würdig erwiesen.

(Beifall)

Ich bin froh, daß wir dies gerade hier in Köln sagen können.

Es war ein langer Weg seit 1969. Wir haben diesen Weg draußen in einer Ausstellung dokumentiert. Der Weg der CDU in der Opposition, an dessen Anfang weite Teile der deutschen Publizistik uns den baldigen Zerfall vorausgesagt hatten. Es war ein steiniger Weg mit Streit, mit Niederlagen, aber auch ein Weg der Arbeit, mit neuen Ideen, mit einer neuen Sprache, mit einer immer besseren Organisation, ein Weg der geistigen und der politischen Erneuerung.

Wir alle haben daran mitgewirkt, alle Parteimitglieder, die hauptamtlichen Mitarbeiter, ihnen gilt unser Dank. Unser Dank gilt aber auch denen, die in schwierigen Zeiten der Opposition die politische Verantwortung in der Führung der Partei wahrgenommen haben. Ich nenne zunächst meine Vorgänger im Amt: Bruno Heck, Konrad Kraske, Kurt Biedenkopf.

(Beifall)

Aber wir nennen hier auch dankbar und voller Anerkennung unsere Parteivorsitzenden seit 1969: Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel und natürlich Helmut Kohl.

(Beifall)

Nun hat es ja im Vorfeld des Parteitages in der Presse so Vorbemerkungen gegeben - manche haben das auch abschätzig gemeint -, es werde ein Jubelparteitag werden. Ich finde, wir sollten diese Leute nicht enttäuschen. Wir und mit uns die überwiegende Mehrheit der Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland, wir sind froh, daß die alte Ära beendet ist, und wir freuen uns, daß Helmut Kohl Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall)

Aber ich glaube, es ist gut, uns, wenn wir jetzt in die Zukunft schauen, kurz zu überlegen, wie denn eigentlich dieser Wahlsieg zustande kam. Ich finde, die Tugenden und die Leistungen, die uns in die Regierung gebracht haben, müssen wir auch in der Regierung bewahren. Denn wir wollen ja nicht nur vier Jahre an der Regierung bleiben, sondern wir wollen mindestens dieses ganze Jahrzehnt mit unserer politischen Arbeit prägen.

(Beifall)

Also was war es?

Erstens. Die CDU hat einen erfolgreichen Kanzlerwahlkampf geführt, für und mit Helmut Kohl. Unser Wahlkampf war in der Person und in der Sache glaubwürdig. Das war ein entscheidendes Element für den Wahlsieg.

(Beifall)

Zweitens. Wir haben den Wahlkampf aus der politischen Mitte unseres Volkes gewonnen. Das kam ja nicht von ungefähr. Die Grundlage für das Wahlprogramm der Mitte wurde in den 13 langen Jahren der Opposition gelegt. Erinnern wir uns! Hamburger Parteitag 1973: Mitbestimmung, Vermögensbildung, berufliche Bildung; Mannheim: Neue Soziale Frage, Gleichberechtigung der Frau, Partnerrente; Ludwigshafen: das Grundsatzprogramm; dann der Jugendparteitag in Hamburg: "Frieden durch Abrüstung", "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen". Das waren und sind Elemente dieser Politik der Mitte. Meine sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, nur mit dieser Politik der Mitte werden wir auch in der Zukunft erfolgreich regieren können.

Was waren denn die sichtbaren Marksteine - daran müssen wir uns auch erinnern - auf dem Weg ins Kanzleramt?

Zunächst einmal - der Bundeskanzler hat dies schon genannt -: Wir haben die Mehrheit gewonnen in den Kommunen, in unseren Großstädten. Ich nenne als Beispiele Rommel in Stuttgart, unseren Freund Kiesel in München und jetzt vor allem Walter Wallmann in Frankfurt.

(Beifall)

Walter Wallmann hat Frankfurt aus einer schweren kommunalpolitischen Krise herausgeführt. Vor ihm war Frankfurt eine Stadt der Ausschreitungen, der Filzokratie und der Herrschaft der Sozialdemokraten. Heute ist Frankfurt anders. Heute ist Frankfurt ein kommunalpolitisches Symbol geworden. Und wenn es mit Hessen wieder aufwärts gehen soll, dann muß Walter Wallmann im September Ministerpräsident in Hessen werden!

(Beifall)

Und ich finde, unsere Chancen in Hessen im September sind gut.

Ich nenne hier Alfred Dregger. Er hat als Parteivorsitzender in langen Jahren die Christlich Demokratische Union zur stärksten Partei gemacht, und ich finde, der Parteitag sollte ihm für diese großartige Arbeit noch einmal ausdrücklich den Dank und die Anerkennung aussprechen. Wir wünschen ihm alle Glück und Gottes Segen für seine Arbeit als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU.

(Beifall)

Zu den Marksteinen auf dem Weg ins Kanzleramt gehören auch unsere Länder und die großen Wahlsiege in Bayern, in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Schleswig-Holstein. Wir nennen hier unsere Ministerpräsidenten.

Aber - und dies ist für die Parteigeschichte der vergangenen Jahre wichtig - für die Politik der Mitte war es ein entscheidender Durchbruch, daß die CDU in sozialdemokratischen Stammländern, in denen über zwei Jahrzehnte die Sozialdemokraten die Macht ausgeübt hatten, die Regierung gewinnen konnte, in Niedersachsen mit Ernst Albrecht und in Berlin mit Richard von Weizsäcker. Das war ein entscheidender Durchbruch.

(Beifall)

Wenn wir hier unsere Geschichte in kurzen Strichen schreiben, dann sollten wir aber nicht allein an die Erfolge denken. Sieg und Niederlage sind oft nahe beieinander. Unsere uneingeschränkte Anerkennung und unser Dank gelten dem Mann, der seine Person in den Dienst der Sache gestellt hat, auch in wenig aussichtsreicher Lage: Walter Leisler Kiep in Hamburg.

(Beifall)

Ich möchte ihm, ich glaube, auch in Ihrem Namen, dafür danken, daß er sich auch für die kommenden zwei Jahre wieder für die Aufgabe des Schatzmeisters zur Verfügung stellt.

Nun war unser Wahlkampf bis zum 6. März vor allem auch ein Wahlkampf der Wahrhaftigkeit. Wir haben das oft genug gesagt. Wir haben in der Diskussion draußen noch nicht alles hinter uns. Wir haben den Sparhaushalt 1984 noch in der Diskussion mit unseren Mitbürgern zu vertreten. Deswegen bitte ich Sie alle, wir sollten unsere Freunde in den Orts- und Kreisverbänden immer wieder darauf hinweisen und ihnen sagen, daß wir vor der Wahl gesagt haben, daß wir diese Opfer verlangen müssen. Das ist nichts Neues. Wir haben vor der Wahl gesagt, was wir nach der Wahl machen werden. Darin unterscheiden wir uns ja gerade von den Sozialdemokraten. Die Wahrhaftigkeit ist in dieser Auseinandersetzung unser wichtigstes Kapital.

Aber mit dieser Wahrhaftigkeit können wir nur dann gut fahren und können wir nur bestehen, wenn die Menschen davon überzeugt sind, daß es in diesem Land gerecht zugeht. Ich erinnere uns an das Wort des heiligen Augustinus, der gesagt hat: "Ohne Gerechtigkeit, was wäre der Staat anderes als eine große Räuberbande!" Auch in der Zukunft müssen wir Opfer bringen, aber sie müssen von allen getragen werden. Deswegen bestehen wir darauf, daß in den kommenden Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages das realisiert wird, was der Bundeskanzler in Auftrag gegeben hat, daß nämlich auch Kürzungen bei den Subventionen vorgenommen werden.

(Beifall)

Dies ist eine wichtige Entscheidung.

Noch ein zweiter Punkt. Seit dem Mannheimer Parteitag 1975 haben wir die Einführung eines Erziehungsgeldes für alle Mütter gefordert. Wir hatten in der Opposition dafür keine Mehrheit. Jetzt an der Regierung haben wir die Ausdehnung des Mutterschaftsgeldes für alle Mütter beschlossen. Wir sagen ganz deutlich, auch angesichts der noch laufenden Diskussion, hier handelt es sich um einen Kernpunkt

unserer Politik. Von dieser politischen Entscheidung, die das Kabinett getroffen hat, wird die Union nicht abgehen.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir auch sagen sollten, daß wir in der Familienpolitik - der Bundeskanzler hat dazu heute morgen Wichtiges gesagt - in der Zukunft davon ausgehen, daß das realisiert wird, was unter der Überschrift "Familiensplitting" angekündigt worden ist. Wir müssen darauf bestehen, daß die Bürger, die Kinder haben, in der Zukunft weniger Steuern zahlen müssen als diejenigen, die keine Kinder haben.

(Beifall)

Das ist ein Akt steuerpolitischer Gerechtigkeit.

Wenn ich einmal die Diskussion der letzten Tage und Wochen zu diesem Thema verfolge, dann weiß ich ganz genau, daß es eine Fülle von Bedenken gibt. Wo man hinguckt und mit wem man redet, bei den sogenannten Fachleuten ein Bedenken nach dem anderen. Wir sind auf den Sachverstand der Beamten angewiesen, aber ich habe manchmal den Eindruck, daß eine Reihe unserer Beamten weniger Staatsdiener, sondern eher Bedenkenträger ist.

(Beifall)

Ich finde also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier klare politische Entscheidungen getroffen und Vorgaben gegeben, und ich bin der Auffassung, daß diejenigen, die in den Ministerien ihre Verantwortung haben, jetzt nicht alles erfinden sollen, um etwas zu verhindern, sondern daß sie ihren Geist anstrengen sollen, daß sie ihre Fähigkeiten einsetzen sollen, um das verwirklichen zu helfen, was die Mehrheit des deutschen Volkes politisch mit unserer Wahl beschlossen hat.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, nur wenige Wahlkämpfe waren so politisch wie der Wahlkampf 1983. Kein Wunder, daß es auch ein emotionaler Wahlkampf wurde, oft mit einem leidenschaftlichen Engagement. Die Sozialdemokraten hatten noch einmal wie 1972 versucht, alle linken Ressentiments gegen die Union zu mobilisieren: "Ellenbogengesellschaft", "Umverteilung von unten nach oben" usw., aber sie sind diesmal auf eine andere Union gestoßen. Von einer Schweigespirale war nicht mehr die Rede. Ich habe deshalb Anfang Januar die Sozialdemokraten hart angreifen müssen; die Partei hat mich dabei unterstützt, und ich bedanke mich ausdrücklich dafür, daß diese Unterstützung möglich war.

(Beifall)

Ich danke allen Mitgliedern, die sich mit viel Opfern auch an Zeit und Geld für unsere Sache geschlagen haben, aber auch Argumentation, Organisation und Werbung haben in diesem Wahlkampf gestimmt. Die Bundesgeschäftsstelle, unsere politische Arbeit, die Organisation und die Kommunikation genießen ein hohes Ansehen. Ich möchte hier



 Köln Messe

Aufwärts mit
Deutschland

CDU

sicher
sozial
und frei

Ackermann

Lüthy









Aufwachen
Deutschland

CDU
sicher
sozial
und frei





















Kohl



Warme

Geißler



unter vielen Stimmen einmal nennen, was der "Spiegel", der sonst nicht gerade überläuft an Freundlichkeiten für die Union, in der vorletzten Woche über unsere Parteiarbeit geschrieben hat:

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle, die zu Konrad Adenauers Zeiten noch als Kanzlerwahlverein und Papierverteilstelle galt, ist zur politischen Schaltzentrale der Union geworden, technisch und logistisch auf dem neuesten Stand.

Deswegen möchte ich, sicher auch in Ihrem Namen, meinen Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle den Dank und die Anerkennung aussprechen. Ich nenne hier stellvertretend für alle unseren Bundesgeschäftsführer Peter Radunski.

(Beifall)

Nun, dieser Parteitag - das ist schon gesagt worden - hat seinen besonderen Charakter dadurch, daß wir ihn seit vielen Jahren wieder zum ersten Mal als Regierungspartei durchführen.

Eine politische Partei ist nicht die Regierung und hat auch nicht das Mandat wie die Parlamente. Die CDU muß - das hat Helmut Kohl heute morgen unterstrichen - auch als Regierungspartei ihre eigenständige Rolle bewahren. Sie ist also nicht ein ständiger Jubelverein für die Regierung. Aber - und das sagen wir in aller Klarheit und Deutlichkeit - sie ist erst recht nicht eine Institution zur Bekämpfung der eigenen Regierung. Das ist sie nicht.

(Beifall)

Die SPD hat uns vorgeführt, wie man es nicht machen soll. Unsere wichtigste Aufgabe besteht darin, die Arbeit des Bundeskanzlers und die Arbeit der Regierung zu unterstützen. Ich meine, mancher von uns hat sich, wenn er so die letzten Wochen und Monate Revue passieren läßt und sich an das erinnert, was sich ab und zu in der Presse abgespielt hat, gedacht: Das darf doch einfach nicht wahr sein. Nun sind wir gerade an der Regierung, und nun geht es schon wieder hin und her.

Helmut Schmidt hat vor nicht allzu langer Zeit von seiner Partei, der SPD, gesagt: Sie ist ein verrotteter Sauhaufen. Und er wußte, wovon er redete.

Aber wir, die CDU, und das deutsche Volk haben im Gegensatz dazu nun endlich einen Bundeskanzler, der sich in Übereinstimmung mit der gesamten Union von Kiel bis Berchtesgaden und in Übereinstimmung mit der Mehrheit des deutschen Volkes befindet. Und das soll doch wohl in der Zukunft so bleiben.

(Lebhafter Beifall)

Vielleicht kann der eine oder andere auch mal auf die Idee kommen, daß es, auch wenn wir an der Regierung sind, nicht ganz ausgeschlossen sein sollte, vielleicht ab und zu die eigenen Leute, d. h. auch die eigene Regierung, zu loben und dafür den politischen

Gegner anzugreifen. Ich glaube, daß dies eigentlich das richtigere Rezept wäre.

(Beifall)

Mehr will ich zu diesem Thema nicht sagen.

Jedenfalls ist die Koalition auch keine Kutsche, aus der man nach Belieben ein- und aussteigen kann.

(Beifall)

Wir haben einen Auftrag, und den wollen wir erfüllen, nämlich dieses Jahrzehnt mit unserer Politik zu prägen. Es ist klar, daß die Partei eine Aufgabe hat, die über den Inhalt einer Regierungserklärung und auch einer Koalitionsvereinbarung hinausgeht. Ich habe an anderer Stelle schon gesagt: Wir werden deswegen, weil wir an der Regierung sind, nicht unseren Geist aufgeben

Der Weg ins Kanzleramt war auch begründet durch die Faszination der Ideen des Grundsatzprogramms und durch die Erarbeitung moderner Lösungen auf unseren wissenschaftlichen Kongressen und die darauf folgenden Beschlüsse der Partei.

Wir wollen kein imperatives Mandat. Aber - und das ist schon auf dem Ludwigshafener Parteitag im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm gesagt worden - ein Bundesparteitag der CDU geht auch davon aus, daß wir unsere Beschlüsse nicht nur für die Festtage, sondern auch für den politischen Alltag fassen und daß wir erwarten, daß, soweit dies möglich ist, diese Beschlüsse von der Regierung und der Bundestagsfraktion umgesetzt werden. Was die Partei denkt und was sie diskutiert, muß auch Handlungsmaxime für die Regierung und für die Fraktion sein.

(Beifall)

Ich möchte einen anderen Gedanken hier anführen. Wir haben - wie in den vergangenen 13 Jahren - auch als Regierungspartei die Aufgabe, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Wir dürfen die gesellschaftlichen Entwicklungen und die geistigen Strömungen nicht verpassen. Wir dürfen sie nicht verschlafen. Eine lebendige Partei muß das Gespräch suchen und muß zuhören können.

Macht ist verführerisch. Der Sozialwissenschaftler Karl W. Deutsch hat einmal kritisch bemerkt, Macht sei die Fähigkeit, nicht mehr hinzuhören zu müssen, weil man ja das Sagen hat.

Bleiben wir also eine offene, dialogfähige Partei. Die Arroganz der Macht wäre der erste Schritt auf dem Weg in die Opposition.

(Beifall)

Eine lebendige Partei muß mit allen Menschen guten Willens gemeinsame Aktionen suchen und ein Beispiel für das geben, wofür wir stehen und woran wir glauben: für unsere Grundwerte. Wir haben da einige Beispiele. Ich greife eines heraus. Es gibt nicht nur den

Versuch von Ortsverbänden und Kreisverbänden der CDU, lebendigen, unmittelbaren Kontakt mit den Familien ausländischer Mitbürger oder mit unseren amerikanischen Freunden, die als Soldaten hier bei uns ihre Pflicht tun, und mit denen, die arbeitslos sind, zu finden; sondern ich führe hier vor allem unsere Basisaktionen Dritte Welt an, durch die wir konkrete Hilfe geleistet haben, wobei die einzelnen Kreisverbände 10 000, 20 000, 30 000, 40 000 DM durch Aktionen gesammelt und dieses Geld Entwicklungshilfeorganisationen zur Verfügung gestellt haben: für einen Generator in Ruanda, für Einrichtungen in einem Krankenhaus in Nepal, um einen Brunnen in der Sahelzone zu bohren. Das ist konkrete Solidarität. Und wir sollten sie als Konkretisierung unserer Ideale auch in der Zukunft weiterführen.

Ich nenne hier stellvertretend für viele zwei Landesverbände, weil sie damit angefangen und weil sie eine gute Arbeit geleistet haben: Baden-Württemberg mit Lothar Späth und Rheinland-Pfalz mit Bernhard Vogel.

(Beifall)

Schließlich muß die Christlich Demokratische Union als Regierungspartei auch jene Themen aufgreifen, die die Menschen konkret bewegen. Und sie muß Perspektiven entwickeln, die über die Haushaltsjahre und die Legislaturperioden hinausreichen.

Dabei geht es um drei große Aufgaben. Wir müssen zum einen mit Mut und mit Phantasie neue Wege beschreiten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir müssen Natur und Umwelt retten, indem wir der Sozialen Marktwirtschaft einen ökologischen Rahmen geben.

Wir werden morgen über die Arbeitslosigkeit und im Zusammenhang damit auch über unsere Position zum wirtschaftlichen Wachstum im Verhältnis zur Erhaltung unserer Umwelt sprechen.

Ich möchte mich heute bei diesem Rechenschaftsbericht aber noch mit dem Thema auseinandersetzen, das uns in den kommenden Wochen und Monaten besonders beschäftigen wird und das sicher nicht nur zu einer Bewährungsprobe für die Regierung wird, sondern bereits zu einer großen Herausforderung für unsere ganze Partei geworden ist. Wir müssen nämlich die geistige und die moralische Auseinandersetzung um den Frieden gewinnen.

Meine lieben Parteifreunde, hier ist die Verwirrung der Geister groß. Es ist eine große Verwirrung der Geister in unserem Land, auch in anderen europäischen Ländern.

Was wir in dieser Auseinandersetzung brauchen, ist die Klarheit der Begriffe, die Klarheit der Gedanken.

(Beifall)

Nicht die Taten bewegen die Menschen, sagt der Philosoph, sondern die Worte über die Taten. Kurt Biedenkopf hat es auf dem Hamburger Parteitag 1973 in anderen Worten ausgedrückt. Er hat gesagt: Revolutionen und Bewegungen werden heute nicht mehr dadurch

in Gang gesetzt, daß Telegraphenämter und Bahnhöfe besetzt werden, sondern dadurch, daß die Begriffe besetzt werden.

(Zustimmung)

Dies ist angesichts eines weltweiten ideologischen Bürgerkrieges in der Tat - davon bin ich überzeugt - das Gesetz, nach dem sich entscheidet, wer in dieser Auseinandersetzung gewinnt. Diese Auseinandersetzung um Frieden und Verteidigung, die im Herbst möglicherweise in ihre heiße Phase kommen wird, darf uns nicht unvorbereitet treffen.

Meines Erachtens ist die Verwirrung der Geister vor allem darauf zurückzuführen, daß die alte Bundesregierung die geistige Führung in der Verteidigungspolitik verloren hatte.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben den Verteidigungsgedanken nicht mehr erklärt.

Heute beherrschen Emotionen das Feld. Sogenannte Friedensfreunde schleudern den Bürgern die Frage ins Gesicht: Wollt ihr im Atompilz verglühen? Wer will denn auf eine solche Frage mit Ja antworten? Sie schleudern die Frage heraus: Haben wir das Recht, unsere ganze Welt aufs Spiel zu setzen? Wer wollte denn eigentlich auf eine solche Frage mit Ja erwidern?

Der entscheidende Fehler in dieser Diskussion besteht doch darin, daß sich die Auseinandersetzung in der sogenannten Friedensbewegung auf die Frage nach der Zahl der Raketen und der Sprengköpfe konzentriert. Aber diese Frage steht doch nicht an erster Stelle! Die erste Frage lautet: Ist unser Staatswesen, ist unsere Gesellschaftsordnung überhaupt verteidigungswert? Wenn sie nicht verteidigungswert ist, brauchen wir auch keine Waffen, um sie zu verteidigen.

(Beifall)

Die zweite Frage ist: Werden wir denn von jemandem bedroht? Wenn wir von niemandem bedroht werden, brauchen wir auch keine Waffen. Erst wenn wir diese beiden Fragen beantwortet haben, können wir zu der dritten Frage vorstoßen: Mit welchen Waffen und mit wie vielen Waffen haben wir uns zu verteidigen?

Ist unser Gemeinwesen verteidigungswert? Es ist im Grunde genommen schon ein starkes Stück, daß man sich mit dieser Frage auseinandersetzen muß, aber wir müssen es tun, weil diese Frage in der Tat gestellt wird.

Sind wir denn besser, weil wir besser und schneller produzieren können? Sind wir allein deswegen besser, weil wir ein größeres Bruttosozialprodukt haben? Kommt es nur auf die Zahl der Raketen an? Die Wahrheit ist doch eine andere; das haben wir in Hamburg deutlich gesagt, und ich möchte es wiederholen: Die Spannungen zwischen Ost und West haben ihre Ursache doch nicht in der Tatsache, daß die eine Seite mehr Raketen hat. Darauf muß man eine militärtechnische Antwort geben. Die Spannungen zwischen Ost und West sind vielmehr in

der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur begründet. Dies ist der eigentliche Grund !

(Beifall)

Wir wollen frei sein und frei bleiben. Dies ist der Sinn unserer Verteidigungspolitik.

Sagen wir es in der Auseinandersetzung mit unseren jungen Mitbürgern: In den kommunistischen Staaten werden z.B. Wehrdienstverweigerer entweder ins Gefängnis oder in Strafkompagnien gesteckt, oder sie landen in psychiatrischen Anstalten oder in Arbeitslagern. Wir schützen die Gewissensfreiheit, und gerade dies begründet den hohen Rang unserer Verfassung und macht diese Staatsordnung erst eigentlich verteidigungswert. Dies ist das, was wir sagen müssen!

(Beifall)

Dank und Anerkennung schulden wir den jungen Menschen, die in den Krankenhäusern und in den Pflegeheimen zivilen Dienst leisten, aber der Dienst in der Bundeswehr ist der eigentliche Dienst am Frieden. Ohne NATO und ohne Bundeswehr gäbe es keine Gewissensfreiheit und auch keinen zivilen Ersatzdienst.

(Beifall)

Jetzt möchte ich noch einen Satz zu den Vereinigten Staaten und zu den amerikanischen Soldaten sagen. Wir wissen - und das müssen wir in dieser Auseinandersetzung diesen anderen Gruppierungen gegenüber sagen, gerade im Zusammenhang mit der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen -: Die Amerikaner stehen hier zusammen mit der Bundeswehr, damit diese Gewissensfreiheit geschützt wird, und die sowjetischen Truppen stehen in der DDR und in anderen Ländern Osteuropas, damit eben dort diese Gewissensfreiheit unterdrückt werden kann.

(Zustimmung)

Dies muß in der Diskussion hervorgehoben werden.

Auf die Frage "Werden wir bedroht?" müssen wir eine Antwort geben. Wir verkennen nicht - so haben wir in unserem Hamburger Beschluß 1981 ausgeführt -, daß auch die Völker der Sowjetunion und Osteuropas ein Sicherheitsinteresse haben und daß sie nicht zuletzt auf Grund der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, in dem sie Millionen von Todesopfern bringen mußten, in Sicherheit und Frieden leben wollen. Aber geht es denn darum? Die sowjetische Führung - nicht die Menschen, nicht die Völker, aber die Führung - weiß doch viel besser als viele, die in unserem eigenen Land über Frieden und Verteidigung sprechen, daß von uns keine Bedrohung und keine Gefahr ausgeht. Die sowjetische Führung weiß doch, daß die NATO keinen Angriffskrieg führen kann, weder von den Verträgen her noch von der Bewaffnung her noch von der Logistik her. 42 000 modernen Panzern im Warschauer Pakt stehen im NATO-Bereich 13 000 Panzer gegenüber; dies nur als ein Beispiel.

Die Wahrheit ist doch eine ganz andere. Die sowjetische Führung - ich spreche wieder nicht von den Völkern Osteuropas, aber von der sowjetischen Führung - fühlt sich doch nicht von der Bundeswehr oder von der NATO bedroht. Nein, die sowjetische Führung fühlt sich von

etwas anderem bedroht, sie fühlt sich bedroht von der Existenz freiheitlicher Gesellschaftsordnungen, von der Existenz freier Menschen am Rande ihres Imperiums. Das ist die Bedrohung, die die sowjetische Führung spürt.

(Beifall)

Deswegen rüstet die Sowjetunion in Wahrheit nicht gegen unsere Waffen, sondern gegen unser freies Denken.

(Zustimmung)

Die Überrüstung der Sowjetunion dient in Wirklichkeit dem Ziel, durch militärische Übermacht ein politisches Druckpotential zu gewinnen, um die an ihr Imperium angrenzenden Staaten zu neutralisieren und die Ausbreitung des Gedankens der Freiheit zu unterbinden.

Daher braucht die Sowjetunion Repression nach innen und Expansion - zumindest deren Androhung - nach außen. Aristoteles sagt: Niemand macht sich zum Tyrannen, um sich nur vor der Kälte zu schützen. Lenin hat einmal gesagt: Unsererseits ist ein Krieg legitim und gerecht, denn er wird für den Sozialismus, für die Befreiung unserer Völker geführt, für die Befreiung unserer Völker von der Bourgeoisie.

Es wäre - ich möchte hier einen Gedanken von Kardinal Höffner aufgreifen - ein großer Dienst für den Frieden in der Welt, wenn die sowjetische Führung der Weltöffentlichkeit ein für allemal erklären würde, daß diese Devise Lenins heute nicht mehr gilt.

(Zustimmung)

In Afghanistan könnte die Sowjetunion ihre Friedensliebe durch die Tat beweisen.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf ein anderes Argument eingehen, weil es ja immer mehr Menschen gibt, die auch einwenden: Was wollt ihr denn eigentlich, der Westen hat seine Ideologie, der Osten hat seine Ideologie. - Was ist denn eigentlich die Antwort darauf, wo liegt denn der essentielle Unterschied zwischen Ost und West? Eines der gefährlichsten Argumente, die in diesem Zusammenhang von der anderen Seite - wenn ich sie einmal so nennen darf - gebraucht werden, ist die ideologische, wertmäßige Gleichstellung des Westens mit dem kommunistischen Osten. Nennen wir die essentiellen Unterschiede.

Bei uns gibt es keine Unterdrückung der Menschen im Innern und keine militärische Expansion nach außen. Überall dort, wo wir Einfluß haben, wo wir Einfluß nehmen können auf der Welt, wirken wir darauf hin, aus Diktaturen wieder Demokratien zu machen. In Portugal war das so, in Spanien haben wir mitgeholfen, in Griechenland bei den Obristen war es so, und jetzt in der Türkei ist es so, während die Sowjetunion überall dort, wo sie Einfluß und Macht besitzt, die ersten Ansätze demokratischer und freiheitlicher Entwicklung mit Panzern und mit Waffengewalt niederdrückt. Das ist der essentielle Unterschied.

(Beifall)

Weichen wir der Frage nach Lateinamerika nicht aus. Das ist in der Tat in erster Linie keine militärische Frage, sondern eine Frage der internationalen sozialen Gerechtigkeit. Wir müssen alles tun, um auch unsere Freunde davon zu überzeugen, daß es wichtig ist, mit unseren Ressourcen einen Beitrag dazu zu leisten, daß dort mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Verwirklichung der Menschenrechte möglich ist. Wir fordern aber auch die Sozialistische Internationale - unser Freund Mock hat vorhin über dieses Thema geredet - und ihren Vorsitzenden Willy Brandt auf, wir verlangen von der Sozialistischen Internationalen, daß sie in Lateinamerika nicht die von der Sowjetunion finanzierten und von Kuba organisierten linken Guerillaverbände unterstützt, sondern mit den Christlichen Demokraten in Lateinamerika, unseren Freunden, dafür eintritt, daß in diesen Ländern eine demokratische und gleichzeitig soziale Lösung gefunden werden kann.

(Beifall)

Das ist die Forderung, die wir an die Sozialistische Internationale zu stellen haben.

Jetzt kommt die dritte Stufe, die dritte Frage: unsere Verteidigungspolitik im Verhältnis zur Moral, zur Ethik, zur Bergpredigt. Viele berufen sich bei der Ablehnung unserer Verteidigungspolitik auf die Bergpredigt. Wir begrüßen ausdrücklich - das hat der Bundeskanzler heute morgen gesagt; ich wiederhole es - das Wort der katholischen Bischöfe zum Frieden und auch das Friedenswort, die Dokumentation der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD).

Die Bergpredigt - das sollte unbestritten sein - ist zunächst einmal eine persönliche Herausforderung an jeden einzelnen. Wenn alle Völker, wenn alle Menschen, wenn alle Staaten auf der Welt nach den Regeln und den Postulaten der Bergpredigt lebten, bräuchten wir in der Tat keine Waffen. Aber wir leben ja nicht in einer solchen Welt, und es gibt viele, die sagen, das Evangelium hat uns eine solche Welt auf dieser Erde noch nicht einmal verheißen. Wir müssen dafür arbeiten. Aber es ist auch eine christliche Existenz, eine reale Wahrheit, daß das Böse existiert; nicht nur im einzelnen Menschen, zwischen einzelnen Menschen, sondern auch zwischen Völkern und Staaten.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, gehört es auch zur Erfüllung des Gebotes der Nächstenliebe, unrechte Gewalt von anderen Menschen fernzuhalten.

(Beifall)

Das haben wir in unserer Berliner Erklärung so gesagt. Die Bischöfe haben dazu in ihrem Hirtenwort klare Aussagen gemacht. Wir dürfen nicht blind sein gegenüber dem Unrecht und dem Bösen auf der Welt.

Der einzelne mag für sich auf Gewalt verzichten, der Staat aber hat die Pflicht - ich zitiere die Bischöfe -, die Rechtsordnung im Innern ebenso zu schützen wie die Existenz und Freiheit eines Volkes gegen Aggression und Erpressung von außen. Besser kann man die Aufgabe des Staates und auch die Ethik der Abschreckung nicht formulieren.

Wer die Bergpredigt als schematisch anzuwendendes Gesetz mißversteht, kann beim Gegenteil dessen landen, was Jesus Christus gewollt hat. Im Hirtenwort wird darauf hingewiesen, daß in der Bergpredigt das Wort steht: Leiste dem, der euch Böses antut, keinen Widerstand. Aber was soll das heißen? Heißt das z. B. - jetzt frage ich viele in der Friedensbewegung -, daß man als Christ die strukturelle, die staatliche, die diktatorische Gewalt in lateinamerikanischen Gewaltstaaten akzeptieren soll? Hätte sich ein Katholik in Nicaragua mit dem Gewaltsystem von Somoza wehrlos und verteidigungslos abfinden müssen? Heißt das, daß man Unrecht einfach widerstandslos hinnehmen darf? Natürlich nicht, vor allem nicht, wenn man für andere Verantwortung trägt.

Die Bischöfe weisen zu Recht darauf hin, indem sie sagen: "In seinem" - nämlich in Jesu Christi - "Namen haben Christen um der Nächstenliebe willen zugunsten von Armen, Schutzbedürftigen und Entrechteten deren Unterdrückern wirksam entgegenzutreten. "

Ich wiederhole das, was der Parteivorsitzende heute morgen gesagt hat: Rechtsordnung ist Friedensordnung zum Schutz der Schwachen, der Freiheit und der Menschenrechte.
(Beifall)

Wir haben Respekt vor jedem, der von der Bergpredigt zum Pazifismus kommt. Wir sollten nicht verkennen, daß auch die Christlich Demokratische Union Wurzeln im christlichen Pazifismus hat. Wir müssen uns aber jenen widersetzen, die aus der Bergpredigt nur das herauslesen, was ihnen politisch in den Kram paßt.

(Beifall)

Wir halten es für unglaubwürdig, wenn Ostermarschierer Abrüstung fordern und gleichzeitig Geld für Waffen in El Salvador sammeln. Das ist unglaubwürdig

(Beifall)

Franz Alt ist ein Mitglied der Christlich Demokratischen Union. Er gehört zu uns, wenngleich wir mit vielen seiner Thesen und Aussagen zur Außen- und Verteidigungspolitik nicht einverstanden sind. Er hat sich Ostern vor Ostermarschierern im Zeichen des Friedens auch für den Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt und ist dafür von den Ostermarschierern ausgepiffen worden. Ich halte es für unglaubwürdig, gegen Gewaltanwendung zu demonstrieren und Gewalt gegen ungeborenes Leben einfach hinzunehmen.

(Beifall)

Wie steht es denn da mit der Wahrheit? Die halbe Wahrheit ist oft eine ganze Lüge. "Stell' Dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin." Das ist auch ein Zitat von Bertolt Brecht. Von diesem Zitat leben viele Pazifisten. Aber sie haben offenbar nie den ganzen Brecht und damit auch nie die ganze Wahrheit kennengelernt; denn das volle Zitat lautet: "Stell' Dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin." Und weiter heißt es: "Es wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat."

Diese Leute zitieren den halben Brecht, und sie leben die halbe Bergpredigt. Wer sich für Abrüstung und den Abbau von Gewalt in der Welt einsetzt, der darf eben auch nicht schweigen zu Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Beides gehört zusammen.

(Beifall)

Die Bergpredigt hat natürlich auch für uns Konsequenzen. Wir können nicht glaubwürdig für Frieden und Abrüstung eintreten, ohne gleichzeitig die soziale Ungerechtigkeit auf der ganzen Welt zu bekämpfen und den Hunger in der Welt zu lindern. Gerechtigkeit erst schafft Frieden. Und wir dürfen uns nicht zufriedengeben mit der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr Entwicklungshilfe leistet als der gesamte Ostblock zusammen.

Ich glaube, es ist richtig, daß dieser Parteitag, daß die Christlich Demokratische Union einmal den großen Werken der Nächstenliebe unserer Kirchen und anderer Organisationen den Dank ausspricht. Adveniat, Misereor, Brot für die Welt, dem Diakonischen Werk, der Caritas, dem Deutschen Roten Kreuz, ihnen allen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall)

Wir möchten auch den für die Entwicklungshilfe zuständigen Minister ermutigen, auch in der Zukunft die Entwicklungshilfe nicht nur unter dem Gesichtspunkt des nationalen Interesses, sondern auch im Dienste der Gerechtigkeit in der ganzen Welt einzusetzen.

(Beifall)

Die Bergpredigt verlangt von uns allerdings, daß wir uns, in der Erkenntnis der Existenz des Unrechtes und des Bösen, selber freihalten vom Denken an Vergeltung, daß wir Konflikte friedlich lösen, die Zusammenarbeit auch mit dem Gegner anstreben und zu Verhandlungen und zu Verträgen immer bereit sind.

Ich behaupte auf dieser Basis und mit dieser Erkenntnis, daß ein Christ aus voller Überzeugung und im Geist der Bergpredigt ja sagen kann zu unserer Verteidigungspolitik, konkret auch zum NATO-Doppelbeschluß. Kein Krieg, weniger Waffen, mehr Gerechtigkeit, nach diesem Gesetz sind wir Christlichen Demokraten angetreten.

CDU-Regierungen haben für die Bundesrepublik Deutschland auf Gewalt und ABC-Waffen verzichtet. Der Westen hat immer wieder erste Schritte getan. Die Vereinigten Staaten haben Anfang der 70er Jahre auf die allgemeine Wehrpflicht, später auf die Neutronenwaffe, auf den Langstreckenbomber B-1 verzichtet. - Die Reaktion der Sowjetunion ist bekannt: einseitige Aufrüstung statt Entspannung. Und selbst auf die über 300 SS-20-Raketen hat der Westen nicht sofort reagiert, sondern der Sowjetunion eine Besinnungspause gegeben. Wir wollen keine Raketen, weder SS-20 noch Pershing 2; aber wir dürfen den Frieden nicht durch Schwäche unsicher machen. Weder einseitige Aufrüstung noch einseitige Abrüstung sichern den Frieden.

Ich möchte hier noch einen eindeutigen und klaren Satz sagen, weil das ab und zu so im Zwielficht gehalten wird: Wir Christlichen

Demokraten wollen keine militärische Überlegenheit. Wir wollen Gleichgewicht, wir wollen stark sein, aber wir wollen keine militärische Überlegenheit. Wir wollen Abrüstung durch Verhandlungen. Und deswegen tun wir alles, wir leisten unseren Beitrag dazu, daß es einen Erfolg in Genf gibt.

Das Kernproblem in der moralischen Auseinandersetzung besteht darin, ob es moralisch erlaubt ist, Waffen, deren Anwendung zweifelsfrei unsittlich und unmoralisch wäre, zum Zwecke der Abschreckung bereitzuhalten und mit ihnen, mit ihrem Einsatz für den Fall eines Angriffs zu drohen. Wir haben es hier in der Tat mit einer moralischen Grenzsituation zu tun. Wir haben sie auch in anderen Situationen des menschlichen Lebens.

Wie sieht diese Frage denn aus? Verzichten wir auf die atomare Abschreckung, setzen wir Freiheit, Menschenrechte, Menschenwürde und selbst den Frieden aufs Spiel;

(Zustimmung)

denn es könnte sein, daß ein konventioneller Krieg dadurch wahrscheinlicher würde - eine gewisse unmoralische Konsequenz. Verzichten wir nicht auf Abschreckung, müssen wir uns das Vorhandensein von Waffen entgegenhalten lassen, deren Anwendung mit Sicherheit unsittlich wäre. Das ist das Problem. Wir entscheiden uns in voller Erkenntnis dieser moralischen Grenzsituation und in der Abwägung der Werte und der moralischen Positionen; wir entscheiden uns für die Abschreckung, weil wir der Auffassung sind, daß gerade die Existenz dieser Waffen verhindert, daß sie zur Anwendung gelangen. Das ist der eigentliche Grund.

Ich weiß und wir alle wissen: Dies ist für viele Menschen intellektuell und moralisch nur schwer erträglich. Aber um des Friedens willen bleibt uns zur Zeit keine andere Wahl als diese Strategie, allerdings verbunden mit dem Willen zu einer umfassenden Abrüstung.

(Zustimmung)

Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, mit der moralischen Paradoxie der atomaren Abschreckung leben. Aber dies kann nicht unser letztes Wort sein. Wir dürfen uns nicht mit einer hochgerüsteten Welt abfinden. Der Status quo ist nur in dem Maße moralisch erträglich, in dem wir alle Kraft aufbieten, um ihn zu überwinden.

(Beifall)

Diese Paradoxie verpflichtet uns - so haben wir in unserer Berliner Erklärung vom 10. Mai 1982 beschlossen -, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen kann.

Kein Krieg, weniger Waffen, mehr Gerechtigkeit, wenn wir so in diese geistige und politische Auseinandersetzung gehen, dann werden

wir sie auch bestehen, und dann werden wir auch in der Zukunft Frieden und Freiheit bewahren.

Möglicherweise werden wir einen unruhigen Herbst bekommen. Jeder soll wissen: Wir sind zu jedem Gespräch bereit; aber wir werden vor keiner Gewalt zurückweichen. Es gibt kein Recht zum Widerstand gegen legitime parlamentarische Entscheidungen.

(Beifall)

Und wo das Recht des Staates schweigt, triumphiert das Recht des Stärkeren. Wir werden Haß nicht mit Haß beantworten und Aggression nicht mit Feindschaft. Wir wollen keine Eskalation irgendeines Konflikts. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Demokratie auch diese Bewährungsprobe bestehen wird, genauso wie in den 70er Jahren, nicht als ein schwacher, aber immer als ein freiheitlicher Rechtsstaat. Wer die Freiheit nach außen schützen will, muß sie auch nach innen schützen. Und an die Adresse der sogenannten Friedensbewegung: Wer den Frieden will, muß das Friedensgebot auch im Innern praktizieren.

(Zustimmung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde, ich möchte zum Schluß noch einmal kurz innehalten auf diesem Parteitag und den Versuch unternehmen, mit Ihnen zusammen mich zu besinnen und darüber nachzudenken, welchen Beitrag die christliche Demokratie für unser Land leistet und leisten kann, und zwar über den Tag hinaus. - Die CDU hat 20 Jahre Regierung und 13 Jahre Opposition hinter sich. Kurt-Georg Kiesinger hat vorhin zu mir so über den Stuhl hinweg gesagt, dies sei jetzt der 29. Parteitag, an dem er teilnehme - eine lange Zeit. Und wir haben - davon bin ich überzeugt - auch noch mehr als ein Jahrzehnt Regierungsverantwortung vor uns. Das ist eine längere Zeit als Metternich regiert hat, als Bismarck Kanzler war, länger als die Weimarer Republik und der Nationalsozialismus zusammengenommen währten, insgesamt die längste demokratische Epoche in der Geschichte unseres Landes. Was wird in der Geschichte bleiben, und was soll die Geschichte einmal über uns sagen? Ich glaube, die Union hat als große Volkspartei in einmaliger Weise zur Stabilität unserer Demokratie beigetragen. Die Union hat als Partei die politische Spaltung unseres Landes in Konfessionen und in soziale Gruppen überwunden. Sie hat den christlichen Imperativ der Nächstenliebe mit den Erfordernissen einer modernen, einer hochtechnisierten Industriegesellschaft in dem großen Entwurf der Sozialen Marktwirtschaft verbunden.

Mit Konrad Adenauer haben Christliche Demokraten - zusammen mit unseren Freunden - eine westeuropäische Friedensordnung geschaffen: Aussöhnung mit Frankreich, Freundschaft mit den Vereinigten Staaten. Die Christlichen Demokraten haben den verhängnisvollen deutschen Sonderweg zwischen Ost und West beendet und den freien Teil Deutschlands an die freiheitlich-demokratische Tradition des Westens gebunden und im westlichen Bündnis verankert. Das ist unsere geschichtliche Leistung, aber es ist auch unsere große politische Herausforderung.

Das, was uns und unseren Vätern mit der Aussöhnung, mit der Kombination von wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit

gelingen ist, muß uns durch das Vereinbarmachen von wirtschaftlichem Wachstum und technischem Fortschritt mit der Erhaltung unserer natürlichen, sozialen und kulturellen Umwelt auch in der Zukunft gelingen. Die Soziale Marktwirtschaft muß durch die ökologische Marktwirtschaft ergänzt werden. Dies wird eine große Aufgabe sein, die vor uns steht. Wenn wir uns immer an unseren Grundwerten, an unserem christlich-demokratischen Auftrag orientieren, dann haben wir auch die Chance, die kommenden Jahrzehnte zu gestalten: für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Mit diesem Auftrag wollen wir mit Helmut Kohl an die Arbeit als Regierungspartei herangehen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Lieber Freund Heiner Geißler, der Parteitag dankt Ihnen für diese Rede. Der Parteitag dankt Ihnen noch mehr für Ihren großartigen Einsatz im hinter uns liegenden Bundestagswahlkampf.

(Beifall)

Wir schätzen an Ihnen, lieber Freund Heiner Geißler, Ihre klare, Ihre harte und damit für Jedermann unmißverständliche Sprache; wir sind stolz auf Sie.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehe, bitte ich die Herren Landesgeschäftsführer bzw. die Bezirksgeschäftsführer noch einmal, jetzt die Stimmzettel für die Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes im Büro des Organisationsleiters hier hinter der Bühne abzuholen, um diese Stimmzettel dann den Delegierten auszuhändigen.

Ich rufe nunmehr Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger

Das Wort zu seinem Bericht hat unser Freund Dr. Alfred Dregger.

Dr. Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Bundestagsfraktion ist nicht mehr Opposition, sie ist Regierungsfraktion. Der Parteivorsitzende ist nicht mehr Fraktionschef, er ist Kanzler. Für die Bundestagsfraktion habe heute ich zu sprechen. Auf diesen Rollenwechsel, der sich in diesen Veränderungen andeutet, haben Sie, haben wir alle hingearbeitet. Aber verwirklicht und vollzogen hat ihn Helmut Kohl. Helmut Kohl hat uns aus der Opposition in die Regierungsverantwortung zurückgeführt.

(Beifall)

Freilich haben unsere politischen Gegner dazu beigetragen; sie waren verbraucht und zunehmend regierungsunfähig. Aber die Lage, die sich daraus entwickelte, mußte genutzt werden. Helmut Kohl hat sie genutzt. Er hat die CDU zu einer einigen Kraft gemacht. Er hat die Einheit zwischen CDU und CSU trotz mancher Schwierigkeiten gewahrt. Er hat den Weg zum Koalitionswechsel der FDP geebnet. Er hat die Bundestagsfraktion zu einer überzeugenden Alternative zur Regierung aufgebaut. Und er hat nach dem Regierungswechsel - entgegen dem Rat vieler gutmeinender, aber ängstlicher Freunde - vorzeitige Neuwahlen herbeigeführt und sie brillant gewonnen.

(Beifall)

Diese großartige Leistung des Parteivorsitzenden und langjährigen Fraktionsvorsitzenden ist das Fundament, auf dem wir jetzt arbeiten können. Die Bundestagsfraktion weiß, was sie Helmut Kohl verdankt. Sie wird ihn bei den kommenden schwierigen Aufgaben mit Nachdruck unterstützen: nicht unkritisch, aber stets loyal und zuverlässig. Und wir werden es gern tun; Sie wissen es, lieber Helmut Kohl.

Nach Helmut Kohl möchte ich auch seinen Vorgängern im Amt des Fraktionsvorsitzenden danken: Karl Carstens, dem heutigen Bundespräsidenten, und Rainer Barzel, dem heutigen Bundestagspräsidenten.

(Beifall)

Um den Bogen bis zum Anfang der Union zu schlagen, möchte ich auch an die beiden ersten Fraktionsvorsitzenden der Union erinnern, an Heinrich von Brentano und an Heinrich Krone,

(Beifall)

der unseren Weg von seinem Bonner Haus aus noch immer mit Rat und Tat begleitet.

Partei, Fraktion und Regierung - das ist das Dreigestirn, von dessen Zusammenwirken der Erfolg der nächsten Jahre abhängt.

Wir, die Abgeordneten, haben in die parlamentarische Arbeit einzubringen, was uns auszeichnen sollte: gesunder Menschenverstand, die Erfahrungen unserer Berufswelt und ein Gespür für das, was in den Köpfen und in den Herzen der Menschen vor sich geht, nicht um dem unkritisch zu folgen. Wir haben die Meinungen und Stimmungen unserer Wähler nicht nur zu registrieren, sondern wir haben sie auch aufzunehmen, wir haben sie gegebenenfalls zu verändern; wir haben zu führen.

(Beifall)

Aber wir haben vor allem auf das hinzuwirken, wovon Bestand und Erfolg der Regierung abhängen, daß nämlich die Übereinstimmung zwischen Wählern und Gewählten immer wieder erneuert wird.

Vor uns, meine Freunde, auch vor der Bundestagsfraktion, steht eine gewaltige Aufgabe. Bei ihrer Erfüllung werden wir auf große

Widerstände stoßen. Wir müssen sie überwinden: klug und besonnen, zäh und biegsam zugleich, wie eine Stahlfeder gleichsam. Auch die Fraktion braucht in dieser Herausforderung die Unterstützung der Partei. Die Partei kann das nicht leisten, wenn sie auf diese Herausforderung nicht vorbereitet ist; sie muß auch intellektuell auf diese Aufgabe vorbereitet sein:

Sie muß über die Grundprobleme der Staatsverschuldung, die durch hemmungslose Schuldenpolitik begrenzte Krisenbewältigungsfähigkeit des Staates, sie muß über die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik und die Grenzen der Sozialpolitik informiert sein.

Was für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gilt, gilt erst recht für die Friedens- und Sicherheitspolitik. Bis zum Herbst wird sich entscheiden, ob die Abrüstungsverhandlungen in Genf Erfolg haben. Je mehr die Verhandlungsposition des Westens im Westen selbst untergraben wird, um so zweifelhafter wird dieser Erfolg. In dieser Hinsicht hat die SPD schwere Schuld auf sich geladen. Sie ist von der gemeinsamen Position der westlichen Demokratien immer weiter abgerückt, und sie hat dadurch in der Sowjetunion möglicherweise falsche Hoffnungen geweckt. Wenn sich in der Sowjetunion der Eindruck verfestigen sollte, Konzessionen nicht nötig zu haben, dann stehen wir im Herbst vor der Alternative, uns entweder dem Machtanspruch der Sowjetunion zu unterwerfen, dadurch das Bündnis zu zerstören und damit letztlich unsere Freiheit und den Frieden zu gefährden, oder die Nachrüstung zu verwirklichen, um eine friedliche und freiheitliche Zukunft offenzuhalten. Ich meine, für uns kommt nur der zweite Weg in Betracht. Das setzt aber voraus, daß wir auch auf die damit verbundene innenpolitische Auseinandersetzung vorbereitet und daß wir gewillt sind, sie besonnen und entschlossen zu führen.

Meine Freunde, nicht minder schwierig und bedeutsam ist die Kurskorrektur in der Finanzpolitik. Helmut Kohl und sein und unser ausgezeichnete Finanzminister, unser Freund Gerhard Stoltenberg,

(Beifall)

haben ein Konzept vorgelegt, das in seiner Kühnheit verblüfft. Es ist unvermeidlich, daß dieses Konsolidierungsprogramm die beiden großen Ausgabenblöcke, die unsere Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden lähmen, nämlich den Personalbereich und den Sozialbereich, besonders betreffen.

Aber auch die Subventionen werden auf den Prüfstand gestellt. Angesichts der Krise in der Stahlindustrie, bei den Werften und in anderen Wirtschaftsbereichen wird es sehr schwer sein, die Summe der Subventionen wesentlich zu verringern. Aber das Mögliche muß und wird geschehen. Ich habe die Haushälter der Bundestagsfraktion gebeten, jeder Einsparungsmöglichkeit gerade im Subventionsbereich mit größter Sorgfalt nachzugehen. Meine Freunde, das werden sie tun. Auf die Haushälter der Bundestagsfraktion ist Verlaß. Vor allem bei den Abschreibungsgesellschaften wird das geschehen, was angekündigt worden ist: Ihr Spielraum wird drastisch reduziert werden.

(Beifall)

Wie der Subventionsbereich eröffnet auch der Investitionsbereich keinen nennenswerten Spielraum, um Kürzungen im Sozial- und Personalbereich zu vermeiden. Die öffentlichen Investitionen sind ohnehin viel zu gering, und der Investitionsbedarf auch der öffentlichen Hand ist groß; denken Sie nur an die Deutsche Bundesbahn, die aus ihrer miserablen Lage ohne größere Investitionen nicht befreit werden kann.

Was kann und soll also im Personal- und Sozialbereich geschehen? Für den öffentlichen Dienst, dessen Kosten sich in den 70er Jahren verdreifacht haben, wofür der öffentliche Dienst selbst nichts kann, geht es darum, in einer großen Bürokratie- und Justizreform das bürokratische Netz zu lockern, das die Wirtschaft und das Leben lähmt und das den Wiederaufstieg der Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege unmöglich gemacht hätte, wenn es damals schon bestanden hätte. Das heißt praktisch: Die öffentlichen Aufgaben, die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen und die Zahl der Staatsdiener müssen schrittweise vermindert werden. Nur wenn das geschieht, kann das Einkommensniveau des öffentlichen Dienstes gehalten werden. Dies zu tun, ist unser Wunsch.

Jetzt aber muß auch der öffentliche Dienst zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitragen. Für Beamte haben wir vorweg die Einkommenserhöhung ab 1. Juli 1983 auf 2 % begrenzt. In Umkehrung der gewohnten Reihenfolge müssen sich daran nun die Tarifverhandlungen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes orientieren. Das verlangt ein hohes Maß an Einsicht bei den öffentlichen Bediensteten, bei ihren Gewerkschaften und Berufsverbänden. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der persönlichen Sicherheit im öffentlichen Dienst und der öffentlichen Finanznot, zu der die Ausweitung der Personaletats erheblich beigetragen hat, glauben wir aber, diese Einsicht erwarten zu können und zu müssen. Der konstruktiven Mitarbeit der Gewerkschaften sind dabei keine Grenzen gesetzt. Wenn die Gewerkschaften z.B. strukturellen Veränderungen zu Einsparungszwecken ganz oder teilweise gegenüber einer zeitlichen Verschiebung den Vorzug geben sollten und bereit sind, solche Maßnahmen mitzutragen, könnte ähnliches auch für die Beamten vorgesehen werden. Entscheidend ist, daß das Sparziel erreicht wird.

Meine Damen und Herren, wir werden im übrigen darauf achten, daß die Beamten ohne Streikrecht nicht schlechter behandelt werden als die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, die über das Streikrecht verfügen. Die Einkommensentwicklung muß einigermaßen parallel verlaufen, wenn auch nicht notwendigerweise in jedem Einzelfall und auf Mark und Pfennig.

Auch der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung steht vor einer gewaltigen Aufgabe. Er muß die Rentenversicherung auf eine tragfähige Grundlage stellen. Seinen drei Grundsätzen - Beitragsbezogenheit, d.h. Leistungsbezogenheit, eine gleichmäßige Anhebung der verfügbaren Einkommen für die Rentner und die aktiv Arbeitenden und ein verlässlicher Staatszuschuß, der sich in Zukunft an den versicherungsfremden Ausgaben orientieren sollte - ist zuzustimmen.

Norbert Blüm will nichts unversucht lassen, um eine zweite Verschiebung der Rentenanpassung zu vermeiden. Dabei verdient er unser aller Unterstützung.

(Beifall)

Das setzt aber voraus, daß alle Beteiligten den vorgegebenen finanziellen Rahmen akzeptieren. Das gilt auch für die soziale Kranken- und für die Arbeitslosenversicherung, die ebenfalls vor riesigen Finanzproblemen stehen. Ich appelliere an alle, unseren Freund Norbert Blüm bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen.
(Beifall)

Mancher von Ihnen, meine Freunde, wird fragen: Ist dieses Häßliche denn wirklich alles notwendig? Ich antworte: Ja, es ist notwendig. Wenn wir dieses Sparziel erreichen, wird die Nettoneuverschuldung des nächsten Jahres immer noch 39 Milliarden DM betragen. Das ist immer noch viel zuviel. Es liegt immer noch über der Schuldengrenze des Art. 115 der Verfassung. Die Zinslast erdrückt uns. Sie steigt und steigt weiter, solange die Verschuldung steigt.

1983, in diesem Jahr, müssen wir allein 27 Milliarden DM - das sind jeweils tausend Millionen, nicht, wie Willy Brandt ursprünglich meinte, hundert Millionen - an Zinsen bezahlen, und im nächsten Jahr werden es schon 30 Milliarden DM sein. Von den 39 Milliarden DM Neuverschuldung stehen demnach nur noch 9 Milliarden DM für öffentliche Investitionen zur Verfügung.

Dieser Kreislauf ist der Fluch der bösen Taten sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen aus den 70er Jahren.

(Beifall)

Diesen Kreislauf - immer mehr Schulden, immer mehr Zinslasten und immer weniger öffentliche Investitionen - müssen wir durchbrechen, müssen ihn jetzt durchbrechen.

(Beifall)

Wir haben die Wähler damit nicht getäuscht. Im Gegenteil: Wir würden sie jetzt täuschen, wenn wir es aus Schwäche unterließen, das zu tun, was für den wirtschaftlichen Aufschwung notwendig ist.

(Zustimmung)

Meine Freunde, auch die steuerlichen Entlastungen für die Wirtschaft, die zum Programm des Jahres 1984 gehören, sollen dem wirtschaftlichen Aufschwung dienen. Ausgabenkürzungen im Personalbereich und im Sozialbereich auf der einen Seite und steuerliche Entlastungen im Wirtschaftsbereich auf der anderen Seite; unsere politischen Gegner bezeichnen das als soziale Asymmetrie. Damit aber hat es nichts zu tun. Nicht nur private Institute, sondern insbesondere die Deutsche Bundesbank, die Hüterin unserer Währung, weisen seit Jahren darauf hin, daß die drastische Verschlechterung der Ertragslage der deutschen Wirtschaft und ihre viel zu niedrige Eigenkapitalbildung wesentliche Ursachen ihrer

Investitionsschwäche sind. Eine Kuh, meine Freunde, die man melken will, darf man nicht schlachten; man darf sie auch nicht verhungern lassen, wie das in weiten Bereichen der Wirtschaft in den 70er und Anfang der 80er Jahre geschehen ist - mit schlimmen Folgen für die Arbeitnehmer. "Lieber die Wirtschaft entlasten als die Arbeitnehmer entlassen", das ist eine der treffenden Formulierungen von Norbert Blüm, der ich mich gerne anschließe.

(Beifall)

Die Bundestagsfraktion hat in die Überlegungen zur steuerlichen Entlastung der Wirtschaft drei Akzente eingebracht.

Erstens. Kleineren mittelständischen Unternehmen, die anders von steuerlichen Entlastungen nicht erfaßt worden wären, werden Sonderabschreibungen eingeräumt. Das ist auch deshalb zu begrüßen, weil Abschreibungserleichterungen einen unmittelbaren investitionsfördernden Effekt haben.

Zweitens. Die Steuerentlastung bei der Vermögensteuer wird sich ausschließlich auf das Betriebsvermögen beschränken, nicht aber das Privatvermögen der Kapitalbesitzer einbeziehen. Wir wollen die Aktiengesellschaften entlasten, nicht das Privatvermögen der Großaktionäre begünstigen.

Drittens. Von Einschränkungen beim Bauherrenmodell muß das eigengenutzte Eigenheim frei bleiben. Das eigene Grundstück, die eigenen vier Wände - das ist nicht nur eine ökonomische und finanzielle Angelegenheit.

"Wer einen eigenen Garten und ein eigenes Haus hat, der ist für die Bewegung verloren", soll einmal August Bebel, der ja aus Köln stammt, gesagt haben - ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, meine Damen und Herren.

Ich bin im Namen der Bundestagsfraktion dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister dankbar, daß sie die Fraktion immer frühzeitig in ihre Überlegungen einbezogen und sich unseren Argumenten immer aufgeschlossen gezeigt haben. Wenn es dabei bleibt - und ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln -, dann werden Regierung und Fraktion weiterhin fruchtbar und ohne unnötige Spannungen zusammenarbeiten.

Die schwierigste Aufgabe wird sich uns allen stellen - Heiner Geißler hat gerade in seinen Ausführungen darauf hingewiesen -, wenn es zu keiner Abrüstungsvereinbarung in Genf kommen sollte und wir daher gezwungen wären, zur Wahrung eines annähernden Gleichgewichts eine bestimmte Zahl amerikanischer Marschflugkörper und Pershing 2 zur Stationierung freizugeben. In der Debatte zur Regierungserklärung im Bundestag habe ich dieses Thema eingehend und detailliert behandelt. Ich habe mir erlaubt, dem Redetext, der nachher verteilt wird, das Protokoll des Bundestages beizufügen. Ich halte es wirklich für wichtig, daß sich nicht nur einige Spezialisten diesem Thema widmen, das im Herbst eine sehr große Bedeutung gewinnen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte heute nur einen Gesichtspunkt unterstreichen, der über das Gleichgewicht des Schreckens hinausführen soll. Mit diesem Gleichgewicht des Schreckens können wir uns als Zukunftsperspektive nicht abfinden.

Den bequemen Weg, den die sogenannte Friedensbewegung anbietet, können wir allerdings nicht gehen. Waffenlosigkeit offensiver Mächten gegenüber bedeutet Unterwerfung. Die Sowjetunion ist eine zwar vorsichtig kalkulierende, aber unbeschadet dessen eine offensive Macht, die jede Schwäche anderer ausnutzt und keine Gelegenheit zur Expansion ausläßt. Von der Unterwerfung der baltischen Staaten 1939 führt ein gerader Weg über die Unterwerfung der ost- und mitteleuropäischen Länder am Ende des Zweiten Weltkrieges zur Besetzung Afghanistans.

Weder das Gleichgewicht des Schreckens noch einseitige Waffenlosigkeit und Unterwerfung kann das Ziel für Europa sein. Europa braucht eine Friedensordnung, die auf den Menschenrechten und auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht.

(Beifall)

Offensive Machtpolitik ist im atomaren Zeitalter unverantwortlich. Sie gefährdet auch die Weltmächte, die sich mehr als früher zurückhalten und auf die Beherrschung anderer Völker verzichten müssen. Allein die Respektierung der Menschenrechte und die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist den Bedingungen des atomaren Zeitalters angemessen. Auch die Sowjetunion muß das begreifen.

Wir Christlichen Demokraten erstreben jedenfalls in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten und allen Menschen guten Willens eine Friedensordnung, die die Menschen frei macht von Angst, frei von Angst vor totalitärer Unterdrückung und frei von Angst vor atomarer Vernichtung.

(Beifall)

Der Bundeskanzler wird demnächst Moskau besuchen. Bei seinen Gesprächen wird es nicht nur um die wichtigen Fragen des militärischen Gleichgewichts und eines verstärkten Wirtschaftsaustausches gehen. Auch die Zukunftsperspektiven einer europäischen Friedensordnung sollten zur Sprache kommen. Wir wollen Frieden auch mit den Völkern der Sowjetunion. Wir wollen Zusammenarbeit auch mit der Sowjetunion, aber auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens.

(Beifall)

Ihre außenpolitischen Initiativen, Herr Bundeskanzler, im Westen waren erfolgreich, ja sie waren sehr erfolgreich. Wir sind überzeugt, daß auch Ihre Gespräche in Moskau den Nutzen des deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm abwenden werden. Wir wünschen Ihnen Glück und Erfolg für diese wichtigen Gespräche.

(Beifall)

Meine Freunde, den großen Aufgaben in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozial-, in der Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet die Bundestagsfraktion zwei weitere als gleichrangig: den Schutz unserer Wälder und die Wahrung der nationalen und kulturellen Identität unseres Volkes durch Begrenzung des Ausländerzuges aus fremden Kulturkreisen.

Die Regierung Kohl hat in den wenigen Monaten ihrer Amtszeit mit größerer Energie und sichtbareren Erfolgen für den Umweltschutz gewirkt als alle ihre Vorgängerregierungen. An dieser Linie muß sie festhalten. Der Wald ist für uns nicht nur eine Rohstoffquelle und ein Erholungsgebiet, wir brauchen ihn auch für unser seelisches Gleichgewicht. Wir Deutschen sind ein Volk von Waldläufern. Wir lieben den Wald. Wenn es um ihn geht, müssen andere gewiß wichtige Gesichtspunkte zurückstehen, auch ökonomische.

Ich verkenne nicht, daß mit der vom Bundesrat vorgenommenen Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung Probleme für Industriezweige aufgeworfen werden, die ohnehin in Schwierigkeiten sind, z.B. für den Bergbau. Deshalb müssen diese Vorschläge auf ihre Effizienz und ihre Auswirkungen hin sorgfältig geprüft werden. Aber in der Tendenz stimme ich den vorgeschlagenen Verschärfungen zu. Wir müssen auch hier einen mutigen Schritt tun. Dasselbe gilt für die Entgiftung der Kraftfahrzeugabgase. Naturschutz geht vor! Darauf haben unsere Kinder und Enkel Anspruch.

(Beifall)

Nicht weniger wichtig ist die Wahrung der nationalen und kulturellen Identität der Bundesrepublik Deutschland. Wenn Österreicher, Südtiroler oder Schweizer sich bei uns niederlassen, ist das nicht nur unproblematisch, sondern eine Bereicherung. Wenn die Menschen des christlichen Kulturkreises, z.B. Italiener, Polen, Franzosen, Briten oder Spanier, sich auf Dauer bei uns niederlassen, gibt es keine Grenzen für Integration und Assimilation. Wenn Menschen aus einer anderen, z.B. aus der islamischen Hochkultur in Millionenzahl hierherkommen und hier bleiben wollen, und zwar nicht integriert und nicht assimiliert, dann berührt das die nationale und kulturelle Identität unseres Volkes. Ich weiß, daß viele zusammenzucken, wenn das ehrlich gesagt wird. Das ist die Erblast des nationalsozialistischen Deutschland, die jetzt vom demokratischen Deutschland zu tragen ist. Aber die Wahrheit nicht auszusprechen, zeugt weder von Toleranz noch von demokratischer Grundhaltung.

(Beifall)

Erlauben Sie mir deshalb ein offenes Wort. Zum Türkenhaß besteht keinerlei Anlaß. Ich kann nur davor warnen.

(Beifall)

Die Türken sind fleißige und tüchtige Menschen und waren uns zumindest über Jahrzehnte hinweg in besonderer Freundschaft verbunden.

(Beifall)

Diese Freundschaft zwischen dem türkischen und dem deutschen Volk muß erhalten bleiben. Sie leidet zur Zeit unter der Einseitigkeit der Bevölkerungsbewegung von der Türkei nach Deutschland. Wie wären die Reaktionen in der Türkei, wenn sich Millionen Deutsche dort auf Dauer nicht integriert und nicht assimiliert niederlassen wollten?

Seit Jahren fordere ich den Außenminister auf, im Zusammenwirken mit der EG darauf hinzuwirken, daß das Assoziierungsabkommen mit der Türkei aus dem Jahre 1964, das von der türkischen Regierung dahingehend ausgelegt wird, daß es ab 1986 - das ist sehr bald - volle Freizügigkeit zwischen der Türkei und Deutschland geben wird, in diesem Punkt revidiert wird. Es war gewiß bedenklich, daß man 1964 ein Problem auf die Zukunft verschoben hat in der Hoffnung, daß es dann besser lösbar sei. Diese Hoffnung hat getrogen. Volle Freizügigkeit würde heute zu einer weiteren einseitigen Bevölkerungsbewegung in Millionenhöhe führen. Das ist nicht akzeptabel. Es würde der deutsch-türkischen Freundschaft den Todesstoß versetzen und die Integration der 1,6 Millionen Türken, die schon unter uns leben, vollends unmöglich machen.

Ich fordere daher die Bundesregierung auf, allen falschen Widerständen im eigenen Lande zum Trotz dieses Problem energisch anzupacken und es bald zu lösen.

(Beifall)

Wir sollten der Türkei, unserem wichtigen NATO-Verbündeten und unserem alten Freund, jede nur mögliche Hilfe zum wirtschaftlichen Aufbau geben. Als Gegenleistung sollten wir die Revision der Freizügigkeitsklausel im Assoziierungsabkommen von 1964 verlangen, dessen Geschäftsgrundlage in diesem Punkt entfallen ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Art und Weise, in der wir jetzt in Bundesregierung und Bundestag unsere schweren Aufgaben anpacken, wird zum Erfolg oder Mißerfolg unserer Politik auch in Ländern und Gemeinden beitragen. Am 25. September wollen unsere hessischen Freunde - ich darf mich immer noch dazurechnen - unter der Führung von Walter Wallmann erreichen, was ihnen, was uns ein Jahr zuvor durch ungute Bonner Einflüsse in letzter Stunde aus der Hand geschlagen worden ist. Am selben Tag wird in Bremen gewählt. Walter Wallmann und Bernd Neumann mit ihren Landesverbänden verdienen unser aller volle Unterstützung. Wir müssen die Rahmenbedingungen für einen Erfolg in Ländern und Gemeinden schaffen.

(Beifall)

Das gilt für alle Länder und Gemeinden. Ich denke da besonders an Nordrhein-Westfalen, unser wichtigstes und größtes Bundesland, in dem sich Bernhard Worms, unser Gastgeber, mit den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe auf die große Entscheidung des Jahres 1985 vorbereitet.

Meine Freunde, wir werden in Bund, Ländern und Gemeinden nur bestehen können, wenn wir nicht persönliche oder Gruppeninteressen

in den Vordergrund stellen, sondern uns gemeinsam für das Ganze einsetzen.

Dazu brauchen wir Tugenden, auf die Helmut Kohl immer wieder hingewiesen hat. Ich meine das, was man mit "Vaterlandsliebe" und "Geschichtsbewußtsein" bezeichnet. Ich zitiere ihn:

Eine freiheitliche Demokratie kann ohne Vaterlandsliebe nicht auskommen. Wer der jungen Generation das Geschichtsverständnis stiehlt, stiehlt ihr die Zukunft.

Das sind Ihre Worte, Herr Bundeskanzler. Wenn wir Deutschen eine "geschichtsfähige Nation" bleiben wollen, um ein Wort von Eugen Gerstenmeier aufzugreifen, brauchen wir ein angemessenes, unverkrampftes Verhältnis zu unserer nationalen Geschichte.

(Beifall)

Diese Geschichte beginnt nicht mit Adolf Hitler, von dem in diesen Wochen und Monaten in so eigenartiger Weise allzu häufig die Rede war; die Geschichte der Deutschen beginnt geistig, kirchlich, religiös mit dem heiligen Bonifatius, der in Fulda bestattet ist, und politisch mit Karl dem Großen, der seine Grablege in Aachen gefunden hat.

(Beifall)

Ohne die deutsche Mitte hat Europa keine Zukunft. Mit Deutschland wurde Europa geteilt, nur mit Deutschland kann Europa wiedervereintigt werden.

(Beifall)

Wir Deutschen des Jahres 1983 wollen nicht aus unserer geschichtlichen Verantwortung aussteigen. Wir tragen diese Verantwortung für Deutschland, und zwar für das ganze Deutschland, und wir tragen diese Verantwortung für Europa, und zwar das ganze Europa, zu dem die Polen genauso gehören wie die Völker der Pyrenäen-Halbinsel.

(Beifall)

Das muß unsere Jugend wissen. Dazu muß sie in ihren Elternhäusern und auf unseren Schulen erzogen werden.

Ohne gesundes Selbstbewußtsein, ohne geläuterten europabezogenen, weltoffenen Patriotismus müßte unsere Jugend verkümmern. Sie würde zukunftsunfähig. Das darf nicht sein.

Meine Freunde, lassen Sie mich abschließend sagen: Unsere Aufgaben sind gewiß schwer. Aber wir sind frei. Unser Schicksal und das unserer Kinder liegt vor allem in unserer Hand. Wie glücklich wären die Völker Ost- und Mitteleuropas, wie glücklich wären unsere Landsleute in der DDR, wenn auch sie über sich selbst bestimmen könnten.

(Beifall)

Wir können es. Nutzen wir die Chance der Freiheit auch für sie.

Lassen Sie uns arbeiten für die Zukunft, für unsere Kinder, für unser Land, für Deutschland, unser Vaterland!

(Anhaltender Beifall)

Minister Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Dregger, wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihren Bericht. Und wir fügen gleich hinzu, daß wir Ihnen auch für Ihre Arbeit danken, die Sie als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag für uns leisten.

Daß die Niedersachsen-Union den südlichen Nachbarn besonders heute ins Auge gefaßt hat, bemerke ich gern. Herzlichen Dank für das Tragen der niedersächsischen Krawatte.

(Heiterkeit)

Das ist ja aufgefallen. Ich wollte das gern hinzufügen.

(Beifall)

Wenn wir Herrn Dr. Dregger danken, dann danke ich gleichzeitig mal allen Fraktionsvorsitzenden in den Gemeinden, in den Städten, in den Landkreisen, in den Landtagen und dann auch wieder im Bundestag ihm. Das ist ja so eine besondere Kategorie von Männern und Frauen. Manchmal sind sie Beichtväter. Manchmal sind sie Leute, die die Fähigkeit zur Koordinierung brauchen. Sie müssen die Mitglieder motivieren, und sie müssen auch ganz behutsam vorgehen, um immer dort auszugleichen, wo Ausgleich notwendig ist. Und der eine muß es mit dem Bundeskanzler können, die andern mit dem Herrn Ministerpräsidenten - das ist nicht immer ganz einfach, habe ich mir berichten lassen - oder mit den Bürgermeistern oder mit den Landräten oder mit wem sonst zu reden notwendig ist. Also herzlichen Dank für jene Gruppe, die schweigend eine notwendige, nicht entbehrliche Arbeit leistet. Und das geht noch einmal von dem Beifall für unseren Freund Dregger aus.

(Beifall)

Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich habe, da hier über Afghanistan berichtet worden ist, Veranlassung, auf eine sehr gute Aktion der Jungen Union aus Münster aufmerksam zu machen. Ich meine hier draußen im Foyer die Aktion Dritte Welt - Flüchtlingshilfe Afghanistan. Wenn Sie ein bißchen Zeit haben, schauen Sie einmal zu unseren jungen Freunden, wie engagiert die draußen arbeiten. Schauen Sie sich mal um. Die Junge Union wird uns das danken.

Ich habe jetzt die große Freude, zu dem Punkt zu kommen, den ich mit für besonders wichtig halte, nämlich über unsere Finanzen etwas zu hören. Ich weiß nicht ganz genau, wie gut es uns geht. Aber wir

wissen, daß unser Schatzmeister sich redlich Mühe gibt. Er spricht sehr kurz, habe ich gehört. Alles andere ist ein Gerücht.

Ich rufe also Punkt II der Tagesordnung auf:

Bericht des Bundesschatzmeisters der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands,
Walther Leisler Kiep

Walther Leisler Kiep hat das Wort.

Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister (mit Beifall begrüßt):
Lieber Wilfried Hasselmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Meine Rede könnte in der Tat sehr kurz sein, wenn ich berichten könnte, daß alle Probleme, über die ich zu Ihnen auf dem Parteitag in Mannheim sprach, inzwischen gelöst sind.

Leider kann ich Ihnen diesen Bericht nicht erstatten. Ich kann Ihnen aber berichten, daß wir durch zwei Bundestagswahlkämpfe hindurch bis zum heutigen Tag die Partei manövrierfähig gehalten haben und auch in der jetzigen Situation imstande sind, die Diskussion über die Neuordnung der Parteifinanzen mit Ruhe und Gelassenheit zu verfolgen.

Die Bilanz der Jahre, über die ich Ihnen zu berichten habe, meine Damen und Herren, hat Licht- und Schattenseiten. Die Grundlagen unserer Finanzplanung, die ich Ihnen in Mannheim im Frühjahr 1981 vorstellte, haben sich durch den Lauf der Entwicklung ziemlich verändert. Es wird daran deutlich, wie ungeheuer schwer es ist, in einem Organismus wie einer Partei eine einigermaßen zuverlässige Finanzplanung vorzulegen.

Im Gegensatz zu den Erwartungen von Mannheim wurde das Jahr 1981 das schwierigste Jahr in meiner nunmehr zehnjährigen Tätigkeit als Bundesschatzmeister der CDU: Wir mußten zu dramatischen Sparmaßnahmen greifen, um auch nur einigermaßen über die Runden zu kommen. Ich erinnere daran, daß es dank der Mitarbeit der Geschäftsstelle möglich war, den Haushalt dieses Jahres um drei Millionen DM zu kürzen.

Trotz dieses reduzierten Ausgabevolumens konnte dieses Jahr nur mit einer erheblichen Neuverschuldung finanziert werden. 13,7 Millionen DM neue Schulden mußten aufgenommen werden, so daß die Gesamtverschuldung am 31.12.1981 eben 23,4 Millionen DM betrug. Im Jahr 1982 gelang es dann, Einnahmen und Ausgaben wieder auszugleichen. Ich glaube, daß wir damit angesichts der Tatsache, daß wir hier einen Bundeswahlkampf zu finanzieren hatten und die Verzinsung der Kredite erhebliche Ausgaben verursachte, ein relativ günstiges Ergebnis erzielt haben.

Für die Schuldentilgung standen allerdings bei diesem finanziellen Ablauf keine Mittel mehr zur Verfügung, so daß wir am 31.12.1982 die Kreditinanspruchnahme nur geringfügig reduzieren konnten, nämlich auf 23,3 Millionen DM. Wir haben also dieses Jahr ohne zusätzliche Neuverschuldung finanzieren können. Der Ausgleich der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung des Jahres 1982 war u. a. dadurch

möglich, daß sich unser Spendenaufkommen erfreulich entwickelt hat und im Jahr 1982 auf eine Gesamtsumme von 6,26 Millionen DM gestiegen ist.

Als Ausblick auf das laufende Jahr 1983 kann ich Ihnen berichten, daß es erstmals seit 20 Jahren möglich war, einen Bundestagswahlkampf zu finanzieren, ohne zusätzliche Kredite aufnehmen zu müssen. Das heißt, unsere Verschuldung hat sich gegenüber dem Stand vom Jahresende nicht erhöht; eine Neuverschuldung war nicht notwendig.

Weiterhin ist für 1983 zu erwarten, daß das Budget der Bundespartei 1983 ausgeglichen finanziert werden kann, so daß wir auch in diesem Jahr 1983 nicht mit einer erhöhten Neuverschuldung zu rechnen haben. Aber, meine Freunde, für die Reduzierung unserer Verschuldung stehen Mittel, stehen Reserven nicht zur Verfügung.

Und wenn ich einen Blick auch auf das Jahr 1984 werfe und eine Prognose stellen darf, dann rechne ich auch für das Jahr 1984 mit einem einigermaßen ausgeglichenen Ergebnis, was Einnahmen und Ausgaben betrifft - aber wiederum ohne Mittel zur Abdeckung unserer großen Hypothek unserer Verschuldung in der Größenordnung von 23 Millionen DM.

Daraus ergibt sich, daß die entscheidende Aufgabe für die nächsten Jahre und Monate die Schuldentilgung ist. In diesem Ziel sind sich die Parteiführung und unsere Rechnungsprüfer und auch die Finanzgremien der Partei völlig einig.

Die Frage, die zu stellen ist, lautet, mit welchen Mitteln diese Rückzahlung erfolgen soll. Wir müssen dabei zunächst eines ganz klar sehen. Wenn 1982, wie ich ausführte, und auch 1983, wie ich erwarte, und möglicherweise auch 1984 die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ausgeglichen ist, dann heißt das, daß man daraus nicht etwa irgendwelche falschen Schlüsse ziehen darf. Hier liegt nicht etwa das erreichte Ziel in Sicht, daß wir die Finanzen der Partei konsolidiert hätten. Sondern wir haben dieses Ergebnis nur der Tatsache zu verdanken, daß wir überdurchschnittlich hohe Ratenzahlungen aus den öffentlichen Mitteln der Wahlkampfkostenerstattung in diesen Jahren einnehmen konnten. Das war 1982 nicht anders als 1983, und das wird auch 1984 nicht anders sein.

Das heißt, die Konsolidierung steht noch aus, daß heißt, die Strukturprobleme der Parteienfinanzierung sind nach wie vor ungelöst.

Ich habe großes Verständnis dafür, daß in dieser Situation die Medien, die Journalisten und viele Bürger uns immer wieder daran erinnern, daß Sparsamkeit das erste Gebot in einer solchen Lage sein sollte. Wir haben bei uns in der Bundespartei ein durchgearbeitetes und funktionierendes Kosten- und Budgetkontrollsystem, und wir haben dies bereits auf dem Mannheimer Parteitag erläutern können. In der Bundesgeschäftsstelle der CDU - und bei einem Dienstleistungsbetrieb wie einer Partei sind die Personalkosten der entscheidende Faktor - ist die Zahl der

Mitarbeiter von früher 250 auf 195 gesenkt worden, und wir haben damit im Konrad-Adenauer-Haus heute weniger Mitarbeiter als im Jahre 1972.

Unsere Wahlkampfausgaben 1980 waren genauso hoch wie die von 1976, ohne daß sie auf Grund der eingetretenen Kostensteigerungen erhöht worden wären, nämlich 36 Millionen DM. Die Kosten der Jahre 1980 und 1976 lagen unter den Wahlkampfkosten von 1972.

1983 haben wir die Wahlkampfkosten noch einmal um 6 Millionen senken können und haben insgesamt weniger als 30 Millionen DM ausgegeben. Ich glaube, daß alle, die am Wahlkampf teilnehmen konnten - und ich spreche ja vor Teilnehmern am Wahlkampf -, mit mir darin übereinstimmen, daß diese Gelder sehr wirkungsvoll eingesetzt worden sind und daß auch unsere Kritiker uns bestätigen, daß das Geld nicht wirkungslos im Sinne unreflektiert übernommener Markenartikelwerbung verschleudert worden ist, sondern zielgerecht und sinnvoll eingesetzt worden ist.

Ich will keineswegs ausschließen, daß sich noch weitere Sparmöglichkeiten ergeben. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, die hier vorhanden sind.

Aber die strukturellen Finanzierungsprobleme müssen gelöst werden. Wir werden dies nicht ausschließlich durch Kostenbegrenzung erreichen können, sondern werden notwendigerweise die Veränderung der Finanzierungsmöglichkeiten der Parteien ins Auge zu fassen haben.

Es wird bei der Kritik an den Parteien und ihrem Finanzgebaren vielfach übersehen, daß sich die Parteien nicht etwa bestimmte Aufgaben gewissermaßen aneignen, sondern daß ihnen Aufgaben vorgegeben sind, die sie auszufüllen haben. Der Aufgabenkatalog, wie er im Parteiengesetz vorgeschrieben ist, zwingt die Parteien, sich mit diesen Sachgebieten und Problemen zu befassen, und steckt damit auch den Ausgabenrahmen ab, den wir wahrzunehmen haben.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist eine Neuordnung der rechtlichen Grundlagen der Parteienfinanzierung heute notwendiger denn je. Wie sie aussehen könnte und sollte, ist kürzlich mit dem Gutachten der Sachverständigenkommission, die der Bundespräsident eingesetzt hatte, sichtbar geworden.

Es sind dies konstruktive und bemerkenswerte Vorschläge. Wir haben allen Anlaß, für diese gründliche Aufarbeitung der Gesamtproblematik dankbar zu sein. Ich meine aber auch, daß diese Berichte und Empfehlungen eine Aufforderung zu gesetzgeberischem Handeln an unser Parlament darstellen.

In der Öffentlichkeit wird dabei nach meiner Meinung der Akzent zu stark auf unmittelbare Steigerung der Einnahmen gelegt, die mit dieser Neuordnung verbunden sein können. Ich möchte hier ausdrücklich unterstreichen, daß für uns die Neuordnung eine Frage nicht der unmittelbaren Liquidität, sondern der Sicherung der Finanzierung unserer Aufgaben auf einer rechtlich einwandfreien Grundlage für die nächsten Jahre und Jahrzehnte ist.

(Zustimmung)

Wenn der Gesetzgeber auch die Parteien selber angesprochen hat und nachdrücklich zu eigenen Leistungen aufgefordert hat, dann sind wir bereit, mehr Transparenz, mehr Glaubwürdigkeit und ein aufgabengerechtes Finanzierungssystem zu schaffen und zu gewährleisten.

Die Umsetzung der Kommissionsvorschläge in unsere Finanzierungsarbeit wird deshalb in den nächsten Wochen und Monaten im Mittelpunkt der Schatzmeisterarbeit stehen, und zwar auf allen Ebenen unserer Partei. Es sind aber auch gesetzgeberische Maßnahmen notwendig, von denen wir alle in der Finanzierungsarbeit uns nur dringend wünschen können, daß sie bald verwirklicht werden.

An dieser Stelle darf ich daran erinnern, daß wir in der Union bereits vor fast vier Jahren, nämlich nach dem letzten Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zur Parteienfinanzierung, einschneidende Konsequenzen gezogen haben. Am 24. Juli 1979, also vor nunmehr fast vier Jahren, erging - von der Landesregierung Niedersachsens erwirkt - ein Urteil, und wir, die Bundespartei Union, haben dieses Urteil zur Richtschnur unserer weiteren Finanzierungsarbeit gemacht.

Dennoch haben wir, nachdem wir dies getan hatten, die bittere Erfahrung machen müssen, daß trotz aller dieser Bemühungen heute die strafrechtlichen Aspekte im Vordergrund der Diskussion über Parteispenden stehen. Das ist für uns alle, aber ganz besonders für diejenigen, die den Parteien mit Spenden und Beiträgen bei der Finanzierung ihrer politischen Arbeit uneigennützig geholfen haben, ein unerträglicher Zustand.

Auch der Bericht der Sachverständigen-Kommission hat deutlich gemacht, wie widersprüchlich, wie inkonsequent und wie zweideutig die rechtlichen - insbesondere die steuerrechtlichen - Grundlagen für die Finanzierung der politischen Parteien in der Vergangenheit waren.

An diesem Punkt möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen: Für uns und für mich ist das, was heute in der Öffentlichkeit so undifferenziert als "Spendenskandal" diskutiert wird, in allererster Stelle ein steuerrechtliches, nicht ein strafrechtliches Problem. Ich kann hier als Schatzmeister Ihrer Partei, unserer Partei, nur das wiederholen, was ich im Sommer 1981 bereits öffentlich erklärt habe: Ich als der Verantwortliche für die Finanzierungsarbeit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands habe mir nichts vorzuwerfen;

(Zustimmung)

wir alle, die wir in dieser Arbeit tätig waren, haben uns nichts vorzuwerfen.

(Beifall)

Ich betone ausdrücklich: Dies gilt in noch stärkerem Maße für unsere Spender, die sich unserer und meiner Bitte, uns bei der Finanzierung unserer staatspolitischen Aufgaben zu helfen, nicht verschlossen haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich spreche es hier einmal ganz offen aus: Spenden sind - daran hat es bei uns nie einen Zweifel gegeben - eine staatspolitische Notwendigkeit. Ich bin dafür dankbar, daß auch die vom Bundespräsidenten eingesetzte Kommission diese Tatsache mit Nachdruck hervorgehoben hat.

Ich möchte allerdings auch keine Mißverständnisse aufkommen lassen: Meine Freunde, ich spreche nur von jenen Spenden, die in uneigennütziger Weise - ohne Auflage und ohne die Erwartung oder gar Gewißheit gesetzgeberischer Gegenleistungen - gegeben werden. Nur solche uneigennütigen Spenden hat es in dem Bereich, für den ich als Bundesschatzmeister die Verantwortung trage, in den Jahren meiner Amtszeit gegeben.

(Beifall)

An unsere journalistischen Freunde, die hier heute in so großer Zahl vertreten sind, möchte ich herzlich die große Bitte richten, alle in diesem Zusammenhang angesprochenen Fragen mit der notwendigen Differenzierung und dem notwendigen Sachurteil zu betrachten und mit Sorgfalt zu erörtern, um zu vermeiden, daß einer öffentlichen Vorweg-Verurteilung insbesondere unserer Spender Vorschub geleistet wird.

(Zustimmung)

Wir befinden uns seit einiger Zeit auf einem gefährlichen Weg. Rechtsstaatliche Prinzipien dürfen nicht in Frage gestellt werden, aber genau das geschieht, wenn ganze Gruppen unserer Gesellschaft, z.B. "die" Unternehmer, "die" Wirtschaft oder "die" Parteien, diffamiert, angeklagt oder vorab verurteilt werden. Ich muß Sie daran erinnern, daß dieser Personenkreis, der im Augenblick Gegenstand laufender Verfahren ist, schätzungsweise 6000 bis 8000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland umfaßt.

Ich frage mich, ob das alles noch mit rechtsstaatlichen Prinzipien zu vereinbaren ist. Kollektivverteilungen, wie wir sie erlebt haben, können schnell, wenn nicht alle aufpassen, in die Nähe der Klassenjustiz geraten. Wir haben allen Anlaß, gemeinsam dieser Entwicklung entgegenzutreten.

(Beifall)

Auch daran möchte ich an dieser Stelle als Ihr Schatzmeister noch einmal erinnern.

Wir haben in den 70er Jahren, unmittelbar nach dem Wahlkampf 1972 bis zum Jahre 1978, keine Anstrengung unterlassen, um im Gespräch mit den anderen Parteien zu einer Neuordnung, zu einer vernünftigen gesetzlichen Grundlage für die Parteienfinanzierung zu kommen. Kühne Erfindungen - wie der Fonds beim Bundestagspräsidenten, in den Spenden hätten eingezahlt werden können zur Verteilung an die Parteien - stammen aus dem Bemühen der Union und von mir, zu einem solchen neuen Weg, der dringend erforderlich ist, zu kommen. Erst als alle unsere Bemühungen gescheitert waren, sind wir den Weg nach Karlsruhe gegangen und haben uns dann, nachdem dieses Urteil vorlag, an dieses Urteil und seine Bestimmungen voll und ganz gehalten.

Ich möchte Sie alle daran erinnern, wenn Sie in diesen Tagen draußen zu diskutieren haben.

Das Gutachten der Sachverständigenkommission zeigt den Weg, Chancen für eine konstruktive Lösung zu finden. Die Chancen sind größer als je zuvor. Wir sollten sie nutzen und sie nicht wegen minimaler Details zerreden. Auch in unserer täglichen Arbeit sind wir aufgefordert, die Konsequenzen aus diesen Empfehlungen zu ziehen und die hier gegebene Chance eines Neubeginns zu nutzen.

Ich wiederhole: Wir sind dazu bereit und werden schnell handeln, wenn uns der Gesetzgeber dazu den Weg freigemacht hat.

Lassen Sie mich mit einem besonderen Wort des Dankes an den Parteivorsitzenden schließen, an den Generalsekretär, an alle Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und den Bundesgeschäftsführer Peter Radunski. Die Bundesgeschäftsstelle hat mit ihrem Verständnis für die Probleme unserer Arbeit alle Bemühungen in beispielhafter Weise unterstützt. Sie hat dem Geist der Sparsamkeit in der Bundesgeschäftsstelle in diesen letzten Jahren immer wieder eine Gasse gschlagen.

(Beifall)

Mein besonderer Dank gilt aber auch meinem Mitarbeiter Uwe Lüthje, der sich in diesen Jahren, in denen ich ja gelegentlich auch anderweitig etwas beschäftigt war, in ganz besonderer Weise rückhaltlos für die gemeinsame Sache eingesetzt hat.

(Beifall)

Schließlich gilt mein Dank unseren Rechnungsprüfern Alfons Horten und Erik Blumenfeld. Ich möchte Alfons Horten, der nachher den Bericht erstatten wird, und seinem Kollegen Erik Blumenfeld ein herzliches Wort des Dankes dafür sagen, daß sie in konstruktiver, aber auch strenger Weise die Arbeit des Bundesschatzmeisters zu jeder Zeit mit Verständnis, aber auch mit dem Auge auf das Ziel begleitet haben, nämlich einer Konsolidierung. Ich bin dankbar dafür, daß beide Rechnungsprüfer bereit sind - wie ich erfahren durfte -, auch für eine neue Legislaturperiode zu kandidieren. Ich bitte Sie, ihnen das Mandat erneut zu erteilen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kiep.

Ich erteile das Wort dem Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe um das Wort gebeten, weil ich die Gelegenheit nutzen will, vor dem Forum unserer Partei Walther

Leisler Kiep und seinen Mitarbeitern - ich nenne ganz besonders unseren Freund Uwe Lühje - für ihre Arbeit zu danken.

(Beifall)

Ich schließe in diesen Dank bewußt ein die Landesschatzmeister, die Schatzmeister der Bezirksverbände und die Kreisschatzmeister.

Ich weiß, in unserer Partei - das hängt mit der Tradition bürgerlicher Parteien zusammen - geht so eine Grundstimmung um: Wir brauchen einen Schatzmeister, und der soll das machen. Am besten redet man möglichst wenig davon, und dann kann man ja über die Politik sprechen. Die materiellen Grundlagen einer solchen Partei sollen dann einige wenige beschaffen. Die Zeiten sind vorbei.

Liebe Freunde, das, was jetzt diskutiert wird - auch in Form des Gutachtens der Kommission, die der Herr Bundespräsident auf den Vorschlag der Parteivorsitzenden berufen hat -, sind Vorschläge, die tief in die innere Struktur der Partei eingreifen, wenn sie verwirklicht werden. Ich kann Ihnen allen nur dringend raten, sich auch auf der Ebene der Kreisverbände, der Bezirks- und Landesverbände mit diesem Thema zu beschäftigen.

Ich möchte ein Zweites sagen. Ich schließe in den Dank an den Bundesschatzmeister und an die hauptamtlichen Mitarbeiter, die damit beschäftigt sind, auch die Freunde im Land ein, die uns durch ihre Spenden aus staatsbürgerlicher Überzeugung geholfen haben.

(Beifall)

Ich hätte mir gewünscht, daß es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1979 einen Parteikonsens gegeben hätte. An uns, der CDU Deutschlands, ist er nicht gescheitert. Walther Leisler Kiep und ich haben uns redliche Mühe gegeben. Wir hätten uns als demokratische Parteien allesamt viel ersparen können. Nur eines muß klar und deutlich gesagt werden: Wenn Hunderttausende unserer Freunde im Wahlkampf helfen, wenn damit viele, viele Hunderttausende Arbeitsstunden freiwillig und unentgeltlich geleistet werden, ist das ein Dienst an der Demokratie. Wenn uns Freunde aus allen Bereichen der Gesellschaft mit ihrem Beitrag helfen, diesen Dienst an der Demokratie zu leisten, dann ist das eine Sache, die ich auch zu den staatsbürgerlichen Pflichten zähle.

(Beifall)

Liebe Freunde, jetzt wird sehr genau untersucht und geforscht. Ich bin dafür, daß das, was nach Gesetz und Ordnung nicht in Ordnung ist, als solches betrachtet wird. Aber als Bürger dieses Landes bin ich ganz entschieden dagegen, daß ganze Bereiche unserer Republik kriminalisiert werden, daß Bürger an den Pranger gezerrt werden, ohne überhaupt eine Chance zu haben, das, was sie getan haben, vernünftig darlegen zu können, weil sie schon von vornherein verurteilt werden.

(Beifall)

Ich denke, es ist an der Zeit festzustellen: Der Rechtsstaat gilt nach allen Seiten, und wir, die CDU Deutschlands, bekennen uns dazu. Ich bin sicher, daß wir, wenn wir unseren Beitrag so leisten, auch vernünftige Verhältnisse bekommen werden, was die Finanzverhältnisse der Parteien betrifft.

Aus alldem schließe ich für mich - ich bitte insoweit um Ihr Vertrauen -, daß es gerade jetzt richtig ist, einem Mann wie Walther Leisler Kiep zu danken. Deswegen schlage ich ihn wieder zur Wahl des Bundesschatzmeisters vor.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, zur Abrundung der finanziellen Berichterstattung rufe ich Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Bericht der Rechnungsprüfer

Den Bericht erstattet Alphons Horten.

Alphons Horten: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zugleich im Namen von Erik Blumenfeld habe ich Ihnen als ehrenamtlicher Rechnungsprüfer über das Ergebnis unserer Prüfung zu berichten.

Nach dem ausführlichen und überzeugenden Bericht des Bundesschatzmeisters, den Erik Blumenfeld und ich in allen Einzelheiten voll unterstreichen und dessen Forderungen sowie Folgerungen wir nachdrücklich unterstützen, kann ich mich auf einige wenige Anmerkungen beschränken.

Ich möchte aber unter dem Eindruck der letzten Worte von Herrn Kiep sowie der Worte des Bundeskanzlers doch noch spontan zum Ausdruck bringen, wie sehr ich mich darüber freue, daß durch diese klaren Worte der ganze Bereich der Parteifinanzierung und Spendengewährung endlich aus dem Zwielficht der Halbwahrheiten und Verleumdungen herausgeholt worden ist. Endlich sind klare Sätze formuliert worden.

(Beifall)

Auf dem Parteitag in Mannheim wurde der Bundesvorstand für die Jahre 1978 und 1979 entlastet, so daß heute die Entlastung für die Jahre 1980, 1981 und 1982 ansteht.

Wir wissen - und Leisler Kiep hat eben darauf hingewiesen -, daß die Finanzplanung im politischen Geschäft schwierig ist, da sich die Voraussetzungen sehr schnell ändern und damit auch die Bedingungen von heute auf morgen andere werden können.

Als ich das letzte Mal vor zwei Jahren in Mannheim zu Ihnen gesprochen habe, hatten wir Grund zur Zuversicht. Der Bundesschatzmeister hat eben ausführlich erläutert, warum diese Erwartungen nicht eingetreten sind, und auch erwähnt, daß das Jahr 1981 das schwerste Jahr seiner 10jährigen Amtstätigkeit gewesen sei. Wir mußten im Jahre 1981 die Schuldenaufnahme noch einmal erhöhen,

nachdem schon im Jahre 1980 der Wahlkampf eine Erhöhung um 9,7 Millionen DM notwendig gemacht hatte. Erfreulicherweise ist es dann 1982 gelungen, und zwar nicht nur durch günstige äußere Umstände, sondern auch durch die erwähnten zum Teil rigorosen Sparmaßnahmen in Höhe von 3 Millionen DM - das sind mehr als 10 % des Gesamtertrags -, zum erstenmal seit 1975, also seit sieben Jahren, wieder einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen.

Nach all dem, was ich selbst im Zusammenhang damit gesehen, gehört und festgestellt habe, möchte ich nun auch von meiner Seite den aufrichtigen Dank dem Bundesschatzmeister und seinem Generalbevollmächtigten für diese ganz außergewöhnliche Leistung aussprechen, die unter sehr unerfreulichen Verhältnissen des allgemeinen Klimas erbracht werden mußte.

1982 ist dann erfreulicherweise erreicht worden, daß der Ausgleich zustande kam - und das, obwohl das Jahr 1982 Sonderbelastungen erstens durch einen Vorgriff für den Wahlkampf 1983 in Höhe von 4,6 Millionen DM und zweitens eine Zinslast von 2,8 Millionen DM brachte. Das heißt, der Ausgleich ist trotz dieser Sonderbelastungen im Umfange von etwa 7 Millionen DM erreicht worden.

Auch für 1983 sind nach den jetzigen Gegebenheiten die Voraussetzungen für einen Ausgleich günstig, zumal es zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder erreicht worden ist, die Wahlkampfkosten zu decken, ohne daß eine zusätzliche Schuldenaufnahme notwendig geworden wäre.

Natürlich ist damit der große Schuldenberg noch nicht beseitigt. Ich kann nur wiederholen, daß wir es alle als unsere Aufgabe ansehen müssen, diese Schulden energisch und konsequent abzubauen, zumal es sich hierbei - das müssen wir alle sehen - um eine Aufgabe von politischem Rang handelt, zumal jetzt in der Position unserer Partei als der stärksten Regierungspartei in der Koalition.

Ich möchte Sie deshalb alle auffordern, die Bedeutung dieser Aufgabe deutlich zu erkennen und jeder an seinem Platz und in seinem Rahmen entsprechend mitzuwirken.

Herr Blumenfeld und ich haben in vielen Gesprächen mit dem Bundesschatzmeister, seinen Mitarbeitern die Unterlagen geprüft und auch zusammen mit der in Mannheim angekündigten Kontrollinstanz die Ausgabenwirtschaft ständig verfolgt. Auf Grund dieser Prüfungen ist nun von unserem Wirtschaftsprüfer Pouglin für die Jahre 1980, 1981 und 1982 erklärt worden, daß die Buchführung und die Jahresrechnung nach seiner pflichtmäßigen Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung entsprechen.

Auf Grund dieser Testate für drei Jahre und auch unserer Prüfung der Ausgabenwirtschaft beantrage ich zusammen mit Herrn Blumenfeld die Entlastung des Vorstandes für die Jahre 1980, 1981 und 1982. - Danke schön.

(Beifall).

Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Horten, nicht nur für diesen Bericht, sondern auch für die

langjährige Arbeit mehr oder weniger im Stillen, die für unsere Finanzen so wichtig ist.

Ich rufe nunmehr Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Aussprache zu den Berichten

Ich schlage Ihnen vor, daß wir, da wir demnächst die Wahlen werden abzuwickeln haben, in die Aussprache eintreten, die Aussprache zu den einzelnen Wahlgängen aber unterbrechen und während des Auszählens fortführen. Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind. -

(Beifall)

Ich wäre sodann dankbar, wenn sich alle diejenigen, die sich noch an der Aussprache beteiligen wollen, möglichst bald schriftlich, mit dem Zettel, meldeten, damit wir einen Überblick bekommen, wie lange die Aussprache dauern wird. Die Zettel werden hier vorne am Präsidiumstisch in Empfang genommen.

Zur Aussprache erteile ich das Wort unserem Parteifreund, dem Oberbürgermeister von Frankfurt, Herrn Wallmann.

Dr. Walter Wallmann (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Freunde! Am 6. März hat die Union mit unserem Bundeskanzler einen eindrucksvollen Sieg errungen. Aber es besteht kein Anlaß, daß wir es uns nun bequem machen. Die nächsten Wahlen stehen bevor. Heiner Geißler und Alfred Dregger haben darauf hingewiesen.

Die SPD regiert in Hessen seit 37 Jahren. Der Wechsel ist überfällig. Und wir, die Union, müssen den Wechsel auch in Hessen schaffen.

(Beifall)

Ich möchte Sie alle herzlich bitten, uns dabei zu helfen.

Wir haben gute Wahlchancen, nicht mehr und nicht weniger, meine verehrten Freunde. Jede weitergehende Aussage wäre eine Anmaßung. Wahlen werden von freien Bürgern entschieden. Und Wahlergebnisse stehen erst am Wahlabend fest. Es gibt keinen Anlaß zu Euphorie und Selbstgefälligkeit.

Wir müssen auch vor den Landtagswahlen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ehrlich, offen die Wahrheit sagen. Wir müssen glaubwürdig für eine Politik der Mitte, der Liberalität, der sozialen Verantwortung eintreten. Wir haben unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nüchtern und überzeugend zu erklären, warum wir durch die SPD in die schwerste Krise der Bundesrepublik seit 1949 geführt worden sind. Und wir müssen darlegen, daß die Folgen, die drückenden Hypotheken dieser sozialdemokratischen Politik, nicht in wenigen Wochen und Monaten überwunden werden können.

Natürlich macht uns das unsere Politik in den Landtagswahlkämpfen nicht leichter. Natürlich: Ansehen, Erfolge

unseres Bundeskanzlers, der gesamten Union kommen uns auch in den Ländern und in den Kommunen zugute. Aber angesichts des desolaten Erbes, das die SPD uns hinterlassen hat, müssen wir eben auch unbequeme Entscheidungen treffen, draußen vor dem Bürger verantworten.

Das bundespolitische Klima wirkt sich eben auch auf Landtags- und Kommunalwahlen aus. Alfred Dregger und die hessische CDU, wir haben das am 26. September des vergangenen Jahres bitter erfahren. Während wir, während die Union, während die Bundesregierung den Staat aus der schweren Krise herausführen muß, versucht die SPD von ihrem schweren Versagen abzulenken. Sie macht auch heute in Wahlkämpfen weiterhin ohne Skrupel Versprechungen. Sie behauptet demagogisch, die Union belaste sozial Schwächere und Arbeitnehmer zugunsten der Reichen und Besserverdienenden.

In der Sicherheits- und Außenpolitik entfernt sich die SPD immer weiter vom NATO-Doppelbeschluß, dessen sie sich jahrelang berühmte. Führende SPD-Politiker schüren Ängste, diffamieren unsere rationale Friedenspolitik und setzen auf Emotionalisierung anstelle sachlicher, sorgfältiger Auseinandersetzung und Diskussion. Vor allem hat die SPD längst damit begonnen, das Gespenst eines totalen CDU-Staates zu beschwören, ohne in der Sache zu begründen, warum denn die Politik der Union für unser Land schädlich wäre.

Dies, meine verehrten Freunde, ist die Lage, in der wir uns zu stellen, in der wir uns zu bewähren haben – auch in den nächsten Landtagswahlen in Bremen und in Hessen. Deswegen kommt es darauf an, unseren Bürgern zu erklären, was jetzt nötig, warum es erforderlich ist: Sanierung des Haushalts, Sicherung der Renten, Überwindung von Gruppeninteressen und Konflikttheorien. Mit anderen Worten: Wir müssen den inneren und sozialen Frieden gewinnen und bewahren. Denn nur der innere Frieden befähigt uns, unsere Aufgaben in unserem Land und draußen in der Welt, in der es so oft unfriedlich geworden ist, zu erfüllen. Schließlich bleibt es die große Aufgabe der Union, den äußeren Frieden zu sichern, damit wir auch in Zukunft in Freiheit leben können.

Um diese Ziele zu erreichen, sind wir alle gefordert. Mir kommt es dabei auf einen Punkt besonders an: Auf Dauer werden wir die Politik des Maßes und der Mitte, der Toleranz und der Liberalität ohne Mehrheiten auch in Ländern und Kommunen nicht sichern können.

(Beifall)

Wir sollten nicht vergessen: Die geistige Auseinandersetzung findet ja nicht nur an einem Ort, etwa in der Bundeshauptstadt, sondern ebenso in den Ländern und vor allem in den großen Städten statt. Dort treffen die kulturellen, die geistigen Ströme aufeinander. Dort ist geistige Führung gefordert, dort wird sie sichtbar und erfahrbar. Wir haben es in der Bundesrepublik erlebt, wir Christlichen Demokraten, auch wir haben es schmerzhaft erfahren müssen: Wer Kommunen und Länder vernachlässigt, wird die geistige Führung auf Dauer nicht mehr behalten können und damit die politische verlieren.

Politik verlangt geistige Führung. Geistige Führung in der Politik heißt Formulierung des öffentlichen Interesses in einer pluralistischen Gesellschaft und die Kraft, diesem öffentlichen Interesse auch Geltung zu verschaffen. Richard Löwenthal hat vor kurzem gesagt: Eine demokratische Gesellschaft wird nur dann überleben, wenn uns die freiwillige Begrenzung der Gruppenansprüche durch einen breiten Konsens über eine gemeinsame Auffassung von öffentlichem Interesse gelingt. - Dies ist der Kernpunkt des Versagens der SPD in den letzten 13 Jahren. Es ist ihr nicht gelungen, die Rechte des einzelnen in der Gesellschaft und seine Ansprüche gegenüber dem Staat in ein das Gesamtinteresse berücksichtigendes, ausgeglichenes Verhältnis zu den Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft zu stellen.

(Beifall)

Unser Bundesvorsitzender hat es vorhin angesprochen: Der demokratische Staat ist mehr als eine riesige Sozialisationsagentur, und Demokratie darf nicht zur Gefälligkeitsdemokratie verkommen. Hier liegen die Ursachen für die Fehlentwicklungen der letzten Jahre: Überlastung des Staates durch zuviel Umverteilung, wachsende steuerliche Belastung der Arbeitnehmer, steigende Staatsquote am Bruttosozialprodukt und die hohe Staatsverschuldung. Die SPD ist längst regierungsunfähig geworden. Sie hat den Konsens in der eigenen Partei, über das, was notwendig ist, nicht mehr herstellen können. Sie ist opportunistisch in eine Politik der Anpassung an die unterschiedlichsten Gruppeninteressen geflüchtet. Die gemeinsame Sachüberzeugung ist der SPD längst verlorengegangen. Aber damit verliert eine Partei ihre Legitimation zur Führung. Denn Führungsaufträge werden in der Demokratie zur Politikgestaltung, nicht um parteipolitischer Mehrheiten willen erteilt. Nach Max Weber bedeuten fehlende Sachüberzeugung und Sachlichkeit in der Politik Verantwortungslosigkeit. Sie ist das sichere Zeichen von Ohnmacht, Leere und innerer Schwäche.

Die SPD ist angesichts ihres inneren Zustandes, ihrer Ambivalenz nicht in der Lage, jener gefährlichen Entwicklung in unserer Gesellschaft zu begegnen, die zu einer Auflösung der repräsentativen Demokratie in nicht mehrheitsfähige Einzelinteressen führen könnte. Ich will etwas hinzufügen, weil ich nicht mißverstanden werden möchte: Ich habe durchaus Respekt vor der deutschen Arbeiterbewegung und auch vor vielen Sozialdemokraten. Ich verschweige auch gar nicht meine persönliche Wertschätzung gegenüber Herrn Börner; darum geht es nicht. Es geht nicht um Feindbilder. Es darf nicht darum gehen, andere herabzusetzen, sondern es hat um sachliche politische Auseinandersetzung zu gehen. Nichts anderes wird von uns gefordert.

(Beifall)

Mein Vorwurf an die heutige SPD lautet, daß sie einerseits opportunistische Anpassung an modernistische Trends und Forderungen um des Machterhalts willen praktiziert und andererseits auf sozialistische Modelle zurückgreift, die sich längst als unzulänglich erwiesen haben.

Vor der Landtagswahl am 26. September 1982, also im vergangenen Jahr, hat Herr Börner den Grünen und anderen Protestierern mit der

Dachlatte gedroht. Die Grünen hat er in die Nähe der Faschisten gerückt. Sie müßten ihr Verhältnis zur Gewalt klären. Mit ihnen dürfe und werde man nie an einem Tisch sitzen.

Meine Damen und Herren, nach der Wahl hat er mit denselben Grünen gemeinsame Sache um des Machterhalts willen zu machen versucht.

Das ist opportunistische Anpassung, bewirkt Unglaubwürdigkeit und schadet dem demokratischen Staat.

(Beifall)

Wir erleben es ganz besonders in der hessischen SPD, daß sie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wieder auf Lösungsangebote, auf Modelle aus dem 19. Jahrhundert setzt, deren Unzulänglichkeit längst erwiesen ist, und die die SPD ja schon einmal, nämlich in Godesberg, überwunden hatte.

In der Sicherheits- und Außenpolitik ist diese SPD auf dem Wege zurück zu den antiwestlichen Haltungen der frühen 50er Jahre. Verfolgen Sie, was in der SPD-Hessen-Süd geschieht, welche Positionen eingenommen werden, etwa im SPD-Unterbezirk Frankfurt. Wenn Sie dies verfolgen, wissen Sie, wovon ich spreche.

Deswegen, um des Staates, ich wage zu sagen: um des Gemeinwohls willen kommt es jetzt auf die Union an. Wir sind gefordert. Wir müssen nicht nur die schweren Schäden, die uns von der SPD hinterlassen worden sind, von unserer Republik abwenden. Wir müssen auch grundsätzlich unsere Positionen darstellen. Wir müssen sie vor allem jungen Menschen einsichtig machen. Wir müssen erklären, warum wir uns so und nicht anders entscheiden dürfen. Zu viele junge Menschen haben zu oft Scheinantworten von Ideologen und zu wenig Antworten auch von uns erhalten.

Wenn wir aus solchen Wertvorstellungen heraus eine neue Identität bilden, kann und wird es uns in den kommenden Jahren gelingen, die in Staat und Gesellschaft deutlich gewordenen Auflösungsstendenzen zu stoppen und den Prozeß der Desintegration umzukehren. Unsere Aufgabe ist es, darauf hinzuwirken, daß das Interesse des Ganzen, des Gemeinwohls nicht dem lautstark vorgetragenen Einzelinteresse und dem Gruppenprotest untergeordnet wird. Edmund Burke hat in seiner berühmten Rede als Kandidat in Bristol 1774 diese Aufgabe für alle Zeiten, wie ich finde, gültig formuliert:

Das Parlament ist nicht ein Botschafterkongreß mit verschiedenen sich feindlich gegenüberstehenden Interessen, die jeder als Agent oder Advokat gegen andere Agenten oder Advokaten vertreten muß. Das Parlament ist die beratende Versammlung einer Nation mit einem Interesse, nämlich dem des Ganzen, wo nicht lokale Ziele, nicht lokale Vorurteile die Richtung bestimmen dürfen, sondern das allgemeine Beste, das sich aus dem Gesamtinteresse ableitet.

(Beifall)

Meine Freunde, die Union, die sich von diesen Überzeugungen leiten läßt und danach handelt, gibt den Menschen wieder Sicherheit, Zuversicht und Hoffnung. Das ist unsere Legitimation, wenn wir zu den jetzt anstehenden Wahlen vor unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger treten und um ihr Vertrauen für uns, für die Union bitten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diese richtungsweisenden Worte, Herr Wallmann. Unsere guten Wünsche für die schwierigen Wochen, die vor Ihnen liegen, begleiten Sie. Sie dürfen der Unterstützung des Parteitages sicher sein.

Nun hat Herr Hasinger das Wort.

Albrecht Hasinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Sätze zu den politischen Berichten sagen, die hier erstattet worden sind. Mich bewegt das Thema, daß wir über den Herausforderungen des Tages nicht die Herausforderungen von morgen und übermorgen übersehen dürfen, meine lieben Freunde. Ich glaube, damit ist eine spezielle Aufgabe der Partei angesprochen. Wir leben in einer Zeit, die uns mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert. Grundlegende Wertvorstellungen werden wie nie zuvor in Frage gestellt. Wenn wir uns oft über Fernsehen und andere Medien wundern, vielleicht auch ärgern, so sollten wir dabei bedenken, daß diese doch nur ein Spiegelbild tiefergehender Strömungen sind.

Wir alle können uns den Wandlungen im Menschenbild - etwa durch die moderne Psychologie, durch die Erkenntnisse der Verhaltensforschung - nicht einfach entziehen, sondern wir müssen uns mit ihnen auseinandersetzen. Nur so werden wir den festen Urgrund des Wertkonsenses erfahren, der uns trägt, der uns zur politischen Gemeinschaft macht und uns von einem bloßen Wahlverein unterscheidet.

Meine Damen und Herren, geistige Auseinandersetzung ist gefragt - trotz aller aktuellen Probleme. Von einer großen Partei wie der Union wird eben beides erwartet: erfolgreiche Konjunkturpolitik und Ideen mit Perspektive. Dies gilt auch für die von außen auf uns zukommenden Herausforderungen. Ich nenne Stichworte: Folgen der Industrialisierung, der Verstädterung, Umweltfragen, Energie, Bevölkerungsentwicklung in vielen Teilen der Welt, Probleme der Rüstungsentwicklung und der Kriegsverhütung.

Wie ist unsere Antwort auf alle diese Fragen? Meine lieben Freunde, ich spreche mich dafür aus, die Auseinandersetzung innerhalb der Union über die mittel- und langfristigen Perspektiven unserer Politik stärker als bisher wieder aufzunehmen. Dies sollte nicht nur auf Fachtagungen und Kongressen geschehen, die zwar interessant und nützlich sind, aber in der Zusammensetzung oft zufällig und in den Ergebnissen oft unverbindlich sind. Wir sollten vielmehr versuchen, die innerparteiliche Diskussion wieder anzuregen, meinerwegen durch eine Perspektiven-Kommission. Am Ende dieser Diskussion sollten wenigstens auf Teilgebieten auch feste Meinungsbildungen stehen.

Die Entwicklung der SPD kann uns hier ein mahnendes Beispiel sein. Die Sozialdemokraten haben es nicht vermocht, ihr Godesberger Programm, das für diese Partei damals im Jahre 1959 eine hart errungene geistige Leistung darstellte, fortzuentwickeln. Sozusagen wie ein zu kurz gewordener Teppich war es die Grundlage für 13 Jahre SPD-Regierung. Wenn diese SPD-Regierung auffällig leer auseinandergegangen ist, so hat dies wahrscheinlich auch damit zu tun, daß die SPD inhaltlich-programmatisch zu wenig vorgearbeitet und zu wenig nachgeschafft hat.

Seit unserem Ludwigshafener Parteitag sind nun auch schon wieder fast fünf Jahre vergangen. Ich möchte an Sie appellieren, die innerparteiliche Diskussion wieder stärker in Gang zu bringen.

Nicht nur die Macht ist attraktiv. Die eigentliche Attraktivität einer Partei geht von den Ideen aus. Dies gilt insbesondere für die jungen Leute. Sie schafft Dauerhaftigkeit, und wir wollen, daß die Union dauerhaft regiert. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Nächste Wortmeldung, Herr Dr. Pflüger vom Landesverband Junge Union Berlin.

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn etwas mehr Aufmerksamkeit erreicht werden könnte, wäre das der Aussprache sicherlich dienlich. - Herzlichen Dank.

Friedbert Pflüger: Meine Damen und Herren! Ich würde gern zwei Punkte vortragen bezüglich der jungen Generation bei uns und in der DDR und anknüpfen an eine Bemerkung, die Herr Geißler vorhin in diesem Zusammenhang gemacht hat.

Als vor einigen Tagen im Bundestag 20 Jugendliche randalierten und Eier auf den Bundesadler im Plenarsaal geworfen haben, hat das in der Tagesschau ein sehr großes und intensives Echo gefunden. Es ist sehr ausführlich darüber berichtet worden. Es ist aber in der Tagesschau nicht darüber berichtet worden, daß am gleichen Tage drei Stunden im Bundestag zwischen der jungen Generation und Abgeordneten kritisch-sachlich diskutiert worden ist.

(Beifall)

Vor allen Dingen aber ist nicht berichtet worden, als hier an dieser Stelle, in diesem Saal - ich bin selbst dabei gewesen - im Januar 1983, auf dem Jugendforum der CDU, 10 000 Jugendliche demonstrieren haben für das westliche Bündnis, für freiheitliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft. Das hatte nach Meinung des ARD-Sprechers keinen Nachrichtenwert. Ich finde, Fernsehen sollte objektiv berichten, aber es sollte kein Zerrbild der jungen Generation darstellen.

(Lebhafter Beifall)

Ich finde - das möchte ich in Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Geißler hinzufügen -, es beinhaltet eine große Gefahr, so zu berichten. Es beinhaltet nämlich die Gefahr, daß man die Protestgruppen, die kleine Minderheiten sind, in ihrer Protesthaltung bestärkt, und solche Jugendlichen, die auch kritisch sind, die auch verändern wollen - das ist ja das Recht der jungen Generation -, entmutigt und verunsichert. Also ein Appell der Jungen Union an unser Fernsehen: Zeigt die Jugend in Deutschland endlich so, wie sie ist!

(Beifall)

Die Jugend hat natürlich Probleme. Diese Probleme muß man auch darstellen, und dafür müssen wir als Union auch offen sein. Aber wir müssen das eben in die richtige Relation bringen.

Ich möchte dann einen weiteren Aspekt ansprechen: Die junge Generation in der DDR. Genau das gleiche! Auch hier haben wir ein falsches Bild. Ich war bei dem Pfingsttreffen der FDJ in der DDR und habe mir das angeschaut. Als Berliner hat man die Möglichkeit, in die DDR zu fahren. Das ist ein sehr großer Vorteil. Was ich im Fernsehen gesehen habe, waren hunderttausende FDJler, die Honecker zujubelten. Daß die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen, der FDJler, dort hingefahren ist, weil etwas los war in Potsdam, weil dort eine gute Rockgruppe gespielt hat, weil es dort Atmosphäre gab und man neue Leute kennengelernt hat, das erfuhr man aus dem Fernsehen nicht. Die FDJler waren zwar da, aber in Wirklichkeit hatten sie ganz andere Ziele.

Ich war z.B. auch in Potsdam in der Nikolai-Kirche. Dort gab es einen kleinen Kreis von Jugendlichen, etwa 50 bis 60. Die diskutierten in Potsdam offen darüber, daß sie die Mauer nicht mögen, daß sie unter der Mauer leiden, daß sie wollen, daß die Mauer wegkommt. Auch das war in der DDR, mitten in Potsdam an dem Tag, an dem die FDJ Herrn Honecker zujubelte.

Ich finde, unsere Berichterstattung sollte auch darauf hinweisen und zeigen, daß auch das zur Realität in der DDR gehört.

(Beifall)

Und ein letztes in dem Zusammenhang: Bei allen Gesprächen, gerade mit jungen Leuten in der DDR, gleich ob sie dem System positiv gegenüberstehen oder es ablehnen, konnte ich feststellen: Jeder dieser Leute hat seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, Erich Honecker solle Helmut Kohl treffen. Warum? Die Jugendlichen und überhaupt die Menschen in der DDR verbinden damit viel Hoffnung, eine symbolische Hoffnung: Deutschland entwickelt sich nicht auseinander; zwei Staatsmänner treffen sich und symbolisieren damit, daß wir zusammengehören; es gibt vielleicht irgendwann einmal aus einem solchen Treffen kleine konkrete Fortschritte. Man klammert sich an diese Hoffnung. Ich finde, gerade weil die Menschen in der DDR ihre Meinung nicht frei äußern dürfen, haben wir die verdammt Pflicht, auf das zu hören, was sie uns zu sagen haben. Und sie sagen eben, Honecker solle Helmut Kohl treffen, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil Helmut Kohl ja kein Kanzler ist, der ostpolitische Illusionen hat oder der in solchen Fragen nicht auf Gegenleistungen

bestehen würde. Gerade weil Helmut Kohl Kanzler ist, brauchen wir jetzt keine große Berührungsangst mehr zu haben, sondern sollten mit der DDR verhandeln. Das ist wichtig für die Menschen drüben, und das ist ganz besonders wichtig gerade für die junge Generation. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dietmar Schlee, Tagungspräsidium: Auch Dir sei gedankt für diesen engagierten Beitrag.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben uns heute vormittag auf Anregung von Herrn Dr. Worms darauf geeinigt, daß wir die Aussprache etwa gegen 18 Uhr unterbrechen. Wir haben uns natürlich auch darauf geeinigt, daß die Aussprache zwischen den Wahlgängen fortgesetzt wird. Ich gehe davon aus, daß es bei dieser Verabredung bleibt.

Ich darf jetzt Punkt 14 der Tagesordnung aufrufen:

Entlastung des Bundesvorstandes

Die Entlastung des Vorstands ist von den Rechnungsprüfern beantragt worden. Wer dem Antrag auf Entlastung des Bundesvorstands seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Mitglieder des Bundesvorstandes sind - bei Enthaltung der Betroffenen - entlastet worden.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 14 erledigt.

Wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet der Vorsitzende dieser Kommission, Gerhard Pietsch. Ich darf Herrn Pietsch das Wort erteilen.

Gerhard Pietsch, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat heute um 15 Uhr getagt und festgestellt, daß von 781 Delegierten 778 anwesend waren.

(Beifall)

Die Stimmen der Exil-CDU werden nach § 28 Abs. 3 unseres Statuts bei Abstimmungen nicht mitgezählt, so daß 748 stimmberechtigte Delegierte anwesend sind. Die Überprüfung hat weiterhin ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist. Der Parteitag ist somit beschlußfähig.

(Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Pietsch. Vielen Dank auch an die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Wahl des Bundesvorstandes

Darf ich zunächst noch einmal die Bitte äußern, daß die stimmberechtigten Mitglieder ihre Plätze einnehmen. Auch habe ich die herzliche Bitte an diejenigen unserer Freunde, die aus anderen Gründen verständlicherweise noch draußen sind, jetzt im Plenum Platz zu nehmen. Folgende Hinweise sind notwendig:

Nach § 29 Abs. 2 des Statuts müssen wir die Wahl des Bundesvorstands in vier getrennten Wahlgängen vornehmen, und zwar

1. Wahl des Vorsitzenden,
2. Wahl der sieben stellvertretenden Vorsitzenden,
3. Wahl des Bundesschatzmeisters,
4. Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstands.

§ 43 des Statuts besagt, daß die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes geheim sind und durch Stimmzettel erfolgen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.

§ 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung lautet:

Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission sind 778 Delegierte wahlberechtigt. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts nicht wahlberechtigt.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, Ihre Stimmen in den Wahlkabinen, die an den Seitengängen des Plenarsaals aufgestellt sind, abzugeben. An jeder Seite, liebe Freunde, befinden sich zehn Wahlkabinen. Die Delegierten der Landesverbände, die vom Mittelgang aus auf der rechten Seite sitzen, benutzen die auf der rechten Seite aufgestellten Wahlkabinen, die Delegierten der Landesverbände, die vom Mittelgang aus auf der linken Seite sitzen, benutzen die Wahlkabinen, die auf der linken Seite stehen. Nach Stimmabgabe werfen Sie Ihre Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Ich mache alle Delegierten ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor sie ihren Stimmzettel in die dort aufgestellten Wahlurnen werfen können.

Lassen Sie mich noch eine letzte Bitte an die anwesenden Vertreter von Presse, Fernsehen und Rundfunkanstalten, Bildagenturen und an die Fotoreporter richten: Meine Damen und Herren, Ihnen ist bisher hier vorne eine große Bewegungsfreiheit eingeräumt worden.

Nun habe ich aber die herzliche Bitte, daß Sie während und nur während des Wahlganges hier vorne den Durchgang für die Delegierten

freihalten. Ich verspreche Ihnen, daß Sie, wenn der Wahlgang beendet ist - Sie bekommen rechtzeitig ein Zeichen -, volles und ungehindertes "Schußrecht" bekommen.

Ich hoffe, verehrte Kolleginnen und Kollegen, daß jetzt alles klar ist. Damit rufe ich Punkt 16 der Tagesordnung auf: Wahl des Bundesvorstandes: 1. Wahl des Vorsitzenden.

Vorgeschlagen zur Wiederwahl und einziger Kandidat ist Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Wahl des Vorsitzenden vor mit dem Stimmzettel Nr. 1 aus dem Ihnen ausgehändigten Stimmzettelblock. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name "Kohl", auf denen "ja", auf denen "nein" oder "Enthaltung" steht. Leere Stimmzettel werden als "Enthaltung" gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig.

Ich eröffne jetzt den Wahlgang und bitte die Delegierten noch einmal, ihre Stimme in der Wahlkabine abzugeben. Bitte, nehmen Sie den Stimmblock mit, damit Sie sich bei unseren Helferinnen und Helfern ausweisen können. Für den Wahlgang unterbreche ich jetzt unseren Bundesparteitag. Das Tagungspräsidium bleibt sitzen. Unsere Stimmzettel werden hier oben eingesammelt.

Meine Damen und Herren, nach dem Wahlgang bitte ich Sie, wieder Platz zu nehmen. Unsere vorhin unterbrochene Aussprache wird fortgesetzt, wenn der Wahlgang abgeschlossen ist. Ich bitte Herrn Kollegen Dr. Peter Köppinger, sich schon bereitzuhalten. Bitte nehmen Sie nach dem Wahlgang wieder Platz.

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmen abgegeben? Darf ich bitten, jetzt wieder Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal: Sind alle Stimmen abgegeben worden? Ich bitte unsere Helferinnen und Helfer an den Wahlkabinen um ein Handzeichen. - Ich stelle fest: Das ist der Fall.

Herr Dr. Peter Köppinger hat zur Fortsetzung der Aussprache das Wort. - Liebe Parteifreunde, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die Aussprache wird fortgesetzt. Das Wort hat unser Freund Peter Köppinger.

Dr. Peter Köppinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Grundlagen für den überwältigenden Wahlerfolg der Unionsparteien vom 6. März 1983 waren Hoffnung und Vertrauen - Hoffnung darauf, daß Helmut Kohl und seine Mannschaft anders als die zerstrittene und zuletzt handlungsunfähige Regierung Helmut Schmidts die Talfahrt der Wirtschaft beenden und die Voraussetzungen für einen allmählichen Abbau der Millionenarbeitslosigkeit schaffen werden; Vertrauen darauf, erstens, daß bei der unionsgeführten Regierung die Verschleierung von Problemen vor den Wahlen ein Ende habe, zweitens darauf, daß die Ankündigungen der Unionsparteien über die notwendigen Opfer und die

Maßnahmen zur Sanierung der Rentenversicherung auch nach der Wahl Gültigkeit haben werden, und drittens, daß das Versprechen verwirklicht wird, alle Bürger dieses Landes, auch die Besserverdienenden zu Opfern bei der Sanierung des Bundeshaushalts heranzuziehen.

Liebe Parteifreunde, ich meine, die Unionsparteien müssen jetzt sehr darauf achten, das Vertrauenskapital, das sie gewonnen haben, nicht zu verspielen.

Mit dem Beschluß zur Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe ist der erste Stützpfeiler dieses neu errichteten Vertrauensgebäudes zerfallen.

Der zweite Stützpfeiler sind unsere Aussagen zur Rentenpolitik. Es darf 1984 keine Verschiebung der Rentenerhöhung geben. Denn das widerspricht unseren Wahlkampfaussagen.

(Vereinzelter Beifall)

Eine solche Verschiebung würde außerdem die notwendigen Strukturreformmaßnahmen zur Sanierung der Renten im angestrebten Konsens mit allen beteiligten Gruppen unmöglich machen.

Über den dritten Pfeiler des Vertrauensgebäudes wird in den kommenden Monaten mit den Beschlüssen zum Bundeshaushalt 1984 entschieden. 6,5 Milliarden DM sollen 1984 zusätzlich eingespart werden. Die Vorschläge konzentrieren sich auf den Sozialhaushalt. Im Wahlprogramm von CDU und CSU und auch in den Koalitionsvereinbarungen mit der FDP vom April 1983 heißt es aber - ich zitiere -:

Wir werden parallel zur Entlastung der Betriebe
Steuersubventionen abbauen.

Die Beschlüsse über eine Entlastung der Betriebe um 3,5 bis 4 Milliarden DM aus dem Aufkommen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1983 werden vorbereitet. Wir haben sie auf dem Tisch liegen. Wir erwarten jetzt - nicht irgendwann in den nächsten Jahren, sondern jetzt - zur Entlastung des Haushalts 1984 Vorschläge des Bundesfinanzministers über einen parallelen gleichgewichtigen Abbau der Steuersubventionen.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, im CDU/CSU-Wahlprogramm und in den Koalitionsvereinbarungen mit der FDP heißt es weiter - ich zitiere -:

Besonders werden wir den geltenden Rahmen für
Abschreibungsgesellschaften überprüfen und einschränken.
So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß Bürger
durch diese Beteiligungsformen

- und jetzt kommt ein sehr wichtiger Satz -

sich ihrer Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen.

Auch hier muß ich sagen: Jetzt und nicht irgendwann später! Jetzt, wo es um den Entwurf des Haushalts 1984 geht, muß die Bundesregierung an dieser Stelle beweisen, ob es ihr ernst ist mit dem Ausschöpfen aller sinnvollen Sparmöglichkeiten.

(Vereinzelter Beifall)

Abschreibungsgesellschaften, also Verlustzuweisungsgesellschaften, einschließlich der Bauherrenmodelle kosten den Staat jährlich mehr als vier Milliarden DM an Steuergeldern. Abschreibungsgesellschaften zerstören den sozialen Frieden und bringen den Sozialstaat in Verruf. Jeder von Ihnen weiß es und kennt es aus seiner Nachbarschaft oder Bekanntschaft: Sie geben Großverdienern die Möglichkeit, ihr zu versteuerndes Einkommen so zu verringern, daß sie in den Genuß staatlicher Förderung für einkommensschwächere Haushalte kommen.

Abschreibungsgesellschaften, liebe Parteifreunde, sind Gift in der Sozialen Marktwirtschaft. Denn sie widersprechen dem Leistungsprinzip, sie verschärfen die Vermögenskonzentration, und sie verzerren den Wettbewerb.

(Vereinzelter Beifall)

Sparen, wo es sinnvoll ist, wo es ordnungspolitisch begründbar ist: So heißt es in all unseren Reden zur Richtungsbestimmung der Politik nach der Wende. Wenn das Wort Ordnungspolitik irgendwo einen Sinn hat, dann hier beim Abbau von Steuersubventionen und Verlustzuweisungsmöglichkeiten. Gerade wer ein überzeugter Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft ist, darf jetzt nicht schweigen, darf nicht hinnehmen, daß die großen und berechtigten Forderungen nach Wiederherstellung der Sozialen Marktwirtschaft und konsequenter ordnungspolitischer Ausrichtung aller Maßnahmen in den Geruch der Heuchelei geraten, weil wir es nicht fertigbringen, bei den Abschreibungsgesellschaften und den Steuersubventionen konsequent zu sein.

Ich will die Dinge klar beim Namen nennen. Wir dürfen erstens keine Sparmaßnahmen fordern und durchsetzen, die die Leistungen von Arbeitslosen- und Rentenversicherung für viele unter die Sozialhilfesätze treiben und damit einer Ablösung der leistungsbezogenen, selbstverwalteten sozialen Sicherungssysteme zugunsten einer staatlichen Einheitsfürsorge Vorschub leisten.

Wir dürfen zweitens das Problem der Steuersubventionen und Abschreibungsgesellschaften nicht weiter wuchern lassen. Denn sonst arbeiten wir nicht an der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, wie es in der Regierungserklärung heißt, sondern sonst arbeiten wir den Totengräbern der Sozialen Marktwirtschaft, den Systemveränderern, in die Hände.

(Vereinzelter Beifall)

Liebe Parteifreunde, es muß erreicht werden, daß die leistungsbezogenen sozialen Sicherungssysteme, die unverzichtbarer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft sind, weiter erhalten bleiben. Und es muß durchgesetzt werden, daß die Einschränkung von

Steuersubventionen und Abschreibungsgeschäften schon wesentlich zu den Einsparungen im Bundeshaushalt 1984 beitragen.

Das sind Forderungen, die dem christlich-sozialen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Aber ich weise ausdrücklich darauf hin: Das sind auch Forderungen, an denen sich zeigt, was die CDU sein möchte. Diese Maßnahmen ist sich die CDU auch selber schuldig. Denn die CDU ist nicht die Partei der Wählertäuschung und sie ist nicht die Partei der Geschäftemacher. Sie ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Und das muß sie auch in Zukunft bleiben.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Als nächster Redner hat das Wort Richard Heinzel vom Landesverband Westfalen. Ihm folgt Franz Josef Jung von der Jungen Union. Bitte schön, Herr Heinzel.

Richard Heinzel: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Dem Herrn Präsidenten muß ich sagen: Wenn die Westfalen nicht so weit hinten plaziert wären, wäre ich eher hier vorn gewesen. Das war also die Tücke des Objekts.

Meine lieben Parteifreunde, ich melde mich hier zu Wort, um eine Sorge anzusprechen, die mir in letzter Zeit an der Basis vielfältig entgegengebracht worden ist. Wir haben - das steht außer Frage - am 6. März einen großen Erfolg erzielt. Wir haben heute - also danach - einen Bundesparteitag, und es ist vielfach gesagt worden, das muß kein Jubelparteitag sein. Ich meine aber doch, wir hätten Grund zum Jubeln, denn die CDU hat sich am 6. März als die Volkspartei bestätigt. Wir haben vor der Wahl nichts verschwiegen, und wir wollen nach der Wahl all das, was wir vor der Wahl gesagt haben, klar und deutlich durchführen. Es ist richtig, daß einschneidende Maßnahmen notwendig sind.

Liebe Parteifreunde, die Bürger, die Wähler haben den Sozialdemokraten am 6. März einen Schock versetzt, der sie erst einmal versprengt und in ihre Löcher zurückgetrieben hat. Aber, meine lieben Freunde, dieser Schock wirkt ja nicht für immer. So langsam sammeln sich die Heerscharen wieder, und die Propheten, die falschen Propheten, treten überall in der Öffentlichkeit auf und wissen zu jeder Maßnahme, die die Bundesregierung ergreift, ihren Negativkommentar anzubringen. Wir, die wir uns an der Basis mit diesen Dingen auseinandersetzen müssen, müssen dazu Stellung nehmen können.

Wir wissen: Sparen ist Mittel, nicht Selbstzweck für unsere Politik, Opfer zur Sicherung der Zukunft sind nötig, und die CDU ist zu kreativen Lösungen fähig. Der Bundesvorsitzende hat das hier so vorgetragen.

Aber dieses Wissen, das wir haben, muß dem Bürger vermittelt werden. Wir müssen es weitergeben. Wenn Herr Dr. Wallmann gerade gesagt hat, Politik, auch CDU-Politik, spiele sich nicht nur in den großen Städten ab, muß ich weitergehen und sagen, sie spielt sich in den Kreisen und den Gemeinden ab, ja, sie spielt sich an den

Arbeitsplätzen, auf der Straße, an der Theke und im Kaufladen ab, wo wir täglich sind und wo wir uns mit der Politik der Sozialdemokraten auseinandersetzen müssen.

Es ist einmal davon gesprochen worden, daß die Politik der kleinen Schritte den Erfolg bringt. Ich sehe das mittlerweile so, daß wir überall - am Arbeitsplatz, beim Kaufmann, an der Theke - die Politik der kleinen Kämpfe betreiben müssen, der kleinen Kämpfe, die fundamentieren müssen, daß die CDU die bessere, die richtige Politik macht.

Meine Damen und Herren, dazu brauchen wir Informationen. Diese notwendigen Informationen müssen - das möchte ich hier jetzt unserem Bundesvorstand und unserer Bundesgeschäftsleitung sagen - rechtzeitig an der Basis ankommen. Wir müssen vorab Informationen bekommen, wir müssen einen Informationsvorsprung erhalten. Wir haben drei Viertel Millionen Mitglieder, die nicht in die CDU gekommen sind, um dort die Hände in den Schoß zu legen, die in die CDU gekommen sind, um in breiter Masse die CDU-Politik zu verteidigen. Wünschen wir uns bessere Multiplikatoren? Das können wir doch sicher gar nicht.

Ich kann also nur sagen, geben Sie bitte diesen Leuten rechtzeitig und vorab Informationen, und lassen Sie uns mit unserem Informationsvorsprung die bessere CDU-Politik im Lande verbreiten. Dann habe ich keine Sorgen mehr wegen der Landtagswahl in Hessen und auch nicht wegen der Wahlen in allen anderen Ländern und in den Kommunen. Meine Damen und Herren, bitte schreiben Sie es sich ins Stammbuch: Wir brauchen die Informationen an der Basis rechtzeitig, damit wir vorab den falschen Propheten den Boden entziehen können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank!

Das Wort hat jetzt Franz Josef Jung von der Jungen Union.

Franz Josef Jung: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Carl-Christian Kaiser hat in dieser Woche in der "Zeit" über diesen Parteitag geschrieben: Köln, so sagen die Propheten, wird für die Union das erste und das letzte Jubelfest sein.

Ich glaube, meine Freunde, daß wir berechtigten Anlaß dazu haben, uns zu freuen. Auch denke ich, daß wir hier in Köln unseren Beitrag dazu leisten müssen, daß diese Stellungnahme in der "Zeit" dieser Woche widerlegt wird und daß wir auf Dauer sicherstellen, daß wir uns über Wahlsiege der Union in diesem Lande freuen können.

Hierzu gehört aber auch - dies hat Helmut Kohl, wie ich finde, zu Recht unterstrichen -, daß die Partei ihren Auftrag erfüllt, daß die Partei Beschlüsse faßt, die im Grunde genommen Anstöße auch für die Regierung bringen. Ich finde, dann müssen wir auf diesem Parteitag auch zu dem wichtigen Thema der Jugendarbeitslosigkeit unseren Beitrag leisten und dürfen nicht nur Foren veranstalten und Zukunftskommissionen einsetzen. Denn ich meine, daß dieses Thema "Jugendarbeitslosigkeit" jetzt, zu dieser Zeit, aktuell ist und daß

unsere Lösungsvorschläge - Vorschläge dieses Parteitages auch für die Regierung - jetzt erwartet werden.

(Beifall)

Wir als Junge Union haben den praktischen Vorschlag gemacht, die Frage der Ausbildungsplatzteilung - es wird oft von "Ausbildungsplatz-sharing" gesprochen - mit in die Diskussion einzuführen. Dasselbe gilt für die Modelle, die die Stadt Frankfurt jetzt mit Erfolg durchgeführt hat, um die Zahl der Arbeitsplätze und der Ausbildungsplätze für Jugendliche zusammen mit Vereinen und Verbänden zu vermehren. Denn wir müssen eines sehen: Die SPD steht gewappnet für eine Kampagne gegen diesen Bundeskanzler im Hinblick auf die Lehrstellengarantie, und wir müssen hier und heute mit unserem Bundesausschuß wieder etwas mehr Gewicht in der Entscheidungsphase, in der Zeit zwischen den Parteitagen einräumen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube aber auch, daß sich unsere Politik nicht in sozialpolitischen Sparmaßnahmen erschöpfen darf. Nach meinem Dafürhalten müssen wir, was die Partei anlangt, auch und gerade unserem Bundesausschuß wieder etwas mehr Gewicht in der Entscheidungsphase, in der Zeit zwischen den Parteitagen einräumen.

Ich erinnere daran: Wir haben vor der Wahl 5 % Kürzung des Subventionshaushalts gefordert. Da müssen wir herangehen. Das ist eine schwierige Frage, aber zur Glaubwürdigkeit der Union gehört es, hier einen Beitrag zu leisten.

Dazu gehört auch, wie ich finde, die Frage des öffentlichen Dienstrechts. Dies wird besprochen. Man wagt es ja kaum noch zu sagen, aber ich erwähne die Frage der Ministerialzulage, die doch ein alter Zopf ist, die nicht leistungsgerecht ist, die abgeschafft gehört.

(Beifall)

Hierzu gehört auch - dies sage ich gerade für die jüngere Generation -, daß jetzt, in der Phase der großen Zahl von Jugendlichen, auch seitens der Partei ein Beitrag zur Wehrgerechtigkeit geleistet wird.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einen weiteren Punkt nennen. Zu Recht ist heute schon verdeutlicht worden: Wir dürfen nicht in ein Klima kommen, in dem wir ein Sommertheater ähnlich dem der SPD im letzten Jahr erleben, wodurch dann Wahlerfolge, z.B. bei der Landtagswahl in Hessen, nicht mehr garantiert werden könnten. Ich finde, daß das, was hier zu München gesagt wurde, berechtigterweise zum Ausdruck gebracht wurde. Ich möchte unterstreichen, daß nach meinem Dafürhalten hier auch die Verfassung deutliche Aussagen macht. Es gibt eine klare Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, nicht irgendeine Rufkompetenz eines bayerischen Ministerpräsidenten. Im übrigen darf man, glaube ich, auch sagen: Die Verfassung sieht sogar ein bundesfreundliches Verhalten vor. Deshalb meine ich, daß gerade in dieser Diskussion auch im Hinblick auf das einheitliche Bild der Union mehr an die Verantwortung aller appelliert werden muß.

(Zustimmung)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wenn wir als Partei unseren Beitrag leisten, das aufzuspüren, was die Bevölkerung bewegt, wenn wir hierzu konkrete Beschlüsse fassen und sie in praktische Politik umsetzen, werden wir uns mit Sicherheit auch noch weiter über Wahlsiege der Union in der Zukunft freuen dürfen. - Herzlichen Dank.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, damit haben alle, die sich zur Aussprache gemeldet hatten, hier das Wort genommen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bekanntgeben. Abgegebene Stimmzettel: 661. Ungültig war keine Stimme. Enthalten haben sich 13 Delegierte. Nein-Stimmen: 17. Ja-Stimmen: 631.

(Langanhaltender stürmischer Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Meine Damen und Herren, damit hat Helmut Kohl 97,3 % der Stimmen auf sich vereinigt. Wir gratulieren unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl zu diesem großartigen Wahlergebnis.

Unsere wackere Bundesgeschäftsstelle hat mir eben gesagt, daß das das beste Ergebnis sei, das unser Bundesvorsitzender Helmut Kohl jemals erreicht hat, ja das jemals erreicht wurde.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir wünschen Helmut Kohl Glück, Erfolg und Gottes Segen für seine entscheidenden Aufgaben.

Das Wort hat jetzt der Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Lieber Helmut Kohl! Liebe Parteifreunde! Ich habe um das Wort gebeten, weil diese Wahl ein besonderes Ereignis darstellt. Helmut Kohl ist mit diesem Parteitag zehn Jahre, ein volles Jahrzehnt, Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union. Ich ergreife das Wort als Generalsekretär der CDU, aber auch als einer, der lange Jahre den Weg gemeinsam mit Helmut Kohl gegangen ist - in guten Zeiten, in schlechteren Zeiten, manchmal auch im Widerspruch zu ihm, aber immer gemeinsam in dem Ziel verbunden, für unsere Sache das Beste zu tun.

Ich habe Helmut Kohl zum erstenmal im Jahre 1964 auf dem Parteitag in Hannover kennengelernt. Er hat damals eine sehr forschende Rede gegen die damalige Parteiführung gehalten. Wahrscheinlich wird er heute sagen: Da es sich um eine andere Parteiführung handelte, habe ich die Rede auch völlig zu Recht gehalten. Ich will darüber nicht sprechen. Mich hat an dieser Rede vielmehr etwas anderes beeindruckt.

Helmut Kohl brachte damals eine sehr bemerkenswerte Kritik an der Partei in die Diskussion. Er sagte - ich zitiere jetzt aus dem Protokoll -:

Eines der großen Versäumnisse der letzten Jahre war, daß wir zuwenig mit Menschen aus dem Bereich der Universitäten, mit Schriftstellern, mit Künstlern uns auseinandergesetzt haben, nicht nur in Form von kontroversen Diskussionen, sondern auch um von dort Rat und Ratschläge entgegenzunehmen.

Dieser Diskussionsbeitrag hat einen der Gründe vorweggenommen, die nach meiner Auffassung später dazu führten, daß die Partei große Schwierigkeiten mit der Entwicklung Mitte und Ende der 60er Jahre, auch mit den Studentenunruhen bekam.

Damals hatte sich Helmut Kohl zum Sprecher derer gemacht, die an die Zukunft der CDU dachten, an die Zeit, in der es Adenauer, Erhard und die Männer und Frauen nicht mehr geben sollte, die die CDU zur bestimmenden politischen Kraft in den 50er Jahren in Deutschland gemacht hatten. Er hatte sich damals - auch in der Rede auf dem nachfolgenden Parteitag in Braunschweig, als wir uns ein neues Statut gaben - für die notwendige Erneuerung der Partei ausgesprochen. Sie sollte nach seinen Vorstellungen eine Volkspartei werden, eine Partei, die auf der Grundlage ihres geistigen und politischen Erbes in der Lage sein sollte, auf die Fragen der Zeit richtige Antworten zu geben und ihren Aufgaben auch organisatorisch gewachsen zu sein.

Als er dann Parteivorsitzender wurde, hat er sich an seine eigenen Forderungen gehalten. Unter seinem Parteivorsitz ist die CDU zu einer Volkspartei auch mit Blick auf die Mitglieder geworden. Politik aus dem Geiste der Volkspartei hatten auch Adenauer, Erhard, Kiesinger und Rainer Barzel gemacht. In den 70er Jahren aber wurde sie zu einer Partei, zu der sich auch die Bürger als Mitglieder bekannten. Das war eine grundsätzliche essentielle Veränderung.

Heute zählt die Union - ich beziehe die CSU, die Junge Union und die Schülerunion ein - weit über 1 Million Mitglieder. Das wäre ohne die Konzeption der Volkspartei, wie sie Helmut Kohl schon damals, 1964 als 34jähriger Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz, entwickelt hatte, nicht möglich gewesen.

Ich habe schon in meiner Rede von dem Prozeß der geistigen und politischen Erneuerung gesprochen, den die Partei erlebt hat durch die Verabschiedung grundsätzlicher Aussagen auf den wichtigen Parteitagen in Hamburg, in Mannheim, in Ludwigshafen und wieder in Hamburg. Man kann ein Fazit ziehen, man könnte vieles sagen. Ich möchte nur einige wenige Punkte nennen.

In der Opposition wurde die CDU unter der Verantwortung von Helmut Kohl wieder für alle diejenigen interessant, die Ideen haben, die etwas sagen wollen, die Politik mitgestalten wollen. Geistige Offenheit und der Sinn für neue Entwicklungen machten die Christlich Demokratische Union wieder attraktiv. Helmut Kohl konnte das mit seiner Arbeit erreichen, weil er - ich will das so umreißen - ein Mann der Liberalität und der politischen Toleranz ist, ein Mann der Einheit der Union, der inhaltlichen Integration, aber auch der Internationalität der Union.

Er hat die CDU Deutschlands zu einem Kräftezentrum der Politik der Mitte in Europa gemacht.

Es gibt sicher viele Gründe, die für den Erfolg stehen, den Helmut Kohl für uns alle erzielt hat. Aber wenn man das Geheimnis dieses Erfolges sucht, so ist es wohl dieses: Helmut Kohl ist in seiner Partei, der CDU, fest verwurzelt. Sie ist für ihn nicht ein notwendiges Übel oder ein Instrument auf dem Wege zur Macht, das man benutzen könnte oder das man in Kauf nähme, sondern die Christlich Demokratische Union gehört zu seinem Leben.

Es käme ihm wohl nie in den Sinn, diese Partei auf der anderen Seite als Selbstzweck anzusehen. Nicht die Partei ist letztendlich das Ziel, sondern die Menschen, der Staat und das Vaterland. So hat Helmut Kohl immer gehandelt, ob als Besucher in der DDR, die er jedes Jahr privat besucht, oder in schwierigen Zeiten der Union, als er seinen persönlichen Beitrag zu ihrer Einheit leistete.

Ich wünsche Helmut Kohl auch in der Zukunft vor allem politischen Mut. Mut, so hat Churchill einmal gesagt, ist die wichtigste Tugend, die ein Politiker haben muß; denn sie ist die Voraussetzung für alles andere.

(Zustimmung)

Daß wir heute in der Regierung sind, ist Helmut Kohls mutigem Entschluß zu verdanken, im Herbst des vergangenen Jahres die Regierung zu übernehmen, den Haushalt zu verabschieden und mit einem Programm der Erneuerung vor die Wähler zu treten, in einem Wahlkampf der Wahrhaftigkeit die Mehrheit der Bürger für sich zu gewinnen. Dies war eine mutige Entscheidung, und die Mehrheit der Wähler hat uns dies gelohnt. Dies war die Voraussetzung für dieses hervorragende Wahlergebnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir stehen vor schwierigen Zeiten. Es wird kein leichter Weg sein, ein Weg voller Schlaglöcher, Schwierigkeiten. Und aus diesem Grunde ist der Parteivorsitzende auf unsere Unterstützung und Hilfe besonders angewiesen. Gerade weil dies so ist, möchte ich etwas zitieren, was das Magazin "TIME" schon im Jahre 1975 geschrieben hat: Helmut Kohl gehöre zu den fünf Männern Europas, die den Rest des Jahrhunderts politisch prägen und bestimmen können.

(Zustimmung)

Dieser Parteitag hat durch dieses großartige Wahlergebnis deutlich gemacht, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands Helmut Kohl auf seinem Weg in die Zukunft nicht nur begleiten, sondern ihm helfen will.

Meine lieben Parteifreunde, ich glaube, ich darf auch in Ihrem Namen sprechen: Ich wünsche Helmut Kohl, daß er mit Gottes Segen das deutsche Volk in eine glückliche Zukunft führt.

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit anhaltendem Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich darf zunächst ganz formell, so, wie sich das gehört, die nicht gestellte Frage beantworten: Ich nehme das Amt an.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie werden verstehen, wenn ich in diesem Augenblick - und ich sage ganz offen: in diesem für mich bewegenden Augenblick - ein paar Worte hinzufügen möchte.

Ich danke Heiner Geißler für dieses freundschaftliche Wort. Das ist der Heiner Geißler, wie ich ihn seit Jahrzehnten kenne, ein guter, großartiger Freund, mit dem man allerdings auch kräftig streiten kann - auch das gehört zu diesem Bild.

(Beifall)

Ich bin zutiefst überzeugt, daß die Christlich Demokratische Union die stärkste politische Kraft unseres Landes bleiben wird und daß wir unser Erbe, unseren Auftrag und die Kraft, die von dieser großartigen Idee ausgeht, auch an die nächste Generation werden weitergeben können - wenn wir uns treu bleiben, treu den Prinzipien, nach denen wir angetreten sind. Wir sind nicht irgendeine Partei. Ich sage dies auch sehr persönlich. Viele Freunde, die hier im Saal sind, und auch ich sind als junge Leute nach dem Krieg aus der Erfahrung der Nazibarbarei, unter der wir als Schulkinder vielleicht weniger als die Eltern gelitten haben, aber auch aus der Erfahrung unserer Elternhäuser heraus, in die Politik gegangen. Wir haben gesagt: Es darf nie wieder passieren, was da in deutschem Namen geschehen ist. Liebe Freunde, das war ein moralischer Anruf; das war der Hinweis auf ein Weltbild, ein christlich geprägtes Weltbild, und auf sittliche Normen, die eben nicht den Moden der Zeit unterliegen. Das war das Gesetz des Anfangs. Und ich wünsche mir, daß dies so bleibt.

Die Zeiten haben sich geändert. Die Anfragen an uns sind andere geworden, auch die Belastungen. Aber neben diesen Prinzipien, nach denen wir angetreten sind und die heute noch Grundlage unseres Grundsatzprogrammes sind, war da immer auch die Möglichkeit, in dieser Partei Freundschaft und Kameradschaft zu finden. Das ist keine Partei, in der jeden jeden duzt; das ist keine Partei, die Kameraderie ex officio vorführt. Das ist eine Partei, die politische Heimat ist. Das ist mehr als irgendein Begriff. Das ist im übrigen ein unübersetzbar deutsches Wort. Es schwingt das Behaustsein, es schwingt die Wärme, es schwingt das Miteinander, es schwingt selbstverständlich auch der Hauskrach dabei mit - und auch darin haben wir eine gewisse Übung in all diesen Jahren, liebe Freunde. Und da schwingt so eine Empfindung mit, die ich habe. Ich habe vorhin mit Kurt-Georg Kiesinger darüber gesprochen, als er sagte, er habe 29 der 31 Bundesparteitage besucht. Auch bei mir sind es 29. Und ich sehe viele Gesichter aus vielen Jahren gemeinsamen Tuns, auch heute abend, bei diesem fröhlichen Abend. Und diesen Freunden geht es genauso: Es ist eben nicht so, daß wir nur Delegierte, Kreistagsmitglieder, Ratsmitglieder, Landtagsabgeordnete, Ministerpräsidenten, Minister oder Bundeskanzler wären, wir sind zunächst Freunde, Mitglieder in unserer Partei. Und Solidarität ist

in dieser Partei eben immer dann erfolgreich, wenn am wenigsten darüber geredet und sie ganz selbstverständlich von uns gelebt wird.

(Beifall)

Für mich, der jetzt auf viele Jahrzehnte in der Partei zurückblickt, ist es ganz selbstverständlich, daß ich viele vor mir sehe, die aber heute nicht mehr unter uns sind, die meinen Weg geprägt haben, die unserer Partei, die dem einzelnen, auch mir, viel mitgegeben haben. Und es ist auch ganz selbstverständlich, daß da viele sind, die glücklicherweise hier im Saal sind und diese zehn Jahre überhaupt erst möglich gemacht haben. Ich kann nur Parteivorsitzender sein und habe nur eine gewisse Chance, erfolgreich zu sein, wenn ich im besten Sinne dieses Wortes auf den Schultern meiner Freunde stehen kann, wenn sie mich tragen und an manchen Tagen auch ertragen, wenn wir den Weg gemeinsam gehen. Und dafür habe ich zu danken.

(Beifall)

In diesen zehn Jahren gab es natürlich auch Zeiten, wo ich mich fragte: Warum machst du das? Und es gab nicht wenige wirkliche Freunde, die mich gefragt haben: Kannst Du das vor Dir selbst überhaupt noch vertreten? In kritischen Tagen durchzustehen, habe ich wirklich nicht aus irgendwelchen persönlichen Gründen getan. Wer mich kennt, weiß das. Ich habe mich zu dieser Haltung immer bekannt, weil ich finde: Man muß dann seine Pflicht tun, wenn die Pflicht gefordert ist. Und, liebe Freunde, es ist nicht immer so, daß man auf dem Parteitag 97 % der Stimmen bekommt. Das sind Sternstunden im Leben eines Vorsitzenden. Man muß sie genießen. Ich will es heute tun.

(Beifall)

Aber morgen wird es schon gestern gewesen sein.

Wir haben einen schweren Weg vor uns, nicht um der Partei willen, um des Vaterlandes willen.

Meine Bitte ist ganz einfach: Helfen Sie mit auf diesem Weg, gehen wir ihn zusammen, allerdings nicht indem wir so tun, als seien wir in allem und in jedem einig. Wenn wir sachliche Gründe haben, wenn wir wissen, daß da um den Weg gerungen werden muß, dann lassen Sie uns um den Weg ringen. Eine Partei ist nicht innerlich stark, wenn sie nicht fähig ist, harte Diskussionen auszutragen. Aber der Stil des Umgangs ist eigentlich durch unseren Namen als Christliche Demokraten vorgeprägt.

(Beifall)

Und so bitte ich Sie, mir zu helfen in der Zeit, die uns geschenkt ist. Ich sagte heute am Ende meiner Rede: Die Wege der Geschichte sind für uns nicht berechenbar. Wir können manches tun, in mancher Zeit vieles tun. Aber Gottes Wege sind nicht unsere Wege. Einem Christlichen Demokraten steht es wohl an, die Pflicht und die Aufgaben, die Chance, den Sieg und den Erfolg auch in eine Reihe mit der Demut vor dem geschichtlichen Auftrag zu stellen.

Und so bitte ich Sie um Ihre Hilfe. Ich danke Ihnen für diesen großartigen Vertrauensbeweis. Ich habe es gesagt: Mich hat das gefreut; heute würde man modisch sagen: Mich hat das motiviert. Mich hat es – ganz altmodisch – wirklich, enorm, furchtbar gefreut. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Kohl, der Parteitag dankt Ihnen für Ihre Worte, mit denen Sie die Annahme Ihrer Wahl bekundet haben. Das überwältigende Vertrauen der CDU Deutschlands, das in dem phantastischen Wahlergebnis für Sie zum Ausdruck kommt, wird Sie sicherlich motivieren, unsere Partei auch in den nächsten Jahren souverän zu führen. Es ist eine hervorragende Grundlage für Ihre schwere Aufgabe als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Viel Glück!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nachdem der Vorsitzende gewählt ist, rufe ich nunmehr Punkt 16.2 der Tagesordnung auf:

Wahl der 7 stellvertretenden Vorsitzenden

Ich gehe davon aus, daß Sie durch Ihre Landesgeschäftsführer den Stimmzettel, auf dem alle Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind, erhalten haben. Ist dies der Fall? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Bevor ich den Wahlgang zur Wahl der 7 stellvertretenden Vorsitzenden nach dem bereits praktizierten Verfahren eröffne, weise ich nochmals darauf hin, daß nach § 43 Abs. 2 des Statuts mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also 4 Namen, angekreuzt werden muß und daß Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, als stellvertretende Vorsitzende zu wählen sind, ebenfalls ungültig sind.

Ich bitte die Delegierten, ihren Stimmzettel in der Wahlkabine abzugeben. Der Wahlgang ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle Delegierten ihre Stimmzettel abgegeben haben? – Das ist nicht der Fall.

Ich frage nochmals, ob alle Delegierten ihre Stimme abgegeben haben. – Das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang geschlossen. Ich bitte die Stimmen auszuzählen.

Das Wort hat der Parteivorsitzende Dr. Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Ich will die Gelegenheit nutzen, während jetzt die Stimmen zur Wahl des Parteipräsidiums ausgezählt werden, unserem Freund Kurt Biedenkopf, der nicht mehr für das Präsidium kandidiert hat, meinen und unseren Dank abzustatten und auch ein Wort an Annemarie Griesinger und Philipp von Bismarck zu richten, die für den Bundesvorstand nicht mehr kandidieren.

Zunächst darf ich Kurt Biedenkopf sehr herzlich dafür danken, daß er in den Jahren seit 1973, also seit zehn Jahren, zunächst in der Funktion als Generalsekretär und dann als gewähltes Mitglied des Parteipräsidiums seine ganze Kraft, seinen Ideenreichtum, seinen Scharfsinn, seine Formulierungskunst und seine politische Überlegungskunst in den Dienst unserer Sache gestellt hat.

(Beifall)

Er kam aus der akademischen Laufbahn und einer wichtigen Funktion in der Wirtschaft in das Amt des Generalsekretärs, das er mit Erfolg führte, und übernahm anschließend für uns in wichtigsten Ämtern in Nordrhein-Westfalen Verantwortung. Wenn ein Mann, der aus einem solchen Lebensbereich kommt, in eine politische Gemeinschaft eintritt, verfügt er natürlich über einen ganz anderen Erfahrungshorizont als derjenige, der auf der Ebene des Ortsverbandsvorsitzenden in die Parteiarbeit gelangt ist. Ich will Kurt Biedenkopf hier ganz einfach sagen - verbunden mit meinem Dank und, wie ich hoffe, auch mit Ihrem Dank -, daß wir in diesen zehn Jahren aus seiner Begabung, seiner Arbeitsfähigkeit, seinem Mittun und seinem Mitverantwortung-Tragen als Partei großen Nutzen gezogen haben, daß er der Partei große und wichtige Dienste geleistet hat.

(Beifall)

Ich bin sicher, daß er, der heute wieder für den Bundesvorstand kandidiert, in dieser Funktion als Mitglied des Bundesvorstandes wie bisher mit seiner ganzen Kraft mitarbeiten wird.

Ich möchte nun an Annemarie Griesinger ein Wort des Dankes sagen. Sie ist ebenfalls seit zehn Jahren Mitglied des Bundespartei Vorstandes. Zuvor war sie als Mitglied der Bundestagsfraktion und durch viele Jahre hindurch als Staatsminister in Baden-Württemberg unserer Parteiarbeit auf das engste und beste verbunden, was auch heute noch gilt. Auch ihr ein herzliches Wort des Dankes.

(Beifall)

Ich muß Ihnen ganz einfach sagen: Ihre unkomplizierte und direkte Art, liebe Frau Griesinger, in manchen schwierigen Situationen, in denen es eben nicht zunächst auf den grübelnden Intellekt ankam, sondern mehr auf die einfache Menschlichkeit, auf das Aufeinander-Zugehen und das Helfen-Wollen, hat mir sehr geholfen. Dafür danke ich Ihnen ganz persönlich.

(Beifall)

Ich sage ein Wort des Dankes an Philipp von Bismarck, der ebenfalls vor zehn Jahren zum erstenmal in den Bundespartei Vorstand einzog und der in diesem Jahrzehnt als Mitglied der Bundestagsfraktion, jetzt als Mitglied des Europäischen Parlaments, und auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftsrates der Union, unserer Partei großartige Dienste geleistet hat. Nach seinem Herkommen, nach seiner Ausbildung ist er ein Mann der Disziplin, und er hat uns - es tut gut, auf Persönlichkeiten wie ihn verweisen zu können - auf seine Weise auch in schwierigen Zeiten ein

Beispiel gegeben. Seine selbstverständliche Pflichttreue und sein Pflichtbewußtsein möchte ich uns allen in der praktischen Arbeit wünschen. Daß seine Lebenserfahrung, die Erfahrungen aus seiner Heimat, die Erfahrungen, die er machen mußte, als er hierher in die Bundesrepublik kam und eine neue Existenz aufbaute, bei all dem mit durchschimmerten, war ein Gewinn auch für uns in der Partei.

Lieber Philipp von Bismarck, ich wünsche uns, daß Sie auch in Zukunft mit Ihrer Arbeitskraft, mit Ihrem Rat zur Verfügung stehen. Ich wünsche uns, daß Sie und Annemarie Griesinger, auch wenn Sie jetzt nicht mehr in der Parteiführung tätig sind, uns, wann immer auch möglich, helfen, wenn Ihre Hilfe geboten ist. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir hatten heute morgen vereinbart, im Laufe des Tages die Anträge, die sich mit der Änderung des Statuts betreffend Europawahlen befassen, zwischendurch zu behandeln. Wir greifen jetzt also auf Tagesordnungspunkt 19

Anträge

vor. Ich rufe die Anträge B 20 und B 21 auf, weil sie in einem sachlichen Zusammenhang stehen. Hierzu hat der Generalsekretär Dr. Geißler das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die zwei Anträge B 20 und B 21 des Bundesvorstandes der CDU - auch im Auftrage der Antragskommission - begründen.

Zunächst zu dem Antrag B 20. Dieser Antrag betrifft das uns allen bekannte Problem, dafür Sorge zu tragen, daß bei der bevorstehenden 2. Direktwahl zum Europäischen Parlament im Frühjahr 1984 an diejenigen CDU-Landesverbände, aus deren Reihen voraussichtlich mehrere Europa-Abgeordnete der CDU gewählt werden, also an die größeren Landesverbände, die Bitte zu richten, bei der Aufstellung ihrer jeweiligen Landeslisten solidarisch dafür Sorge zu tragen, daß auch Kandidaten aus solchen Landesverbänden Berücksichtigung finden, die aus Gründen der regionalen Bevölkerungszahl und der Wählerstruktur ein Mandat aus eigener Kraft nur schwer oder gar nicht erringen können.

Sie werden sich daran erinnern, daß der Parteivorstand und der Bundesvorsitzende das letzte Mal mit dieser Bitte an die größeren Landesverbände herangetreten sind und daß die Landesverbände dieser Bitte auch entsprochen haben. Wir schlagen vor, daß der Bundesparteitag wegen der großen Bedeutung, die die Europawahlen haben, den Bundesvorstand bittet, auch dieses Mal wieder bei den größeren Landesverbänden darauf hinzuwirken, daß so wie beim letztenmal verfahren wird. Die eigentliche Beschluempfehlung lautet:

Der Bundesparteitag bittet den Bundesvorstand, bei der Vorbereitung der Europawahl 1984 die Beachtung dieses Beschlusses

- ich habe Ihnen das Anliegen eben dargelegt -

laufend zu überprüfen und darüber den Bundesausschuß und den Bundesparteitag in 1983/84 zu unterrichten.

Nun zu dem Satzungsänderungsantrag B 21. Mit diesem Antrag auf Änderung der Satzung schlägt der Bundesvorstand vor, das Statut der Christlich Demokratischen Union an die gesetzliche Regelung des Europawahlgesetzes dort anzupassen, wo dies bisher noch nicht der Fall war, noch nicht geschehen konnte.

Ich darf zur näheren Erläuterung und Begründung auf folgendes hinweisen. Sie können sich daran erinnern, daß das Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments vom 16. Juli 1978 erst nach langwierigen, sehr schwierigen und zeitweilig auch sehr kontroversen parlamentarischen Beratungen verabschiedet worden ist. Die damalige Bundesregierung aus SPD und FDP hatte, wie Sie sich erinnern können, ja nur die Wahl nach Bundeslisten vorgesehen, wobei der CDU und der CSU wegen der gemeinsamen Fraktion die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, eine gemeinsame Bundesliste aufzustellen.

Die Unionsparteien sind demgegenüber von Anfang an dafür eingetreten - und sie haben sich damit dann letzten Endes auch durchgesetzt -, das Europawahlrecht so weit als möglich dem geltenden Bundestagswahlrecht anzupassen. Das, was wir eigentlich wollten, nämlich eine direkte Wahl der Europa-Abgeordneten in Wahlkreisen, war ja leider nicht zu realisieren. So kam es zu einem Ergebnis, das zwei Möglichkeiten vorsah: die Möglichkeit, eine Bundesliste, eine gemeinsame Liste für alle Länder aufzustellen, und die Möglichkeit, Listenwahlvorschläge für ein Land aufzustellen, wobei es dann möglich sein sollte, diese Listen miteinander zu verbinden.

Nun bestand 1978 die Hoffnung, daß im Laufe der Jahre das Europäische Parlament ein neues Europawahlrecht verabschieden würde, das für alle Länder innerhalb der EG Gültigkeit hätte. Das Europa-Parlament - die anwesenden Europa-Abgeordneten wissen dies; sie haben ja dabei mitgewirkt - hat ein solches neues Gesetz verabschiedet. Allerdings ist dieses Gesetz nie in Kraft getreten, weil der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft dagegen ein Veto eingelegt hat. Genauer gesagt: Die Sache ist am Widerstand Englands gescheitert. Wir haben also kein neues Europawahlrecht.

Auf unserem Bundesparteitag 1978 in Ludwigshafen haben wir ja bereits erwogen, das Statut der CDU den neuen Erfordernissen des Europawahlgesetzes anzupassen. Wir haben dies unterlassen, weil wir gedacht haben, es komme im Laufe der nächsten Jahre ein gemeinsames Europawahlrecht, das für alle Länder gilt. Wir hätten dann das Statut an das neue Wahlrecht anpassen können.

Nun ist es dazu nicht gekommen. Dieser Bundesparteitag aber ist der letzte Parteitag vor der kommenden Europawahl, auf dem wir eine Statutenänderung vornehmen können - auch deswegen, weil ja nach dem geltenden Wahlrecht schon jetzt mit der Aufstellung der Europa-Kandidaten begonnen werden kann. Wir müssen also nunmehr das Statut angleichen.

Wir haben in Ludwigshafen einen Beschluß zum Europawahlgesetz gefaßt. Aber das war im wesentlichen ein organisatorischer Beschluß: daß nämlich, was die Durchführung der Europawahl anbelangt, die Bestimmungen des Statuts für die Bundestagswahl Gültigkeit haben sollen. Wir müssen also die 1978 vertagten Satzungsänderungen jetzt nachholen.

Das Europawahlgesetz sieht an mehreren Stellen notwendige Entscheidungen für die Parteien und die sonstigen politischen Vereinigungen vor, so z.B. in § 8 Abs. 2 die Entscheidung, ob eine Bundesliste oder ein System von verbundenen Landeslisten vorgesehen werden soll. Weitere Bestimmungen finden sich in § 10 Abs. 4. Außerdem schreibt § 10 Abs. 5 des Europawahlgesetzes ausdrücklich vor, daß die Parteien durch ihre Satzungen das Nähere über die Wahl der Vertreter zur Vertreterversammlung, über die Einberufung, über die Beschlußfähigkeit der Mitglieder der Vertreterversammlung sowie das Verfahren für die Wahl der Bewerber regeln müssen. Dies alles ist in unserem Statut nicht enthalten, vor allem nicht für den Fall, daß die Christlich Demokratische Union eines Tages zu der Auffassung kommen sollte, man solle statt verbundener Landeslisten eine gemeinsame Bundesliste aufstellen.

Die jetzt vorgeschlagene Satzungsänderung beinhaltet infolgedessen - ich lege Wert auf diese Feststellung - nicht eine Festlegung in der Richtung, daß wir sagen, dies muß gemacht werden, sondern es soll nur die satzungsrechtliche Möglichkeit eröffnet werden, nach unserem Statut so oder so zu entscheiden. Um diese Möglichkeit zu haben, müssen wir das Statut ändern.

Der Antrag sieht im einzelnen folgendes vor:

In § 16 Abs. 1 und 2 wird klargestellt, daß grundsätzlich die Landesverbände der CDU Deutschlands mit dem Gebiet der Länder der Bundesrepublik Deutschland deckungsgleich sind. Wir brauchen im Statut eine Bestimmung, aus der hervorgeht, welches Gebiet die Christlich Demokratische Union erfaßt. Wir heben also die Vorschrift auf, die die einzelnen Bundesländer und Landesverbände enumerativ aufzählt, und legen fest, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverbände der Christlich Demokratischen Union deckungsgleich sein können. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß wir rechtlich die Möglichkeit haben, auch eine Bundesliste aufzustellen.

Nun ist klar: Wir haben in zwei Ländern mehrere Landesverbände, nämlich in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen. Infolgedessen müssen wir, weil ja Abs. 1 mit der enumerativen Aufzählung der einzelnen Landesverbände wegfällt, eine zusätzliche Bestimmung einführen, aus der hervorgeht, daß es auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen zwei und in Niedersachsen drei Landesverbände geben wird.

In der Ziffer 4 wird beantragt, die rechtliche Möglichkeit zu schaffen - nicht mehr und nicht weniger -, die satzungsrechtlich bisher nicht gegeben war, daß die CDU Deutschlands wie alle anderen politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie dies politisch für notwendig hält, eine Bundesliste aufstellt. Sie soll dann eine Regelung haben für die Wahl der Bewerber und

Ersatzbewerber der Christlich Demokratischen Union für die Wahl zum Europäischen Parlament.

Wir müssen infolgedessen auch das Organ bestimmen, das eine solche Wahl vornimmt. Dieses Organ ist die Bundesvertreterversammlung. Die Zusammensetzung der Bundesvertreterversammlung soll, soweit gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, im wesentlichen der Zusammensetzung des Bundesparteitag entsprechen.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß durch diese Satzungsänderung die mit unserer Schwesterpartei, der CSU, getroffenen Vereinbarungen nicht berührt werden.

Durch Ziffer 5 des Antrags soll sichergestellt werden - dies war ein Wunsch, der bei der Beratung im Bundesvorstand sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist -, daß erstens eine Majorisierung kleinerer Bundesländer durch größere Bundesländer unterbleibt, daß aber auf der anderen Seite auch die größeren Bundesländer sicher sein können, daß die Zahl der Kandidaten für das Europa-Parlament aus den einzelnen Landesverbänden jeweils der Zahl der Stimmen entspricht, die in der vorangegangenen Europawahl in den betreffenden Bundesländern für die Christlich Demokratische Union abgegeben worden sind.

Das heißt, es wird hier eine Regelung vorgeschlagen, daß nach d'Hondt die Bundesländer ein Vorschlagsrecht haben und daß die Bundesvertreterversammlung von diesem Vorschlagsrecht nur mit einer Zweidrittelmehrheit abweichen kann. Sie werden zugeben, daß dies eine rein oder fast rein theoretische Möglichkeit ist. Außerdem wollen wir feststellen, weil dies für die Werbewirksamkeit einer solchen Liste von großer Bedeutung ist - die ersten zehn Bewerber erscheinen auf einer solchen Liste -, daß die ersten Plätze - das ist die weitere Regelung - einer etwaigen Bundesliste zunächst mit je einem Bewerber aus jedem Bundesland besetzt werden, in dem die CDU kandidiert. Die anderen Bewerber werden dann nach dem d'Hondtschen Verfahren verteilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bundesvorstand glaubt, daß durch diese ausgewogene Regelung die Interessen aller CDU-Landesverbände angemessen berücksichtigt worden sind. Wir haben bei der Formulierung dieses Antrags auch die Erfahrung in den Landesverbänden berücksichtigt, wo z.B. die Aufstellung der Landesliste wegen der besonderen Bedeutung der vorhandenen Bezirksverbände ein besonderes Verfahren notwendig macht.

Ich darf zusammenfassen: Der Bundesvorstand bittet daher den Bundesparteitag, diesen Änderungsanträgen, die eine satzungsändernde Mehrheit, also die Mehrheit der Mitglieder des Bundesparteitages erfordern, einen breiteren Rückhalt und eine große Mehrheit zu verschaffen. Auch die Antragskommission, in deren Namen ich spreche und für die ich diesen Antrag ausführlich begründet habe und die sich auch mit dem Antrag ausführlich befaßt hat, empfiehlt dem Bundesparteitag die Annahme beider Anträge des Bundesvorstands.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das war die Begründung der beiden Anträge B 20 und B 21. Es liegt nur eine

Wortmeldung vor, so daß wir danach sofort über diese beiden Anträge abstimmen können.

Ich bitte Herrn Kieliszek aus Westfalen-Lippe, das Wort zu nehmen.

Meine Damen und Herren, hier gibt es eine zweite Wortmeldung. Ich bitte den Kollegen, sich auch gleich zum Podium zu begeben, damit wir uns in der Zeit halten. Es ist Herr Möltken aus dem Rheinland.

Hans Kieliszek: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Parteivorsitzende hat vorhin gesagt, daß es in unserer Partei ganz selbstverständlich sei, daß wir in der Sache auch unterschiedlicher Meinung sein könnten, und davon möchte ich Gebrauch machen.

Meine Damen und Herren, bezogen auf den Antrag 21 möchte ich aus meiner Praxis sagen, daß ich diesen Antrag nicht für sinnvoll halte und schon vorab sagen möchte, daß die Delegierten ihn ablehnen sollten. Ich will auch begründen, warum, meine Damen und Herren.

Herr Geißler hat vorhin selbst erklärt, eigentlich müßten wir dazu kommen, Wahlkreise zu bilden, um volksnah oder bürgernah oder wählernah zu werden. Das sei aber aus verschiedenen Gründen nicht machbar gewesen und möglicherweise heute auch nicht machbar. Ich sehe aber nicht den Grund ein, daß wir deshalb genau ins Gegenteil verfallen und uns noch mehr von der Basis entfernen. Ich habe als ehemaliger Kreisvorsitzender Gelegenheit gehabt, die erste Europawahl mit vorbereiten zu müssen, und habe festgestellt, unser Dilemma in Sachen Europa war und ist auch heute, daß sich die Bürger nicht identifizieren können mit den Dingen, die sich in Europa vollziehen. Trotz aller Mühen, die sich die Abgeordneten aus dem Europaparlament geben, haben sie einfach nicht den unmittelbaren Kontakt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich befürchte, daß dieser Antrag letztlich dazu führt, daß wir eine Bundesliste haben und daß die Liste auf einer noch höheren Basis aufgestellt wird, so daß die Parteimitglieder, vertreten durch Landesverbände, nicht mehr die Einflußmöglichkeit bei der Aufstellung der Liste haben werden, wie das bisher war.

Herr Geißler, ich möchte widersprechen, wenn Sie sagen, es sei notwendig. Das Europawahlgesetz läßt die vergangene Form auch heute noch zu. Es gibt rechtlich keine zwingende Notwendigkeit, daß wir so verfahren müssen. Ich meine, wenn, wie heute wiederholt gesagt worden ist, wir doch gerade in Sachen Europa basisnäher werden sollen, daß sich dann ein Stückchen Europaverdrossenheit bilden wird, wenn wir es so machen, wie es vorgesehen ist. Wir sollten genau den umgekehrten Weg gehen und langfristig versuchen, Wahlbezirke zu erreichen, damit auch die Europapolitik für den Bürger greifbar und hautnah ist und sich nicht irgendwo da oben bewegt.

Noch etwas: Unsere Europaparlamentarier sind Gott sei Dank nach der ersten Direktwahl selbstbewußter geworden. Dieses Selbstbewußtsein gegenüber den nationalen Regierungen könnte noch stärker werden, wenn die Aufstellung der Kandidaten unmittelbar über

die einzelnen Landesverbände oder vielleicht in einer niedrigeren Region erfolgen müßte und könnte, damit sie sich unmittelbar dem Volke zeigen müssen und ins Gespräch kommen. Ich meine, das müßte die Zielrichtung sein. Ich sehe keinen Grund, daß wir das hier heute akzeptieren. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren Delegierten, hier auch zu zeigen, daß wir als Parteibasis nicht alles akzeptieren können, was sicher sinnvoll gemeint ist, aber für unsere Praxis nicht zweckmäßig ist. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Klaus Möltken, Rheinland, das Wort.

Klaus Möltgen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eigentlich bewundernswert, mit welcher Regie dieser Parteitag läuft.

Es ist bewundernswert, daß Satzungsänderungen kurzfristig eingebracht werden, daß die Tagesordnung geändert wird und daß anschließend dieser Punkt vorgezogen wird, so daß man kaum noch Gelegenheit hat, sich zu Wort zu melden. Das ist als erstes ein Vorgehen, das wir uns heutzutage auf Kreisparteebene überhaupt nicht mehr leisten können.

(Beifall)

Zweiter Punkt. Der verehrte Kollege Vorredner hat darauf hingewiesen, daß wir es nicht wollen, daß von einer fernen Ebene des Bundes wiederum die Tendenz in die Europawahl hineingebracht wird: "Hast du einen Opa, dann schick ihn nach Europa und bring ihn irgendwo auf eine Bundesliste!" Wir wollen, daß die Parlamentarier des Europäischen Parlaments für uns direkt auch in mehreren Kreisverbänden greifbar sind, daß wir sie in der Verantwortung haben. Deshalb sind wir dafür, bin ich jedenfalls dafür, daß wir es bei der jetzigen Regelung belassen, denn ich glaube nicht, daß eine Besserung eintritt, besonders deshalb nicht, weil der Generalsekretär das einzige, was mit an logischer Begründung dahinter schien, gerade ausgeschlossen hat, daß wir die Freunde der Schwesterpartei damit mehr in ein gemeinsames Boot bringen. Der Kanzler hat deutlich darauf hingewiesen: Die Politik wird in Bonn gemacht, und die Politik, die wir machen, machen wir in Köln. Wenn das der Grund gewesen wäre, Herr Generalsekretär, den Sie ausgeschlossen haben, dann hätte ich für den Antrag sehr viel mehr Verständnis aufbringen können.

(Heiterkeit und Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zum Schluß der Debatte hat der Parteivorsitzende das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Zunächst, damit das ganz klar ist:

Hier will niemand irgend jemanden überfahren. Da sind aber Erfahrungen aus der Vorbereitung der letzten Europawahl. Die Wahlen im nächsten Jahr werden nicht leichter, sondern eher schwieriger.

Ich will noch einmal zusammenfassen, worum es mir politisch geht. Ich bekenne mich als der Initiator dieses Antrages.

(Beifall)

Mir geht es darum, daß wir von Solidarität in der Partei nicht nur reden, sondern daß wir, wenn es darum geht, daß sich die größeren und die kleineren Verbände vernünftig gegenseitig unterstützen, Solidarität auch praktizieren. Ich muß Ihnen sagen: Zu den unwürdigen Erlebnissen der vergangenen zehn Jahre gehört für mich die Erfahrung, daß ich bei der Kandidatenaufstellung vor vier Jahren zwar nicht gerade mit dem Hut in der Hand, aber in einer ähnlichen Situation im Land herumgelaufen bin und gesagt habe: Wir können doch unmöglich zulassen, daß die Landesverbände Bremen, Hamburg und Saarland am Ende bei der Europawahl ohne Kandidat dastehen und wir dann sagen müssen: Wir sind nicht einmal fähig, auf der nationalen Ebene die Region der Bundesrepublik abzudecken.

(Beifall)

Liebe Freunde, da habe ich tolle Argumente gehört. Da hieß es dann z.B.: Das ist doch nur ein größerer Kreisverband, dieser eine Landesverband. Und dann habe ich dieses und jenes gehört.

Was hier vorgeschlagen wird und was ich nachdrücklich unterstütze, hat seinen Sinn darin, daß wir dann zwei Möglichkeiten haben. Wenn Sie genau hinschauen, erkennen Sie, daß damit noch nicht entschieden ist, ob wir dieses Instrument nutzen oder bei der bisherigen Regelung bleiben - der erste Antrag zielt ja auf die bisherige Regelung -, aber wir haben dann die Möglichkeit, es zu nutzen.

Und jetzt, liebe Freunde, mit Blick auf die letzte Bemerkung zu den bayerischen Freunden: Wir tun mit diesem Antrag nur das, was in den Satzungen der FDP, der SPD und der CSU möglich ist: Wir ziehen eine Entwicklung nach, die andere längst vor uns vollzogen haben.

(Beifall)

Zweitens. Ich bin elementar daran interessiert, daß, wenn wir eine solche Entscheidung nach dem jetzt vorgeschlagenen Weg zu treffen hätten, die Landesverbände in der Tat ihren Einfluß behalten, und zwar - um das Wort aufzunehmen, das hier gesprochen wurde - einfach deswegen, um die Basisnähe auch der Kollegen im Europäischen Parlament zu gewährleisten. Beiläufig sage ich: Ich wünschte, daß alle Kreisverbände auch im Laufe des Jahres darum besorgt sind, daß die Kollegen im Europäischen Parlament die notwendige Unterstützung bekommen.

(Beifall)

Nicht nur bei der Kandidatenaufstellung, sondern im Alltag der Politik ist es ganz wichtig, daß wir wissen: Wir haben Abgeordnete

in den Rathäusern, in den Kommunalparlamenten, in den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament.

Ich habe allen Grund, bei dieser guten Gelegenheit zu sagen, daß die Kollegen, die dort sitzen, vorzügliche Arbeit leisten

(Beifall)

und daß es überhaupt keinen Grund gibt zu sagen: Dort wird weniger oder weniger intensiv gearbeitet als in anderen Bereichen der Partei.

Mit einem Wort: Wir wollen uns mit diesem Antrag die Alternative offenhalten, die die anderen Parteien bereits haben. Wir werden selbstverständlich ausgiebig und intensiv in der Partei darüber reden, was wir letztendlich tun werden.

Aber eines ist doch sicher: Die Annahme dieses Antrages ermöglicht es auch, daß wir die bisherige Lösung praktizieren, und zwar besser, weil wir uns dann schneller darüber einigen können, daß alle Landesverbände auch in Zukunft im Europäischen Parlament vertreten sind.

Mit einem Wort: Ich bitte Sie sehr herzlich um ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Damit ist die Debatte über die beiden Anträge B 20 und B 21 geschlossen. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarten zu nehmen. Ich lasse zuerst über den Antrag B 20 abstimmen.

Wer für diesen Antrag B 20 ist, den bitte ich, seine Stimmkarte zu heben. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich rufe den Antrag B 21 auf. Das ist der Antrag zur Statutenänderung. Ich weise darauf hin, daß hierbei die Vertreter der Exil-CDU nicht stimmberechtigt sind.

Wer für diesen Antrag B 21 ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Unsere Satzung schreibt vor, daß die Mehrheit der Delegierten des Bundesparteitags dafür sein müssen. Dies ist eindeutig der Fall. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Dr. Franz Josef Jung, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Inzwischen liegt das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden vor. Ich gebe es bekannt.

Abgegebene Stimmzettel: 725. Ungültig 3. Gültig 722. Die für die Wahl erforderliche Mehrheit beträgt 362 Stimmen.

Es entfielen auf Herrn Ministerpräsident Dr. Albrecht 500 Stimmen,

(Beifall)

auf Herrn Bundesminister Dr. Blüm 660 Stimmen,

(Beifall)

auf Frau Senator Dr. Laurien 516 Stimmen,

(Beifall)

auf Herrn Ministerpräsident Lothar Späth 532 Stimmen,

(Beifall)

auf Herrn Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg 675 Stimmen,

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall)

auf den regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, 675 Stimmen

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall)

und auf den Landesvorsitzenden des Landesverbands Rheinland, Dr. Worms, 444 Stimmen.

(Beifall)

Ich frage die Kandidaten, ob sie die Wahl annehmen.

Herr Dr. Albrecht!

(Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht: Ja!)

Herr Dr. Blüm!

(Bundesminister Dr. Norbert Blüm: Ja!)

Frau Dr. Laurien!

(Frau Senator Dr. Hanna-Renate Laurien: Ja!)

Herr Lothar Späth!

(Ministerpräsident Lothar Späth: Ja!)

Herr Dr. Stoltenberg!

(Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg: Ja!)

Herr Dr. von Weizsäcker!

(Reg. Bürgermeister Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker: Ja!)

Herr Dr. Worms!

(Dr. Bernhard Worms: Ja)

Ich stelle fest: Alle Kandidaten haben die Wahl angenommen. Ich spreche Ihnen die herzlichen Glückwünsche des Parteitags für Ihre Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden aus und wünsche Ihnen viel Glück und alles Gute bei Ihrer schweren Aufgabe.

Ich rufe Punkt 16.3 der Tagesordnung auf:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Vorgeschlagen ist unser Freund Walter Leisler Kiep.

Wir nehmen die Wahl des Bundesschatzmeisters mit dem Stimmzettel Nr. 2 aus dem Stimmzettelblock vor.

Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name Kiep oder "Ja" oder "Nein" oder "Enthaltung" steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang. Ich bitte die Delegierten, ihre Stimme in der Wahlkabine, wenn sie es wollen, abzugeben.

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Wahlkabinen zu betreten und die Stimmen abzugeben, soweit das noch nicht geschehen ist.

Ich gehe jetzt davon aus, daß alle Delegierten ihre Stimme abgegeben haben. - Das ist der Fall. Der Wahlgang ist damit geschlossen.

Damit der Parteitag zügig fortgesetzt werden kann, wird das Ergebnis später bekanntgegeben. Wir wählen jetzt weiter.

Heinz Soënius, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Nach einem kurzen weiteren Wahlgang kommen wir gleich zu dem letzten Wahlakt, nämlich zur Wahl der 20 Beisitzer im Bundesvorstand.

Zunächst rufe ich aber Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Wahl der Rechnungsprüfer

Für diese Wahl ist nicht geheime Wahl vorgeschrieben. Wir können mit den Stimmkarten abstimmen. Dazu ist es aber notwendig, daß Sie Platz nehmen.

Zur Wahl als Rechnungsprüfer sind Herr Erik Blumenfeld und Herr Alfons Horten vorgeschlagen. In beiden Fällen ist damit Wiederwahl vorgeschlagen. Wer mit dieser Wahl einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Bei 1 Enthaltung ist so beschlossen.

Ich gratuliere den beiden Rechnungsprüfern, Herrn Blumenfeld und Herrn Horten, zu ihrer Wiederwahl und wünsche ihnen problemlose Rechnungsprüfungen für die beiden nächsten Jahre.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen für heute zum letzten Tagesordnungspunkt. Ich rufe Punkt 16.4. auf:
Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

Ich kann davon ausgehen, daß Sie auch für diesen Wahlakt von den Landesgeschäftsführern die Stimmzettel erhalten haben. - Es erhebt sich kein Widerspruch. Auf diesen Stimmzetteln sind die 22 Kandidaten aufgeführt, die zur Wahl stehen. Daher brauche ich die Kandidaten nicht namentlich zu nennen.

Meine Damen und Herren, bei der Bekanntheit der Kandidaten gehe ich auch davon aus, daß eine Vorstellung nicht unbedingt notwendig ist. - Sie wird nicht gewünscht, so daß wir in den Wahlakt eintreten können.

Vorher habe ich Ihnen aber mitzuteilen, daß nach § 43 Abs. 3 des Statuts Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel, also 15, der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, ungültig sind. Ebenfalls ungültig sind Stimmzettel, auf denen mehr als 20 Kandidaten angekreuzt sind. Ebenfalls ungültig sind Stimmzettel, auf denen zusätzliche Namen vermerkt sind.

Ich eröffne das Wahlverfahren und bitte Sie, sich für den Wahlakt an die Wahlkabinen zu begeben. Da ich Ihnen noch einige Hinweise zu geben habe, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie anschließend noch einmal zu Ihren Plätzen zurückkehren würden.

Der Wahlakt hat begonnen.

Meine Damen und Herren, während des Wahlganges darf ich folgende Hinweise geben. Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes erfolgt morgen früh zu Beginn der 3. Plenarsitzung. Sollte eine Stichwahl erforderlich sein, so wird sie ebenfalls morgen früh Punkt 9 Uhr durchgeführt, d. h. zu Beginn der 3. Plenarsitzung.

Lassen Sie mich dann eine im wahrsten Sinne des Wortes wegweisende Bemerkung machen. Ich habe die angenehme Aufgabe, Sie als Kölner im Auftrage des rheinischen Landesvorsitzenden, Herrn Dr. Worms, zum Rheinischen Abend einzuladen. Wir sollten zeigen, daß wir nicht nur anständig arbeiten, sondern auch anständig feiern können. Das ist ein alter Grundsatz, und das gilt auch für eine Regierungspartei: Bei einer Partei, die nicht lachen kann, haben die Bürger in aller Regel auch nichts zu lachen. Ich darf Sie also auffordern, sich heute abend entsprechend zu verhalten.

Wenn Sie den Saal verlassen und dann aus dieser Halle gehen, wenden Sie sich bitte kurz nach rechts. Dort sehen Sie den Eingang zur Halle 6. Dort findet der Rheinische Abend statt.

Nunmehr frage ich, ob alle Delegierten ihre Stimmzettel abgegeben haben. - Das ist der Fall. Dann schlieÙe ich den Wahlgang.

Ich kann Ihnen nun noch das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekanntgeben. Abgegeben wurden 662 Stimmen. Ungültig war keine Stimme. Es gab 23 Enthaltungen, so daß die erforderliche Mehrheit 320 Stimmen betrug. Herr Kiep hat 582 Stimmen erhalten. Mit Nein stimmten 57 Delegierte.

Herr Kiep, nehmen Sie die Wahl an? - Herr Kiep nimmt die Wahl selbstverständlich an. Aber damit das Präsidium beruhigt ist, wollte ich die Frage stellen.

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, daß die Antragskommission um 23.00 Uhr zusammentreten wird.

Ich berufe den Parteitag für morgen früh, 9.00 Uhr, wieder ein und schlieÙe die Plenarsitzung.

(Schluß: 20.01 Uhr)

Zweiter Verhandlungstag

Donnerstag, den 26. Mai 1983

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.17 Uhr

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 3. Plenarsitzung des Bundesparteitages und begrüße Sie alle recht herzlich. Es ist mir ein Bedürfnis - ich glaube, auch in Ihrer aller Namen -, zunächst Bernhard Worms und den Freunden der rheinischen Union für den gelungenen gestrigen Abend recht herzlich Dank zu sagen.

(Beifall)

Ich glaube, es hat uns allen sehr viel Spaß gemacht. Wenn ich recht gehört habe, gibt es eine Reihe von Landesverbänden, die demnächst zum Rheinischen Abend im Rahmen des Karnevals nach Köln kommen wollen.

Meine Damen und Herren, ich habe eine weitere angenehme Aufgabe. Wir haben ein Geburtstagskind unter uns. Der Freund Kanther, der Generalsekretär der hessischen CDU, hat heute Geburtstag.

(Beifall)

Ich habe nunmehr Punkt 16.4 der Tagesordnung aufzurufen - Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes - und darf Ihnen das Ergebnis bekannt geben. Dabei gehe ich davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß ich das Ergebnis in geordneter Form, d.h. in der Form des Abstimmungsergebnisses und nicht in alphabetischer Form, bekannt gebe.

Danach bekam der Freund Wallmann 663 Stimmen,

(Beifall)

Ministerpräsident Bernhard Vogel 652 Stimmen,

(Beifall)

Freund Wörner 624 Stimmen,

(Beifall)

Minister Hasselmann 588 Stimmen,

(Beifall)

Minister Herzog 572 Stimmen,

(Beifall)

der Parteifreund Windelen 559 Stimmen,

(Beifall)

Professor Biedenkopf 552 Stimmen,
(Beifall)

der Freund Wissmann 516 Stimmen,
(Beifall)

Frau Wex 496 Stimmen,
(Beifall)

der Kollege Waffenschmidt 493 Stimmen,
(Beifall)

der Freund Ritz 489 Stimmen,
(Beifall)

Frau Breuel 467 Stimmen,
(Beifall)

der Freund Pieroth 465 Stimmen,
(Beifall)

Freund Teufel 461 Stimmen,
(Beifall)

Minister Schwarz-Schilling 453 Stimmen,
(Beifall)

der Kollege Scherer 451 Stimmen,
(Beifall)

Parteifreund Koch 440 Stimmen,
(Beifall)

Herr Zeitel 440 Stimmen,
(Beifall)

Kollege Friedrich Vogel 438 Stimmen,
(Beifall)

Eberhard Diepgen 427 Stimmen.
(Beifall)

Das sind die 20 Kandidaten, die bei 701 abgegebenen Stimmzetteln - ungültig: 18, Enthaltungen: keine, gültig: 683 - die erforderliche Mehrheit erhielten und gewählt sind. Der Vollständigkeit halber gebe ich noch das Stimmergebnis für die Kandidaten bekannt, die nicht in den Vorstand gewählt wurden: Es erhielt Frau Dr. Hellwig 423 Stimmen, Frau Verhülsdonk erhielt 334 Stimmen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß alle gewählten Kandidaten die Wahl annehmen. Mir ist jedenfalls nichts Gegenteiliges bekannt gegeben worden.

Damit sind die Wahlen zum Bundesvorstand abgeschlossen. Die Ergebnisse im einzelnen werden Ihnen im Laufe des Vormittags natürlich noch schriftlich vorgelegt werden.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 18:

Forum "Jugendarbeitslosigkeit"

Der Vollständigkeit halber habe ich darauf hinzuweisen, daß das Tagungspräsidium zu diesem Tagesordnungspunkt nach § 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung auch Gästen das Wort erteilen kann und davon im Rahmen der Aussprache Gebrauch machen wird. Der Generalsekretär hat eine Reihe von sachkundigen Persönlichkeiten zur Behandlung des Themas der Arbeitslosigkeit eingeladen. Sie werden die Gelegenheit haben, im Rahmen der Aussprache das Wort zu ergreifen.

Ich begrüße nunmehr die Damen und Herren, die sich für diese Forumsdiskussion zur Verfügung gestellt haben und danke ihnen für die Bereitschaft zur Teilnahme an dieser Diskussion.

(Beifall)

Die Podiumsdiskussion wird von unserem Generalsekretär Dr. Heiner Geißler geleitet.

An der Podiumsdiskussion nehmen im einzelnen teil: Frau Ilse Brusis, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes,

(Beifall)

unser Freund Bundesminister Dr. Norbert Blüm,

(Beifall)

Herr Professor Dr. Roland Eckert, der Soziologe an der Universität Trier ist,

(Beifall)

der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herr Otto Esser,

(Beifall)

der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen
Angestellten-Gewerkschaft, Walter Quartier,

(Beifall)

der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Josef Stingl,

(Beifall)

der Vorsitzende des Vorstandes der Schloemann-Siemag AG, Herr
Heinrich Weiss,

(Beifall)

und Bundesminister Frau Dr. Dorothee Wilms.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zur Einleitung und Erläuterung des
weiteren Verfahrens erteile ich Generalsekretär Dr. Heiner Geißler
das Wort, dem ich damit auch gleichzeitig die Tagungsleitung
übergebe.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident!
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Christlich Demokratische
Union hat sich entschlossen, heute fast den ganzen Tag die drängende
Problematik der Jugendarbeitslosigkeit einschließlich der
Jungakademikerarbeitslosigkeit zu erörtern. Ziel unserer Diskussion,
die eine Forumdiskussion, gleichzeitig aber auch eine
Plenardiskussion des gesamten Bundesparteitages ist, ist es, daß der
Bundesparteitag heute schon konkrete Entscheidungen trifft, darüber
hinaus aber Aufträge an den Bundesvorstand, aber vor allem an die
Zukunftskommission "Jugend" erteilt, die in den kommenden Monaten
die Ergebnisse dieses Bundesparteitages und der hier geführten
Forumdiskussion in einen umfassenden, ein Gesamtkonzept
enthaltenden Antrag einarbeiten soll. Dieser Antrag soll dem
Bundesvorstand vorgelegt werden. Es besteht die Absicht, diesen
umfassenden Antrag entweder im Herbst oder zu Beginn des nächsten
Jahres im Bundesparteiausschuß, also, wenn man so will, auf dem
sogenannten kleinen Parteitag der Christlich Demokratischen Union zu
diskutieren und dann auch zu verabschieden.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ganz sicher die
vordringlichste politische Aufgabe der Gegenwart, was die
Innenpolitik angeht. Die Millionenarbeitslosigkeit bedeutet nicht
nur eine schwere Belastung der öffentlichen Haushalte und der
Wirtschaft, sondern ist darüber hinaus auch für alle Betroffenen ein
schweres menschliches Schicksal, und zwar nicht nur für den
einzelnen Betroffenen, sondern auch für die Familien. Die
Arbeitslosigkeit betrifft junge Menschen ganz besonders. Wenn die
jungen Menschen nach der Schule die berufliche Ausbildung
abgeschlossen haben - dieses Thema wird innerhalb unserer Diskussion
eine besondere Rolle spielen -, stehen heute viele von ihnen - es
sind über 200 000 - beruflich, also am Anfang ihres beruflichen
Lebens, vor einer vernagelten Welt.

Wir müssen aus diesem Grund als die führende politische Partei der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Problem Antworten erarbeiten und die eigene Regierung und die Bundestagsfraktion auffordern, zusammen mit den verantwortlichen Organisationen die notwendigen Entscheidungen zu treffen, die geeignet sind, mit diesem Problem fertigzuwerden. Wir sind uns darüber im klaren, daß dieses Problem nur bewältigt werden kann, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer gemeinsamen Anstrengung bereit sind.

Ich schlage Ihnen nunmehr, auch im Auftrag der Antragskommission, folgende Maßnahmen vor, die der Bundesparteitag heute verabschieden sollte. Zur Verbesserung des Angebots an Ausbildungsplätzen für Jugendliche, die 1983 die allgemeinbildenden Schulen verlassen, sollen folgende Sofortmaßnahmen beitragen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ausbildungshemmende Vorschriften zu beseitigen.

(Beifall)

Hierzu zählen übermäßige Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe, über den notwendigen Schutz der Jugendlichen hinausgehende Regelungen eines erstarrten Arbeitsschutzes sowie Schutzvorschriften für Behinderte.

2. Private Initiativen, die sich uneigennützig darum bemühen, Ausbildungsplätze zu vermitteln und bereitzustellen, sollen in der Zukunft von der Bundesanstalt für Arbeit, von der Arbeitsverwaltung, unbürokratisch organisatorisch unterstützt werden.

(Beifall)

3. Alle Möglichkeiten, einen Ausbildungsplatz auf zwei Auszubildende aufzuteilen, sollen genutzt und gefördert werden. Natürlich darf die Qualität der Ausbildung dadurch nicht gemindert werden.

4. In den Ländern sollen vorübergehend Vollzeitausbildungsmaßnahmen als Ersatz für betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden.

5. Die Anrechnungsverordnung ist so flexibel zu gestalten, daß die bisherige zwangsweise Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres oder der Berufsfachschule auf die betriebliche Ausbildung nicht den Abschluß eines Ausbildungsvertrages unmöglich macht. Organisationsformen des beruflichen Schulwesens wie z.B. der Blockunterricht dürfen die Ausbildung am Lernort Betrieb nicht so benachteiligen, daß sie eine Gefährdung von Ausbildungsplätzen bewirken.

6. Die Ausbildungsbetriebe sollen auch solche Ausbildungsplätze mit Mädchen besetzen können, an denen bisher nur Jungen ausgebildet wurden.

(Beifall)

7. Wirtschaft und Verwaltung werden aufgefordert, über den gegenwärtigen Bedarf hinaus auszubilden. Wir schlagen also Ausbildung auf Vorrat vor, damit alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und dann in den kommenden Jahren, wenn die geburtschwachen Jahrgänge wieder eine Entlastung des Arbeitsmarkts bringen, eine Chance haben, einen qualifizierten Arbeitsplatz zu bekommen, und um vor allem eben dafür zu sorgen, daß kein Mangel an Facharbeitern und Facharbeiterinnen eintritt.

8. Für Betriebe, die bisher nicht ausgebildet haben, soll eine Beteiligung an der Ausbildung dadurch ermöglicht werden, daß für regional schwache Gebiete oder überall dort, wo eben bisher aus den verschiedensten Gründen Ausbildungsplätze nicht vorhanden waren, ein Ausbildungsverbund zwischen mehreren Betrieben hergestellt wird.

9. Wir alle, die Mandatsträger der Christlich Demokratischen Union, werden aufgefordert, regionale Ausbildungsplatzaktionen zu initiieren und zu unterstützen, um in konstruktiven Gesprächen mit Unternehmern, mit den Kammern, der Arbeitsverwaltung und den Gewerkschaften alle Möglichkeiten zu nutzen, die zu einer Ausweitung des Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebots führen können.

10. Der Schwerpunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt ganz zweifelsfrei in unserer Politik für den wirtschaftlichen Aufschwung, in der Förderung der privaten Investitionen und der öffentlichen Investitionen, der Förderung der Innovationen, in der Stärkung der Eigenverantwortung des Wettbewerbs, der Flexibilität unserer Wirtschaft, des technologischen Fortschritts, aber auch einem Abbremsen der Staatsverschuldung, damit mehr Kapital für private Investitionen und damit für mehr Arbeitsplätze zur Verfügung steht. Diese zentrale Forderung unserer Politik muß ergänzt werden durch eine qualitative Arbeitsmarktpolitik.

11. schlagen wir deshalb vor: Es müssen mehr Teilzeitarbeitsplätze in der Wirtschaft und vor allem auch im öffentlichen Dienst angeboten werden. Das Bundeskabinett hat auf seiner letzten Sitzung den Bundesinnenminister beauftragt, die beamtenrechtlichen Vorschriften so zu gestalten, daß diejenigen Vorschriften im Beamtenrecht beseitigt oder verändert werden, die es bisher - von der Schulverwaltung bis zur Bundespost - erschwert haben, Teilzeitarbeitsplätze für Beamte, im öffentlichen Dienst, anzubieten.

(Beifall)

12. Wir fordern mehr Chancen für die moderne Form der Arbeitsplatzteilung, also die Realisierung z.B. der Modellverträge für das sogenannte Job-sharing, wie sie von der Frauenvereinigung der CDU entwickelt worden sind oder vom Arbeitskreis Chemie, allerdings nicht in der Form, wie sie dort entwickelt worden sind.

Wir empfehlen also den Modellvertrag, den die Frauenvereinigung der CDU vorgeschlagen hat.

Schließlich schlagen wir als 13. Punkt vor: Alle Möglichkeiten, die sich aus einer flexiblen Gestaltung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit ergeben, müssen insbesondere zum Abbau der

Jugendarbeitslosigkeit genutzt werden. Für die Teilnehmer des Forums haben wir einen umfassenden Fragenkatalog ausgearbeitet. Sie finden diesen Fragenkatalog in dem Sammelantrag, den die Antragskommission erarbeitet hat und der Ihnen auf dem Tisch vorliegt. Diese Fragen sollen so weit wie möglich auch von den Mitgliedern des Forums beantwortet werden.

Diese Fragen konzentrieren sich zunächst einmal auf die Grundfrage, wie Ausbildungs- und Beschäftigungssystem besser aufeinander abgestimmt werden können, welche Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung zu ziehen sind. Dann vor allem: Wie kann die Ausbildungsplatz- und Arbeitsmarktsituation für Mädchen und junge Frauen, aber auch für benachteiligte behinderte Jugendliche entscheidend verbessert werden? Das ist eine wichtige Frage, die zu erörtern ist. Welche Konsequenzen müssen aus der drohenden Akademikerarbeitslosigkeit gezogen werden? Hier werden grundsätzliche Fragen unseres gesamten Bildungssystems angesprochen.

Ein dritter Fragenkomplex richtet sich vor allem auch an die Bundesanstalt für Arbeit. Welche Möglichkeiten ergeben sich bei der Berufsberatung, der Ausbildungs- und der Arbeitsplatzvermittlung? Hierzu gehören die Fragen zum Ausbildungsverbund, die Frage, wie die Mobilität junger Arbeitnehmer verbessert werden kann, ferner die Frage nach Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Teilzeitform, die gleichzeitig eine weitere Qualifizierung der Arbeitslosen ermöglicht. Schließlich: Wie kann die vorhandene Arbeit so verteilt werden, daß dadurch mehr junge Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben? Da geht es also um die Möglichkeiten der Realisierung der Forderungen, die ich gerade vorgetragen habe.

Schließlich eine grundsätzliche Frage, auf die wir ebenfalls eine Antwort erbitten, nämlich, ob wir nicht ein neues Verständnis der Arbeit brauchen, so daß eben nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch andere Tätigkeiten, z.B. in der Familie und in sozialen Diensten, als Arbeit anerkannt werden. Wir müssen die Frage stellen, wie erreicht werden kann, daß die Aufgaben der Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes, der Rohstoff- und der Energieversorgung und der sozialen Dienste für die Beschäftigung junger Menschen besser als bisher genutzt werden können.

Schließlich müssen wir uns mit der grundsätzlichen Frage befassen, welche Chancen und Risiken von der Einführung neuer Technologien im Hinblick auf die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen zu erwarten sind. Wie kann eine Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe durch diese moderne technologische Entwicklung verhindert werden, welche Konsequenzen ergeben sich daraus, für die Inhalte der schulischen Bildung, der Ausbildungsverordnungen und der Weiterbildungsmaßnahmen.

Das ist der große Fragenkatalog, auf den wir natürlich heute auch nicht abschließend für alle Fragen eine Antwort erwarten können. Was aber hier an Fragen aufgeworfen wird und die Antworten, die gegeben werden, sollen ja von der "Zukunftskommission Jugend" aufgearbeitet und in einen zu verabschiedenden umfassenden Vorschlag eingebracht werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch darauf hinweisen, daß wir dem Bundesparteitag vorschlagen, noch einmal ausdrücklich die Initiative des Bundeskanzlers zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen, die die gesamte deutsche Wirtschaft ermöglicht hat, zu begrüßen und nachdrücklich zu unterstützen.

(Beifall)

Ich erkläre, die Kritik, die von den Sozialdemokraten daran geübt wird, daß jetzt im Mai noch nicht alle jungen Leute einen Ausbildungsplatz haben, ist eine absolut ungerechtfertigte Kritik, denn dieses Angebot erstreckt sich auf das gesamte Jahr 1983. Bereits im Jahre 1976 hat die deutsche Wirtschaft 100 000 zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten und dieses Angebot auch realisiert. Warum soll das Ausbildungsplatzangebot von 30 000 Ausbildungsplätzen im Jahre 1983 auf Initiative des Bundeskanzlers in diesem Jahr nicht realisiert werden können? Ich muß der Befürchtung Ausdruck geben, daß es den Sozialdemokraten nicht um die Sache geht, sondern daß sie Angst und Unruhe unter den jungen Menschen schüren wollen, um auf dieser Angst und Unruhe ihre parteipolitische Suppe kochen zu können.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir danken jedenfalls dem Bundeskanzler und der deutschen Wirtschaft für diese Initiative und für dieses Angebot und bitten die Verantwortlichen, bis zum Ende dieses Jahres diese Zusage zu verwirklichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf mich herzlich bedanken und eröffne nunmehr die Podiumsdiskussion.

Wir schlagen vor, daß die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion der Reihe nach in kurzen Erklärungen von ungefähr zehn Minuten - so haben wir es abgesprochen - ihre Auffassung aus ihrem Verantwortungsbereich zu dem gesamten Fragenkomplex darlegen, und daß sich daran unmittelbar die Plenardiskussion anschließt.

Wir haben zu dieser Plenardiskussion auch Gäste eingeladen, Gäste mit Rederecht, wie die Delegierten des Parteitages. Dazu gehören vor allem Mitglieder des Rings Christlich-Demokratischer Studenten und der Schüler-Union, soweit sie nicht schon Delegierte des Parteitages sind. Dann nenne ich Herrn Dr. Dannenmann, den Geschäftsführer des Christlichen Jugenddorferwerks Deutschlands, Herrn Clemens Christians, den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands, Herrn Günter Scheurer, Betriebsrat in Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstags, Herrn Prälat Ries, den Vorsitzenden der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Sozialarbeit, Jörg Hebsacker, Bundesvorstandsmitglied des Christlichen Gewerkschaftsbunds, Karl Schjiewerling, den Bundessekretär des BDKJ, Prof. Dr. Dr. Strohm, den Vorsitzenden der Kammer der EKG für Soziale Ordnung, Herrn Dr. Tiedecker, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags, Herrn Dietrich Göckelmann, den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbunds, eine Reihe von Mitgliedern der Jungen Unternehmerschaft, soweit sie Delegierte sind - dazu gehören Uwe Schummer von der Jungen Arbeitnehmerschaft Rheinland,

Patrik Paris von der Jungen Arbeitnehmerschaft Rheinland, Stefan Hesse von der Schülerunion und Thomas Rachel von der Schülerunion -, Franz Dormann, den Bundesvorsitzenden des RCDS, Franz Kriegisch, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des RCDS und Hartmut Knigge, den Landesvorsitzenden des RCDS-Hamburg. Ich bedanke mich auch bei diesen Gästen und Delegierten herzlich für die Teilnahme an der Diskussion.

Ich eröffne die Forumsdiskussion. Ich erteile das Wort zunächst Herrn Präsident Stingl.

(Beifall)

Dr. Josef Stingl: Vielen Dank! - Herr Dr. Geißler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben in Ihren Materialien eine Zusammenstellung von Daten und Fakten über die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit der Akademiker bekommen. Ich brauche Ihnen diese Zahlen also nicht mehr vorzutragen. Aber ich möchte sie in einigen Punkten ergänzen und für die Diskussion etwas ausbauen. Die Daten und Fakten stammen aus einer Analyse der Arbeitslosigkeit vom September 1982. In der Zwischenzeit hat sich natürlich schon einiges ergeben.

Es muß uns bedrücken, daß in den letzten zwei Jahren die Arbeitslosigkeit nicht nur allgemein zugenommen hat, sondern daß die Arbeitslosigkeit Jugendlicher stärker als die Arbeitslosigkeit anderer gestiegen ist. Das ist eine betrübliche Aussicht.

Aber ich setze gleich daneben, daß wir in den letzten Monaten und Wochen eine andere Seite des Arbeitsmarkts sehen. Bei dem Herausgehen aus der winterlichen Arbeitslosigkeit dieses Jahres fällt auf, daß bei der Abnahme der Zahl der Arbeitslosen die Jugendlichen stärker als die Älteren beteiligt sind.

Natürlich gibt es eine Kehrseite dieser Medaille: Damit bleiben Ältere länger arbeitslos und fallen aus dem Arbeitslosengeld in die Arbeitslosenhilfe. Doch wir behandeln hier ja nur das Thema Jugendarbeitslosigkeit.

Wir können feststellen, daß im letzten gezählten Monat, im April - wir sind ja jetzt schon etwas weiter im Mai drin -, die Arbeitslosigkeit insgesamt um 132 700 = um 5,6 % abgenommen hat. Bedeutend mehr hat jedoch die Arbeitslosigkeit der unter 20jährigen abgenommen, nämlich um 28 000 = 13,8 %, also prozentual mehr als doppelt so stark wie die Arbeitslosigkeit allgemein.

Das hat zur Folge, daß wir für die unter 20jährigen eine Arbeitslosenquote von 8,2 % haben, während die allgemeine Arbeitslosenquote 9,2 % beträgt. Dies ist eine erfreuliche Aussicht, wenn auch die Probleme dadurch natürlich nicht beseitigt sind.

Hier gleich die Anmerkung: Dies hängt damit zusammen, daß es leichter ist, Jugendliche, die eine Ausbildung hinter sich haben, zu vermitteln, als Ältere, die zudem vielleicht gar keine Ausbildung haben.

Schon aus der Entwicklung dieser Zahlen ergibt sich, wie notwendig und wichtig die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche ist. Ich schildere das auch an etwas anderem mit einem positiven Blick. Ich schicke voraus: Man muß immer unterscheiden. Für uns zählt jemand bis zu 20 Jahren als Jugendlicher, für die Europäische Gemeinschaft jemand bis 25 Jahren. Ende März hat die Europäische Kommission errechnet, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der unter 25jährigen an den Arbeitslosen 23,4 % ausmacht, während er in Italien 47,4 %, in Luxemburg 43,2 %, in Frankreich 39,5 % beträgt.

Diese Zahlen machen deutlich, wie sehr das duale Ausbildungssystem - das, soweit ich sehe, in der Bundesrepublik ja nicht mehr umstritten ist - beiträgt, Jugendliche in einen Arbeitsplatz überzuführen. Das ist in den Ländern, wo die Ausbildung schulisch ist, sehr viel schwieriger. Das ist wie schon meine vorherige Aussage ein Hinweis darauf, wie notwendig und zwingend es ist, daß wir das Ausbildungsplatzangebot so weit erhöhen, daß alle, die in diesem Jahr aus der Schule kommen und sich um einen Ausbildungsplatz bewerben, einen Ausbildungsplatz bekommen.

In diesem Zusammenhang gab es in der vorigen Woche eine Tagung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Die Aussage, von Herrn Esser formuliert, an Herrn Bundeskanzler Kohl war, daß nicht nur jene Ausbildungsplätze, die von 1980 her jetzt frei werden, sondern zusätzlich 30 000 Plätze besetzt werden sollen.

Aus den Meldungen an die Arbeitsämter hat sich die Erfüllung noch nicht ergeben. Aber auch hier ist zwar zu vermerken, daß wir bis zum April 374 800 Arbeitsplätze angeboten haben und daß das 29 000 weniger als vor einem Jahr waren.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Darf ich mal kurz unterbrechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich richte jetzt eine dringende Bitte an Sie alle. Dieser Raum ist für eine Diskussion ohnehin außerordentlich schwierig. Das haben wir schon gestern gemerkt. Wir können diese Podiumsdiskussion nicht sinnvoll weiterführen, wenn die Privatgespräche in diesem Raum fortgesetzt werden.

(Beifall)

Es ist den Podiumsteilnehmern nicht zuzumuten, ihre Ausführungen hier zu machen, wenn sich die Teilnehmer hier weiter in dieser Form privat unterhalten. Ich bitte Sie dringend, diesen Raum zu verlassen, wenn Sie Gespräche führen wollen. Wir müssen diese Podiumsdiskussion, die ein zentral wichtiges Thema umfaßt, so durchführen, daß wir uns alle auf das Thema konzentrieren können. Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich das so klar und deutlich gesagt habe. Aber ich fürchte, daß der Ablauf dieses Forums zumindest erheblich gefährdet werden könnte, wenn ich dies nicht mit dieser Deutlichkeit sage.

(Beifall)

Dies ist meine herzliche Bitte. Ich bitte Sie auch, mich zu unterstützen, daß wir in den kommenden drei, vier Stunden diese

Forumsdiskussion so durchführen können, wie es der Ernst der Angelegenheit von uns verlangt. Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Verständnis.

Ich erteile Josef Stingl wieder das Wort.

Dr. Josef Stingl: Vielen Dank. - Ich gehe einen Satz zurück. Ich habe die Notwendigkeit der dualen Ausbildung anhand der Zahlen, die uns zur Verfügung stehen, betont und habe gesagt, daß wir das Versprechen der Arbeitgeber, die Ausbildungsplatzzahl zu erhöhen, sehr begrüßt haben, aber daß wir das Ziel noch nicht erreicht haben. Ich habe dazu ausgeführt, daß wir 374 800 Ausbildungsstellen bis Ende April angeboten bekommen haben. Das waren rund 30 000 weniger als im vorigen Jahr. Aber prozentual waren es 7 % weniger; im November gab es noch eine Differenz von 14 %. Die Differenz ist also kleiner geworden, und erfreulich ist vor allem, daß in den beiden letzten Monaten, die wir ausgezählt haben, also im März und im April, das Angebot an Ausbildungsstellen, das an die Arbeitsämter kam, um 12 000 höher als im vorigen Jahr war.

Der Trend zu einer Verschiebung zum Positiven hat sich also fortgesetzt.

Bei den Jugendlichen ist es so, daß sich 490 000 um einen Ausbildungsplatz beworben haben. Das waren 18,4 % mehr. Wir sehen also, daß die starken Jahrgänge eben noch nicht erledigt sind, daß wir die starken Jahrgänge auf dem Ausbildungsstellenmarkt haben, jetzt auch mehr Realschüler und zu einem großen Teil auch Gymnasiasten.

Bei der Bewertung der jetzigen Situation muß man folgendes mit beachten. Es sind von den angebotenen Ausbildungsplätzen bis auf 90 000 alle mit einem Vorschlag versehen, d.h. es sind 262 000 besetzt worden. Aber es sind nur 144 000 Jugendliche untergebracht worden. Diese Differenz von ungefähr 120 000 sagt aus, daß manche Jugendlichen an mehreren Stellen zusagen und daß dadurch unsere Maßnahmen etwas behindert werden.

Man muß auch die Jugendlichen zur Solidarität untereinander auffordern und muß diejenigen, die einen Ausbildungsplatz angenommen haben, die einen Vertrag geschlossen haben, bitten, das auch den Ämtern zu sagen, damit sie nicht andere Jugendliche beim Suchen einer Ausbildungsstelle behindern.

(Beifall)

Das muß deutlich gesagt werden, wobei man natürlich nicht verschweigen darf, daß es selbstverständlich das gute Recht der Jugendlichen ist, sich mehr umzusehen. Nur: Wenn sie abgeschlossen haben, sollten sie das melden.

Wir müssen dabei auch beachten, daß sich die Jugendlichen heute sehr viel früher bei den Ämtern melden - das ist gut so -, während die Betriebe ihre Ausbildungsstellen nicht sofort melden, und sie melden auch nicht alle, denn logischerweise ist der unmittelbare Andrang so groß, daß die Betriebe das gar nicht erst tun. Mein Appell an die Betriebe ist: Melden Sie auch diese Stellen,

diejenigen, die Sie freihändig vergeben, oder diejenigen, wo Sie jetzt noch werben und an die Öffentlichkeit gehen. Melden Sie sie den Ämtern, denn nur so kann ein Ausgleich erreicht werden. Das Monopol der Bundesanstalt bezieht sich ja nicht nur auf die Quantität, sondern eben auch und ganz besonders auf die Qualität, damit ein Jugendlicher nicht einen für ihn nicht geeigneten Platz annimmt und damit auch nicht umgekehrt Plätze für Ungeeignete angeboten werden.

Wenn wir die Unterlagen der Berufsberatungsstatistik sehen, stellen wir fest, daß wir zwar positive Zeichen der Aufwärtsbewegung erkennen, daß wir uns aber damit allein nicht zufriedengeben können. Wir müssen weiter darum werben, daß Handwerk, Industrie, Handel und Verwaltungen - die Verwaltungen nenne ich mit besonderem Nachdruck - das Angebot an Ausbildungsstellen erhöhen.

Wir müssen ja erkennen - ich habe das vorhin durch Zahlen belegt -, daß die Jugendarbeitslosigkeit einen Zusammenhang mit der Ausbildung hat. Wer ausgebildet ist, bleibt nicht so lange arbeitslos. Das habe ich vorhin an der Entwicklung der Zahlen dartun können.

Dabei hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Zusammenwirken mit uns eine neue Form der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit zu finden versucht. Wir sind hier ein bißchen im Experimentierstadium. Natürlich konzentrieren wir uns zuerst einmal auf die Ausbildungsstellen und dann erst auf das berufspraktische Jahr.

Wir haben das schon angefangen, aber es wird sicher erst später eine Rolle spielen. Es geht darum, Jugendliche, die keine Ausbildung bekommen hatten und arbeitslos sind, oder solche, die arbeitslos wurden und damit dem Arbeiten entwöhnt werden, durch eine zeitweise Einführung in den Betrieben, durch eine Einführung in ein neues Lernen, in ein neues Arbeiten, weiterzubringen. Wir haben eine enge Kooperation vereinbart, und ich bin für diese Gespräche sehr dankbar. Wir geben dazu unsere Hilfen und wollen erreichen - das sage ich noch einmal -, daß Jugendliche nicht abseits stehen. Denn, meine Damen und Herren, Jugendliche, die von der Wirtschaft, von den Verwaltungen, von uns allen abseits stehengelassen werden, werden später politisch abseits stehen und werden Extremisten werden.

(Zustimmung)

Deswegen haben wir eine hohe Verpflichtung in diesem ganzen Bereich.

Dabei will ich auch noch einmal darauf zu sprechen kommen, daß uns die Akademikeralbeitslosigkeit Sorgen macht. Das ist auch schon gesagt worden, und Sie haben die Zahlen auch in Ihren Unterlagen. Bei der Bewertung dieser Zahlen muß man, aufs Ganze gesehen, berücksichtigen, daß die Arbeitslosenquote bei Akademikern immer noch niedriger ist als in allen anderen Bereichen. Aber Sie alle wissen, wie groß die Zahl der Studierenden an den Hochschulen noch ist und daß das Problem erst in einigen Jahren mit voller Wucht auf uns zukommen wird.

Die Lösung heißt, auch diesen Studenten, den späteren Akademikern, oder den Absolventen von Fachhochschulen Alternativlösungen anzubieten, schon im Studium dafür zu sorgen, daß das Studium Praxisbezug hat und daß dort etwas gelernt wird, was man auch in die Praxis umsetzen kann, also die Transferfähigkeit des Wissens zu fördern.

Andererseits muß natürlich Bildung, wenn man sie fördert, als ein Wert anerkannt werden, aber eben auch als ein Wert, der nicht automatisch die Beschäftigung im höheren Dienst der öffentlichen Verwaltung oder im Management der Betriebe zur Folge hat. Da wird man wohl auch andere Möglichkeiten des Einstiegs in die Wirtschaft finden müssen.

Dabei wird sich auch erweisen, daß vielfach neue Formen der Beschäftigung gefunden werden müssen. Herr Geißler hat vorhin auf die Teilzeitarbeitsplätze hingewiesen. Ich habe mir gesagt, man sollte überall ein bißchen einen positiven Akzent setzen. Leider habe ich als letzte Zahlen nur Zahlen von 1982 hier. Seit wir mit den anderen Sozialversicherungsträgern über Computer auszählen, haben wir die Zahlen etwas später zur Verfügung. Wir hatten von März 1981 auf März 1982 eine Abnahme der Beschäftigtenzahl um 488 000. Diese Abnahme ist ja bekannt; daraus ist ja die Arbeitslosigkeit entstanden. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Zeit um 601 000 gestiegen. Hier sehen Sie schon, daß der Neuzugang an starken Jahrgängen auch eine Rolle spielt; die Zahlen sind also nicht identisch.

In der gleichen Zeit, in der wir insgesamt 488 000 Arbeitnehmer weniger haben, haben wir, Herr Geißler, 38 900 neue Teilzeitbeschäftigte, also ein Plus. Draußen im Wirtschaftsleben geschieht in dieser Richtung, auf Auswahl zu gehen, also mehr, als die öffentlichen Diskussionen - insbesondere der Sozialpartner - manchmal zeigen. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist eine erfreuliche Entwicklung.

Mein Schlußsatz: Es ist an uns, wirklich zu sehen, daß junge Menschen erstens um ihrer selbst willen eine Ausbildung bekommen, zweitens aber auch um der staatspolitischen Notwendigkeit willen. Drittens ist es auch volkswirtschaftlich notwendig, denn diejenigen, die jetzt keine Ausbildung bekommen, sind im Jahre 2000 die die Arbeit tragende Schicht, und es wird uns dann sehr weh tun, wenn ein großer Teil ohne Ausbildung geblieben ist. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank, Josef Stingl!

Wir gehen ohne Verzug weiter, damit wir keine Zeit verlieren. Ich darf Herrn Professor Eckert von der Universität Trier das Wort erteilen.

Prof. Dr. Roland Eckert: Meine Damen und Herren, ich möchte im folgenden kurz begründen, warum Jugendarbeitslosigkeit nicht nur ein Problem des Altersaufbaus unserer Gesellschaft und nicht nur ein Problem der gegenwärtigen Konjunktur ist. Dann möchte ich auf die

Lage zweier Problemgruppen, nämlich der niedrig Qualifizierten, der Ungelernten, und der Hochqualifizierten, der Akademiker, eingehen und Vorschläge zur Änderung unterbreiten.

Die Arbeitslosigkeit, die heute auf immer mehr Hauptschulabgänger, Gesellen oder Akademiker nach Abschluß der Schule oder Berufsausbildung wartet, ist nur zu einem Teil durch die Altersstruktur der Bevölkerung, d.h. durch geburtenstarke Jahrgänge und geringe Abgänge andererseits bedingt. Sie ist auch nur teilweise konjunkturbedingt. Zu einem dritten Teil aber ist Jugendarbeitslosigkeit heute und langfristig, wie ich glaube, die Konsequenz des weltwirtschaftlichen und technischen Wandels einerseits und des geltenden Arbeitsrechts andererseits.

Mit unserem Investitionsgüterexport schaffen wir uns Konkurrenz aus Ländern mit niedrigen Löhnen. Technische Wandlungen ermöglichen Rationalisierung; die Konkurrenzverhältnisse erzwingen diese. Kündigungsschutz usw. führen dazu, daß diejenigen die Kosten zu tragen haben, die am allerwenigsten für ihre Entstehung verantwortlich sind: Jugendliche, die auf Einstellung warten. Ihnen braucht nicht gekündigt zu werden, weil sie noch gar nicht eingestellt sind.

Jugendliche sind so seit den 60er Jahren in den USA und seit den 70er Jahren bei uns zu dem geworden, was man einmal eine industrielle Reservearmee genannt hat. Nachdem sie es sind, die in 20 oder 30 Jahren auch noch einen überproportional hohen Anteil ihres Einkommens für unsere Renten aufzubringen haben, besteht die Gefahr, so glaube ich, daß der sogenannte Generationenvertrag zur Ausbeutung verkommt.

Meine zweite These befaßt sich mit der Problemgruppe der Niedrigqualifizierten. Durch die Ausweitung der Bildungschancen haben wir in Schule und Berufsausbildung Konkurrenzverhältnisse institutionalisiert, in denen es ganz unvermeidlich nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer gibt, Erfolgreiche und weniger Erfolgreiche. Soziale Schichtung vollzieht sich heute als sichtbarer Prozeß innerhalb der Jugend. Wir erzeugen so systematisch einerseits Erfolgreiche und Erfolgsszuversichtliche, andererseits aber auch Erfolglose und darum mißerfolgsängstliche Menschen. Diese gehen dann bei der Konkurrenz um Arbeits- und Lehrstellen mit größerer Wahrscheinlichkeit leer aus.

Nicht die niedrige Qualifikation ist die Ursache der Arbeitslosigkeit, sondern in der gegebenen Konkurrenz um Arbeitsstellen gehen Niedrigqualifizierte heute leer aus. Eine Sonderschullehrerin in Hamburg sagte mir, daß ihre Jungen eigentlich nur noch Chancen auf dem Strich hätten. Als Menschen mit beschädigtem Selbstbewußtsein werden sie zwischen Apathie und Aggression pendeln.

Wenn sie erwachsen sind, werden sie auch auf dem Wohnungsmarkt den kürzeren ziehen und schließlich in Sozialwohnungen und Notunterkünften eingewiesen. Endergebnis dieser Selektionsprozesse werden Slums sein, in denen sich eine Unterschicht herausbildet, die man das Lumpenproletariat des 21. Jahrhunderts nennen kann.

Wenn wir diese Entwicklung steuern wollen, müssen wir, so glaube ich, Kommunen, Körperschaften und Wohlfahrtsverbände zumindest bis 1995 in die Lage versetzen, jedem Schul- und Ausbildungsabgänger, der nicht vermittelt werden kann, einen Arbeitsplatz zum Mindestlohn anzubieten, der mit der Vermittlung von Grundqualifikationen verbunden ist. An unerledigten Aufgaben fehlt es nicht. Wen das an den Arbeitsdienst erinnert, dem sei entgegnet: Dieses Mal sollte die zweite deutsche Republik nicht warten, bis ein anderes System die Arbeitslosigkeit beseitigt.

(Beifall)

Damit würden wir zumindest die Arbeitslosigkeit abfangen, die aus dem Altersaufbau der Gesellschaft herrührt und auch durch Wachstumsraten wie in den 50er und 60er Jahren nicht zu beseitigen wäre. Für diese Aufgabe schiene mir auch ein neuer Lastenausgleich gerechtfertigt, der Teile der Konsumkraft verlagern dürfte, wie wir das in den 50er Jahren auch schon gemacht haben. Anderenfalls aber verlagern wir die Kosten auf die Zukunft.

Meine Damen und Herren, die dritte These befaßt sich mit der Akademikerarbeitslosigkeit. Die Nachfrage nach akademischer Bildung wurde bisher zu einem Teil durch die Hoffnung auf überdurchschnittliche Einkommen motiviert. Sie wird gegenwärtig auch durch Alternativenlosigkeit motiviert. Wir stellen gleichsam den Parkplatz des Beschäftigungssystems dar.

Im Besoldungsrecht des öffentlichen Dienstes und in der Gebührenordnung akademischer Berufe - und von dort ausgehend in den Gehältern der Angestellten - sind gegenwärtig Verhältnisse festgeschrieben, die ihre ökonomische Grundlage längst schon verloren haben. In ihnen sind festgeschrieben die Knappheit höherer Ausbildung und damit deren hervorragender Marktwert; zweitens die höheren persönlichen oder familiären Investitionen in die Ausbildung zu einer Zeit, in der der Lebensunterhalt und die Studiengebühren von den Studenten selbst bezahlt werden mußten.

Das führt heute zu der paradoxen Situation, daß die Gesellschaft erstens Bildungsinvestitionen finanziert, die in die Studenten vorgenommen werden, zweitens das entsprechende Wissen der Akademiker hoch über den möglichen Marktpreisen wieder zurückkauft, drittens mit den festgeschriebenen Gehältern weitere Bildungswillige anlockt und dementsprechend neue Investitionen vornehmen muß und schließlich viertens Arbeitslose ernähren, alimentieren muß, denen andere Arbeit auf Grund ihrer Qualifikation nicht zumutbar erscheint.

Die Irrationalität der gegenwärtigen Lage steht der EG-Landwirtschaftspolitik nicht nach. Freilich handelt es sich nicht um verbilligte Investitionskredite, sondern um Direktinvestitionen, nicht um Butterpreise, sondern um Gehälter, nicht um Butterberge, sondern um akademische Arbeitslosigkeit.

Schließlich gibt es auch keine Ostblockländer, in denen wir unsere Überproduktion verramschen können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nur die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien kann die unbegründete Ungleichheit der Einkommen beseitigen, die immer größeren Kosten des Bildungsberges abtragen und darüber hinaus aber auch die Konkurrenzverhältnisse in den Ausbildungsinstitutionen entspannen, die Selektionsleistungen, die die notengebenden Lehrer vornehmen müssen, entlasten und damit auch den Unterricht angstfreier machen. Zu Marktpreisen könnten wir wesentlich mehr Lehrer, Sozialarbeiter, Ärzte, Juristen einstellen und übrigens auch zur Betreuung von jugendlichen Arbeitslosen niedrigqualifizierter Herkunft einsetzen.

Wenn wir die Zahl der ausfallenden Unterrichtsstunden, die Klassengröße, die Zahl der offenbar benötigten Nachhilfestunden bedenken, kann keine Rede davon sein, daß hier kein Bedarf sei. Ein Blick auf die Warteschlangen bei den Ärzten, ein Gedanke an die Jugendprobleme, die auf uns zukommen, zeigen, daß das auch für andere akademische Berufe gilt.

Meine Damen und Herren, zusammen mit flexiblen Arbeitszeitregeln, mit Teilzeitarbeitsplätzen und - das ist ein Vorschlag, den ich Ihnen auch ans Herz legen müßte - mit der Aufhebung der Ladenschlußzeiten für Selbständige und damit der Wiederbelebung von arbeitsintensiven Kleinbetrieben

(Beifall)

halte ich es durchaus für möglich, die gegenwärtig lediglich konsumierenden oder aber schwarz produzierenden Arbeitslosen wieder zu einer produktiven Tätigkeit zu bringen.

Meine Damen und Herren, benutzen Sie den Schwung Ihres Erfolges, den Sie gestern abend gefeiert haben, um diese Lösungen durchzusetzen. - Danke.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Ich darf Herrn Professor Eckert herzlich danken.

Sie sehen mir nach, wenn ich noch einmal meine Bitte äußere, und zwar auch an die Teilnehmer links und rechts am Rande des Saales. Die Akustik in diesem Saale ist so, daß auch Gespräche, die ganz links, ganz rechts und ganz hinten in die Mitte vorgetragen werden, außerordentlich stören. Wir haben doch deshalb miteinander vereinbart, daß die Privatgespräche draußen geführt werden. Ich darf Sie also noch einmal darauf aufmerksam machen und werde das auch weiterhin tun, einfach weil das wichtig für die Diskussion hier ist.

(Beifall)

Jetzt darf ich Frau Brusis, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, um ihre Meinung zu diesem Thema bitten.

Frau Ilse Brusis: Meine Herren und Damen! Ich will jetzt nicht auf die gesellschaftspolitische und individuelle Problematik eingehen, die sich aus der Tatsache der hohen Jugendarbeitslosigkeit

ergibt. Das haben meine Vorredner getan. Ich denke, daß wir uns im Rahmen dieser Diskussion in dieser Frage gegenseitig nicht mehr zu überzeugen brauchen.

Die Tatsache, daß sich Ihr Parteitag mit diesem Problem befaßt, macht deutlich, daß die Probleme wohl erkannt worden sind.

Von seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaften bestehen aber erhebliche Zweifel, ob von seiten der Regierung - und ich spreche hier auf einem Parteitag einer Partei, die sich in der Regierungsverantwortung befindet - bisher auch die notwendigen Konsequenzen aus diesen Einsichten in die Problematik gezogen worden sind.

Es ist zweifellos nichts dagegen zu sagen, wenn an die Unternehmer, an die Arbeitgeber appelliert wird, mehr Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat den Arbeitgebern bescheinigt, daß in einem dualen System der Berufsausbildung die Verantwortung dafür, daß eine ausreichende Zahl von Ausbildungsstellen zur Verfügung gestellt wird, bei ihnen liege. Nur die Zahlen, auch die Zahlen, die uns Herr Präsident Stingl hier wieder genannt hat, denen zufolge bis zum heutigen Tage für das im Sommer beginnende Ausbildungsjahr 39000 Ausbildungsstellen weniger bei der Arbeitsverwaltung angeboten worden sind, und die Tatsache, daß die Zahl der Ausbildungsstellen - Suchenden um 18 % gestiegen ist, d. h., daß die Statistiken im April ein Defizit von 120000 Ausbildungsstellen ausgewiesen haben, machen nach unserer Auffassung deutlich, daß es mit Appellen allein nicht getan ist, sondern zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Nun bin ich sehr dankbar, daß in dem Maßnahmenkatalog, den Herr Geißler hier eben vorgetragen hat, der zwar nicht Beschluß des Parteitages werden soll, wenn ich das richtig verstanden habe, aber in die Diskussion einer Kommission, die auf dieser Grundlage arbeiten soll, gegeben werden soll, einige Vorschläge der deutschen Gewerkschaften, wie beispielsweise eine Verstärkung des Ausbildungsverbundes, eine stärkere Heranziehung der Berufsschulen zur beruflichen Vollausbildung mitaufgenommen worden sind. Aber, meine Herren und Damen, ich vermisse, auch im Hinblick auf die besondere und erstrangige Verantwortung, die die Arbeitgeber in diesem Bereich haben, den Vorschlag der Gewerkschaften, der seit Jahren von uns immer wieder gemacht worden ist, dessen Realisierung im Grunde nichts entgegensteht und der eigentlich die Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wäre, nämlich endlich auch diejenigen 80 % der Betriebe zur Finanzierung der Berufsausbildung heranzuziehen, die bisher keinerlei Berufsausbildung betrieben, wohl aber von der Berufsausbildung derjenigen 20 % der Betriebe profitiert haben, die die Berufsausbildung bisher alleine übernommen haben. Ich kann überhaupt nicht einsehen, warum eine solche ungleiche Verteilung der Lasten der Berufsausbildung auf die Betriebe toleriert wird und über die Heranziehung der 80 % der Betriebe, die keine Berufsausbildung betreiben, nicht diskutiert wird. Ich bin gerne bereit - und die Gewerkschaften haben diese Bereitschaft immer wieder gezeigt -, über jede Form staatlicher Ergänzungsmaßnahmen zu diskutieren, soweit damit die Qualität der Berufsausbildung gesichert ist und mehr Ausbildungsstellen

geschaffen werden können - aber erst dann, wenn eine gleichmäßige Verteilung der Lasten der Berufsausbildung auf alle Betriebe durch die von uns geforderte Umlagefinanzierung erfolgt ist.

Meine Herren und Damen, keine Kompromißbereitschaft und auch keine Diskussionsbereitschaft muß ich in dem Punkt anzeigen, wo es darum geht, sogenannte - ich betone noch einmal: sogenannte - ausbildungshemmende Vorschriften aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz zu streichen.

(Zuruf: Das ist ein Fehler, ein ganz großer Fehler!)

- Ich denke, wir werden im Laufe des Tages Gelegenheit haben, sehr eingehend über diesen Punkt miteinander zu diskutieren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich freue mich auch auf eine harte Auseinandersetzung in diesem Punkt.

Meine Herren und Damen, diese Jugendarbeitsschutzbestimmungen sind vom Bundestag beschlossen worden, nicht weil man glaubte, sich einen Luxus leisten zu können, sondern dieser im übrigen von allen Fraktionen einstimmig getragene Beschluß über die Jugendarbeitsschutzbestimmungen ist gefaßt worden, weil man der Auffassung war, daß diese Bestimmungen notwendig sind, um Jugendliche und ihre Gesundheit während einer gewissen Altersphase auch in der Berufsausbildung schonen zu müssen, weil eine Investition in die Gesundheit der Jugendlichen eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen ist, die wir tätigen können. Es ist gar nicht einzusehen, warum jetzt, in einer Phase, wo ganz offensichtlich ein Mangel an Ausbildungsstellen vorhanden ist, aber auch Vorschläge vorhanden sind, wie man diesen Mangel beseitigen könnte, plötzlich diese Vorschriften, die dem Schutz der Gesundheit von Jugendlichen dienen, abgebaut werden sollen. Ich hätte gern einmal gewußt - und vielleicht kann Herr Esser, der nach mir sprechen wird, mir diese Frage beantworten -, wieviele Ausbildungsstellen in den letzten Jahren eigentlich verhindert worden sind. Gibt es darüber Erhebungen? Herr Esser, vielleicht können Sie auch die Frage beantworten, welche Erhebungen im Hinblick darauf vorliegen, wieviele zusätzliche Ausbildungsstellen bei Abbau dieser Bestimmungen geschaffen werden könnten.

(Vereinzelt Beifall)

Mir liegen darüber keine Erkenntnisse vor. Ich kann aber auf der anderen Seite sagen, daß der Abbau dieser Schutzbestimmungen, insbesondere Handwerksbranchen betreffen würde, in denen sich die Zahl der Ausbildungsstellen in den letzten Jahren drastisch erhöht hat, teilweise bis zu 30 und 40 %, wo es zur Zeit sogar ein Überangebot an Ausbildungsstellen bzw. eine über die Aufnahmemöglichkeiten des Arbeitsmarktes hinausgehende Ausbildung gab. Bekannterweise ist doch das Volkswagenwerk in Wolfsburg die größte Bäckerei, die wir in der Bundesrepublik haben. Und gerade das Bäckereihandwerk wäre jetzt vom Abbau der Schutzbestimmungen berührt, mit der Folge, daß noch mehr Ausbildungsplätze in diesem Bereich zur Verfügung gestellt würden. Dies ist für die

Gewerkschaften nicht einsehbar. Wir halten es für unsere Aufgabe, alles zu tun, um den Abbau dieser Schutzbestimmungen im Interesse der betroffenen Jugendlichen zu verhindern.

Jugendarbeitslosigkeit, meine Herren und Damen, ist nicht nur eine Frage der Ausbildungsstellen, sie ist auch eine Frage der Zahl der Ausbildungsplätze, die Jugendlichen nach Beendigung ihrer Ausbildung zur Verfügung gestellt werden können.

Ebenso beunruhigend wie die Tatsache, daß eine große Zahl von Jugendlichen derzeit nicht in die Lage versetzt werden kann, eine qualifizierte Ausbildung zu betreiben, muß die Tatsache sein, daß sie die erworbene Qualifikation in der Berufsausbildung anschließend auf dem Arbeitsmarkt nicht einsetzen können. Nur, hier muß ich darauf hinweisen, daß dieser Teil der Jugendarbeitslosigkeit zugleich Teil des Gesamtproblems der Arbeitslosigkeit in unserem Lande ist und auch nur im Zusammenhang mit Maßnahmen beseitigt werden kann, die insgesamt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen.

Die Vorschläge, die hier eingebracht worden sind, Ausweitung der Teilzeitarbeit, Möglichkeiten des Job-sharing, können von den Gewerkschaften insoweit nicht akzeptiert werden, als es sich insbesondere im Hinblick auf die Teilzeitarbeit nicht um eine freiwillige Teilzeitarbeit der Beschäftigten handelt. Dort, wo jemand aus familiären oder anderen Gründen der Auffassung ist, daß auch ein Teilzeitarbeitsplatz für ihn ein ausreichendes Angebot sei, kann man sich diesem Wunsch sicher nicht verschließen. Aber, meine Herren und Damen, mit einer solchen freiwilligen Teilzeitarbeit wird man das Problem der Arbeitslosigkeit in unserem Lande keineswegs lösen können.

Mein Vorredner hat darauf hingewiesen, daß es sich bei der Arbeitslosigkeit um eine Konsequenz aus weltwirtschaftlichem und technischem Wandel handelt. Ich glaube, daß wir angesichts dieser Erkenntnis andere Maßnahmen als die Erweiterung der Teilzeitarbeit oder die Einführung des Job-sharing diskutieren müssen. Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich hier auf die Vorschläge der Gewerkschaften hinweise, endlich eine konsequente Arbeitszeitverkürzung, und zwar sowohl eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit als auch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, in Angriff zu nehmen. In dieser Frage sind nicht nur die Tarifpartner gefordert, sondern in dieser Frage ist ebenso die Partei gefordert, die in der Regierungsverantwortung steht, weil hier - die Tarifaussensetzungen ergänzend - auch gesetzliche Maßnahmen Platz greifen müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn diese Forderung der deutschen Gewerkschaften von Ihrem Parteitag unterstützt und Wege aufgezeigt werden könnten, wie wir der Realisierung dieser Forderung in den nächsten Jahren baldmöglichst näherkommen können.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank! - Bevor ich das Wort Herrn Esser erteile, möchte ich die Teilnehmer dieses

Parteitags auf folgendes aufmerksam machen: Wer sich nachher zu Wort melden will, möge bitte die Wortmeldungszettel benützen, die sich in Ihrem Besitz befinden. Schreiben Sie bitte Ihren Namen darauf, und geben Sie bitte auch ungefähr an, zu welchem Thema Sie sprechen wollen. Die Strukturierung unserer Diskussion ergibt sich einigermaßen aus dem Sammelantrag, der Ihnen vorliegt. Hier sind ja vor allem bei den Fragekomplexen 5 und 6 Bereiche aufgezählt, die Ihnen Anhaltspunkte geben, auf den Zettel zu schreiben, zu welchem Themenbereich Sie sich melden wollen.

Auf Frau Brusis folgt nun unmittelbar Herr Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Otto Esser: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Für die Wirtschaft ist die berufliche Eingliederung der jungen Generation ein Ziel von hoher menschlicher und hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung. Die beiden Teilbereiche dieser Aufgabe, erstens die Sorge für ein ausreichendes Ausbildungsstellenangebot und zweitens die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, stehen in einem gewissen Zusammenhang, müssen aber doch nach Personen, Handlungszielen und Maßnahmen getrennt werden.

Das von den Verbänden der Wirtschaft gestartete "Aktionsprogramm Jugend und Beruf 1983" hat daher zwei Schwerpunkte: Zunächst und auch vorrangig geht es darum, die Anstrengungen zur Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen weiter zu verstärken.

Ich bin überzeugt, daß diese selbstgestellte Aufgabe auch 1983 gelingen wird. - Lassen Sie mich zu den Ausführungen von Frau Brusis, die das Bundesverfassungsgericht zitierte, anmerken: Das Bundesverfassungsgericht hat keineswegs irgendeinen Ausbildungszwang statuiert. - Wir haben für unseren Optimismus zwei handfeste Gründe: Zum einen wird ein großes Potential an Ausbildungsstellen in diesem Jahr frei, weil der starke Ausbildungsjahrgang 1980 seine Lehre beendet hat. Zum anderen habe ich Vertrauen darin, daß die auszubildende Wirtschaft von der weitreichenden Bedeutung der Fragen überzeugt ist, die es zu beantworten gilt und mit denen wir uns heute auch beschäftigen. Die Zusage gegenüber dem Bundeskanzler war keine leichtfertige Aussage, sondern eine realistische Zielgröße, die auch von sich aus solidarisches Handeln auslösen wird.

(Beifall)

Ich möchte auch hier betonen: Die tatsächliche Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist nach unseren Beobachtungen weitaus günstiger, als sie in den Zahlen der Bundesanstalt zum Ausdruck kommt.

(Beifall)

Dazu hat Herr Stingl schon einige Bemerkungen gemacht. Die Geschäftsstatistik der Berufsberatung spiegelt nur einen Teil des tatsächlichen Geschehens am Ausbildungsstellenmarkt wider, weil sich die Jugendlichen in immer größerem Umfang direkt bei den Betrieben bewerben und sich die Betriebe angesichts der ohnehin vorliegenden Vielzahl von Bewerbungen nicht von sich aus auch noch an das

Arbeitsamt wenden. Die Tatsache, daß bei den Arbeitsämtern im März und April dieses Jahres ein lebhafterer Stellenzugang als in den Vorjahresmonaten zu beobachten war, zeigt deutlich, daß die vielfältigen Aktivitäten in allen Bereichen Wirkungen zeigen. Ich vertraue hier ganz besonders auch auf die Eigenaktivität der jungen Menschen.

(Beifall)

Sorge, meine Damen und Herren, bereitet die Blockierung von Lehrstellen durch Mehrfachbewerbungen, so verständlich diese Mehrfachbewerbungen sind. Wir müssen aber an die Solidarität der Jugendlichen appellieren, ihren Mitbewerbern ebenfalls die Chance zu geben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Es wäre nicht zu verantworten, wenn eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen verlorengelassen würde, weil sie nicht mehr rechtzeitig besetzt werden können. Im vergangenen Jahr mußte in Nordrhein-Westfalen ein Drittel aller Lehrstellen in einem zweiten Verfahren besetzt werden; das war natürlich auch mit Verlusten verbunden.

Schließlich muß auch von den Jugendlichen größere Flexibilität und größere Mobilität erwartet werden, zumal ein Großteil der Ausbildungsstellenbewerber heute älter ist, als das früher der Fall war. So will es mir z.B. auch nicht einleuchten, daß Abiturienten bereit sind, ein Studium außerhalb des Wohnortes aufzunehmen, jedoch Ausbildungsmöglichkeiten ausschlagen, die nicht in unmittelbarer Wohnnähe wahrgenommen werden können.

(Beifall)

Das, was wir aus der Sicht der Betriebe schließlich brauchen, ist ein Klima, das die Betriebe von dem moralischen Druck befreit, einen Ausgebildeten in ein Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Die von allen - ich betone: von allen - gesellschaftlichen Gruppen getragenen politischen Erklärungen, daß Ausbildung in jedem Falle sozial wichtiger sei als eine gesicherte spätere Übernahme, dürfen daher nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben.

(Beifall)

Zu den ausbildungshemmenden Vorschriften und den Bemerkungen von Frau Brusis: Es liegen keine genauen Rechnungen vor, aber es kann überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, daß z.B. im Handwerk, z.B. im Hotel- und Gaststättengewerbe Zehntausende von Ausbildungsplätzen nicht besetzt werden können, weil diese Vorschriften bestehen.

(Beifall)

Es macht eben keinen Sinn, wenn der Bäckerlehrling erst kommt, nachdem die Brötchen bereits fertiggestellt sind.

(Beifall)

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, die sich im Zuge der allgemein hohen Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren zu einem bedrückenden Problem entwickelt hat. Ich habe den Eindruck, daß diese Arbeitslosengruppe noch nicht den ausreichenden Stellenwert in der Politik und in der öffentlichen Meinung hat. Es sind heute immerhin 500 000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Die Problemgruppe unter den jungen Arbeitslosen stellen die Jugendlichen dar, die über keine Qualifikation verfügen. Mehr als die Hälfte der jugendlichen Arbeitslosen hat keine Berufsausbildung und kommt für eine solche aus unterschiedlichen Gründen auch kaum noch in Betracht. Diese jungen Menschen finden zwar schneller als ältere Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz; wegen ihrer mangelnden Qualifikation und wegen ihrer auch häufig eingeschränkten Arbeitsstabilität sind sie aber stärker vom Risiko der Arbeitslosigkeit bedroht.

Die bisher von der Bundesanstalt angebotenen Maßnahmen werden nach Inhalt und Umfang der Situation der jüngeren Arbeitslosen nur zu einem Teil gerecht. Der zweite Schwerpunkt unseres Aktionsprogramms zielt daher darauf ab, jungen Arbeitslosen im Rahmen eines berufspraktischen Jahres ein breit gefächertes Angebot betrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten. Bisher sind 16 Beschäftigungsfelder entwickelt worden. Eine Qualifizierung am Arbeitsplatz kommt den Bedürfnissen dieser jungen Arbeitslosen, die auf Grund ihrer negativen Schulerfahrungen häufig kaum für schulisch ausgerichtete Maßnahmen gewonnen werden können, eher entgegen. Die mit der praktischen Tätigkeit in den Betrieben verbundenen Erfolgserlebnisse verstärken gerade bei diesen Jugendlichen Selbstwertgefühl und Motivierung. Auf beides kommt es sehr an.

Die Einbindung in die soziale Struktur der Berufs- und Arbeitswelt vermittelt ferner die soziale Kompetenz und die entscheidende soziale Integrationsfähigkeit, an der es bei diesem Personenkreis vielfach mangelt. Auf diese Weise können die Chancen junger Menschen für eine Beschäftigung und gegebenenfalls für eine Ausbildung verbessert werden. Allerdings betone ich, daß auch mit einer solchen Maßnahme nicht automatisch eine Übernahmepflicht des Betriebes verbunden werden kann.

Wir halten das Angebot eines berufspraktischen Jahres für einen realistischen und auch für die Jugend attraktiven Weg. Ich darf an dieser Stelle unsere Einladung an die Gewerkschaften, sich an diesen Bemühungen zu beteiligen, erneut aussprechen.

(Beifall)

Da mit einem solchen Programm Neuland beschritten wird, bedarf es erheblicher Umsetzungs- und Werbungsarbeit aller verantwortlichen Institutionen. Es wäre daher verfrüht, schon heute Erfolgsziffern zu verlangen. Das eigentliche Problem besteht darin, die jungen Menschen, um die es hier geht, für qualifizierende Bemühungen zu interessieren und ihnen eine positive Zukunftsperspektive zu geben. Aktivitäten von Staat und Gesellschaft in berufspolitischer Hinsicht sind im politischen Sinne vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber der jungen Generation. Dieses Vertrauen benötigen die Jüngeren und die

Älteren. Dazu bedarf es des Tuns und des Handelns, nicht aber nur der Kritik. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank, Herr Esser.

Ich mache darauf aufmerksam, daß Wortmeldungen hier oben am Podium abgegeben werden können. Es empfiehlt sich, dies möglichst frühzeitig zu tun, damit wir die Diskussion etwas strukturieren können. Parteitage delegierte, die die Absicht haben, in ihren Diskussionsbeiträgen auch Änderungen im Blick auf den Sammelantrag, der Ihnen vorliegt, vorzuschlagen oder zu begründen, können entsprechend verfahren. Wir könnten dann am Ende der Diskussion über die Änderungsanträge auch abstimmen. Ich bitte also, auch die Behandlung des Sammelantrages jetzt mit in die Diskussion einzubeziehen.

Nun gebe ich das Wort an Frau Wilms weiter.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir auch noch einmal die Bemerkung, daß Bildung und Ausbildung für junge Menschen heute existentiell wichtig sind. Ohne eine entsprechende Bildung, Ausbildung und Qualifikation gibt es für einen jungen Menschen kaum mehr die Gelegenheit zur Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung in der Arbeit, durch die Arbeit wie überhaupt in allen Lebensbereichen. Durch eine Ausbildung erhalten die jungen Leute heute überhaupt erst die Voraussetzung, Beschäftigung, Lebenserfüllung, Bewährungschancen, Aufstiegsmöglichkeiten in der modernen Arbeitswelt zu finden.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir können es den jungen Leuten von heute nicht zur Last legen, daß sie den geburtenstarken Jahrgängen angehören.

(Beifall)

Wir müssen ihnen die gleichen Chancen bieten wie den Jugendlichen, die nach ihnen kommen, die den geburtenschwachen Jahrgängen angehören. Deshalb haben wir die Verpflichtung, trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, trotz der leeren Kassen alles zu tun, um diesen jungen Menschen der geburtenstarken Jahrgänge eine Lebenschance zu geben, denn Bildung und Ausbildung bedeuten heute eine Lebenschance. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir uns das jeden Tag erneut vor Augen führen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, was bedeutet das konkret unter dem Gesichtspunkt der Bildungspolitik? Dies bedeutet, daß alle Bildungswege in Schule, in den Betrieben, in den Hochschulen offengehalten werden müssen. Das heißt, daß alle Bildungswege auch Überlastquoten auf sich nehmen müssen, und zwar ebenfalls in allen Bildungsbereichen.

Die Bundesregierung - dies gilt auch für mich selber als zuständigen Ressortminister - ist sehr froh darüber, daß die

Wirtschaft die Zusage gegeben hat, die Herr Präsident Esser gerade wiederholt hat, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Wir nehmen dieses Angebot an. Ich erlaube mir, hier auch ein Dankeschön dafür zu sagen, denn ein solches Angebot ist nicht selbstverständlich.

(Beifall)

Andere Länder in Europa beneiden uns darum, daß die Wirtschaft ein solches gesellschaftspolitisches Engagement zeigt. Dies ist nicht selbstverständlich.

(Beifall)

Wir gehen auch davon aus, daß die Wirtschaft diese Zusage, dieses Angebot einhält.

Mir sind soeben gerade die neuesten Zahlen, die neuesten Erhebungen aus den Kammerbereichen auf den Tisch gelegt worden. Sie sind noch nicht veröffentlicht. Sie zeigen eindeutig auf - dies ist ein Lichtblick -, daß wir erhebliche Steigerungsraten im Ausbildungsangebot haben. Meine Herren von der Wirtschaft, bitte lassen Sie in Ihren Anstrengungen nicht nach! Es geht hier um die jungen Menschen.

Frau Brusis, das möchte ich Ihnen und manchen anderen auch sagen: Mit Drohungen, mit Ankündigungen von Zwangsmaßnahmen ist hier nichts zu machen.

(Beifall)

Wir, Politik und Wirtschaft, Staat und Wirtschaft, wir können nur gemeinsam versuchen, den Weg zu gehen. Die Bundesregierung tut das ihre, um die Wirtschaft zu ermutigen, zu ermuntern und zu unterstützen, daß sie ihrem Angebot nachkommen kann.

Wir legen großen Wert darauf, daß vor allen Dingen auf der regionalen Ebene ein Ausgleich zustandekommt. Wir halten es für notwendig, daß sich auf der regionalen Ebene alle Beteiligten in Partnerschaft an einen Tisch setzen und nicht in Klassenkampf machen. Dies ist ein entscheidender Punkt.

(Beifall)

Herr Präsident Stingl, ich darf mir hier auf einem Parteitag, wo man ja auch Delegierter ist, eine Anregung erlauben: Bitte sagen Sie den Damen und Herren der Arbeitsverwaltung, daß sie sich auf regionaler Ebene noch mehr in Ausbildungsplatzbörsen und in Absprachen behilflich sind, damit da keine Sperrn entstehen.

(Beifall)

Wir haben von der Bundesregierung das Benachteiligten-Programm verstärkt. Denn es geht vor allen Dingen darum, daß diejenigen jungen Menschen, die mit subjektiven Benachteiligungen kommen, nicht auf der Strecke bleiben. Die kommen sonst nie mehr hoch. Hier haben wir eine ganz besondere Verantwortung.

Wir müssen auch überlegen, ob etwas für strukturschwache Gebiete zu tun ist, für Gebiete, in denen keine Betriebe sind. Hier muß noch geholfen werden.

Wir werden auch weiterhin die überbetrieblichen Maßnahmen fördern und nicht hängen lassen. Dabei sage ich immer: Überbetriebliche Maßnahmen können immer nur Ergänzungen der betrieblichen Maßnahmen sein. Sie müssen in fester Zusammenarbeit zwischen den Betrieben arrangiert werden.

Aber, Frau Brusis - und dies sage ich Ihnen, glaube ich, auch für die Bundesregierung -: Wir halten überbetriebliche, zentrale Fondssysteme nicht für den richtigen Weg, das Ausbildungsangebot zu steigern.

(Beifall)

Frau Brusis, dieser Gedanke ist uralte, er ist vor etwa 15 Jahren entstanden, damals in der Diskussion um die Edding-Kommission. Er ist vielfach diskutiert. Es ist nicht so, als wäre dieser Gedanke nie diskutiert worden. Jahrelang ist darüber fachlich und politisch gestritten worden. Was wir heute wissen, ist, daß solche überbetrieblichen Finanzierungsfonds letztendlich dazu führen, daß wir neue Bürokratien und neue Zentralismen aufbauen. Mit denen aber kommen wir nicht weiter.

(Beifall)

Anrechnungsverordnung, Berufsgrundbildungsjahr und Berufsfachschule: Wir sind in meinem Ministerium dabei, zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister in neue Überlegungen zu Maßnahmen einzusteigen, die wir gemeinsam mit den Ländern vollziehen müssen. Hier ist ein Punkt, Betrieb und Schule, über den Bund und Länder nachdenken müssen. Ich kann mir denken, daß wir hier zu Lockerungen kommen.

Zu den ausbildungshemmenden Vorschriften will ich nichts sagen; das fällt in das Fachressort meines Kollegen Blüm, der sich dazu sicher äußern wird.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen hier und heute auch ein Wort verlieren zu den Hochschulen und zu den Abiturienten. Dies ist auch ein Stück Arbeitslosigkeit, dies ist auch ein Stück Berufsnot der jungen Generation. Ich sage auch hier: Wenn wir Schulen und Betrieben Überlastquoten zumuten, müssen wir auch den Hochschulen Überlastquoten zumuten, denn wir müssen die Hochschulen offen halten. Meine Damen und Herren, es gibt für die Abiturienten im Augenblick keine nennenswerte Alternative zum Hochschulstudium. Das müssen wir in aller Nüchternheit feststellen.

(Zustimmung)

Denn wir können den Abiturienten jetzt im betrieblichen und im schulischen Bereich quantitativ noch nicht das Angebot machen, das eigentlich vorhanden sein müßte, wenn wir den jungen Abiturienten eine Alternative aufzeigen wollen. Deshalb müssen wir die Hochschulen offen halten - mit allen Problemen, die damit verbunden sind.

Aber ich darf an dieser Stelle hier und heute auch schon die Wirtschaft bitten, sich Gedanken darüber zu machen und Angebote bereitzustellen, wie wir in den nächsten Jahren, in zwei, drei, vier Jahren, wenn dann die geburtenschwächeren Jahrgänge aus den Haupt- und Realschulen kommen, für Abiturienten auch im Bereich der Wirtschaft, außerhalb der Hochschulen, ein Angebot machen können. Dies ist die entscheidende mittelfristige Frage, vor der wir politisch und fachlich stehen. Deshalb heute schon ein Appell in diese Richtung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine Schlußbemerkung machen, die ich für entscheidend halte, auch für die Bildungspolitik: Bildungspolitik und Bildungsmaßnahmen können immer nur die Voraussetzungen bieten, damit junge Menschen Beschäftigungschancen haben. Aber Bildung kann Beschäftigung nie ersetzen. Bildungsprozesse können nie Arbeit ersetzen. Wir müssen jungen Menschen Arbeits- und Beschäftigungschancen bieten. Insoweit sind die Wirtschaftspolitik, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Schaffung neuer Arbeitsformen entscheidend auch für die Bildungspolitik.

Es hat keinen Zweck, daß wir uns teilweise darüber mokieren, daß junge Menschen im Bildungswesen immer längere Warteschleifen ziehen. Ich bedaure das. Ich finde es nicht gut, daß die Bildungsdauer in der Bundesrepublik Deutschland immer länger wird. Das ist nicht gut, denn es geht dadurch bei den jungen Menschen ein Stück Kreativität verloren. Aber können wir es jungen Leuten und können wir es den Eltern verdenken, daß sie ihren Kindern raten: macht noch eine Schule, macht noch ein Studium, bleibt ein bißchen länger da, wenn sie keine Chancen vor sich sehen, keine Beschäftigungs- und keine Aufstiegschancen? Insoweit, meine Damen und Herren, ist die Zahl der Arbeitsangebote entscheidend für die Bildungswege und die Bildungsentscheidungen der jungen Menschen, aber auch die Struktur des Arbeitsangebots.

Und nun sage ich noch eines, meine Damen und Herren: Man kann es jungen Leuten nicht verdenken, daß sie nach wie vor zur Hochschule streben, wenn sie der berechtigten Annahme sind, daß der öffentliche Dienst sich vor allen Dingen dann aufschließt, wenn man mit Abitur oder einem Hochschulzertifikat kommt und wenn das A 13-Syndrom weiterhin undiskutiert im Raum stehenbleibt.

(Beifall)

Man kann es jungen Leuten auch nicht verdenken, daß sie weiterhin zu den Hochschulen streben, wenn auch in der Personalstrategie der Wirtschaft leider zunehmend mehr auf Zertifikate geschaut wird als auf das persönliche Können und die persönliche Leistungsfähigkeit.

(Beifall)

Auch hier muß ein Umdenken einsetzen. Ich sage als Bildungspolitiker: Die Struktur des Beschäftigungssektors, die Struktur des Arbeitsmarktes ist von entscheidender Bedeutung für die Art des Bildungssystems und für die künftige Struktur des Bildungssystems, das wir neu durchdenken müssen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank, Frau Wilms.

Als nächster hat das Wort der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Walter Quartier.

Walter Quartier: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In einer Zeit, in der die Arbeitnehmer durch hohe Arbeitslosenzahlen und weiter fortschreitende Arbeitsplatzminderung hart betroffen sind, bedrückt die Gewerkschaften die Situation der Jugendarbeitslosigkeit natürlich genauso, wie Sie das hier in diesem Forum zum Ausdruck bringen.

Junge Menschen, deren Chancen stark gemindert sind, eine ausreichende berufliche Zukunft zu beginnen, geraten allzu leicht in eine besorgniserregende Hoffnungslosigkeit.

Dieses ist, so meine ich, für die Stabilität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und für die Zukunft unseres Staates eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Der Ausbildungsplatzmangel hat sich in den letzten Jahren dramatisch entwickelt. Bereits 1980/81 war festzustellen, daß der Ausbildungsplatzmangel flächenmäßig immer weiter um sich greift.

Nach Auffassung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft waren die Maßnahmen aller Beteiligten auch im vergangenen Jahr nicht ausreichend.

Dies bestätigt der jetzt vorliegende Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. Wir müssen feststellen, daß noch niemals seit Einführung der gesetzlichen Berufsbildungsstatistik die Berufsbildungsbilanz so negativ gewesen ist wie 1982. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß im vergangenen Jahr die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 25 000 oder 4,3 % angestiegen ist. Diese Erhöhung war, wie wir feststellen können und feststellen müssen, nicht ausreichend. Es bleiben nach wie vor Tausende von Jugendlichen ohne einen Arbeitsplatz.

Die Bemühungen der Bundesregierung und die Bemühungen der Wirtschaft um einen Wandel werden von der Deutschen Angestelltengewerkschaft ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Man darf es aber nicht im wesentlichen bei Appellen belassen. Das ist für uns ungenügend. Wir sind der Auffassung, daß die heutigen Probleme geringer wären, wenn die Frage einer umfassenden Finanzierungsregelung für die Berufsbildung frühzeitig, bevor die geburtenstarken Jahrgänge auf dem Ausbildungsmarkt in Erscheinung traten, gelöst worden wäre. Hier hat man meines Erachtens in der Vergangenheit versagt.

Aber diese Fehler lassen sich beheben. Hier begeben sich in Widerspruch zu meiner Vorrednerin, Frau Minister Wilms. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft spricht sich nach wie vor für eine gesetzliche Regelung der Ausbildungsfinanzierung aus, die auch solche Unternehmen und Körperschaften einbezieht, die sich an der dualen Berufsausbildung selbst nicht oder nur ungenügend beteiligen. Es kann und darf für uns nicht richtig sein, wenn es Unternehmen

gibt, die in anderen Unternehmen ausbilden lassen, um später die Früchte dieser Ausbildung zu ernten.

Meine Damen und Herren, das kann man meines Erachtens nicht mit dem Hinweis auf eine Bürokratisierung abtun. Ich glaube, daß diese Maßnahme durchaus praktisch umgesetzt werden kann. Wir sollten uns allgemein überlegen, ob wir nicht zu einer Entbürokratisierung in unserem Staate kommen müssen.

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft bejaht ganz ausdrücklich das System der dualen Berufsausbildung. Wir halten es auch für unverzichtbar. Wenn aber im Rahmen dieser Form der Berufsausbildung nicht genügend Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, müssen dann eben weitere geschaffen werden. So muß die Möglichkeit der außer- und überbetrieblichen Berufsausbildung verstärkt immer dort gefördert werden, wo es notwendig ist. Das gilt auch für den Dienstleistungsbereich. Dabei sind neben den staatlichen Trägern zukünftig verstärkt freie Träger einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir nicht fähig sind, den jungen Menschen, die jährlich die Schule verlassen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß die Jugend an unserer Gesellschaftsordnung zu zweifeln beginnt.

Natürlich hat auch nach Auffassung der DAG kein Jugendlicher Anspruch auf einen bestimmten Beruf seiner eigenen Vorstellung, aber jeder von ihnen, meine ich, braucht eine Zukunftsperspektive. Die Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft dürfen nicht zusehen, wie der Leistungswille von Zehntausenden junger Menschen am Beginn ihres Berufslebens Schaden erleidet.

Deshalb ist in diesem Zusammenhang zu kritisieren, daß auch in diesem Jahre ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsstellen noch nicht festzustellen ist. Ich glaube, das ging auch aus den Zahlen, die Präsident Stingl hier vorgetragen hat, hervor.

Ein weiteres Problem liegt in der Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit, selbst dann, wenn sie sich saisonal einmal etwas nach unten bewegen sollte. Davon sind sowohl Jugendliche betroffen, die keinen festen Ausbildungsplatz erhalten oder keinen Ausbildungsabschluß nachweisen können, wie auch Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Eine qualifizierte Berufsausbildung - das muß leider festgestellt werden - ist heute keine Garantie dafür, daß im Anschluß daran eine langfristige Berufstätigkeit aufgenommen werden kann. Von diesem Problem sind nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung junge Frauen in Büro- und Dienstleistungsberufen besonders hart betroffen. Als Grund dafür wird ein überproportionaler Abbau von Arbeitsplätzen durch Einführung neuer Technologien in diesen Bereichen angegeben, wie überhaupt generell festzustellen ist, daß die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit sehr eng mit dem Abbau von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und Einführung neuer Techniken verbunden ist. Dadurch, daß in vielen Wirtschaftszweigen die Zahl der offenen Stellen niedriger ist als die Zahl der erfolgreichen

Prüfungsabschlüsse, sehen sich die Jugendlichen von Anfang an einem arbeitsmarktpolitischen Ungleichgewicht konfrontiert. Das verunsichert, das entmutigt, das führt bei vielen in die Resignation.

Deshalb ist die Deutsche Angestelltengewerkschaft der Auffassung, daß u.a. zur Minderung der Jugendarbeitslosigkeit unverzichtbar ist, daß erstens allen Jugendlichen die Möglichkeit zur Absolvierung einer qualifizierten Berufsausbildung gegeben werden muß. Die Chance, dann eine Berufstätigkeit zu ergreifen, wird dadurch zumindest erhöht.

Zweitens: Heute noch bestehende Ausbildungsordnungen, die keine ausreichende Qualifikation bieten wie beispielsweise der Beruf des Verkäufers oder der Verkäuferin oder der Bürogehilfin sind zu reformieren oder abzuschaffen.

Drittens: Für arbeitslose Jugendliche sind Bildungsangebote zu schaffen, die sich an möglichen Veränderungen der Arbeitsplatzsituation ausrichten.

Viertens: Bei Jugendarbeitslosigkeit, die durch Strukturprobleme entstanden ist, sind entsprechende Fördermaßnahmen durch den Staat zu schaffen. Geld für Fortbildung ist besser als Geld für Nichtstun.

Fünftens: Bei Beschäftigungsprogrammen der öffentlichen Hand sind die Jugendlichen besonders zu berücksichtigen.

Sechstens: Bei Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau darf dieses in Betrieben und Unternehmen nicht auch noch überproportional zu Lasten der jungen Generation gehen.

Jugendarbeitslosigkeit kann nach Auffassung der DAG nur dann abgebaut werden, wenn insgesamt in der Wirtschaft und vor allen Dingen auch im öffentlichen Dienst mehr Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Insofern sind auch alle Formen der Arbeitszeitverkürzung, etwa der Lebensarbeitszeit und der Wochenarbeitszeit, ein Beitrag, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermindern, insbesondere für die Jugendlichen, die nach erfolgreichem Abschluß der Ausbildung keinen Arbeitsplatz erhalten.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Angestelltengewerkschaft ist bereit, mit allen Verantwortlichen über das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu reden, und zwar ohne Tabus und ohne ein vorgefaßtes Nein.

(Vereinzelter Beifall)

Ich warne aber davor zu glauben, daß durch den Wegfall angeblich ausbildungshemmender Vorschriften das Problem der Jugendarbeitslosigkeit gelöst werden kann. Ich kann die Zahlen, die Herr Präsident Esser genannt hat, hier weder bestätigen noch verneinen. Festzustellen ist aber, daß die Zunahme der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse in den Ausbildungsberufen sehr unterschiedlich ist. Die höchsten Steigerungsraten ergeben sich beim Fleischerhandwerk, beim Bäckerhandwerk und im Hotel- und Gaststättengewerbe, also in den Bereichen, in denen es angeblich

notwendig ist, die ausbildungshemmenden Vorschriften wegfallen zu lassen. Denken Sie an die gesundheitsgefährdenden Maßnahmen, die damit verbunden sind, und denken Sie daran, daß heute bereits über 50 % der arbeitenden Menschen frühzeitig in eine Erwerbsunfähigkeitsrente gehen müssen.

Lassen Sie mich noch zwei Worte sagen: Arbeitsplatz-sharing und Teilzeitarbeit, zwei Worte, die für die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft mehr als Schlagworte in eine Diskussion eingebracht worden sind und die meines Erachtens an der Praxis vorbeigehen. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß bei einem Ausbildungsplatz-sharing die durchaus auch von uns festgestellte überwiegend gute Ausbildung der Jugend weiter verbessert werden kann. Entweder werden wir zu einer nicht zu vertretenden Verlängerung der Ausbildungszeit kommen müssen, oder wir werden durch ein Ausbildungsplatz-sharing zu einer Verkürzung der Ausbildungszeit kommen, indem wir nämlich nur noch die Hälfte der Zeit ausbilden; und das kann unter dem Strich nur zu Lasten der Wirtschaft und der Gesellschaft gehen.

Was die Teilzeitarbeitsplätze anlangt, weise ich darauf hin, daß in der Praxis festzustellen ist, daß sehr viele bereit sind, einen Teilzeitarbeitsplatz morgens anzutreten, daß man aber, und zwar aus verständlichen Gründen, kaum jemand findet, der bereit ist, am Nachmittag einen Arbeitsplatz anzutreten. Wenn das so ist, muß man in dieser Diskussion ehrlich gegen sich selbst sein und die Frage stellen: Kann man diese Forderung nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen aufrechterhalten, oder macht man sich letzten Endes etwas vor?

Lassen Sie mich mit der Feststellung schließen, daß die Jugendarbeitslosigkeit ein gesellschaftliches Problem ist und überproportional zu bewerten ist. Entsprechend konzentriert müssen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nach Meinung der DAG sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Diskussionsleitung: Vielen Dank, Herr Quartier, für Ihren Beitrag.

Als nächster hat das Wort Herr Weiss, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsrats und, wie Kenner wissen, vielleicht demnächst sogar Vorsitzender. Ich gebe ihm gern das Wort, zumal da es mich überrascht, daß der Wirtschaftsrat links von den Sozialausschüssen sitzt.

(Heiterkeit)

Sie haben das Wort.

Heinrich Weiss: Vielen Dank. - Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Jugendarbeitslosigkeit und auch die allgemeine Arbeitslosigkeit werden sich nur bewältigen lassen, wenn eine konsequente Politik des wirtschaftlichen Wachstums praktiziert wird. Wie diese Politik formuliert werden muß und wie sie zu gestalten ist, haben nicht nur der Wirtschaftsrat, sondern auch die Spitzenverbände der Wirtschaft schon häufig genug gesagt. Das hat ja

Gott sei Dank seinen angemessenen Niederschlag in der Regierungserklärung gefunden. Dabei ist sich die Wirtschaft klar darüber, daß die Bundesregierung den sogenannten Aufschwung nicht quasi frei Haus liefern kann, sondern daß ihn die Wirtschaft selber schaffen muß. Die Frage ist: Wie läßt sich der Weg für die wirtschaftliche Erholung ebnen?

Bevor ich auf spezifische Maßnahmen zur Jugendarbeitslosigkeit komme, nenne ich noch einmal stichwortartig die Hauptpfeiler einer Politik, die wir von wirtschaftlicher Seite her für unabdingbar halten.

Ganz sicher an erster Stelle stehen vorrangig die Sanierung der Staatsfinanzen und im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung und damit verknüpft die Überarbeitung des Systems der sozialen Sicherung. Dabei muß ganz offen ausgesprochen werden, daß überzogene Leistungen abgebaut und vor allem Mißbräuche des Systems beseitigt werden müssen. Drittens kommt es darauf an, die Voraussetzungen für unternehmerisches Handeln dauerhaft über ein investitions- und leistungsfreundliches Steuersystem zu verbessern. Es geschieht ja nicht ohne Grund, daß auch in dem Antrag des BundesparteiVorstands zur Jugendarbeitslosigkeit, der diesem Bundesparteitag vorliegt, an erster Stelle oder gleich vorne zwei Dinge genannt werden: erstens die Leistungsbereitschaft aller Bürger und zweitens die Investitionsfähigkeit der Unternehmen. Ziel dieser Maßnahme muß es sein, eine Verbesserung der Ertrags- und Eigenkapitalsituation der Unternehmen zu erreichen. Nur dann sind die Unternehmen in der Lage, zu investieren und auch an die internationale Technologie durch eine Innovationsgeschwindigkeit anzuschließen, die der unserer wichtigsten Konkurrenznationen gleich ist. Nur mit einer solchen wirtschaftlichen Belebung - deshalb diese Einleitung - läßt sich die Arbeitslosigkeit und damit die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.

Daß heute mehr als 200 000 Jugendliche unter 20 Jahren und 500 000 junge Menschen von 20 bis 25 Jahren keine Arbeit haben, ist auch nach Meinung der Wirtschaft und nach Meinung des Wirtschaftsrats und sicher nach Meinung aller Unternehmer das gravierendste politische, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Problem, das wir in diesem Land haben.

Niemand hat ein Patentrezept für die Lösung dieses Problems. In den Anträgen, die diesem Parteitag vorliegen, ist eine Fülle von einzelnen Vorschlägen gemacht worden, wie man dem Problem beikommen kann. Lassen Sie deshalb auch mich in meinem Eingangsstatement einige thesenartige Beispiele nennen, wie die Wirtschaft und auch der Wirtschaftsrat diesem Problem beikommen zu können glauben.

Erstens geht es um die Zahl der Ausbildungsplätze für 1983. Sie alle kennen die Zusage der Spitzenverbände, daß für alle Jugendlichen, die ausbildungsfähig und ausbildungsbereit sind, in ausreichender Zahl Ausbildungsplätze angeboten werden sollen. Die Unternehmer haben diese Zusage gemacht, auch wenn sie damit vor eine schwierige und vor allem kostenaufwendige Aufgabe gestellt werden, über ihren eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Sie wissen, das ist nicht nur eine Frage der Kapazität der Fabriken und nicht nur eine Frage der Anzahl der Ausbilder, sondern es bedeutet besonders eine erhebliche Kostenbelastung der Unternehmer, wenn sie über den

eigenen Bedarf hinaus ausbilden. Aber diese Zusage ist gemacht worden. Ich glaube, das ist ein Zeichen für die Bereitschaft der Wirtschaft zur Kooperation mit der Regierung und auch mit den Gewerkschaften in dieser Frage. Dennoch kann - Herr Esser hat es schon betont - eine Übernahmegarantie für die auf diese Art Ausgebildeten, wie Sie wissen, nicht gegeben werden. Das liegt in der Natur der Sache. Dennoch ist eine Ausbildung auch ohne Weiterbeschäftigungsgarantie besser als gar keine Ausbildung. Wer einen Ausbildungsabschluß vorweisen kann, kann später immer schneller vermittelt werden, und die Dauer einer eventuellen Arbeitslosigkeit wird wesentlich kürzer sein.

Die zweite These zur Behebung des Problems, die ich nenne, ist die Verbesserung der Ausbildungspraxis. Das duale Prinzip der Berufsausbildung in Schule und Wirtschaft hat sich im großen und ganzen ohne Zweifel bewährt. Aber viele Reformen gerade der 70er Jahre haben zu einer zunehmenden Praxisferne bei der Ausbildung geführt. Dies ist natürlich nicht ohne Einfluß auf die Ausbildungsbereitschaft bei den Unternehmen geblieben. Sie müssen sich, meine Damen und Herren, dabei vor Augen halten, daß fast 70 % aller Auszubildenden in Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten ausgebildet werden, d. h. in Betrieben, die ihre Ausbildung mehr mit dem gesunden Menschenverstand als mit Ideologie oder mit einer Bildungsbürokratie, die teilweise in Großfirmen vorhanden ist. Diese Kleinbetriebe fühlen sich durch mancherlei Ausbildungsverordnungen, die mehr von praxisfernen Ideologen als von Praktikern entworfen worden sind, gestört. Das ist einer der Gründe, warum diese Ausbildungsverordnungen überarbeitet werden müssen, damit gerade die Kleinbetriebe, die - ich sage es noch einmal - 70 % aller Auszubildenden ausbilden, besser motiviert werden.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist hier schon erwähnt worden: der Abbau der bürokratischen Bestimmungen und der unnötigen Schutzvorschriften. Wir müßten uns überlegen, ausbildungshemmende Schutzvorschriften für Jugendliche abzuschaffen. Dabei nimmt, glaube ich, niemand in diesem Saal an, daß die Wirtschaft und der Wirtschaftsrat hier einen Rückfall in frühere Jahrzehnte des Frühkapitalismus mit einer quasi ausbeutungsartigen Ausbildung der Lehrlinge fordern. Darum geht es nicht, aber es geht - das wurde hier auch von meinen Vorrednern schon gesagt - darum, daß es speziell in einigen Branchen Ausbildungsbeschränkungen gibt, etwa durch Fragen der Arbeitszeitordnung, die eine Ausbildung in diesen Berufen fast unmöglich machen. Diese Vorschriften müssen überarbeitet werden.

Der nächste Punkt: Ebenso wichtig ist die Überprüfung der Ausbildungsinhalte. Sie wissen, daß der wirtschaftliche Aufschwung in einem ganz hohen Maße davon abhängen wird, ob es uns gelingt, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder zu verbessern. Sie wissen, daß 27 % des Bruttosozialprodukts in diesem Land in den Export gehen. Das ist die höchste Zahl aller größeren westlichen Industrienationen; es ist eine höhere Exportquote als sie z.B. Japan hat.

Das heißt, wenn eine Volkswirtschaft von ihrem technologischen Stand, von ihrer technologischen Konkurrenzfähigkeit her

international abhängig ist, dann unsere Wirtschaft. Um diese technologische Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, müssen auch die Ausbildungsinhalte überarbeitet werden. Wenn wir gegenüber den USA und gegenüber Japan wieder Märkte zurückgewinnen wollen, die wir in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren zum Teil verloren haben, müssen hier Konsequenzen gezogen werden, müssen die schulische und die betriebliche Ausbildung an die neuen Berufsbilder angepaßt werden.

Der nächste Punkt ist das berufspraktische Jahr für jugendliche Arbeitslose. Herr Esser hat es schon erwähnt, so daß ich es hier nur stichwortartig ansprechen will. Dieses von der BDA vorgeschlagene Modell, Jugendliche ohne Arbeitsplatz für ein Jahr einzustellen, ist sicher eine große Hilfe. Es erhöht die Chancen der unter 25 Jahre alten Arbeitslosen, die keine Ausbildung oder keinen Abschluß haben oder aber nach Abschluß ihrer Ausbildung arbeitslos geworden sind.

Ein nächster und aus der Sicht des Wirtschaftsrates sowie aus der Sicht der meisten Unternehmen ganz wichtiger Punkt ist die Förderung der privaten Initiativen zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit. Das ist hier bereits stichwortartig angesprochen worden, aber ich möchte es noch etwas vertiefen, weil die Erfolgsaussichten bislang wohl eher unterschätzt worden sind. Die zahlreichen Initiativen von Privatleuten, Verbänden und Vereinen und auch vom Wirtschaftsrat zur Beratung und Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher sollten von den Kommunen, von den Kammern und, Herr Stingl, auch von der Arbeitsverwaltung jede Unterstützung bekommen. Es geht nicht an, daß Privatleute, private Gruppen oder Kammern den Kontakt zu Arbeitslosen herzustellen versuchen, daß sie ihnen bei einer Bewerbung zu helfen versuchen, daß sie ehrenamtliche Patenschaften zu übernehmen bereit sind und daß sie dann vom lokalen Arbeitsamt noch nicht einmal die Adressen erfahren können.

(Zustimmung)

Auf keinen Fall dürfen diese Initiativen bürokratisch eingeschränkt werden. Wir haben vom Wirtschaftsrat der CDU aus in Münster eine große Aktion gestartet, die in dieser Hinsicht recht erfolgreich war, aber auch dort haben wir das Problem gehabt, daß uns die Adressen nicht zur Verfügung gestellt wurden. Ich glaube - und ich möchte das nicht alles auf Ihnen, verehrter Herr Stingl, abladen -, daß hier ein echter politischer Handlungsbedarf besteht, um das Monopol der Bundesanstalt für Arbeit etwas aufzulockern. Wenn es um wirtschaftliche Fragen geht, gibt es ein ganzes Kartellamt, das jede Monopolisierung sorgsam zu verhüten weiß, aber auf diesem Gebiet gibt es Monopole, die sicher auch nicht mehr zeitgemäß sind.

(Beifall)

Mein letzter Punkt: Ich glaube, daß mit all den Aktionen, die hier vorgeschlagen worden sind, ein Appell an die Jugendlichen selbst verbunden werden muß, der Appell, daß die Jugendlichen nicht nur auf einen Prestigeberuf schauen, sondern flexibel auf die ihnen gebotenen Berufsalternativen reagieren. Natürlich will jeder Jugendliche das ihm vorschwebende Ausbildungs- und Karriereziel möglichst schnell erreichen, aber wir müssen den Jugendlichen sagen, daß - wie es auch auf anderen Gebieten des Lebens üblich ist - viele

Ziele nur auf Umwegen zu erreichen sind und daß es Priorität hat, daß zunächst einmal überhaupt ein Ausbildungsplatz vorhanden ist, auch wenn es nicht genau in dem gewünschten Beruf, sondern nur in einem ähnlichen der Fall ist.

All diese Vorschläge, die ich thesenartig genannt habe, sind natürlich nicht neu, und sie sind schon viel in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Meine Damen und Herren, diese Vorschläge wirken natürlich, wenn Sie jeden einzelnen betrachten, nur wie ein Tropfen auf dem heißen Stein, so daß sie nur flankierend sein können, flankierend zu dem, was ich eingangs als die wichtigste Aufgabe bezeichnet habe: die Wiederbelebung der Wirtschaft, die im wesentlichen von einer Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft abhängig ist. Nur dann, wenn unsere Arbeit tendenziell verglichen mit anderen Ländern in den Kosten stagniert oder wenn unsere Inflation geringer als die in unseren Hauptkonkurrenzländern gehalten werden kann, wird es möglich sein, wieder mehr die Produktionen in diesem Lande durchzuführen, die in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren teilweise ausgewandert sind. Nur auf diese Art kann die strukturelle Arbeitslosigkeit behoben werden.

Trotzdem: Solange wir in dieser Richtung noch nicht erfolgreicher sind, sind die hier vorgeschlagenen Maßnahmen, auch wenn sie nur gering wirken mögen, wichtig. Sie sollen die Belegung der Wirtschaft flankieren, und sie sollen dabei helfen - ich sage dies zum Schluß noch einmal mit aller Nachdrücklichkeit -, daß von der Wirtschaft und von den Unternehmen das drängendste Problem unserer Gegenwart, das der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit, beseitigt werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Diskussionsleitung: Vielen Dank, Herr Weiss, für Ihren Beitrag!

Jetzt erteile ich mir selber als letztem in der Reihe der Forumsteilnehmer das Wort.

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zwei Vorbemerkungen zum Thema machen. Die erste Vorbemerkung: Ich glaube nicht, daß es eine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit auf einen Schlag gibt! Es gibt nur ein Programm der tausend Schritte, und wer nicht bereit ist, viele kleine Schritte zu machen, wird auch das Ziel nicht erreichen.

(Beifall)

Wer auf Patentlösungen setzt, wird alt, stirbt und hat sie nicht erlebt. Nur die Ideologen setzen auf den großen Hokuspokus. Der Illusionscharakter ihrer Vorschläge entspricht ihrer Realitätsferne.

Meine zweite Vorbemerkung: Jugendarbeitslosigkeit ist Teil der Arbeitslosigkeit. Es wird keine isolierte Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit geben.

(Zustimmung)

Es wäre eine Illusion, zu glauben, wir könnten bis zum 20. Lebensjahr Vollbeschäftigung herstellen, und nach dem 20. Lebensjahr beginnt dann die Arbeitslosigkeit. Das wäre illusionär.

Das enthebt uns aber nicht der Verpflichtung, uns anzustrengen und besondere Maßnahmen zu ergreifen, denn sicher ist, daß Jugendarbeitslosigkeit einen besonderen Aspekt hat: Wenn der Einstieg in die Welt der Erwachsenen ein Ausschluß ist, produzieren wir - und zwar zwanghaft - eine Aussteigergesellschaft.

Deshalb will ich meine Bemerkungen in eine allgemeine Sicht der Vollbeschäftigungsproblematik einrahmen. Erstens: Wir brauchen Wachstum. Ich behaupte nicht, daß Wachstum schon alles wäre, aber ohne Wachstum geht vieles nicht.

(Zustimmung)

Die Anhänger des Nullwachstums sind die Gegner der Arbeitslosen. Das wollen wir einmal festhalten!

(Beifall)

Nullwachstum ist das Programm der Saturierten, jedenfalls derjenigen, die ihre Wohlstandslangeweile auf Kosten der Maloche der Arbeiter feiern.

(Beifall)

Ich muß gestehen, ich träume auch gern alternativ unter den Palmen Balis in der Hängematte, wenn ich weiß, daß mir der Rettungswagen der Sozialhilfe, von deutschen Arbeitern bezahlt, zur Verfügung steht.

(Beifall)

Ich halte das für einen Solidaritätsverstoß. Wir haben Bedürfnisse. Gibt es keine Bedürfnisse im Wohnungsbau? Gibt es keine Bedürfnisse in der Kommunikationstechnik? Ich halte die Anhänger des Nullwachstums für die Anhänger des Rückschritts.

(Zustimmung)

Im übrigen wäre es auch merkwürdig, den Stillstand des Sozialprodukts zu feiern und die Erhöhung der Sozialleistungen zu fordern. Das ist ein Widerspruch. Entweder oder!

(Beifall)

Zweitens: Wachstum ist auf Investitionen angewiesen. Ich meine dabei nicht nur arbeitsplatzsparende Investitionen, Rationalisierungsinvestitionen. Ich meine vor allen Dingen Produktinnovationen. Wir haben doch auch einen Teil des technischen Fortschrittes verschlafen, unter einem sozialistischen Eia-Popeia in den Schlaf gesungen. Wir sind doch abgehängt, überholt worden. Fragen Sie doch einmal, wo der Mikroprozessor seinen Durchbruch gefunden hat.

(Beifall)

Wir brauchen eine neue Innovationswelle. Hier sehe ich im übrigen auch die Chance des Mittelstands. Es ist nämlich ein Vorurteil – das durch nichts gerechtfertigt ist – zu glauben, die technischen Neuerungen kämen immer aus den Großlaboratorien. Ein Großteil der technischen Neuerungen einschließlich des Mikroprozessors ist in kleinen Werkstätten – ich sage mit großem Respekt: in sogenannten Klitschen – entstanden.

Wenn ich Investitionen sage, dann ist das deshalb klar, weil moderne Arbeitsplätze viele Investitionen brauchen. Je moderner, um so teurer sind sie. Nur in der Eiszeit waren die Arbeitsplätze relativ billig. Eine Bärenfalle erfordert halt weniger Investitionen als eine computergesteuerte Walzstraße. Und auch eine Keule im Neandertal war relativ billig. Wir brauchen also ein großes Investitionspotential.

Ich setze allerdings – auch als Sozialpolitiker – hinzu, daß das nur zu machen ist, wenn die Arbeitnehmer an den Investitionen beteiligt werden. Das ist der Preis einer vernünftigen Lohnpolitik.

(Beifall)

Ich glaube auch nicht, daß wir uns mit einer neuen Technikfeindschaft Rettung verschaffen können. Es war immer der Sinn der Technik, uns Arbeit abzunehmen, uns Arbeit zu erleichtern. Warum soll das plötzlich anders sein? Warum sollen wir den Ehrgeiz haben, daß ein Lackierer mit der Hand lackiert, seine Lunge kaputtmacht, wenn das ein Roboter machen kann? Lassen wir das doch den Roboter machen. Ich habe gar keinen Ehrgeiz in anderer Richtung. Ein Roboter kann seine Lunge nicht kaputtmachen.

(Zustimmung)

Ich möchte ein paar Einschränkungen machen, damit das nicht überschwappt. Es gibt ein paar Sachen auf der Welt, bei denen ich es nicht gern sähe, wenn die Roboter im Spiel wären. Im Krankenhaus lasse ich mir den Puls lieber von einer Krankenschwester fühlen als von einem Roboter.

(Beifall)

Ich meine das nicht nur als Witz, wir sollten die zwischenmenschlichen Beziehungen nicht völlig den Maschinen überlassen.

Ein weiterer Schritt gerade im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ist Bildung. Bildung allein langt nicht, sonst haben wir gebildete Arbeitslose. Wir brauchen Arbeitsplätze und gebildete Arbeitnehmer. Das ist sogar unsere weltwirtschaftliche Chance. Ausgebildete Arbeitnehmer sind unser großer Produktionsfaktor. Den müssen wir auch weltwirtschaftlich halten. Unsere Chance liegt bei den intelligenten Produkten.

Wir müssen uns auch in eine weltwirtschaftliche Arbeitsteilung einlassen, bei der die Entwicklungsländer ihre Chance haben. Die werden sich aus ihrem Elend nämlich nur mit Arbeit befreien.

Entwicklungspolitik als Almosenpolitik ist ein Faß ohne Boden. Die brauchen Arbeit.

(Beifall)

Ihre Chance könnte gerade bei der Großserie mit relativ niedriger Arbeitnehmerqualifikation liegen.

Nur, meine Damen und Herren, ich gestehe: Bildung hat immer einen Überschuß an Verwertbarkeit. Wir wollen sie nicht reduzieren auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Doch eine Bildung ohne Rückkopplung an den Arbeitsmarkt ist eine Bildung, die den Boden unter den Füßen verloren hat. Und ein Teil unserer Bildungsmisere resultiert daraus, daß die Bildungspolitik im Wolkenkuckucksheim schwebte.

(Beifall)

Ein Lehrling ist genausoviel wert wie ein Student. Dem 16jährigen Lehrling gebührt genausoviel Aufmerksamkeit wie dem 16jährigen Gymnasiasten.

(Beifall)

Es nützt nichts, wenn wir alle die Einsteinsche Relativitätstheorie erklären können, niemand aber mehr einen Wasserhahn abdichten kann. Das kann doch nicht die Zukunft unserer Nation sein: Mondbahnen berechnen, aber keine Dachrinnen reparieren können. Das kann nicht die Gesellschaft sein, die wir uns wünschen. Dazu ist allerdings auch eine neue Aufwertung, ein neues Prestige der beruflichen Bildung nötig.

(Beifall)

Da unterstütze ich inhaltlich voll das, was meine Kollegin Wilms gesagt hat. Ich möchte einmal fragen, ob man all die Universitätsscheine braucht, um den Aufstieg im Leben zu bewältigen. Der öffentliche Dienst sollte da mit gutem Beispiel vorangehen und sich fragen, ob er diese Scheinewirtschaft immer mitmachen soll.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ein Drittel der jugendlichen Arbeitslosen sind solche, die den Hauptschulabschluß nicht geschafft haben. Ein Drittel! 80 % von ihnen erreicht bei Josef Stingl, bei der Bundesanstalt für Arbeit die Berufsreife. Jetzt frage ich Sie: Wieso erreichen die eigentlich nicht die Berufsreife, den Hauptschulabschluß auf dem normalen Schulweg? Wieso erreichen die die Berufsreife bei Josef Stingl? Das ist eine schallende Ohrfeige für das Hauptschulsystem.

(Beifall)

Die Hauptschule ist das Stiefmütterchen geworden. Schminken wir uns die Arroganz ab zu sagen, das seien eben die Faulen, die Dummen, die Leistungsunwilligen. Vielleicht sind es nur diejenigen, die in

der Hauptschule nicht bei ihren eigentlichen Interessen, bei ihren Begabungen gepackt wurden, weil auch die Hauptschulen den Theoriespleen haben.

(Beifall)

Zwei Drittel der arbeitslosen Jugendlichen sind ohne Berufsausbildung. Es zeigt sich: Diejenigen ohne Berufsausbildung sind die Kandidaten Nummer eins der Arbeitslosigkeit. Von der Ausbildungslosigkeit ist es nur ein kurzer Schritt zur Arbeitslosigkeit. Ich besonders habe viele Forderungen an die Arbeitgeber zu stellen. Aber wenn man Forderungen stellt, muß man auch anerkennen - ich will das hier vor aller Öffentlichkeit tun -, daß die Wirtschaft in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen hat, um das Ausbildungsplatzangebot zu erweitern. Das muß anerkannt werden.

(Beifall)

Ich habe Arbeitgeberverbänden keine Ratschläge zu geben. Aber wenn ich einen geben sollte, würde ich sagen: Die beste Imagepflege bestünde darin, wenn sie ihre Zusage hielten und im Herbst dieses Jahres 30 000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellten, wie am 8. Februar dieses Jahres dem Bundeskanzler zugesagt.

(Beifall)

Das ist auch ein Test. Das ist nämlich die Nagelprobe auf die Frage, ob man in dieser Gesellschaft durch Freiwilligkeit etwas erreichen kann oder ob man für alles, wie die Sozialisten es wollen, Gesetze, Bürokratien, Überwachung braucht.

Wer für Freiwilligkeit ist, muß dafür sorgen, daß freiwillig mehr geschieht, als durch Zwang erreicht wird.

(Beifall)

Das ist doch nicht nur ein gutes Werk, sondern das entspricht auch unternehmerischer Weitsicht, nämlich nicht nur für den Tag auszubilden, sondern Ausbildung auf Vorrat zu betreiben. Nach den geburtenstarken Jahrgängen kommen wieder die geburtenschwachen Jahrgänge. Es entspricht der Voraussicht, die auch bei der Investitionsplanung üblich ist, ebenfalls in Sachen Bildung mehr zu tun, als im Jahre 1983 arbeitsmarktpolitisch, unter den Bedingungen des Bedarfs heute und hier, kurzfristig notwendig ist.

Ich appelliere auch an die Jugendlichen und an die Eltern, bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz nicht den "Traumberufen" nachzujagen. Ich setze das Wort Traumberufe in Anführungsstriche; denn ein Teil der Traumberufe sind doch nur Modeberufe, von denen wir gar nicht wissen, ob sie übermorgen noch in der Zahl gebraucht werden, wie das heute der Fall ist. Es zeigt sich, daß gerade bei den am meisten gesuchten Ausbildungsberufen die Zahl derjenigen wächst, die die Lehrzeit beenden und keinen Arbeitsvertrag erhalten.

Ich plädiere für den Grundsatz: Ein Beruf ist immer noch besser als kein Beruf. Wer einen Beruf gelernt hat, hat es auch später im

Leben leichter, umzusteigen, etwas Neues zu probieren. Ich halte es überhaupt für überholt zu glauben - das sind vergangene Zeiten -, man lerne einen Beruf und mit diesem Beruf könne man 40 Jahre lang ruhig und zufrieden durch das Arbeitsleben marschieren. Man wird sich sowieso auf Umstellungen einrichten müssen. Der Elektriker des Jahres 1983 ist mit Sicherheit nicht mehr der Elektriker des Jahres 2000. Wir werden Fortbildung, Umschulung als die normale Begleitung des Arbeitslebens akzeptieren müssen.

(Beifall)

Arbeitgeber, Jugendliche, Eltern sind unsere Adressaten. Die Frage ist zu Recht gestellt worden: Was macht denn die Bundesregierung?

Die Kollegin Brusis hatte die Frage schon gestellt. Da kann ich nur sagen: Wir haben in diesem Jahr, 1983, ein Sonderprogramm für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von 205 Millionen DM vorgesehen. 1982 hatten wir ein Programm mit einem Volumen von 35 Millionen DM. 1982 hat die SPD regiert, 1983 regiert die CDU - das ist der Unterschied. Und wenn da einer sagt, die SPD hätte das auch geplant gehabt, kann ich nur sagen: Deren Pläne hatten die Haltbarkeit von Seifenblasen. Pläne hatten die viele. Wir haben die Mittel aufgestockt.

Wir wollen aber nicht nur Geld ausgeben - mit Geld allein ist das nicht zu machen -, sondern auch überlegen, wie man es treffsicherer anwendet. Wir wollen beispielsweise Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht nur als Beschäftigungstherapie, sondern sie auch mit beruflichen Bildungsmaßnahmen verbinden. Es muß doch nicht alles in die Kleiderordnung des Herkömmlichen. Die Krise muß auch eine Herausforderung sein, daß uns Neues, Unkonventionelles einfällt.

Jetzt zu den ausbildungshemmenden Vorschriften: Deren Abbau ist gefordert worden. Sie sehen, wie schnell die Bundesregierung ist: Wir haben das geprüft, und in der nächsten Kabinettsitzung wird darüber entschieden werden.

In der Tat, wir wollen ausbildungshemmende Vorschriften abbauen.

(Beifall)

Und so ganz wider den Geist des Gesetzes kann das nicht sein; denn in dem Gesetz ist die Ermächtigung für Verordnungen ausgesprochen. Hätte der Gesetzgeber - damals war die SPD in der Mehrheit - nicht diese Notwendigkeit zumindest akzeptiert, hätte er die Verordnungsermächtigung doch nicht aufnehmen müssen. Ich sage: Wir wollen mit diesen Verordnungen nicht den Jugendarbeitsschutz auflösen - da sollte sich niemand Hoffnungen machen -, wir wollen nur Jugendarbeitsschutz praxisnäher gestalten. Wenn die Schwesternschülerin erst um 7 Uhr ins Krankenhaus kommen soll, geschieht das zu einer Zeit, wo die Patienten schon den zweiten Schlaf halten. Wenn der Metzgerlehrling erst um 7 Uhr kommen soll, geschieht das auch zu einer Zeit, wo ein Teil der Vorbereitungen schon gelaufen ist. Unser Vorteil, die ganze Attraktivität des dualen Systems, um das uns andere Staaten beneiden, besteht doch

darin, daß unsere Lehrlinge lernen durch Mitarbeiten. Und wenn sie durch Mitarbeiten lernen sollen, geht es nicht, daß die Arbeitszeiten der Lehrlinge ganz andere sind als die Arbeitszeitgewohnheiten derjenigen, mit denen sie arbeiten.

(Beifall)

Ich halte dieses Lernen durch Mitarbeiten für einen großen Vorteil. Ich glaube, daß ein Teil der universitären Misere auch darin besteht, daß die Studenten zu lange auf dem "Spielplatz" bleiben, daß sie bis zum Alter von 30 Jahren beim "Unernst" des Lebens bleiben. Die müssen doch verrückt werden. Jetzt wollen wir das doch nicht noch auf die Lehrlinge ausdehnen.

(Beifall)

Ich glaube, daß der Ernstfall des Lebens auch Motivation für Kreativität, für Mittun bedeutet und daß wir Jugendliche nicht unter die Käseglocke des praxisfernen Lebens bringen sollten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich stelle mir Jugendarbeitsschutz allerdings so vor - das gilt generell -, daß sich der Gesetzgeber in Zukunft auf die Festlegung von Grundnormen beschränkt und daß die Anwendung der Grundnormen den Tarifpartnern überlassen bleibt. Die können das nämlich besser, als es der Gesetzgeber kann.

(Beifall)

Der Gesetzgeber wird immer unter dem Zwang der großen Verallgemeinerung stehen. Das Leben hat immer mehr Fälle als der Gesetzgeber sich vorstellen kann. Die Tarifpartner sind näher am Ball, sind praxisnäher, können den Umständen besser entsprechende, differenziertere Regelungen finden. Sie können sie auch leichter korrigieren; in ihre Regelungen sind doch Laufzeiten eingebaut. Und noch ein großer Vorteil: Vom Tarifvertrag geht ein großer Kompromißeffekt aus. Ich halte es für gut, wenn beide Partner das, was sie vereinbart haben, gegenüber ihren Anhängern vertreten müssen. Das ist jedenfalls besser, als Forderungen an den Gesetzgeber zu stellen und, wenn sie nicht erfüllt werden, zu schimpfen. Besser ist es, wir machen das mit dem Kompromiß. Das hat auch einen hohen Effekt an Integration.

Ich will mich ausdrücklich den Bedenken anschließen, daß noch immer Mädchen in der beruflichen Bildung benachteiligt werden.

Die berufliche Bildung ist in der Tat ein Stellwerk für Berufschancen. Und wir werden die Benachteiligungen der Frau im Erwerbsleben nicht beseitigen, wenn wir nicht die Benachteiligungen in der beruflichen Bildung beseitigen.

(Zustimmung)

50 % der Ausschreibungen sind Ausschreibungen nur für Männer, 25 % solche nur für Frauen und nur 25 % solche für Männer und Frauen. Meine Damen und Herren, überlegen wir doch einmal gemeinsam: Es sind

mit Sicherheit mehr als 25 % der Berufe, die für beide Geschlechter geeignet sind und zugänglich sein müssen.

(Beifall)

Da sind alte Denkschablonen im Spiel, alte Denkschablonen, die den Zugang der Mädchen verhindern. Es gibt auch Vorschriften, die wir einmal überprüfen müßten, so z. B. ob in jedem Kleinbetrieb Toiletten, getrennt nach Geschlechtern, sein müssen. Ich habe noch kein Flugzeug abstürzen sehen, weil es keine geschlechtergetrennten Toiletten gehabt hätte. Warum sollte das eigentlich nicht auch in einem Kleinbetrieb möglich sein.

(Beifall)

Ich bin da für etwas praxisnähere Regelungen.

Nun, meine Damen und Herren, zum letzten Punkt: Ich glaube - und das sage ich auch, obwohl Herr Esser nicht mehr da ist -, daß Wachstum notwendig ist, Investitionen, Bildung notwendig sind, aber daß wir ohne flexiblere und neue Arbeitszeitregelungen die Misere nicht lösen. Und je später wir darangehen, desto eher fliegt der Deckel vom Topf. Wer alle flexiblen Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit verhindert, wird zum Dambruch beitragen. Dann wird die Welle der 35-Stunden-Woche rollen. Und das ist nicht unbedingt meine Welle. Ich bin eher für Arbeitszeitverkürzungen, bei denen der einzelne entscheiden kann, ob er sie in Anspruch nehmen will oder nicht. Ich ziehe flexible Arbeitszeitregelungen den kollektiv verordneten vor.

(Beifall)

Ich schließe da die Wochenarbeitszeit nicht aus, sie steht nur in meiner Prioritätenskala ziemlich weit unten; ich ziehe Arbeitszeitverkürzungen vor, bei denen die Arbeitszeit nicht nur zurückgenommen wird, sondern bei denen wir Leben und Arbeit besser miteinander versöhnen. Muß denn alles so starr bleiben? Muß denn alles in das Korsett einer fast militärischen Arbeitszeitordnung gebannt werden? Können wir die Übergänge zwischen den Lebensphasen nicht etwas sachter gestalten? Muß der Arbeiter denn bis zum letzten Tage volle Pulle arbeiten und dann am nächsten Tag null Stunden? Die Menschen sind doch keine Maschinen. Laßt uns den technischen Fortschritt doch auch dazu benutzen, Arbeitszeiten wieder dem Menschenrhythmus anzupassen.

(Beifall)

Oder wenn eine Mutter ausscheiden will, weil sie sich ganz ihrem Kind zuwenden will - wenn es ein Vater machen will, ich habe nichts dagegen -, laßt sie doch ausscheiden. Nur heute ist es so: Die kommt nie mehr zurück in das Erwerbsleben - nie mehr. Ja, was müssen wir nun ändern? Müssen wir die Mütter ändern oder die Gesellschaft? Ich bin dafür, wir ändern die Gesellschaft und nicht die Mütter.

(Beifall)

Kollektivisten arbeiten immer nach dem Rezept "Für alle oder für niemanden", "Alles oder Nichts", und deshalb landen sie meistens beim Nichts. Laßt uns differenziertere Lösungen vorziehen. Wenn es nicht für alle geht, laßt es uns doch für die machen, bei denen es geht. Wenn Teilzeitarbeit nicht überall geht, wenn job-sharing nicht überall geht, ja, dann laßt es uns doch dort machen, wo es geht.

(Beifall)

Laßt uns mehr Wahlmöglichkeiten schaffen. Was soll denn das ganze Dogma?

Gewerkschaften sagen, das sei gefährlich. Ja, natürlich, die Teilzeitarbeit kann ein Trojanisches Pferd sein, mit dem sozialer Schutz unterwandert wird. Aber wir dürfen doch nicht, weil etwas unterlaufen werden kann, den richtigen Gebrauch verhindern. Wenn etwas richtig ist, muß es gemacht werden; dann muß der Mißbrauch aber verhindert werden. Wir verbieten doch auch nicht den Rhein, wenn einer ertrunken ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist doch ein Stück Borniertheit, um nicht schlimmere Worte zu sagen: Wir haben 250000 Arbeitslose, die nur Teilzeitarbeitsplätze suchen - die wollen gar keine acht Stunden täglich arbeiten -, und wir haben 2 Millionen Vollerwerbstätige, die auch nicht acht Stunden täglich arbeiten wollen, sondern eigentlich weniger - über 2 Millionen. Die einen arbeiten also null Stunden, wollen aber vier Stunden arbeiten und dürfen es nicht, die anderen arbeiten acht Stunden, wollen auch vier Stunden arbeiten und dürfen es nicht. Muß denn die Welt so borniert, so starr bleiben, oder könnten wir nicht etwas für Auflockerung sorgen, so, daß die Wünsche von Wirtschaft und Arbeitnehmern besser zueinander passen? Das ist unser Beitrag.

(Beifall)

Natürlich muß eine solche Politik mit der Lohnpolitik gekoppelt werden. Das weiß auch ich. Umsonst ist das nicht. Nur wenn es nicht gemacht wird, müssen diejenigen, die drin sind, die etabliert sind, Arbeit haben, über hohe Arbeitslosenversicherungsbeiträge halt wieder zurückgeben, was sie sich zuviel geholt haben. Deshalb ist eine vernünftige Lohnpolitik, gekoppelt mit vernünftigen, flexiblen Arbeitszeitregelungen auch ein Gebot der Solidarität.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Ideologen haben es leichter. Die können die Welt mit einem Schlagwort erklären.

Wir, die wir für Differenzierung sind - das merken Sie an mir -, brauchen ungeheuer viel Worte. Dennoch müssen wir die Anstrengung auf uns nehmen, zu differenzieren; aus vielen Teillösungen ergibt sich die Gesamtlösung.

Das Wort "Krise" wird immer so mit Wollust, mit einer Sehnsucht nach Untergang betont. Ich jedenfalls betrachte die Krise auch als eine Chance, darüber nachzudenken, was wir besser machen können. Für

mich ist die Krise auch eine Herausforderung an unsere Phantasie. Krisenzeiten sind auch Zeiten der Gestaltung und der Entscheidung.

Deshalb laßt das Jammern sein! Mit Jammern holen wir keinen Hund hinter dem Ofen hervor, mit Jammern bewältigen wir auch nicht die Krise. Wir brauchen Phantasie und Mut!

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf allen Podiumsdiskussionsteilnehmern herzlich danken. Ich habe meiner Nachbarin angesehen, daß ihr der Beitrag von Norbert Blüm besonders gut gefallen hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich bei allen, die unsere Diskussion mit ihren Ausführungen eingeleitet haben. Wir wollen keine Zeit verlieren und sofort mit der Plenardiskussion fortfahren.

Zunächst werde ich gleich einem Gast das Wort erteilen, nämlich Herrn Christians, dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes. Als nächster wird Matthias Wissmann, der Vorsitzende der Jungen Union, das Wort erhalten. Dann hat sich Frau Hellwig zu Wort gemeldet, und dann wird der Bundesvorsitzende des RCDS, Franz Dormann, das Wort erhalten. Mit der Nennung dieser Namen verbinde ich die Bitte, daß sich die Betreffenden in der Nähe unseres Rednerpultes aufhalten. Ich darf Sie um Verständnis bitten, daß ich die Bitte äußere, daß möglichst präzise und auch relativ kurz geredet wird.

Herr Christians, ich darf Sie sehr herzlich begrüßen und mich bei Ihnen bedanken, daß Sie gekommen sind. Sie haben das Wort.

Clemens Christians, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nach den flammenden und mitreißenden Worten meines Vorredners ist es natürlich ausgesprochen schwierig, hier jetzt etwas zu wagen und dann auf einem Parteitag noch anzukommen. Ich will es dennoch versuchen und einige Bemerkungen zum Nachdenken geben. Im übrigen bitte ich vorab um Entschuldigung, daß ich jetzt schon dran bin. Aber ich muß den Saal gleich verlassen.

In einigen Worten der Teilnehmer der Podiumsdiskussion klang an, daß es Praktiken gebe, die es ermöglichen, daß viel mehr in den öffentlichen Dienst hineinkommen, wenn man den öffentlichen Dienst nur richtig darstelle. Ich möchte hier doch sehr deutlich davor warnen, dieser theoretisch so einleuchtenden Überlegung zu folgen. Denn bitte denken Sie daran: Welches ist der große Vorzug des öffentlichen Dienstes bei uns in der Bundesrepublik? Der große Vorzug ist die Qualität. Wenn Sie nicht dafür sorgen, daß die Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhalten bleibt, dann müssen Sie damit rechnen, daß auch die Qualität des öffentlichen Dienstes erheblich leiden wird. Ich kann das nicht so einfach abtun, indem ich sage: Wir haben noch so viel Bedürfnis, wir können dies, wir können jenes tun. Ich bin der Auffassung, daß man hier sehr, sehr vorsichtig herangehen muß.

Ich möchte nun konkret zum Problem der Hochschulabsolventen sprechen. Die Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen ist eine Arbeitslosigkeit, die in den nächsten Jahren immer drängender wird. Hier muß etwas geschehen, hier muß eingegriffen werden. Deshalb richte ich an dieser Stelle den Appell an die Kultusminister und sage: Die Kultusminister haben hier die große Aufgabe, innerhalb ihres Bereiches dafür zu sorgen, daß die sogenannte Professionalisierung, wie sie an den Universitäten in bestimmten Berufen Platz gegriffen hat, aufgegeben wird, damit die Chancen für diejenigen, der studiert hat, im Berufsleben größer werden. Wir müssen davon abkommen, daß wir glauben, die Studenten könnten im ersten Semester genau wissen, wie der Gang ihres Studiums bis zum letzten Semester ist und was im Examen verlangt wird. Wir müssen wieder eine größere Selbstverantwortung der Studenten fordern. Wir müssen sehen, daß sie in ihren Studiengängen flexibel sind und während ihres Studiums Grundlagen schaffen, die im Berufsleben etwas taugen, die ihnen Chancen im Berufsleben eröffnen.

Das heißt also: Wir müssen die Abschlüsse erweitern und nicht so eng fassen.

Noch eines möchte ich den Kultusministern sagen: Wir haben so viele Studenten, die jetzt schon in hohen Semestern sind. Deshalb meine ich, daß sich auch die Kultusminister Überlegen müßten - wir können natürlich all das, was ich vorschlage, nur langsam verwirklichen -, ob es für die Studenten, die jetzt schon ihr Examen gemacht haben oder kurz vor dem Abschluß stehen, nicht andere Möglichkeiten gibt, sich auf das Berufsleben vorzubereiten, als in den Vorbereitungsdienst des Staates zu gehen. Das heißt, unsere Vorschläge sind die: Die Kultusminister sollten Alternativangebote machen - es sollte nicht immer um den Vorbereitungsdienst gehen, damit die jungen Leute noch für zwei Jahre von der Straße sind - und zu überlegen geben, an Fernkursen oder Umschulungsmaßnahmen teilzunehmen, um dann eine größere Chance bei der Wahl des Berufes zu haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. - Ich darf, bevor ich Herrn Wissmann das Wort erteile, in unserer Mitte das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Irmgard Blättel, ganz herzlich begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Dann darf ich zum weiteren Ablauf folgendes sagen: Wir führen die Diskussion jetzt zügig weiter. Die Diskussionen insgesamt werden Ihnen, den Parteitagsgliedern, später auch als Material für die Beratungen in den kommenden Wochen und Monaten schriftlich zur Verfügung gestellt.

Wir machen keine Mittagspause. Wir unterbrechen die Diskussion zur Jugendarbeitslosigkeit etwa gegen 12.00 Uhr, um das Grußwort, die Grußansprache von Franz Josef Strauß zu hören. Im Anschluß daran setzen wir die Diskussion zu diesem Thema wieder fort.

Jetzt darf ich Matthias Wissmann bitten.

Matthias Wissmann, Vorsitzender der Jungen Union: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Norbert Blüm hat, meine ich, mit Recht gesagt: Wir brauchen ein Programm der 1000 kleinen Schritte; es gibt nicht den einen großen Wurf.

Ich möchte vier konkrete Punkte nennen und sie sozusagen auch ein bißchen als Frage an einige der hier auf dem Podium dankenswerterweise Anwesenden richten, weil ich finde: Je konkreter wir diskutieren, desto überzeugender wird die Diskussion.

Die erste würde ich gerne an Sie, lieber Herr Stingl, richten. Es ist ein Punkt, der, glaube ich, viele bewegt, die sich mit dem Thema Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel beschäftigen. Es ist gar kein Zweifel, daß sich viele in der Arbeitsverwaltung engagiert bemühen, angesichts des großen Problems täglich ihren Einsatz in überzeugender Weise zu leisten. Aber, Herr Stingl - ich glaube, es geht vielen hier im Saale so -, wir erleben draußen im Gespräch mit den Arbeitsämtern leider immer wieder auch manches Maß an bürokratischer Engstirnigkeit.

(Beifall)

Ich will Ihnen ein Beispiel aus den letzten Tagen nennen: Ist es denn wirklich notwendig, daß etwa ein südbayerischer Kleinunternehmer, der es schafft, ohne kommerzielles Interesse 15 Jugendlichen eine Lehrstelle zu vermitteln, anschließend mit einem hohen Bußgeld der Arbeitsverwaltung belegt wird? Oder wäre es nicht besser, wenn wir nichtgewerbsmäßige Initiativen zur Lehrstellen- und Arbeitsplatzinformation und Arbeitsplatzvermittlung in Zukunft nicht mehr bürokratisch behindern, sondern unterstützen, nach Kräften unterstützen?

(Beifall)

Lieber Norbert Blüm, ich meine, wenn das mit den bisherigen gesetzlichen Mitteln nicht geht, sollten wir einen Gesetzentwurf einbringen, um vom Gesetz her eine Änderung zu ermöglichen.

Der zweite Punkt richtet sich ebenfalls konkret an Wirtschaft und Gewerkschaften. Norbert Blüm hat dieses Thema auch schon angesprochen. In der gegenwärtigen Situation wird nur ein Drittel aller Ausbildungsplätze von Mädchen besetzt. In einigen Arbeitsamtsbezirken ist die Zahl sogar rückläufig. Ich finde, es droht die große Gefahr, daß Mädchen und junge Frauen, die im Bildungssystem heute mehr Gleichberechtigung haben als irgendwann zuvor in der Geschichte, im Erwerbsleben angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusätzliche Probleme bekommen. Deswegen möchte ich zwei konkrete Bitten aussprechen.

Erstens sollte dafür gesorgt werden, daß die Öffnung neuer Berufswege für Mädchen und junge Frauen möglich gemacht wird. Es geht hier um konkrete Maßnahmen, beispielsweise die Maßnahme einer Aufhebung des Beschäftigungsverbots für Frauen im Bauhauptgewerbe. Mit anderen Worten: Wir müssen dazu beitragen, daß Hindernisse, die

noch auf dem Wege zu neuen Berufsbildern für Frauen liegen, beseitigt werden.

Eine zweite Bitte: Warum gibt es eigentlich nicht gezielte Frauenförderungsprogramme in der Wirtschaft, die dazu beitragen sollen, den Anteil von Mädchen bei Lehrstellen und Frauen bei Arbeitsplätzen zu heben? Ich will eines an die Adresse von Frau Brusis sagen: Die Gewerkschaften wären, was diesen Punkt angeht, besonders überzeugend, wenn man in gewerkschaftseigenen Unternehmen mit gutem Beispiel bei der Beschäftigung von Frauen und bei der Besetzung von Lehrstellen mit Mädchen vorangehen würde. Ich meine, Gewerkschaften und Wirtschaft müssen hier ein gemeinsames Interesse haben.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein drittes Problem ansprechen, bei dem keiner von uns auch nur annähernd schon das Licht am Ende des Tunnels sieht. Wir müssen uns darauf einstellen - Herr Christians sprach das Thema kurz an -, daß wir in zwei Jahren bis zu 100 000 junge ausgebildete Lehrer haben, denen wir keine Arbeitsplatzchance in der Mehrheit bieten können. Ich habe den Eindruck, daß wir das Problem zwar alle sehen, aber - von einigen wenigen Randmaßnahmen abgesehen - nichts wirklich unternehmen. Ich glaube, hier droht nicht nur menschlich eine große Zahl von schwerwiegenden Problemen, sondern hier sammelt sich auch viel sozialer Sprengstoff an. Meine Bitte wäre: Können wir uns nicht gemeinsam überlegen - wir können es allerdings nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben, bis wir zu Entscheidungen kommen - , ob wir noch in diesem Jahr ein gemeinsames großes Umschulungsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden, von Wirtschaft und Gewerkschaften auf den Weg bringen und schrittweise verwirklichen, das vielen dieser ausgebildeten Lehrer eine wirkliche berufliche Perspektive eröffnen soll?

Darüber sind wir uns doch wohl alle einig, wo immer wir auch stehen: Wir können es nicht zulassen, daß Zehntausende von ausgebildeten Jugendlichen auf der Straße stehen - ohne jede reale Chance für ihre berufliche und ihre Lebenszukunft.

(Beifall)

Ein vierter und letzter Punkt. Einige Beispiele für zusätzliche Ausbildungsplatzkapazitäten im öffentlichen Dienst sind bereits genannt worden. Ich verweise auf Bundespost, Bundesbahn, Bundeswehr sowie einige große Städte und Gemeinden und auch auf Bundesländer. Das Land Baden-Württemberg beispielsweise hat 1 000 neue Lehrstellen geschaffen. Ich finde, der Parteitag hat, was dieses Thema angeht, aber vor allem dann Überzeugungskraft, wenn wir jetzt sozusagen alle nach Hause gehen und sagen: Überall dort, wo Christliche Demokraten Verantwortung für Verwaltungseinrichtungen in Bund, Ländern und Gemeinden, in Landkreisen und Städten haben, trägt jeder auf seine Weise dazu bei, daß auch im Bereich der öffentlichen Hand dort, wo Zukunftsberufe vorhanden sind, in der Notzeit zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Nur dann können wir

mit dem Zeigefinger auf andere zeigen, wenn die öffentliche Hand dort, wo wir Verantwortung haben, selbst zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

(Beifall).

Das heißt, wenn wir nicht in solchen Punkten jetzt ganz konkret Schritte unternehmen, droht die Gefahr, daß wir von vielen Jugendlichen als solche angesehen werden, die zum Thema der Jugendarbeitslosigkeit zwar Parteitage veranstalten und Beschlüsse - wie konkret sie auch immer seien - fassen, aber im Grunde genommen anschließend nicht in genügendem Maße handeln.

Meine herzliche Bitte an uns alle, aber auch an die Vertreter der Institutionen, die heute anwesend sind, ist, dieses Thema nicht im Auseinandertüfteln von bekannten Standpunkten zu zerreden, sondern den Mut zu haben, über den eigenen Schatten zu springen. Ich finde, sowohl Gewerkschaft als auch Wirtschaft, Bürokratie als auch Politik haben allen Grund, über manchen Schatten zu springen, damit Jugendliche wirklich glauben, daß sich bei diesem Thema etwas bewegt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank, Matthias Wissmann. Auf deine Frage wird der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit nachher sicher noch eingehen.

Ich erteile jetzt Frau Renate Hellwig das Wort.

Frau Dr. Renate Hellwig: Meine lieben Parteifreunde! Es gibt einen Ausspruch, der lautet: Es ist wichtiger, einem geburtenschwachen Jahrgang anzugehören, als reiche Eltern zu haben. - Wenn Sie darüber einmal nachdenken, werden Sie zu dem Ergebnis kommen: Die Zukunftschancen werden doch sehr weitgehend im Bereich des Bildungs- und Ausbildungswesens verteilt. Es ist dann eben wichtig, zu einem geburtenschwachen Jahrgang zu gehören, weil dann alle Türen offenstehen. Meine Damen und Herren, deswegen können wir das Problem jetzt nicht einfach ein paar Jahre vor uns herschieben, bis wieder die geburtenschwachen Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen und sich das Problem von selbst löst. Es ist vielmehr ein eindeutiges Bekenntnis zur Überkapazität in der Lehrlingsausbildung abzulegen.

Ich habe in meinem Wahlkreis in den Betrieben herumgehört. Wissen Sie, warum die Betriebe Angst haben, mehr auszubilden, als sie später beschäftigen können? Sie haben Angst vor den Betriebsräten und vor den Gewerkschaften. Sie haben Angst, später festgenagelt zu werden, diejenigen, die sie ausgebildet haben, auch beschäftigen zu müssen. Deswegen mein Appell an die Vertreter der Gewerkschaften, hier in der Öffentlichkeit klarzumachen, daß es auf jeden Fall gebilligt wird, wenn zu viel ausgebildete Lehrlinge später nicht beschäftigt werden können. Ich bin überzeugt davon, daß dann mehr Ausbildungskapazität geschaffen werden könnte.

Ein weiterer Punkt. Im Blick auf die Situation der Mädchen möchte ich, nachdem meine Vorredner dazu Stellung genommen haben,

nur noch einen Appell aussprechen. Nicht nur die gewerkschaftseigenen Betriebe, sondern auch der öffentliche Dienst könnte Mädchen bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen mehr berücksichtigen, als es bisher der Fall ist.

Im Blick auf die Abiturienten frage ich hier nochmals: Warum ist es nicht möglich, das baden-württembergische Modell der Berufsakademien endlich bundesweit einzuführen? Die Berufsakademien haben wir schon damals vor zehn Jahren geschaffen. Sie leisten - der Lehrlingsausbildung nachgebildet - eine Ausbildung für Abiturienten. Die Abiturienten gehen teils in den Betrieb - duale Ausbildung -, teils auf die Berufsakademie. Die Plätze an den Berufsakademien sind so begehrt, daß wir dort 20 oder 30 Bewerber pro Stelle haben, weil die Ausbildung für Abiturienten dort eben besser ist, als wenn man sie sozusagen in das Studium treibt und sie hinterher dann feststellen müssen, daß sie keine entsprechende Beschäftigung finden.

Nun zum Problem des Studiums. Bereits vor zehn Jahren haben wir auf Grund einer Umfrage festgestellt, daß 66 % der Akademiker im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Wenn wir im Bereich der Universität Beschäftigungsprobleme lösen zu können glauben, werden Massen von Ausgebildeten auf uns zukommen, die im Grunde zu nichts anderem fähig sind, als im öffentlichen Dienst beschäftigt zu werden. Wir gehen genau den falschen Weg, wenn wir glauben, das Problem auf dem Wege über größere Ausbildungskapazitäten an den Universitäten lösen zu können.

Lassen Sie mich noch auf einen letzten Punkt eingehen. Ich bin der Meinung, daß wir die Tatsache, geburtenstarke Jahrgänge zu haben und den jungen Menschen dieser Jahrgänge nicht heute und hier einen Arbeitsplatz anbieten zu können, dazu nutzen sollten, die Wanderjahre, die es früher einmal gab, gewissermaßen wieder in größerem Maßstab einzuführen. Ich bin überzeugt davon, daß unsere Zukunftschance entscheidend davon abhängt, welche intelligente Handelspolitik wir mit den Entwicklungsländern zu treiben in der Lage sind. Intelligenter wird diese Handelspolitik allerdings nur dann sein, wenn wir die Entwicklungsländer besser kennen, als wir es heute tun. Das setzt voraus, daß Menschen aus Deutschland die Chance haben, bevor sie im Berufsleben ihre Karriere machen, ein Entwicklungsland kennenzulernen. Sie wissen alle: Es gehört zur guten Ausbildung eines Neuseeländers, eines Australiers oder eines Südafrikaners, ein Jahr, zumindest ein halbes Jahr in Amerika oder in Europa verbracht zu haben. Man muß Amerika oder Europa kennen, um im eigenen Land zu prosperieren. Warum soll das nicht auch umgekehrt gelten? Warum soll es nicht auch für einen Deutschen zum guten Ton gehören, ein Jahr in einem Entwicklungsland in der südlichen Hemisphäre verbracht und damit ein Entwicklungsland kennengelernt zu haben?

Ich hätte sogar einen Finanzierungsvorschlag dazu. Wir haben heute - leider ist die Regelstudienzeit wieder abgeschafft worden - viel zu lange Ausbildungszeiten.

Wir liegen im Schnitt drei bis vier Semester über der Mindeststudiendauer. Führen wir doch ein Belohnungssemester für diejenigen ein, der mit der Mindeststudiendauer abschließt, und

finanzieren wir ihm ein Semester im Ausland, in einem Entwicklungsland!

(Beifall)

Im Endeffekt wird uns das billiger kommen als die heutigen langen Studienzeiten, und wir haben genau das, was wir brauchen, nämlich junge Menschen mit Erfahrung in den Ländern, in denen unsere Zukunft liegt.

Ein letztes Beispiel dazu: Ich meine, wir befinden uns in der Situation der Römer, die auch über die Germanen im Urwald gelacht haben. Und eines Tages sind die Germanen von den Bäumen herabgestiegen, sind gegen Rom gezogen und haben die Römer überfallen. Das war auch nicht so dramatisch. Das war eine Völkerwanderung. Wir erleben die umgekehrte Völkerwanderung heute schon. Gucken Sie sich einmal die Asylantenquoten bei uns an! Wir werden das Problem des unterschiedlichen Lebensstandards zwischen Entwicklungs- und reichen Industrieländern nur lösen, wenn wir intelligent genug den Entwicklungsländern bei ihrer eigenen Entwicklung helfen. Da liegt die Zukunft unserer eigenen jungen Generation. Das ist nicht Altruismus, das ist intelligenter Egoismus. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank, Renate Hellwig.

Als nächster hat Herr Averoff das Wort, der Vorsitzende der Nea Demokratia aus Griechenland. Er wird einen kurzen Diskussionsbeitrag in englischer Sprache halten. - Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

(Es folgt ein Beitrag des Vorsitzenden der Nea Demokratia Griechenlands, Herrn Evangelos Averoff, in englischer Sprache von 10 Minuten.)

Dr. Norbert Blüm, Diskussionsleiter: Vielen Dank, Herr Averoff, für Ihren Beitrag. Nehmen Sie die herzlichen Grüße dieses Parteitages an Ihre Landsleute, an Ihre Parteifreunde mit auf den Nachhauseweg.

(Beifall)

Als nächster hat Franz Dormann das Wort, der Vorsitzende des RCDS.

Franz Dormann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Akademikerarbeitslosigkeit hat unter allen Ausbildungsabschlüssen in den letzten Jahren den stärksten Zuwachs zu verzeichnen. Die Hochschulabsolventen werden zu mehr als 60 % im öffentlichen Dienst aufgenommen. Ich halte überhaupt nichts davon, wenn angesichts einer

drohenden Lehrerarbeitslosigkeit die Forderung erhoben wird, nach der Ausbildung zum Lehrer Umschulungsprogramme für Lehrer in Angriff zu nehmen. Es ist völlig schizophoren, erst Lehrer auszubilden und sie dann wieder umzuschulen. Wir kommen zu Zickzackausbildungen.

Meine Damen und Herren, angesichts der Tatsache, daß der überwältigende Anteil der Akademiker im öffentlichen Dienst aufgenommen wird, plädiere ich für mehr Markt im öffentlichen Dienst. Ich bin dafür, daß die Eingangsbesoldung für Akademiker im öffentlichen Dienst um eine Besoldungsgruppe gesenkt wird.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist ein Beitrag zur Solidarität unter den Akademikern. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen uneingeschränkt für neue Stellen zur Verfügung gestellt werden. Ich bin dafür, daß Regelungen in das Beamtenrecht der Länder und des Bundes aufgenommen werden, die einen vorzeitigen Ruhestand ermöglichen. Alle Regelungen des Beamtenrechts, die eine Teilzeitarbeit nicht ermöglichen, müssen schnellstmöglich ersatzlos fortfallen.

(Vereinzelter Beifall)

Es sollten einmal die rechtlichen Möglichkeiten überprüft werden, ob man nicht bei den Beamtenprivilegien doch zu befristeten Anstellungs- und Arbeitsverträgen kommen kann. Das ist unabdingbar notwendig, damit diejenigen, die heute eine akademische Ausbildung erhalten, überhaupt eine Chance im öffentlichen Dienst haben.

Meine Damen und Herren, ich kenne ein Beispiel, daß bei einem Lehrerehepaar, das zwei Kinder hat und wo die Frau berufstätig ist, aber lieber ihre Kinder betreuen möchte, und der Mann arbeitslos ist, der aber auch eine Ausbildung bis zum Staatsexamen erhalten hat, der Mann nicht diese Stelle der Frau antreten kann. Es ist völlig absurd, daß es heute nicht möglich ist, solche Regelungen aufzunehmen, die das ermöglichen. Deshalb ist es mein leidenschaftliches Plädoyer, wer sich heute über die Akademikerarbeitslosigkeit Sorgen macht und sagt, die Akademiker sollen aufgenommen werden, der muß auch eine Chance dafür einräumen. - Danke schön.

(Ministerpräsident Dr. Franz Josef Strauß
betritt in Begleitung von Bundeskanzler Dr. Kohl
und Generalsekretär Dr. Geißler den Saal - Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir begrüßen den Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, unseren Freund Dr. Franz Josef Strauß.

(Beifall)

Lieber Herr Dr. Strauß, der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands dankt Ihnen für Ihren Besuch. Wir haben die Bitte, daß Sie nunmehr das Wort ergreifen.

(Erneuter Beifall)

Dr. h.c. Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Lieber Herr Kollege Kohl! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde von der Christlich Demokratischen Union! Mein erstes Wort soll sein ein herzliches "Grüß Gott" aus der heimlichen Hauptstadt Deutschlands.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich über die Einladung, in einem Grußwort zu Ihnen sprechen zu dürfen, genauso wie es zwischen Helmut Kohl und mir vereinbart ist, daß er bei dem im Juli stattfindenden Parteitag der Christlich Sozialen Union in München ebenfalls ein Grußwort und politische Ausblicke und Perspektiven bieten wird.

Ich möchte gleich am Anfang sagen, es gibt zwei politische Leben, zwei politische Welten. Das eine ist die politische Welt der wirklichen Vorgänge, der tatsächlichen Verhältnisse, der echten Abläufe mit ihren vielfältigen Facetten, Varianten, Aspekten, das, bei dem Ranke als Geschichtsschreiber versucht hat, Geschichte so darzustellen, wie sie wirklich war. Ganz ist das den Historikern nie gelungen, aber sie haben einen Vorteil gegenüber dem lieben Gott, sie können die Vergangenheit verändern, der liebe Gott nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist die eine Welt, die Welt der wirklichen Abläufe. Das andere ist die virtuelle Welt, die Welt der geheimen Machtkämpfe, der hintergründigen Konspirationen, der unterschweligen Strömungen, der versteckten Drohungen, der Interpretationen dieser oder jener Äußerung. Meine Damen und Herren, wir müssen Mitleid haben mit den Vertretern der zweiten Welt, denn wenn sie nur über die erste Welt schreiben würden, wären sie bald brotlos; sie müssen über die zweite Welt schreiben.

Dieses sage ich nach einem ausführlichen Gespräch gerade jetzt mit Helmut Kohl, bei dem wir uns über sehr, wie ich sagen darf, sensitive politische Bereiche der Zusammenarbeit, und zwar ohne den geringsten Dissens zwischen CDU und CSU, unterhalten haben.

Aber wenn ich heute die Presse aufschlage, lese ich darin: Helmut Kohl weist Strauß zurecht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt, was damit gemeint war. Man muß ja immer interpretieren können. Es handelt sich hier um dieses nicht von mir in die Welt gesetzte Wort vom Koalitionsngremium.

Meine Damen und Herren, wir hatten einmal in der Zeit der Großen Koalition, als es große Schwierigkeiten zwischen Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Herbert Wehner gab, den sogenannten Kreßbronner Kreis. Dieser Kreßbronner Kreis, der vielleicht manchen von Ihnen noch in Erinnerung ist, hat regelmäßig getagt. Er wurde zu einer Art fester Einrichtung.

Es ist zwischen mir und Helmut Kohl längst besprochene Tatsache, daß wir keinen solchen Kreis ins Leben rufen wollen. Das will weder er noch ich.

(Beifall)

Und dies war der Sinn der orakelhaften Worte von gestern.

In Bayern ist der Geographieunterricht so gut entwickelt, daß selbst ich noch weiß, daß München an der Isar und Bonn am Rhein liegt.

(Heiterkeit und Beifall)

Da ich 29 Jahre in Bonn tätig war, sind mir die geographischen Koordinaten von Bonn sehr wohl bekannt.

Wir sind auch Föderalisten. Wir wissen, dem Staate zu geben, was des Staates ist, und Gott zu geben, was Gottes ist - das heißt dem Bund zu geben, was des Bundes ist und den Ländern zu geben, was der Länder ist.

Wir sind stolz darauf, eine föderalistische Ordnung zu haben. Wir sind - und das nehme ich als allgemeine Überzeugung beider Parteien an - in einer föderativen Ordnung, die große Vorteile geben - über einem zentralistisch ausgerichteten und verwalteten Staat hat.

(Vereinzelter Beifall)

Die Struktur der Bundesrepublik Deutschland ist besser und gesünder als die zentralistisch regierter Länder.

(Beifall)

Bei uns gibt es deshalb auch das Problem des Regionalismus nicht, das in Spanien, selbst in der Schweiz, in Italien, in Frankreich eine manchmal sogar explosive Rolle spielt.

Ich bin sehr froh darüber, daß ich nicht nur die Seiten der Bundesrepublik aus 29jähriger Tätigkeit im Parlament und 12jähriger Tätigkeit in verschiedenen Regierungen kenne, sondern daß ich jetzt auch mit den Auswirkungen der Gesetzgebung auf den Bürger als unmittelbar verantwortlicher Chef eine Landesregierung mehr als genug zu tun habe. Das sind zwei sehr interessante Bühnen. Und wenn man beide Bühnen kennt, weiß man, daß es in der Bundesrepublik eine jetzt wieder entscheidungsfähige Bundesregierung und eine Unionsmehrheit im Bundesrat gibt, deren Aufgabe es ist, die Bundesregierung zu stützen und auf dem Kurs der Sanierung und Konsolidierung auch mit ihren eigenen Mitteln flankierend zu begleiten und nicht mehr wie in der Vergangenheit einer unseligen Gesetzgebung, einer übertriebenen Gesetzgebung mit den Möglichkeiten des Bundesrats in den Arm fallen zu müssen.

Aber hätten wir nicht die delegierten Entscheidungszentren der Länder gehabt, wären die Auswirkungen der liberal-sozialistischen Politik bei alleiniger Entscheidungsvollmacht des Bundesparlaments und der Bundesregierung noch viel verhängnisvoller gewesen, als sie ohnehin gewesen sind.

(Beifall)

Ich verrate jetzt sogar ein Staatsgeheimnis. Am 19. März, als wir, unter Zeitdruck stehend, die Verhandlungen gerade wegen der Frage der Rentenfinanzierung, auch wegen der Frage der Rechtspolitik zu Ende bringen wollten, war es der Kollege Helmut Kohl, der sagte: Die offenen Fragen und bestimmte Bereiche wollen wir im Dreierkreis besprechen: Helmut Kohl, Hans-Dieter Genscher und ich.

Das ist keine institutionalisierte Einrichtung eines feierlichen Gremiums mit großer Publizität, sondern das ist die notwendige Zusammenarbeit, die nicht so sehr zwischen CDU und CSU sichergestellt zu werden braucht als in dem Dreierverbund sichergestellt werden muß.

Ich habe diese Anregung und Einladung von Helmut Kohl gern aufgegriffen. Der Kollege Theodor Waigel hat auch nichts anderes gemeint.

Und damit fällt eine Seifenblase - denn etwas anderes war es nicht - in sich zusammen.

(Vereinzelter Beifall)

Es gibt echte politische Probleme, und es gibt vermeintliche, erfundene politische Probleme, und es gibt manche, die ein kleines Feuerchen anzünden und sich den Feuerwehrhelm aufsetzen, um sich dann als Retter des Hauses zu betätigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße es, daß ich hier heute in veränderter Situation einige Sätze zu Ihnen sagen kann. Ich erinnere mich an den Bundesparteitag der CDU in Mannheim 1975. Ich habe damals gesagt:

Ich habe manchmal den Eindruck, daß sich die Machthaber von heute

- 1975 -

so verhalten, als ob die Staatsfinanzen ihre Kriegskasse seien, die man ausleeren könne, wenn man an der Macht bleiben wolle. Das Äußerste, das wir schaffen können, bei viel Disziplin und großer Geschlossenheit, das ist die Erhaltung und Sicherung unseres bestehenden gesellschaftlichen Leistungssystems und die Füllung von Lücken und der Ausbau von schwachen Stellen.

Und ich habe damals erklärt, daß der Sozial- und Bildungsstaat seine Grenzen erreicht und zum Teil überschritten hat.

Hätten die Bundestagsmehrheit von damals und die von ihr geschaukelte Regierung - von Tragen kann man ja nur mit gewissen Einschränkungen reden - die bittere Wahrheit dieser Formulierungen begriffen, wäre uns insgesamt manches erspart geblieben und wäre die Arbeit der heutigen Regierung etwas leichter, als sie bei der Wende ab Ende 1982 leider geworden ist.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe auch die Ehre gehabt, beim Bundesparteitag der CDU in Mannheim 1981 mich mit der Frage zu befassen: Wird die Koalition halten? Ich erinnere mich der Äußerungen: Nunmehr hat die Koalition SPD/FDP eine größere Mehrheit als früher. Das erleichtert das Regieren, sagte Helmut Schmidt. Das gibt gute Ausblicke in die Zukunft.

Ich habe mir erlaubt, damals sowohl am Wahlabend 1980 wie bei dem Bundesparteitag im nächsten Frühjahr zu sagen: Wenn das, was die FDP in der Öffentlichkeit erklärt hat, nämlich den Sozialismus zu stoppen, das eine ist und die ständige Schwerpunktverlagerung der SPD nach links, die sich auch heute noch vollzieht, das andere, dann bedeutet ein Mehr an Stimmen ein Weniger an Übereinstimmung; das heißt, das Ende dieser Koalition zeichnet sich sehr bald ab. Ich habe dann von dem "lucrum cessans, damnum emergens" gesprochen, vom schwindenden Gewinn und vom aufkommenden Schaden. Wenn der aufkommende Schaden größer wird als der schwindende Gewinn, dann ist die Stunde der Wende gekommen. So ist die Sollbruchstelle seinerzeit im wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Bereich festgestellt worden.

Das veranlaßt mich zum nächsten Gedankengang: uns nüchtern über unsere gar nicht schlechten Aussichten Rechenschaft abzulegen: Woran ist die alte Koalition gescheitert? Sie ist an der Unmöglichkeit gescheitert, mit einer sich schnell nach links entwickelnden SPD die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren, das Netz der sozialen Sicherheit, d. h. ein finanzierbares System der sozialen Sicherheit, zu gewährleisten und im Rahmen dieser Anstrengungen auch unser Hauptübel, die Arbeitslosigkeit, in absehbarer Zeit und spürbar abzubauen.

Die Unmöglichkeit, mit der SPD dieses Problem zu lösen, hat die alte Koalition gesprengt, hat die neue Koalition ermöglicht. Und wir wollen mit der neuen Koalition diese Aufgabe lösen. Darüber gibt es nicht den geringsten Zweifel.

(Beifall)

Es gibt auch nicht den geringsten Zweifel, daß sich an der Lösung dieser Aufgabe die neue Koalition bewähren muß und daß sie in erster Linie nach diesem Maßstab gemessen werden wird.

Damit möchte ich ein Schlagwortpaar aufgreifen, das immer wieder in der Landschaft herumgeistert, nämlich "Wende oder Kontinuität". Da berauschen sich ganze Völkerstämme entweder an dem einen Schlagwort oder an dem anderen Schlagwort. Dazu kommen dann markige Appelle mit Geschlossenheit und Entschlossenheit. Das sind alles Stilbegriffe. Man kann auch fest entschlossen sein, wenn man nicht weiß, was man will. Auch das ist gelegentlich schon vorgekommen.

Die Frage heißt nicht "Kontinuität oder Wende?". Es geht um Kontinuität der richtigen Elemente der Politik und um Korrekturen der Teile der Politik, die wir in den 13 Jahren der Opposition - ich war von 1969 bis Ende 1978 beteiligt - erbittert bekämpft haben, um unsere eigenen Auffassungen zu vertreten, auch wenn wir sie mangels Mehrheit nicht durchsetzen konnten.

Es ist ein erträgliches Maß, ein für den Koalitionspartner erträgliches Maß an Kontinuität sicherzustellen, denn wir können nicht das verbrennen, was wir früher angebetet haben, und nicht heute das anbeten, was wir früher verbrannt haben.

(Beifall)

Ich glaube, das sollte so selbstverständlich sein, daß man sich darüber gar keine weiteren Gedanken zu machen braucht.

Für uns besteht die Aufgabe darin, einen Zusammenhang herzustellen, der in der liberalsozialistischen Koalition zunehmend verlorengegangen ist, nämlich den Zusammenhang zwischen Wort und Wirklichkeit, zwischen Aussagen und Tatsachen. Es gibt viel Kritik an den politischen Parteien, am meisten natürlich an ihrer Finanzierung. Das ist ein Kapitel, über das wir uns in einem anderen Raum ja immer wieder unterhalten müssen, über das wir uns noch lange werden unterhalten müssen, ein Kapitel, das uns alle betrifft. Aber in der Zeit dieser 13 Jahre liberalsozialistischer Koalition ist für den Bürger der Glaube geschwunden, daß die Aussagen der Politiker wirklich deren Meinung darstellen und wirklich deren Handlungsmaximen wiedergeben. Wenn das System der politischen Parteien und der parlamentarischen Demokratie gesichert, stabilisiert und für die Dauer fundiert sein soll, muß nicht die Deckungsgleichheit – das ist zuviel verlangt –, aber eine Verwandtschaft, eine Affinität, ein Zusammenhang zwischen Wort und Wirklichkeit bestehen.

(Beifall)

So habe ich die beiden Regierungserklärungen Helmut Kohls verstanden, und so habe ich seine Rede von gestern verstanden, die in Teilen auch eine Zusammenfassung dieser Regierungserklärungen war.

Ich möchte hier laut und deutlich sagen: Helmut Kohl bemüht sich darum, die Glaubwürdigkeit der Politik der Union als sozusagen leuchtendes Gegenbeispiel zur Politik der liberalsozialistischen Koalition vor dem Bürger zu vertreten,

(Beifall)

und Sie können sicher sein – das sage ich, ohne daß ich hier Vergleiche anstellen, Wertungen vornehmen oder Konkurrenzgedanken entwickeln will –, daß auch die CSU fest entschlossen ist, sich in der Durchführung dieser Politik des Wiederglaubwürdigmachens von niemandem übertreffen zu lassen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Weg wird lang sein, der Weg wird schwierig sein, der Weg wird steinig sein. Die Weichen sind für den Problembereich "Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Sozialpolitik" gestellt. Sie sind in der richtigen Richtung gestellt. Die ersten Schritte sind getan. Aber wenn das sechs Jahre früher gelungen wäre, wäre der Weg kürzer und einfacher, wäre er weniger dornig.

Die Weichen sind gestellt, aber wir stehen erst am Anfang des Aufstiegs, am Anfang der Höhenwanderung. Wir müssen so lange fortfahren, bis wir wieder ein funktionierendes System einer Marktwirtschaft unter den heutigen Bedingungen haben, bis wir wieder konsolidierte, geordnete öffentliche Finanzen und ein finanzierbares, reißfestes Netz der sozialen Sicherheit haben.

(Zustimmung)

Wenn diese Aufgabe gelöst wird, werden uns die Wähler auch in Zukunft in den Ländern und im Bunde ihr Vertrauen schenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern muß sich in einem erkennbaren Gegensatz zu dem, was vor Oktober 1982 war, gestalten. Als einer der drei Parteivorsitzenden, der kraft eigenen Entschlusses nicht der Bundesregierung angehört, der als Ministerpräsident seine Aufgabe versieht, möchte ich ausdrücklich bestätigen, daß sich das Klima zwischen Bund und Ländern seit Herbst letzten Jahres erkennbar verbessert hat.

(Beifall)

Wir wissen genau, daß die Bundesregierung nicht über Nacht das Ungeschehen machen kann, was an Fehlentwicklungen und Verzerrungen herbeigeführt worden ist. Wir können von der neuen Regierung keine Wunder erwarten. Wir können nicht erwarten, daß sie mit Hokuspokus ein Zauberrezept produziert, mit dem auf einmal für die Bedienung der öffentlichen Aufgaben genug Geld vorhanden ist. Eine der Hauptsünden der alten Koalition und ihrer Regierung war es, die öffentlichen Investitionen zu vernachlässigen und die Gemeinschaftsaufgaben finanziell immer schlechter zu stellen. Dasselbe gilt für den Fernstraßenbau, für den Krankenhausbau und für viele andere öffentliche Investitionen.

Ich habe bei den Koalitionsverhandlungen - nicht ohne Erfolg - mit Nachdruck darauf gedrängt, daß gerade diese investiven Ausgaben, von denen auch - besonders in der Bauwirtschaft - die Beschäftigungslage abhängt, vom Bund her wieder stärker und besser bedient werden. Das ist in den ersten Schritten geschehen. Die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte in Richtung auf mehr Investition, auf Erhöhung der Investitionsquote, und nicht auf Erhöhung der Konsumquote ist eingeleitet und muß fortgesetzt werden.

(Zustimmung)

Das bedingt politische Entscheidungen, die zum Teil auch unpopulär sind. Ich möchte aber auch einmal in aller Deutlichkeit sagen, daß wir - wenn ich jetzt als bayerischer Ministerpräsident sprechen darf - die Bemühungen der Bundesregierung mit risikoreichen Entscheidungen unterstützt habe. Wir haben z.B. bei der Finanzierung des Krankenhausbaus sämtliche Haushaltsreste für die Inangriffnahme neuer Projekte eingesetzt. Wir hatten im Jahre 1982 700 Millionen DM für den Krankenhausbau. 300 Millionen davon sind nicht ausgegeben worden, waren aber für bereits laufende Projekte festgelegt. Wir haben in diesem Jahr wieder 700 Millionen dazugelegt, haben also eine Milliarde. Damit haben wir die Baukonjunktur in Bayern so

angekurbelt, daß von seiten der Hochbauwirtschaft schon Signale kommen: bitte, nicht zuviel auf einmal! Aber ich bin ein Anhänger der alten Parole: klotzen, nicht kleckern. Wenn man die Wirtschaft in Gang bringen will, muß man mit den öffentlichen Investitionen klotzen, und dies haben wir getan. Wenn sich alle Länder genauso verhalten, wird das Problem auf diesem Gebiet - ich meine Bauwirtschaft und Bauausstattungs-gewerbe - in absehbarer Zeit gelöst sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soviel zu gewissen Überschriften. Ein Spottvogel sagte einmal, man müsse Überschriften, Unterstreichungen und Fettdruck verbieten, dann wäre alles viel einfacher.

Nun zu einem anderen Bereich. Es gibt selbstverständlich auch in Zukunft ein Ringen um die richtige Politik. Was heißt "richtige Politik"? Niemand kann für sich von vornherein ein Monopol in Anspruch nehmen, im Alleinbesitz der blauen Blume, in Kenntnis der Weisheit zu sein, sozusagen die alleinige Einsicht in die richtige Politik zu haben. Es gibt aber eine historische Politik der CDU/CSU seit den ersten Nachkriegsjahren. Sie ist untrennbar mit den Namen Adenauer, Erhard und Schäffer und mit anderen Namen verbunden. Deshalb sind wir doch sicherlich einig: Kontinuität wird nie bedeuten, daß man die Gleise nur in die Vergangenheit lenkt. Vielmehr sind wir täglich gefordert, zu prüfen und sicherzustellen, daß die bleibenden und zeitlosen Grundsätze der Unionspolitik und die Zielvorstellungen dieser Politik auch in die Zukunft projiziert und im maximal möglichen Umfang verwirklicht werden.

(Beifall)

Auch eine politische Partei braucht hier die Kontinuität ihrer eigenen Linien. Deshalb kann Kontinuität nie bedeuten, daß CDU und CSU etwa darauf verzichten, das zu bekämpfen, was sie 13 Jahre lang bekämpft haben, oder nicht mitzumachen, was sie in diesen 13 Jahren verhindern wollten.

Aber auch hier gilt die Fähigkeit zum Kompromiß. Die Wende - das ist schon fast ein ironisches Wort; ob man von der Wende oder von Kontinuität und von Korrekturen spricht, ist eine Frage der Terminologie, sozusagen der Nomenklatura, geworden - darf sich nicht auf die Bereiche der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beschränken. Wir dürfen nicht Wirtschaftspartei werden.

(Zustimmung)

"Wirtschaftspartei" ist für eine christlich-soziale Volkspartei - und das sind wir ja beide - nur eine unzureichende Umschreibung, ist nur eine unzulängliche Definition unserer Verantwortung. Deshalb sage ich - und ich glaube, mich hier in bekannten Gleisen zu bewegen, - ich glaube sogar, das wenn nicht verbal, so doch sachlich identisch mit Helmut Kohl sagen zu können -, wir brauchen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, auch die geistig-moralische Wende in unserer Gesellschaft und in unserem Staat.

(Lebhafter Beifall)

Gerhard Stoltenberg hat mit Erfolg damit begonnen, die strukturellen Defizite der öffentlichen Haushalte abzubauen. Sie betragen für Länder, Gemeinden und Bund rund 40 Milliarden DM. In drei Jahren, vor der nächsten Bundestagswahl, müssen wir diese Aufgabe bewältigt haben. Sie ist schmerzlich, Sie haben das in den letzten Wochen und Tagen bei den Auseinandersetzungen über die Einsparungen gemerkt. Wir müssen pro Jahr 13 Milliarden DM strukturelles Defizit abbauen, davon der Bund etwa 7 Milliarden DM, die Länder zusammen etwa 4,5 Milliarden DM und die Gemeinden 1,5 Milliarden DM. Dann werden wir die öffentlichen Haushalte auf das Maß gebracht haben, das die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft unter normalen Bedingungen - auch wieder mit normalen Zuwachsraten - verkraften kann. Das ist das Erbe der liberal-sozialistischen Politik.

Man kann den Zustand eines Staatswesens sehr wohl am Zustand seines Geldwesens ablesen. Die Stärkung der D-Mark ist ohne Zweifel erfreulich. Aber die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die Stärkung der Investitionsquote innerhalb der öffentlichen Finanzen müssen laufend und ständig fortgesetzt werden, bis dieses Ziel erreicht ist

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt auch, daß wir uns der Grenzen der Leistungsfähigkeit bewußt werden. Die neue Bundesregierung hat insofern auch einen guten Anfang gemacht, als sie endlich diesen Unfug abgestellt hat, auf Grund von Traumdaten oder Wunschzielprojektionen die Finanzplanung und die Leistungsfähigkeit unseres Staates vorzunehmen bzw. zu berechnen. Wir müssen aufhören, von Luftschlössern zu leben. Es ist sehr leicht, Luftschlösser zu errichten. Aber jetzt erleben wir in bitterer Weise, wie teuer es ist, wenn man sie wieder einreißen muß. Und wir sind dabei, einige Luftschlösser, die die früheren Regierungen gebaut haben, wieder einreißen zu müssen. Jedenfalls ist das erforderlich, wenn die öffentlichen Finanzen konsolidiert werden sollen.

Das erfordert auch etwas, was uns als Christlich Soziale Partei sehr am Herzen liegen muß : Das ist die Sicherheit der Rentenfinanzierung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihre geschätzte Aufmerksamkeit nur auf die Tatsache lenken, daß es hier einen Dissens gibt. Ich sage jetzt nur ironisch: Ich bin an der Auseinandersetzung ausnahmsweise nicht beteiligt. Aber es gibt heute doch sehr verschiedene Zielvorstellungen über die Sicherheit der Rentenversorgung. Das ist ja in allen Zeitungen zu lesen. Das kann man auch nicht als Streiterei abtun. Wenn auf der einen Seite Graf Lambsdorff und Herr Stoltenberg und auf der anderen Seite Herr Blüm und Sozialpolitiker sich gegenüberstehen, dann heißt das nicht, daß hier eine neue Front mit feindseligem Pro und Contra errichtet wird.

Das heißt vielmehr, daß wir die Rentenversicherung aus dem jährlichen Hickhack der Finanzierung in den nächsten zwölf Monaten herausbringen müssen. Wir müssen sie auf eine solide, dauerhafte Grundlage stellen.

(Beifall)

Ich gehe sogar so weit zu sagen, daß man nicht jedes Gelöbnis, das man in der Vergangenheit abgelegt hat, bis zum letzten Detail, bis zur letzten minutiösen Genauigkeit wird einhalten können.

Aber wir müssen die Rentenversicherung und damit das Lebensgefühl unserer älteren Bürger wieder auf eine solide Grundlage stellen.

Das erfordert natürlich auch - und Herr Blüm ist ein mutiger Mann - -

(Langanhaltender, lebhafter Beifall)

Er ist ein Mann, der neben dem Mut auch die Schärfe des verbalen Schwertes, den Witz der Satire und manchmal die ätzende Säure nicht immer angenehmer Vergleiche aufzubringen vermag.

(Heiterkeit)

Aber ich möchte ihn durchaus im Klub, im Verein für deutliche Aussprache als Ehrenmitglied aufgenommen wissen.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr veehrten Damen und Herren, wir können selbstverständlich nicht an allen Änderungen und Wandlungen der letzten 13 Jahre vorbeigehen und so tun, als ob sich das Jahr 1983 nahtlos an das Jahr 1970 oder 1969 anschliesse. Wir müssen die Veränderungen in unserer Gesellschaft zur Kenntnis nehmen. Denken Sie an den ganzen Bereich des Abtreibungs- und Scheidungsrechtes. Wir können nicht so tun, als könnten wir einfach zu dem zurückkehren, was damals war. Wer mir das unterstellt hat, täuscht sich ganz gewaltig, schätzt mich völlig falsch ein.

Wir können auch nicht die Verträge aus der Welt schaffen, die geschlossen worden sind - so schlampig sie ausgehandelt, so liederlich sie formuliert worden sind und so doppeldeutig auslegungsfähig sie sind. Pacta sunt servanda habe ich im Januar 1973 ausdrücklich gesagt, damals in meinem Beitrag zur Regierungserklärung Willy Brandts anläßlich seiner zweiten Kanzlerschaft. Nur müssen in dem ersten Bereich, den ich genannt habe, Korrekturen erfolgen.

Als christlich soziale Partei können wir es nicht zulassen und können wir unseren Kopf dafür nicht hinhalten, daß z. B. der Mißbrauch der sozialen Indikation uneingeschränkt betrieben werden kann. Ich sage: der Mißbrauch.

(Beifall)

Damit ich jedem Zweifel entzogen bin: Ich weiß, daß man nicht zu dem alten § 218 zurückkehren kann. Hier hat eine Reihe von Entwicklungen eingesetzt, über die hier nicht zu reden ist. Aber wir müssen als christlich soziale Partei den Mißbrauch abstellen, der sich durchgefressen hat. Dazu gehört auch die Frage, ob man es der schwer strapazierten Solidargemeinschaft zumuten kann - jetzt abgesehen von Regelungen für ärmere Bevölkerungsschichten -, die Kosten für solche Eingriffe der Solidargemeinschaft der Beitragszahler aufzuhalsen.

(Beifall)

Auch das ist eine Frage, bei der man nicht einfach alles unverändert lassen kann, was in den 13 Jahren geschaffen worden ist.

Ich will damit keinen Stein des Streites in das Wasser werfen. Aber die Probleme sind ja da. Oder nehmen Sie etwas anderes: Meine Freunde und ich - ich glaube, Sie denken genauso - erwarten auch, daß Korrekturen am Ehescheidungsfolgerecht erfolgen. Es gibt kein Zurück zu dem alten Scheidungsgesetz.

Es gibt kein Zurück zu dem Schuldprinzip. Daß aber derjenige, der die Schuld an der Zerrüttung hat, den anderen Partner bis zum Lebensende materiell, finanzielle, existentiell ruinieren kann, daß der Gesetzgeber jetzt schon durch die Rechtsprechung korrigiert werden muß, ist kein Ruhmesblatt der letzten Regierung, der damaligen Mehrheit.

(Beifall)

Da erwarten wir vom Koalitionspartner Verständnis für maßvolle Korrekturen, die bei niemandem das Gefühl hervorrufen sollen, daß er sein Gesicht zu verlieren habe, weil man einen Prinzipienstreit austrage. Aber es gibt ewige, eherne, eiserne Grundsätze christlich sozialer Politik, die wir auch in der Freude über die neu errungene Kostellation nicht in die Asservatenkammer stellen dürfen.

(Beifall)

Das ist meine Bitte.

Gerade das veranlaßt uns auch, dann und wann eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, auf welchen Gebieten was wie wann in welchem Umfange anders werden muß. Ob man dann von Wende oder Korrekturen spricht, ist, wie schon erwähnt, eine Frage der Nomenklatur, der Terminologie.

Hinsichtlich eines anderen Gebietes kann ich - als Ministerpräsident nicht ohne eigene Erfahrungen in den letzten vier Jahren - nur beschwörend warnen, die Dinge zu lassen, wie sie sind. Das ist der Bereich der inneren Sicherheit. Wir haben im Bundestag versucht - ich viele Male, dann auch im Bundesrat -, Änderungen durchzusetzen. Das war gegen die damalige Bundestagsmehrheit nicht möglich. Heute muß es möglich sein, den polizeilichen und gerichtlichen Erkenntnissen insoweit Rechnung zu tragen, daß die Polizei nicht vor einer hoffnungslosen Aufgabe steht.

(Beifall)

Dafür haben wir doch 13 Jahre lang mit allem Nachdruck gekämpft.

Meine Damen und Herren, ich glaubte, hier einen Hoffnungsschimmer zu sehen im Zusammenhang mit der Änderung des Tatbestandes des Landfriedensbruches. Der vorliegende Gesetzentwurf trägt nicht dem voll Rechnung, was wir bei den Koalitionsvereinbarungen besprochen haben. Ich bin nicht sehr enttäuscht davon - obwohl Bayern im Fall der Nachrüstung kein Stationierungsland wird -, daß man hier in diesem Jahre wahrscheinlich nicht mehr - wie ich den Äußerungen des Kollegen

Stark entnommen habe -, sondern günstigstenfalls im nächsten Jahr zu einer Änderung des nicht ausreichenden, die Gewalttäter begünstigenden und ermutigenden Rechtstatbestandes kommen kann

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin jetzt auf mehreren Auslandsreisen gewesen. Mir ist immer wieder die Frage gestellt worden: Wird der Bundeskanzler bei dem Nachrüstungsbeschluß bleiben? Wird er in Moskau bei seinem Gespräch mit Andropow seine Meinung ändern? Ich habe den Fragestellern gesagt: Sie kennen diesen Bundeskanzler völlig falsch. Ich bin absolut überzeugt davon, daß die Bundesregierung mit ihrer Ankündigung ernst machen wird, wenn nicht bis Ende des Jahres ein zufriedenstellendes Ergebnis der Parität in Genf erreicht wird.

(Beifall)

Würde sie es nicht tun, wäre das ein verhängnisvoller Schlag gegen die deutsch-amerikanische Freundschaft, würde das den inneren Zusammenhalt der NATO auflösen, würde das einen Prozeß der Neutralisierung einleiten, würde das einen strategischen Sieg der Sowjetunion in einem Ausmaß bedeuten, das erst unsere Kinder begreifen würden. Aber nicht umsonst kämpft deshalb eine ganze Welt - Luther hätte gesagt: eine Welt voller Teufel; das darf ich nicht sagen - von Gegnern auf der Oberfläche und im Untergrund gegen den Vollzug dieses Nachrüstungsbeschlusses.

Wir müssen die Bundesrepublik nicht nur zu einem verlässlichen Partner in der NATO machen - das sind wir - und als solchen erhalten, sondern wir müssen auch in der Bundesrepublik die friedenssichernde Pflicht des Staates ernst nehmen und die Organe, die dafür ihren Kopf hinhalten müssen, mit ausreichenden Rechtsgrundlagen versehen.

(Beifall)

In dem Zusammenhang darf ich ein Wort sagen, das mir sehr am Herzen liegt: Es taucht jetzt neuerdings - siehe Günter Grass, siehe sozialdemokratische Politiker, die ich nicht zu nennen brauche, weil sie sonst nicht so bedeutend sind -

(Heiterkeit)

auf einmal der Begriff des Widerstandes auf. - Ich habe einen großen Teil meines Lebens, entscheidende, eindrucksvolle, schmerzliche, bittere, lehrreiche Jahre, in einer Zeit verbracht - immerhin schon als denkender Mensch im Alter von 17 bis 29 Jahren -, in einem System, gegen das der Widerstand moralisch gerechtfertigt, unter Umständen geboten und eine echte Bürgerpflicht war. Der Widerstand gegen terroristische Gewaltssysteme, die mit Konzentrationslagern und Geheimpolizei versuchen, die Bürger mundtot zu machen und sie ihrer primitivsten Rechte zu berauben, ist legitim.

(Beifall)

Aber - und hier bin ich weder konservativ noch reaktionär - zum Widerstand gegen Entscheidungen legal gewählter Mehrheiten, gegen Entscheidungen demokratisch zustande gekommener

Entscheidungsinstanzen, also zum Widerstand gegen alle technischen Großprojekte, die legal durchgeführt werden, gegen Maßnahmen der Landesverteidigung, die nach bestem Wissen und Gewissen von einer friedliebenden und um die Erhaltung des Friedens kämpfenden Regierung getroffen werden, aufzurufen, wäre Sünde an dem inneren Frieden und an der Funktionsfähigkeit unseres Staats- und Gemeinschaftswesens.

(Anhaltender Beifall)

Uns hat man schon Sabotage und Obstruktion vorgeworfen, wenn wir es einmal gewagt hätten, von unserer Bundesratsmehrheit gegen Entscheidungen der damaligen Bundestagsmehrheit Gebrauch zu machen, um bestimmte Gesetze abzumildern, zu entschärfen oder überhaupt nicht in Kraft treten zu lassen. Aber der Aufruf zum Widerstand, der ja von manchen sozialdemokratischen Trittbrettfahrern mit Augurenlächeln oder mit Augenzwinkern begleitet wird, ist Boykott am demokratischen Staat. Das ist Sabotage an unserer Gemeinschaft.

(Beifall)

Und darum unsere Bitte. - Wir haben innerhalb unseres Bereiches, in dem Fall des der CSU in Bayern, getan, was wir konnten.

Es gibt kein Haus in Bayern, das länger als 24 Stunden besetzt war. Meistens genügen sechs Stunden.

(Beifall)

Die Erfahrungen bei den letzten Räumungen haben einen sehr abkühlenden Effekt hervorgerufen. Wir haben auch unsere technischen Großprojekte wie Wiederaufarbeitungsanlage, im übrigen nicht zuletzt auf Bitten der damaligen Bundesregierung eingeleitet, von der heutigen Bundesregierung getragen, oder Großflughafen München II in Angriff genommen. Die Bürger mögen alle Rechte ausschöpfen, aber wenn einmal die Mittel des Rechtsstaates ausgeschöpft sind, dann muß die Entscheidung durchgeführt werden, so, wie die Rechtslage es gestattet.

(Beifall)

Die Bundesregierung hat eine große Chance, weil sie erste hoffnungsvolle Anzeichen auf diesem Wege durch ihre Entscheidungen gegeben hat. Die Bundesrepublik muß regierbar bleiben, unser System muß regierungsfähig sein. Ich habe vor der Wahl manche Gespräche im Ausland geführt, über die ich damals nicht reden konnte, weil meine Gesprächspartner natürlich nicht in den Wahlkampf hineingezogen werden wollten - ich nenne auch jetzt keine Namen -, in denen mir, nicht von Gesinnungsgängern der CDU/CSU, von Andersdenkenden, gesagt wurde: Das Schlimmste, was wir befürchten, ist die Unberechenbarkeit des politischen Kurses der Bundesrepublik in der Zukunft. Und um herauszufinden, was gemeint war, brauchte man nicht einen Computer zu befragen, gemeint war eine Koalition zwischen den nach links abgerutschten und immer weiter in das Linksaußen driftenden Sozialdemokraten mit ihren alternativen Trittbrettfahrern oder alternativen Kommandogebern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sozialdemokraten - und das macht mir Sorge; manche mögen sagen, das sei Heuchelei; nein, das ist keine Heuchelei - sind eine alte, große, traditionsreiche demokratische Partei. Sie haben den Sprung zur Volkspartei versucht, ihn nicht geschafft, und jetzt sitzen sie zwischen beiden Stühlen: Sie sind keine Volkspartei geworden und keine Arbeiterpartei mehr geblieben.

(Beifall)

Sie sind eine Partei, die sich im Widerspruch zur Vernunft bewegt, im Widerspruch zur Wirklichkeit, zur wirtschaftlichen und finanziellen Realität. Und gerade deshalb sind wir Demokraten der Meinung, daß uns das Schicksal dieser Partei nicht kaltlassen kann. Niemand spricht doch davon, daß die Sozialdemokratische Partei etwa aus dem politischen Leben eliminiert werden solle. Wir haben in unseren Oppositionsjahren nicht einen Bruchteil von dem bewerkstelligt, was die selber an sich bewerkstelligt haben.

(Lachen)

Ich möchte hier nicht in Einzelheiten gehen. Aber sie haben sich in ein Abseits manövriert, in dem sie keine Partner mehr haben, um eine regierungsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Ich kann nur sagen: Sie sind selbst Schuld daran. Wir müssen natürlich darum ringen - und wir werden von Bayern aus auch alles tun, um unsere hessischen Freunde zu unterstützen -, daß auch in Hessen und in dem großen wirtschaftlichen Herzland der Bundesrepublik Deutschland, das allerdings heutige einige Defekte aufweist, einige Schrittmacher braucht - ich meine damit Nordrhein-Westfalen, das Land an Rhein und Ruhr, wo man den Strukturwandel nicht begriffen hat, wo man nicht begriffen hat, daß heute Kohle und Stahl nicht mehr die erste Rolle spielen können, daß in diesem Jahrzehnt vielmehr der Mikroelektronik, den Kunststoffen, der Keramik die Zukunft gehört, die in immer größerem Maße Eisen und Stahl ersetzen werden; ich wundere mich manchmal, warum sich Politiker einfach weigern, wissenschaftlichen Rat zur Kenntnis zu nehmen, wissenschaftlich-technische Zeitschriften zu lesen und sich bloß in dem Kuckucksgehäuse, in dem Hieronymushaus ihrer selbst gesponnenen Vorstellungen im Kreise bewegen; wir brauchen eine nach vorne gewandte Industriepolitik, in der Luftfahrt, in der Raumfahrt, in anderen modernen technischen Bereichen; wir müssen diese Umstrukturierung, die in einigen Bundesländern gelungen oder jedenfalls auf dem Wege des Erfolges ist, in Nordrhein-Westfalen jedoch schon am Anfang steckengeblieben ist, bewerkstelligen; dazu kann ich unseren Freunden Worms und Biedenkopf nicht nur von Herzen Glück wünschen, sondern ihnen auch die echte massive Unterstützung der CSU in Aussicht stellen -, damit die Uhren in Nordrhein-Westfalen wieder richtig schlagen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man sagt zwar, Investitionen könnten das Problem nicht lösen; das stimmt, aber das ist eine zu einfache Aussage. Wir brauchen nicht nur Rationalisierungsinvestitionen, die Arbeitsplätze vernichten, wir brauchen auch Erweiterungsinvestitionen, die wieder neue

Arbeitsplätze schaffen. Ich möchte mich hier nicht zu dem prekären Problem der Verkürzung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit äußern. Wir müssen uns auch darüber im klaren sein: Eine Mehrbelastung unserer Wirtschaft über das hinaus, was jetzt schon in der Automatik des Systems steckt - denken Sie an die Mehrbelastungen seit dem 1. Januar 1983 auf Grund früherer Beschlüsse -, ist Gift für die wirtschaftliche Entwicklung, die wir unter dem Signum der neuen Koalition und des Bundeskanzlers Helmut Kohl erreichen wollen.

(Beifall)

Aber es muß uns hier - und ich bin dankbar, daß man offene Ohren dafür hatte; ich bin alles andere als ein Gegner der Großwirtschaft; bestimmte technische Projekte können nicht durch mittelständische Arbeitsgemeinschaften bewältigt werden - um die Zehntausende kleiner und mittelständischer Unternehmer gehen, die der Motor und die Sprungfedern für die Elastizität unseres Wirtschaftsnetzes sind.

(Beifall)

Deshalb muß jede Entscheidung im besonderen unter dem Gesichtspunkt des Abbaus der Bürokratisierung, des Abbaus der sinnlosen, staatlich verordneten Mehrarbeit durch Statistiken, des Abbaus der ertragsunabhängigen Steuer und der Begünstigung der Investitionen gesehen werden. Hier ist ja gerade im besonderen auch unsere Wählerschicht betroffen. In der mittelständischen Wirtschaft steckt mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze. Die mittelständische Wirtschaft hat eine größere Elastizität; sie entläßt später als die Großbetriebe, und sie stellt später wieder ein als die Großbetriebe. Darum muß unsere besondere Sorge auch dem gewerblichen Mittelstand gelten.

(Beifall)

Der gewerbliche Mittelstand wie der Bauernstand müssen für uns Objekt, Gegenstand und Ziel unserer politischen Arbeit sein.

Ich habe heute gesagt - damals die Aussage vom Januar 1973 -: Pacta sunt servanda. Meine Damen und Herren, niemand verlangt, daß man in der Deutschlandpolitik zu Zuständen zurückkehrt, wie sie einmal - nicht durch unsere Schuld - bestanden haben. Niemand kann von mir das Bekenntnis verlangen, daß sich Geben und Nehmen in den letzten 13 Jahren in einem ausgewogenen Verhältnis befunden haben.

(Beifall)

Ich müßte mich selber verleugnen, und das habe ich in meinem Leben noch nie getan. Außerdem, meine Damen und Herren: Wenn ich an den Unterhändler, den Chefunterhändler Willy Brandts, Herrn Egon Bahr, denke, dann muß ich schon sagen, daß wir Deutsche schon Zauberünstler und Tausendssassas sind. Andere verhandeln mühsam Monate, Jahre, um bestimmte Streitfragen zu klären und um dann zum Schluß einen Kompromiß zu schließen. Der Zauberlehrling kommt nach Moskau, verhandelt ohne deutschen Dolmetscher ein paar Wochen, Hokuspokus, Roma locuta causa finita, und dann standen die Verträge da.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was zwischen Deutschland und Rußland - ich sage jetzt bewußt: Deutschland und Rußland -, zwischen dem deutschen Volk und dem russischen Volk an historischen Fehlentwicklungen, an Fehlern auf beiden Seiten besteht, ist beträchtlich. Ich habe mir auch erlaubt, im Gespräch mit Herrn Breschnew, als er auf die - nach seiner Meinung - Gefährlichkeit unserer Politik hinwies, zu sagen, er sei der Amtsnachfolger von Stalin und ich der Sohn meines Vaters; das sei ein großer Unterschied.

(Heiterkeit und Beifall)

Denn ich hätte den Zweiten Weltkrieg sechs Jahre erwartet, befürchtet, aber als Mensch gehofft, er komme nicht. Die Hoffnung war am 24. August 1939 zu Ende, als der Hitler-Stalin-Pakt von Ribbentrop und Molotow unterschrieben wurde. Auch das ist geschichtliche Wahrheit.

(Beifall)

Das, was sich hier an Gebirge aufgehäuft hat, kann nicht in wenigen Wochen abgetragen werden. Aus meinen Äußerungen spricht nicht die geringste russenfeindliche Antisentimentalität, spricht nicht ein haßerfüllter Antikommunismus oder eine radikale Gesinnung, die einen nur wutschraubend mit einem Messer zwischen den Zähnen an Kommunisten denken läßt. Das sind die Klischeevorstellungen der östlichen Propaganda, die von ihren westlichen Idioten und Mitläufern nachgeplappert werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Geben und Nehmen müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Jeder unserer ostpolitischen Schritte muß der Verbesserung der menschlichen Beziehungen dienen. Aber an einer Grenze, an der Grenze, an der Ostpolitik zur staatsrechtlichen oder gewohnheitsmäßigen Zementierung der Teilung Deutschlands würde, müssen wir Widerstand leisten.

(Beifall)

Wir müssen an dem Gedanken der deutschen Einheit im Rahmen einer brauchbaren europäischen Architektur festhalten.

Wenn wir es nicht schaffen - wahrscheinlich werden wir es nicht mehr schaffen -, dann müssen unsere Kinder die Fackel der Einheit und Freiheit wieder aufnehmen, notfalls ihre Kindeskinde.

Wir dürfen nie aufgeben!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Beziehungen, die meine Partei und vor allen Dingen auch ich in dieser Richtung haben, sind besser, als manche der westlichen Leitartikler oder Graswachsen-Hörer vermuten. Ich habe ein hartes und drastisches Wort zu einem tragischen Vorgang gebraucht, über dessen medizinischen Ablauf ich mir ziemlich im klaren bin. Dieses Wort war natürlich stärker als der wirkliche

Tatbestand; das wußte ich auch. Aber wenn man mit dem Volke spricht, dann muß man volksmäßig und nicht in Paragraphen reden. Meine Damen und Herren, ich kann heute eines feststellen - es haben ja Gespräche stattgefunden -: Ich war damals sehr verärgert oder bestürzt darüber, daß Graf Lambsdorff mir in den Rücken gefallen ist. Die DDR braucht doch ihn nicht als Anwalt. Die können mir doch selber sagen, was ihnen nicht paßt, und ich sage ihnen auch, was mir nicht paßt und was uns nicht paßt. Dazu, daß meine harte Kritik an den Verhaltensweisen der DDR-Organen damals ausgerechnet von dieser Seite gerügt worden ist, habe ich keinerlei Anlaß geboten. Meine Damen und Herren, ich kann aber ein erfreuliches Ergebnis feststellen: Ich habe die Meinung vertreten - ersparen Sie mir, zu sagen, wann, wo und wie -, daß man die Bürger der Bundesrepublik Deutschlands im anderen Teil Deutschlands nicht als Bürger eines Feindstaates ansehen und behandeln darf,

(Beifall)

daß sich staatliche Vollzugsorgane nach den gleichen Regeln der Höflichkeit, der Menschlichkeit und der Freundlichkeit gegenüber den Bürgern der Bundesrepublik verhalten sollen. Meine Damen und Herren, dies ist an die richtige Adresse gekommen. Ich kann auf Grund der Meldungen der bayerischen Grenzpolizei feststellen, daß das Klima seit einigen Wochen anders geworden ist, daß man begreift: Es hat keinen Sinn, Bürger der Bundesrepublik mit den letzten Schikanen - noch dazu schikanöser Bestimmungen - plagen zu wollen. Wir wollen ja eine gewaltfreie Nachbarschaft, aber wir können nicht vom Normalfall sprechen, solange z.B. an der innerdeutschen Grenze geschossen wird.

(Beifall)

Wir können nicht sagen, das seien geregelte Beziehungen. Der Normalfall wird erst dann eintreten, wenn die deutschen und alle europäischen Völker vom Recht der nationalen Selbstbestimmung Gebrauch machen können.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein letztes Thema ansprechen, das uns sehr bewegt, gerade auch wegen der öffentlichen Diskussion, in der sich ja viele Verbände und natürlich Autoritäten bemerkbar gemacht haben. Ich meine, die Friedenspolitik. Wir alle kennen die Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wir stellen mit Befriedigung, Erleichterung fest, daß es in der europäischen Geschichte noch nie einen Zeitraum von 38 Jahren gegeben hat, in denen kein einziger Schuß mehr auf dem Schlachtfeld abgefeuert worden ist. Das hat es in der europäischen Geschichte nie gegeben. Ich bin überzeugt, daß der Krieg in Europa keinen Platz mehr hat; der Krieg als Mittel der politischen Auseinandersetzung hat in Europa keinen Platz mehr.

Ich bin kein Träumer: Es wird Kriege im Mittlere Osten, in Afrika, in Lateinamerika und im Fernen Osten geben: in begrenztem Ausmaße und mit den gegebenen Möglichkeiten. In Europa könnte ein Krieg nur ein atomarer Krieg sein, und dieser atomare Krieg wird nicht stattfinden. Deshalb möchte ich eine Aussage, die ich vor dem Bund der Bayerischen Gebirgsschützen im Dom von München, nachdem der Erzbischof uns Redefreiheit erteilt hat, gemacht habe, wiederholen:

Nicht die Atombombe ist unmoralisch, sondern die Waffe in der Hand des Mörders ist unmoralisch.

(Beifall)

Die Pistole der Täter und die Hintermänner, die den Papst ermorden wollten, sind unmoralisch, nicht aber unsere Bundeswehr, nicht unsere amerikanischen Verbündeten.

(Beifall)

Auch in der Zeit, in der die Amerikaner das Monopol der A-Waffe hatten, von 1945 - 1949, haben die Sowjets die Verträge gebrochen, sie haben die Berlin-Blockade verhängt. Die Amerikaner haben von ihrer damaligen waffentechnischen Überlegenheit niemals Gebrauch gemacht: selbstverständlich nicht in der Anwendung, nicht einmal in der Androhung. Könnten Sie sich vorstellen, wie die Sowjets, wenn sie ein halbes Jahrzehnt die Alleinverfügungsgewalt über A-Waffen gehabt hätten, diese Waffe politisch eingesetzt hätten, um ihren politischen Willen durchzusetzen? Darum ist die Formel vom Gleichgewicht der Kräfte einerseits eine banale Selbstverständlichkeit und andererseits eine Selbsttäuschung. Der Westen könnte militärisch gar nicht so überlegen sein - er ist es sowieso nicht; er ist unterlegen -, daß ein westlicher Politiker in einem demokratischen Staat, in einer demokratischen Allianz jemals auf die Idee käme, die eigene waffenmäßige Überlegenheit in politische Münze umwandeln zu wollen.

(Beifall)

Darum ist es nicht so, daß die Sowjets das Gleichgewicht uns gegenüber und wir das Gleichgewicht ihnen gegenüber brauchen. Wir brauchen eine ausreichende moralische, materielle Verteidigungsbereitschaft, um den Gedanken an Gewaltanwendung oder Drohung der Gewaltanwendung in Europa unmöglich zu machen.

(Beifall)

Das ist der Sinn unseres Bündnisses.

Ich möchte mit dieser Rede ebenso wie mit meinen unzähligen anderen Stellungnahmen dazu beitragen, daß unsere Verteidigungspolitik nicht allmählich mit einem Geruch des Unmoralischen behaftet wird.

(Beifall)

Freund Biedenkopf hat die Frage gestellt, wie lange Politik der Abschreckung notwendig ist. Sie könne doch nicht von Dauer sein. Diese Frage stellt sich mit Recht. Auch kirchliche Stellen - die amerikanischen Bischöfe, die deutschen Bischöfe - haben, wenn auch in unterschiedlichen Formulierungen - die einen mehr dahin gehend, die anderen mehr dorthin gehend -, die Frage gestellt: Die Politik der Abschreckung kann doch nicht unbegrenzte Zeit andauern? -Meine Damen und Herren, ich pflege mit dem Herzen zu reden, aber mit dem Kopf zu denken. Man muß hier analytisch denken.

Was sind die Alternativen bei der gegebenen heutigen Weltlage? Eine Alternative wäre einseitige Abrüstung. Wer glaubt, daß diese mit einer honorigen Geste auf der anderen Seite beantwortet würde, lebt in einer Traumwelt.

(Beifall)

Einseitige Abrüstung würde zum Bruch des Bündnisses, zur Zerstörung des deutsch-amerikanischen Freundschaftsverhältnisses und zur Selbstneutralisierung der Europäer führen. Ich gehe nicht so weit, zu sagen, daß morgen die Rote Armee einmarschieren würde. Die drüben wüßten dann ja gar nicht mehr, mit wem sie noch Handel treiben sollten, wenn sie die andere Welt unterwerfen würden. Sie wüßten gar nicht mehr, woher sie ihr Getreide beziehen sollten.

(Heiterkeit und Beifall)

Das würde aber sicherlich dazu führen, daß Europa dem politischen Willen der Sowjetunion hörig sein müßte, daß Europa sich in eine Abhängigkeit begeben würde, die sich auch für den einzelnen Bürger auswirkt.

Wer will diese Alternative? Kein vernünftiger, verantwortungsbewußter Politiker, der Verantwortungspazifist ist, kann diese Alternative bevorzugen, kann diese Alternative wünschen.

Zweitens: Präventivkrieg? Ausgeschlossen! Nur eine Kombination von Narr und Verbrecher könnte daran denken, militärische Gewalt in Europa zur Lösung politischer Probleme anwenden zu wollen. Das wäre das Ende des nördlichen Kulturkreises der Menschheit: Europa, Rußland, Japan und Nordamerika - USA und Kanada.

Welche Alternativen haben wir dann noch dazu, bei dieser Politik der Abschreckung zu bleiben, zwar natürlich immer etwas im Rückstand gegenüber der anderen Seite zu sein, aber nicht so im Rückstand zu sein - siehe SS 20 gegenüber Europa -, daß das Bündnis innerlich belastet, mit zusätzlichen Spannungen bebürdet wird und zum Schluß bricht?

Meine Damen und Herren, die sowjetische Strategie - das habe ich auch meinem Gesprächspartner Gromyko in aller Freundschaft gesagt, ebenso dem sowjetischen Botschafter - war doch ganz einfach. Es wurde psychologische Kriegführung uns gegenüber betrieben. Sie wurde von linker Seite von allen möglichen Gruppen unterstützt: von Alternativen, von Grünen, von Linkssozialisten, von Kommunisten in verschiedenen Gruppierungen sowieso. Im einzelnen sieht die Strategie so aus. Erstens. Man erzeuge Kriegsfurcht und Kriegsangst in Europa. Man versetze die Menschen in eine Art Kriegshysterie. Ich kann hier nur etwas ironisch anmerken: Seit dem 21. Oktober 1969 ist doch der Friede jeden Tag sicherer geworden. Damals wurde Willy Brandt Kanzler. Warum hat am Ende der liberalsozialistischen Koalition überhaupt dieses Geschwätz von Kriegsfurcht begonnen, wenn der Friede jeden Tag sicherer geworden ist? Am letzten Regierungstag Kurt Georg Kiesingers war er so sicher, daß wir wie in Abrahams Schoß gelebt haben. Also stimmt da doch irgend etwas nicht.

Zweitens will man den Deutschen und den Europäern - die Deutschen sind der Angelpunkt - klarmachen: Diese Kriegsfurcht ist sehr ernst; ihr werdet vernichtet werden. - Chruschtschow hat dasselbe gesagt: Deutschland wird brennen wie eine Fackel an zwei Enden usw. Schuld ist die Rüstungspolitik der Amerikaner. Der amerikanische Präsident ist als Kriegstreiber, als Kriegshetzer eine Negativfigur in der kommunistischen Propaganda. Dies ist die zweite Phase.

In der dritten Phase, bei der Nutzenanwendung heißt es dann: Trennt euch doch von den Amerikanern. Dann gibt es keine Kriegsgefahr mehr. Dann lebt ihr in Ruhe und in Sicherheit. Dann lebt ihr in Wohlstand und in Frieden. - Das ist die psychologische Kriegführung, die durchsichtig wie Glas für jemanden ist, der die Methoden kennt, mit denen man dort arbeitet.

(Beifall)

Die Sowjets sind Meister der psychologischen Kriegführung, so falsch sie den Westen oft auch einschätzen. Wir auf westlicher Seite sind nicht einmal Dilettanten auf diesem Gebiet. Man hat hier eine Kriegsfurcht erzeugt, die durch nichts, aber auch gar nichts gerechtfertigt ist.

Meine Damen und Herren, deshalb: Wann ist das Ende der Politik der Abschreckung gekommen? Das kann heute niemand mit einem Jahresdatum sagen. Das kann heute niemand als eine vor uns liegende Realität benennen. Man kann aber die Umstände nennen. Als ersten Umstand nenne ich: wenn die Sowjetunion endlich begreift, daß das marxistische System es an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und an innerer Anteilnahme der Bürger nie mit einem freiheitlichen marktwirtschaftlichen System aufnehmen kann. Das ist die erste Voraussetzung.

(Beifall)

Der Marxismus erfordert ja eine Funktionärsschicht, die alles im voraus weiß. Er erfordert des weiteren eine Funktionärsschicht, die unbestechlich ist und alles richtig macht. Drittens erfordert er das Fehlen eines Konkurrenzsystems. Wenn es nur mehr das marxistische System auf der Welt gäbe, gäbe es keine Vergleiche mehr. Im dem Augenblick, in dem der Vergleich zwischen realem Sozialismus und demokratischer marktwirtschaftlicher Ordnung gezogen wird, hat der Marxismus verloren. Ich bin überzeugt: Der Marxismus wird den Kampf der Geister, wird den Kampf der Systeme verlieren, wenn wir selber an der Richtigkeit unserer Ordnung, wenn wir selber an der überzeugenden Leuchtkraft unseres freiheitlichen Systems festhalten und diese Überzeugungskraft nach drüben tragen.

(Beifall)

Diese Schlußsätze klingen wie eine Utopie. Alle großen Ziele der Menschheit haben als Utopie begonnen, wenn sie als Realität enden sollten. Die Sowjetunion muß zu den normalen Verhaltensweisen des Völkerrechtes zurückkehren. Sie muß ihren Bürgern die normalen Mindestmaße an Menschenwürde, Bürgerrecht und Freiheit gewähren. Sie muß ihren Verbündeten das Recht der nationalen Selbstbestimmung.

gewähren. Kein Mensch denkt daran, die Sowjetunion anzugreifen. Wissen Sie, was geschehen würde, wenn die Sowjets endlich begreifen würden, was sie mit einem solchen Schritt erreichen würden? Unsere großen Armeen würden aufgelöst werden. Wir brauchten sie dann nicht mehr. Wir könnten Kanonen, Geschütze, Flugzeuge, Panzer zum alten Eisen werfen. Wir könnten die Atomwaffen verschrotten. Wir könnten die riesigen Rüstungshaushalte abbauen - bis zum Minimum einer Grenzsicherungstruppe. Das wäre der Völkerfrühling in Europa. Ist denn das ausgeschlossen?

Ich bin in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen aufgewachsen. Wir sind unter dem Motto erzogen worden: Frankreich ist unser Feind; Gott strafe England, wie es damals hieß. Die Vorstellung, daß wir mit Frankreich in inniger Gemeinschaft leben könnten, erschien damals geradezu absurd. Es hieß: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, sterben als ein tapferer Held.

Es gab antifranzösische Hetze in Deutschland und antideutsche Agitation in Frankreich. Heute sind wir Freunde, heute sind wir Verbündete zwischen den demokratischen Völkern Europas. Nur mehr ein Narr würde von der Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung reden, und dieser müßte noch kriminelle Instinkte haben.

(Beifall)

Er käme ins Irrenhaus und nicht ins Gefängnis.

Das, was wir nach einer leidvollen, blutigen Geschichte mit unseren Nachbarn in Skandinavien, im Westen - Frankreich und England -, im Süden - Italien - usw. erreicht haben, muß auch mit unseren östlichen Nachbarn erreichbar sein: daß Druck und Drohung, militärische Aufrüstung und Spannung endlich aus der Welt verschwinden. Dieses ist die einzige Antwort, die ich geben kann. Wenn das eingeleitet wird, können wir beginnen, unser Verteidigungspotential abzubauen.

Ich habe in meinen Ausführungen, für deren Länge ich um Verständnis bitte, versucht, die politischen Grundsätze, die mich bewegen und die wahrscheinlich ja wohl auch unser aller Gemeingut sind, so deutlich wie möglich auszudrücken. Wenn wir gemeinsam in einer Front stehen, so nimmt davon kaum jemand Notiz. Wenn man aber glaubt, einmal ein Wort anders auslegen zu können, so stürzt sich ein Rudel hungriger Wölfe darauf und zaubert Konflikte herbei, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

(Beifall)

Verrate ich ein Staatsgeheimnis, wenn ich sage, daß ich mit Helmut Kohl in einer Reihe von Fragen beinahe täglich in Telefonkontakt stehe? Das, was dann in der Zeitung als Überschrift steht, hat in unseren Telefongesprächen nicht einmal andeutungsweise seinen Niederschlag gefunden. Das ist die Wirklichkeit.

Aber ich gehe zurück: Das eine ist die reale Welt der Politik, das andere ist die virtuelle Welt der Traumdeuter, der Magier und Gaukler. Darum ist es gut, wenn wir alle bei der realen Welt der

Politik bleiben, bei der Harmonie und Geschlossenheit gut sind, aber nicht das einzige Gut, bei der Zielgenauigkeit, Geradigkeit und Klarheit des Kurses uns im Sinne unserer bewährten Unionspolitik auch weiterhin Schulter an Schulter sehen werden.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Strauß, für Ihr klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU, für Ihre klaren und unmißvererständlichen Aussagen zu den schwierigen Wegen der Konsolidierung unserer Haushaltspläne in Bund, Land und Gemeinden. Herzlichen Dank aber auch für Ihr Bekenntnis zu Eckwerten unserer Sozialpolitik und zur Rentenfrage. Nicht zuletzt aber auch danke schön für Ihre Ausführungen zur Friedenspolitik. Der 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands dankt Ihnen für diese Rede.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, in Begleitung von Herrn Ministerpräsident Dr. Franz Josef Strauß ist auch der neue Generalsekretär der CSU zu uns gekommen. Ich begrüße Sie, Herr Wiesheu, in unserer Mitte sehr herzlich. Wir wünschen Ihnen alles Gute, eine glückliche Hand für die Führung Ihrer neuen Geschäfte

(Beifall)

Nun sind wir uns heute vormittag einig geworden, daß wir unsere Beratungen ohne Mittagspause durchführen. Wir fahren fort in der Diskussion über die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit. Die Leitung hat wieder unser Freund Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir setzen die unterbrochene Forumsdiskussion über die Jugendarbeitslosigkeit fort.

Ich möchte Sie über die Geschäftslage unterrichten. Es liegen noch 19 Wortmeldungen vor. Wir wollen nach Möglichkeit mit diesem Teil unseres Parteitages gegen 15 Uhr zum Ende kommen. Ich schlage vor, daß wir, um möglichst viele Wortmeldungen berücksichtigen zu können, die Redezeit zunächst auf drei Minuten beschränken. Ich darf Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren. Ich darf diejenigen, die jetzt das Wort bekommen, um Verständnis dafür bitten, daß ich dann jeweils nach Ablauf von drei Minuten ein kleines Zeichen mit der Glocke gebe.

Ich schlage vor, daß wir die Diskussion etwas strukturieren. Zum allgemeinen Teil des Themas hat sich noch eine ganze Reihe von Delegierten und Gästen zu Wort gemeldet. Anschließend sollten wir dann sprechen über die Umlagefinanzierung, dann zum Thema ausbildungshemmende Vorschriften, dann Ausbildungsplatz-Sharing, dann Vollzeitausbildungsmaßnahmen, Berufsschule, dann Ausbildung auf Vorrat - dazu gibt es Wortmeldungen -, dann zum Thema job-sharing, zum Thema Akademiker-Arbeitslosigkeit und neue Technologien, schließlich noch insgesamt zu dem Thema Ausbildungsplatzzusage der Wirtschaft. Dies ist ein weiteres Thema, das wir behandeln wollen. Ich schlage vor, in dieser Reihenfolge die Wortmeldungen aufzurufen.

Diejenigen, die sich noch zusätzlich zu Wort melden wollen, möchte ich bitten, dies jetzt zu tun, damit wir einen Überblick über den Stand der Wortmeldungen bekommen. Denn wir wollen zwischendurch auch den Teilnehmern auf dem Podium Gelegenheit geben, zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen.

Also Redezeitbeschränkung auf drei Minuten.

Ich erteile jetzt das Wort unserem Freund Schnipkoweit.

Hermann Schnipkoweit: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit als wichtigste Aufgabe dargestellt. Norbert Blüm hat heute morgen gesagt: Wir müssen dies in tausend kleinen Schritten tun. Meine Damen und Herren, die niedersächsische CDU hat einen Antrag eingebracht, der vor ca. sechs Wochen auf einem Landesparteitag erarbeitet wurde. Dort haben wir als flankierende Maßnahmen vier Punkte angesprochen:

1. eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit, die älteren Arbeitnehmern ab 58 Jahren mehr Entscheidungsfreiheit für die Vorbereitung auf das Alter ermöglicht,

2. die Ausweitung des Angebots von Teilzeitarbeit,

3. die Einschränkung von Nebentätigkeiten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes,

4. den Abbau von systematisch gefahrenen Überstunden zugunsten von Zeitverträgen oder Neueinstellungen.

Meine Damen und Herren, heute morgen ist hier vom Podium zu fast allen Themen Stellung genommen worden. Nur zwei Punkte sind überhaupt nicht berührt worden, nämlich der Abbau von Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst und der Abbau von Überstunden. Ich muß sagen: Das meiste, was wir hier fordern und besprechen, kostet viel Geld. Aber wenn wir z.B. die Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst abbauen, dann kostet das kein Geld, und wir können Zehntausenden von jungen Menschen einen Arbeitsplatz geben.

(Beifall)

Ich verstehe nicht, daß wir uns hier so schwertun.

Man braucht sich nur einmal zu überlegen, daß allein 50 000 Lehrer abends in der Volkshochschule Unterricht geben. Der Vorsitzende der GEW, Herr Wunder, hat letzts in der Frankfurter Allgemeinen für meine Begriffe vernünftige Vorschläge gemacht, wie man das ändern kann. Ich will das aus Zeitgründen hier nicht vertiefen.

Nur, meine Damen und Herren, ich muß schon sagen: Hier müssen wir herangehen. Denn der sicherste Arbeitsplatz heute ist doch der im öffentlichen Dienst. Der ist doch sicherer als in jedem Großunternehmen, als in jedem Handwerksbetrieb. Wer diesen sicheren Arbeitsplatz hat, der kann doch anderen jungen Leuten oder auch meinetwegen Selbständigen nicht die Arbeit wegnehmen.

Es sind nicht nur die Lehrer. Ich habe nie Verständnis dafür gehabt, daß beim Kreis- oder Stadtbauamt jemand sitzt, der einen sicheren Arbeitsplatz hat, und die Bauzeichnungen macht, und die Architekten müssen die Leute entlassen. Dafür habe ich noch nie Verständnis gehabt.

(Beifall)

Deshalb meine ich, daß wir hier herangehen müssen. Hier besteht eine Möglichkeit.

Der zweite Punkt sind die regelmäßig gefahrenen Überstunden. Meine Damen und Herren, hier steht jemand, der weiß, wovon er redet. Ich habe keine Hochschule besucht, aber ich habe 29 Jahre im Betrieb gestanden, war 20 Jahre im Betriebsrat und habe viele Entlassungswellen mitgemacht. Da haben wir die Arbeitnehmer entlassen, und 14 Tage später wurden wieder Überstunden gefahren. In dem Betrieb, in dem ich 29 Jahre gearbeitet habe, werden jetzt von 600 Arbeitnehmern 400 freigesetzt. Aber ich garantiere Ihnen, wenn die 400 draußen sind, werden wieder systematisch Überstunden gefahren. Dafür habe ich absolut kein Verständnis.

Ich vertrete nicht den Gesetzentwurf der SPD, aber ich meine, daß jeder Arbeitgeber, auch wir öffentliche Arbeitgeber, etwas tun müssen. Norbert Blüm, frage einmal in Deinem Beschäftigungskreis, ob da Überstunden gefahren werden. Jeder Minister muß sich das fragen, auch wie es in den nachgeordneten Behörden ist: Wieviel Überstunden werden im öffentlichen Dienst gefahren? Warum stellen wir dafür keine neuen Arbeitskräfte ein? Das wäre eine Möglichkeit für viele Teilzeitarbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, ein letztes. Ich will die Zeit einhalten. Ich kenne das, wie schwer es für einen Tagungspräsidenten ist, das vernünftig zu leiten. Damit hier eines klar ist, ich habe in den letzten Tagen mit mehreren Unternehmern und Betriebsräten über dieses Thema gesprochen: "Warum stellt ihr keine Leute ein? Warum fahrt ihr Überstunden?" Wissen Sie, was die Antwort war? Die Antwort war: "Ja, wenn wir sie eingestellt haben, dann werden wir sie nicht wieder los oder nur unter großen Schwierigkeiten."

Meine Damen und Herren, wenn wir den Aufschwung wollen, dann müssen wir auch hier Hemmnisse beseitigen, die eventuell einen Arbeitgeber hindern, jemanden einzustellen, dann müssen wir eventuell Tarifverträge ändern; dann müssen wir eventuell Gesetze ändern. Das muß doch im Sinne der Gewerkschaften liegen, daß die große Zahl von Arbeitslosen beseitigt wird, daß wir möglichst viele, auch wenn es nur kurzfristig ist, Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, denn es ist bitter, wenn vor allen Dingen junge Menschen keinen entsprechenden Arbeitsplatz haben. Deshalb meine Bitte, daß auch vom Podium her einmal zu diesen Dingen Stellung genommen wird, daß einmal gesagt wird, ob das, was wir hier jetzt beantragt haben, so wirklichkeitsfremd ist.

Der Herr Bundeskanzler hört mir so gut zu. Ich möchte Sie deshalb zu etwas ermuntern, Herr Bundeskanzler: Thema Teilzeitarbeitsplätze. Sie haben das in der Regierungserklärung

angesprochen. Ich kann Sie nur um eins bitten: Sagen Sie dem Beamtenminister sehr deutlich, daß da schnell gearbeitet wird, sonst sind die vier Jahre herum, und es ist nichts passiert. Wir befassen uns seit Jahren mit dem Thema Teilzeitarbeitsplätze, aber da werden immer wieder beamtenrechtliche Schwierigkeiten aufgetürmt, da gibt es immer wieder Probleme. Ich kann nur sagen, dies ist wirklich das Thema. Wir als Union werden daran gemessen, ob wir dieses Problem in den Griff kriegen. Wenn wir es schaffen, werden wir wirklich die lange Regierungszeit, die Sie und Herr Geißler gestern beschworen haben, bekommen, wenn wir es nicht packen, werden wir wahrscheinlich schnell wieder von der Macht verdrängt werden. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Danke schön! - Herr Dr. Schoser.

Dr. Franz Schoser: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke, daß Sie einem Gast aus dem Bereich der Wirtschaft Gelegenheit zu kurzen Ausführungen zum Thema betriebliche Berufsausbildung geben. Herr Wissmann hat heute morgen gesagt, wir müßten alle über die Hürden springen. Ich glaube, wir sind alle schon routinierte Hürdenläufer durch die Überwindung von Hemmnissen, die im Bereich des Ausbildungswesens bestehen. Er sollte mitmachen. Das ist, glaube ich, das Beste, was wir tun können.

Ich unterstreiche, was der Bundesarbeitsminister gesagt hat: Tausend Schritte, vielleicht sogar 10 000 Schritte. Denn wenn dies alles nicht geschehen wäre, daß man über viele Dinge hinweggegangen ist, dann hätte man im vergangenen Jahr nicht 20 000 neue Lehrplätze gehabt, und dies bei einer wirklich miesen wirtschaftlichen Lage. Auch in diesem Jahr geht es nicht anders. Es ist einfach notwendig, daß alle sich anstrengen. Die Zusage, die Herr Esser und Herr Weiss hier wieder gegeben haben, steht. Ihre Erfüllung kann nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller erreicht werden.

Meine Damen und Herren, um hier kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, die Wirtschaft fordert keinerlei Maßnahmen, sondern sie setzt auf die Eigeninitiative. Das ist das Primäre. Die unter Ziffer 2 von der Antragskommission vorgelegten Anträge und Empfehlungen sind durchaus hilfreich, sind erleichternd, aber sie sind keine *conditio*, man hat auch ohne diese das erreicht, was erreicht werden konnte, und dies ohne Ausbildungspflicht und ohne kollektive Umlagefinanzierung, die wir nicht wollen. Warum nicht? Weil wir glauben, daß die Eigeninitiative in den letzten Jahren gezeigt hat, daß die Unternehmen bereit und willens sind, sich zu engagieren, daß die Ausbildungsbetriebe motiviert sind und auch in Zukunft das Notwendige tun werden.

Man sollte hier auch deutlich sagen: Sie tun es auch in ihrem eigenen Interesse, sie tun es, um ihre wirtschaftliche Zukunft zu sichern und damit auch die Zukunft der Jugendlichen.

Wir sind sehr froh, daß sich der Bundeskanzler persönlich für diese Sache engagiert. Es bedarf aber auch eines Wortes der

Anerkennung für Frau Minister Wilms, die das Gebiet der Berufsausbildung en gros et en detail kennt und insofern ein von uns sehr geschätzter Experte ist. Wir brauchen die Kooperation aller, und ich möchte positiv hervorheben, auch wenn Herr Präsident Stingl gerade gehen will, daß die Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung durchaus klappt - bei allen möglichen Störungen, die da und dort entstehen -, aber ich meine, wenn man den Willen hat, zusammenzukommen, dann kann man das erreichen.

Ich habe nur eine Bitte, die er vielleicht noch im Hinausgehen versteht: Das Spiel mit den Zahlen und Statistiken sollte doch nach Möglichkeit in einem moderaten Rahmen bleiben, denn nichts ist schlimmer auf diesem Ausbildungsmarkt, als wenn die Situation, die Stimmung dadurch beeinträchtigt wird, daß vorläufige Zahlen - ich darf das einmal so sagen - zu ernst genommen werden. Der Ausbildungsmarkt ist erst Ende Oktober/Anfang November abgeschlossen. Dann wissen wir, wie es aussieht. Wenn dauernd ein Defizit hochgerechnet wird, was eben vorläufig ist, irritiert das die Betriebe, die Jugendlichen, letztlich alle.

Wir bei den Industrie- und Handelskammern registrieren die Zahl der Ausbildungsverhältnisse, die eingetragen sind, also realisierte Ausbildungsverhältnisse. Ich darf Ihnen sagen - Frau Minister Wilms hat es angedeutet -, wir haben bis Ende April ein Plus von 9 bis 10 %. Dies ist nicht zu unterschätzen. Nur, keine vorzeitige Freude, das ist noch kein Endergebnis, sondern sozusagen eine Zwischenzählung. Das bedeutet, wir brauchen weiterhin die Anstrengung. Dazu gehört die Motivation der Betriebe, bitte auch ohne Verfassungsauftrag. Wenn es nur 20 % sind, dann sind es die 20, die ausbilden. Daß es nicht 100 % sind, stört uns eigentlich nicht, denn ohne staatlichen Dirigismus hat dies bisher bestens geklappt.

Lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen machen. Zum einen sollte man in der politischen Diskussion auch die Ausbilder, die Berufsschullehrer als wichtige Akteure und Garanten dieses Systems stärker herausheben. Sie sind es eigentlich, die tagtäglich die Arbeit in den Betrieben, in den Schulen machen. Zum zweiten kann man die Jugendlichen nicht nachdrücklich genug dazu ermuntern, von ihrem Wunschberuf - ich sage bewußt nicht "Traum" - abzulassen, denn manche Illusion, die sie in einem Beruf hegen, realisiert sich hinterher ohnehin nicht. Sie sollten sich da also sachlich beraten lassen.

Ganz wichtig ist, glaube ich, daß die Jugendlichen dort, wo sie mehrere Eisen im Feuer haben, wo Stellen frei sind, die sie annehmen können, diese doch nicht so lange festhalten, sondern sich im Interesse der anderen entscheiden, damit nicht zu lange blockiert wird.

Letztens sollte man schließlich den Jugendlichen auch eine gewisse Mobilität zumuten, denn - und das ist meine letzte Bemerkung - das Ausbildungsproblem wird in der Region gelöst werden müssen, d.h. wegen der relativ geringen Mobilität werden wir in den Regionen die Ausbildungsplätze brauchen und die Jugendlichen hinzuführen.

Deshalb bedarf es aller, daran mitzuwirken, und dies in der Freiheit und mit dem Engagement der vergangenen Jahre.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank, Franz Schoser. - Dazu direkt Frau Brusis.

Frau Ilse Brusis: Ich will zu einigen Fragen, die jetzt in der Diskussion angeschnitten worden sind, die aber auch vorhin nach meinem Beitrag von den Teilnehmern des Podiumsgesprächs hier oben gestellt worden sind, ein paar Bemerkungen machen. Ich will mich dabei auf die Zahl der Ausbildungsstellen beschränken, wie sich das Problem jetzt darbietet, und auf die Frage der Umlagefinanzierung, weil das in der Diskussion eine wesentliche Rolle gespielt hat.

Herr Schoser hat gesagt, wir sollten die jetzt vorliegenden Zahlen der Arbeitsverwaltung nicht ernst nehmen. Meine Herren und Damen, ich halte es für ein Verbrechen, wenn wir diese Zahlen nicht ernst nehmen. Sie mögen zwar die Realität in der Vermittlung von Ausbildungsstellen nicht wiedergeben, sie geben sie aber auch insofern nicht wieder, als wir es bei der Zahl der Bewerber zweifellos noch mit einer hohen Dunkelziffer zu tun haben, so daß wir auch davon ausgehen können, daß eigentlich der Bedarf an Ausbildungsstellen noch sehr viel größer ist, als er sich jetzt aus den Zahlen der Arbeitsverwaltung ergibt.

Es ist nach meiner Auffassung unverantwortlich, diese Zahlen jetzt nicht ernst zu nehmen und bis zum Sommer zu warten, um dann zu sehen, ob das Versprechen der Wirtschaft in Erfüllung gegangen ist oder nicht. Dies beinhaltet das Risiko, daß wir im Sommer feststellen müssen, daß eben doch wieder wie bereits im vergangenen Jahr eine größere Zahl von Jugendlichen keine Ausbildungsplätze bekommen hat. Dies ist gegenüber diesen betroffenen Jugendlichen nicht zu verantworten. Die jetzt vorliegenden Zahlen machen es notwendig, sie ernst zu nehmen und auf Grund dieser Zahlen darüber nachzudenken, welche ergänzenden Maßnahmen zum Ausbildungsstellenangebot der Wirtschaft jetzt ergriffen werden müssen.

Da hat es überhaupt keinen Zweck, bis zum Sommer zu warten und dann festzustellen, daß das Kind in den Brunnen gefallen.

Zur Umlagefinanzierung: Frau Wilms hat den Vorschlag der Gewerkschaften zur Umlagefinanzierung mit der Begründung zurückgewiesen, dies sei eine zusätzliche und unvertretbare Verbürokratisierung. Nun, meine Herren und Damen, man kann natürlich mit dem Wort Verbürokratisierung in Diskussionen immer ganz schön Stimmung machen. Denn wer will schon eine Verbürokratisierung? Nur, mich wundert, daß das Argument der Verbürokratisierung immer nur dann eine Rolle spielt, wenn es um politische Sachverhalte geht, die man nicht realisieren will. Niemand kann mir weismachen, daß beispielsweise eine Volkszählung nicht auch ein erheblicher

bürokratischer Aufwand ist. Nur, wenn sie politisch für sinnvoll gehalten wird, führt man sie durch, auch wenn sie einen erheblichen bürokratischen Aufwand darstellt. Wenn Ausbildungsplätze fehlen und von seiten der Wirtschaft auch das Argument ins Feld geführt wird, daß Ausbildungsstellen ja schließlich Geld kosten - und das tun sie, das wissen auch wir -, dann ist gar nicht einzusehen, daß diese finanziellen Mittel nur von einem verschwindend kleinen Prozentsatz, nämlich 20 % der Betriebe aufgebracht werden müssen und die 80 % sich nicht an der Finanzierung der Ausbildungsstellen beteiligen. Dies mit dem Hinweis einer Verbürokratisierung zurückzuweisen, heißt für mich, sich die Sache etwas zu einfach zu machen. Ich bin für Bürokratie da, wo sie dem Bürger dient. Und ich meine, in dieser Angelegenheit dient sie dem Bürger, besonders den jungen Menschen.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleiter: Vielen Dank. Wir haben hier also eine kontroverse Diskussionslage. Jetzt erteile ich zu diesem Punkt das Wort kurz noch mal Frau Wilms. Wir fahren dann in der Reihenfolge der Wortmeldungen fort. Prof. Eckert hatte sich zu Ausführungen von Herrn Christians zu Wort gemeldet. Ich schlage vor, daß wir das Thema bei der Akademikerarbeitslosigkeit behandeln. Da wird ja ohnehin einiges zusätzlich gesagt werden. Bitte schön, Frau Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Frau Brusis, meine Ablehnung eines gesetzlichen überbetrieblichen Systems kann ich jetzt gern etwas ausführlicher darstellen. Es geht auch um Bürokratisierung. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Aber es geht vor allen Dingen - und das steckt doch hinter Bürokratisierung - um den Abbau von individueller Initiative und Verantwortlichkeit. Da laufen Sie nämlich Gefahr, daß sich Betriebe freikaufen. Und dann haben Sie nämlich ein geringeres Angebot, ganz davon abgesehen, daß Sie dann wirklich eine neue Bürokratie schaffen, die von oben in die Betriebe hineinwirkt. Ich kann Ihnen sagen: Sie haben dann zwar wieder ein schickes zentrales Instrument. Aber Sie haben nicht das, was wir brauchen: Initiative, Bereitwilligkeit, Verantwortlichkeit. Duales System heißt ja auch: ein Stück Selbstverantwortung. Das haben wir jetzt. Sie fragen: Warum macht Ihr jetzt keine Maßnahmen? Frau Brusis, auch dies wissen Sie: Es gibt ja schon eine Reihe Maßnahmen des Bundes. Der Kollege Blüm hat auf einige hingewiesen. Ich selber habe die Stichworte Benachteiligtensystem und überbetriebliche Finanzierung genannt. Lassen Sie mich nur eines sagen: Wenn Sie jetzt sozusagen ankündigen und in Aussicht stellen, was Sie machen, züchten Sie Attentismus, Frau Brusis. Sie unterhöheln nämlich das System, das bis jetzt trägt, nämlich aus sich heraus die Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Und dies ist nicht unsere Politik.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleiter: Vielen Dank. Herr Weiss, wollten Sie zu dem Thema Arbeitsplatzumlage etwas sagen? - Ich finde es ganz gut, wenn die Unternehmer etwas dazu sagen. Bitte schön.

Heinrich Weiss: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich hätte gern eine ganz kurze Bemerkung zu dem Vorredner, Herrn Schnipkoweit, gemacht, und zwar bezüglich der Sozialpläne. Ich glaube, es ist gar keine Frage, daß die Sozialpläne für den, der seine Arbeit verliert, in gewisser Form richtig sind. Aber ich sage

ganz klar: Das ist einer der Gründe, warum Unternehmen teilweise keine neuen Mitarbeiter einstellen, auch wenn sie vorübergehend Bedarf haben. Wir haben im Sozialplangebiet teilweise eine Überversorgung, nämlich darin, daß auch Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren und sofort am nächsten Tag eine gleichwertige neue Arbeit bekommen, voll unter den Sozialplan fallen. Das ist ein klarer Fall von Überversorgung und einer der Gründe, warum die Unternehmen sich beim Einstellen neuer Mitarbeiter zurückhalten. Das nur als kurzen Einwurf.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. Wir fahren in der Reihe der Wortmeldungen fort. Ich rufe Herrn Scheurer, Betriebsrat, auf.

Günter Scheurer, Betriebsrat: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Jahr 1983 hat sich dramatisch zugespitzt. Eine wachsende Zahl von Jugendlichen hat kaum die Chance, eine Berufsausbildung zu erhalten. Sozial ohnehin benachteiligte Gruppen von Schülern und Jugendlichen werden unmittelbar nach Verlassen der Schulen der Erfahrung der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. 1983 bleiben über 200 000 Jugendliche unversorgt, d. h. ohne eine volle berufliche Ausbildung. Es ist offensichtlich, daß diese Jugendlichen das Opfer einer verfehlten Berufsbildungspolitik der SPD sind.

Als Betriebsrat bin ich der Meinung, daß die CDU zusammen mit allen Verbänden und den Unternehmern mehr Ausbildungsplätze schaffen kann. Mit der Verabschiedung des Berufsbildungsförderungsgesetzes darf sich der Staat seiner Verantwortung zur Steuerung und Gestaltung der beruflichen Bildung, besonders durch die Neuregelung der Finanzierung, nicht entziehen.

Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung müssen sein:

Erstens: Die Inhaltsbestimmung und Durchführung der Berufsbildung sind gesetzlich festzuschreiben.

Zweitens: Die öffentliche Verantwortung für die Berufsbildung ist sicherzustellen.

Die Kommunen, die Länder und der Bund sind aufgefordert zur kurzfristigen Verbesserung der Situation der Schulabgänger.

Hier, lieber Norbert, darf ich auch mal etwas Positives mitteilen. Ich bin Betriebsratsvorsitzender in einem mittelständischen Unternehmen. Ich kann Dir sagen, daß wir von Januar 1983 bis heute 5 % unserer Belegschaft neu beschäftigt haben. Trotz Abgangs haben wir immer noch einen Verbleib bei 320 Leuten von noch zehn Personen. Das ist immerhin ein großer Vorteil. Es hängt auch sehr viel am Engagement der Betriebsräte und an der Aktivität, die sie in den Betrieben entwickeln. Ich habe mich fürsorglich der Gruppe der Schüler angenommen, die aus Sonderschulen kommen. Wir haben vor Ort eine Sonderschule. Ich habe eine spezielle Gruppe, die unserer Hilfe bedarf. - So weit meine Ausführungen. Danke schön.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. Da wir das Thema Ausbildungsplatzabgabe bzw. -umlagefinanzierung gerade noch erörtert hatten, möchte ich jetzt Herrn Schummer das Wort geben, der sich speziell zu diesem Thema gemeldet hat.

Dann können wir diesen Komplex abschließen. Wo ist Herr Schummer? - Ich begrüße Sie. Als nächster kommt Herr Prof. Strohm, dann Frau Laurien, dann Dietmar Schlee. Bitte schön, Herr Schummer.

Uwe Schummer (IKAB, Junge Arbeitnehmerschaft Rheinland): Ich mache eine kurze Mitteilung vorweg. Ich bin nicht, wie heute morgen angekündigt, Vertreter der Jungen Unternehmer, sondern Vertreter der Jungen Arbeitnehmerschaft. Aber so einen Klassenrassismus besitzen wir nicht, daß wir darüber nicht hinwegsehen könnten.

Zur Mehrfachbelegung von Ausbildungsplätzen wurde heute öfters die Solidarität der Jugendlichen untereinander gefordert. Das ist mit Sicherheit richtig. Jedoch hat diese Medaille eine zweite Seite, und die habe ich heute nicht so offensiv gehört, nämlich die Solidarität der Betriebe untereinander. Denn wenn 20 % aller Betriebe die Ausbildungslasten tragen, aber 100 % aller Betriebe später existentiell von dem Facharbeiternachwuchs profitieren, dann kann man sicher davon ausgehen, daß 80 % dieser Betriebe - ich sage es mal ein bißchen hart mit meinen Worten - bildungspolitisch Schmarotzer sind.

Bildungsaussteiger oder gar nicht erst Eingestiegene: Auch diese Solidarität muß gefordert werden.

(Vereinzelter Beifall)

- Danke! Wenigstens ein bißchen.

Die Betriebe, die ausbilden, werden, wie es heute läuft, dafür bestraft. Die Ausbildungsbetriebe haben marktwirtschaftlich schlechtere Chancen, weil sie die Kostenlast für den Facharbeiternachwuchs allein tragen. Das ist nicht marktwirtschaftlich, und das ist nicht soziale Gerechtigkeit.

Im Baubereich konnte durch ein tarifliches Umlageverfahren der Ausbildungskosten das Ausbildungsplatzangebot um ca. 40 % gesteigert werden.

Geistige Führung, Herr Bundeskanzler, müßte doch auch heißen, bei diesem Thema auf solche Möglichkeiten hinzuweisen. Es ist vielleicht auch tariflich im Metallbereich durchzusetzen. Es gilt, wie es Matthias Wissmann heute vormittag sagte, auch mal über den eigenen Schatten zu springen.

Ein zweiter Punkt. Sporadisch arbeite ich in einem Berufsbildungswerk der katholischen Arbeitnehmerbewegung. Dort bekommen sogenannte nicht ausbildungsfähige oder nicht ausbildungswillige Jugendliche ohne Hauptschulabschluß eine berufliche Bildung plus ihren Hauptschulabschluß durch eine gezielte pädagogische Betreuung. 80 % dieser Jugendlichen schließen nach zwei oder drei Jahren erfolgreich ab. Was heißt es bei dieser Situation, daß diese Jugendlichen "nicht ausbildungsfähig" für die freie Wirtschaft sein sollen?

Die Jugendarbeitslosigkeit darf heute auch nicht zu einem technokratischen Problem werden, bei dem man versucht, zwei Zahlen, die auseinanderspringen, wieder zusammenzuführen, bei dem man pragmatisch ein bißchen herumdiskutiert. Wenn ich über Jugendarbeitslosigkeit diskutiere, denke ich auch an den Jugendlichen, der sich vor einem halben Jahr in Essen-Katlenbeck aufhängte, nachdem er ein halbes Jahr lang arbeitslos gewesen war und jeden Tag in den Briefkasten geworfen bekam, daß er in der Wirtschaft nicht gebraucht wird. Er igelte sich so ein, daß er sich nicht mehr auf die Straße traute und am Schluß nur noch einen Weg sah, den in den Selbstmord.

Ich denke auch daran, daß laut Statistik jeder vierte Drogensüchtige über die Arbeitslosigkeit zu den Drogen gekommen ist. Was dahintersteht, das sind Menschen, das sind Schicksale, und zwar in jedem einzelnen Falle.

Wir müssen aufpassen, daß wir Jugendliche nicht heute als "nicht ausbildungsfähig", und morgen als "nicht ausbildungswillig" bezeichnen und sich am Schluß herausstellt, daß sie nicht mehr lebensfähig sind.

(Zustimmung)

Wenn der Staat bei der Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit versagt, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn später auch viele dieser Menschen dem Staat ihre Stimme versagen werden. Dann, liebe Freunde, ist der Schlamassel da.
(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Ich bedanke mich herzlich.

In der Reihenfolge muß ich jetzt einen kurzen Einschub machen. Ich habe Herrn Hülkenberg übersehen. Er hatte sich schon heute vormittag gemeldet. Bitte!

Josef Hülkenberg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Einladung zu diesem Forum. Als hauptamtlicher Mitarbeiter in der katholischen Kirche bin ich seit vielen Jahren mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und - was für mich wichtiger ist - mit den Arbeitslosen selbst in ständiger Auseinandersetzung und Zusammenarbeit. Ich möchte Ihnen für Ihre Beratungen einige unserer zentralen Erfahrungen weitergeben.

Ich bin gestern bei einer Priesterkonferenz gefragt worden: Kannst du, wenn ich mit 150 Arbeitslosen zu dir komme, denen denn Arbeit geben? Ich konnte und mußte sagen: Arbeit habe ich in Hülle und Fülle, ich kann alle, die ihr zu mir bringt, beschäftigen, und zwar sinnvoll, nur habe ich kein Geld, um sie zu bezahlen.

In Ausnahmefällen ist es möglich, sie zu bezahlen. In Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern gelingt es manchmal, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu organisieren. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht. In diesen Tagen können wir wieder mit 13 Arbeitsplätzen anfangen. Im Herbst gehen wir mit 40 weiteren hier in

Köln an die Arbeit. Aber das betrifft hier in Köln 50 arbeitslose Jugendliche bei fast 50 000 arbeitslosen Menschen in dieser Stadt.

Wir haben vielfältige Arbeiten, die sinnvoll sind, die nicht unbedingt nur Beschäftigung sind, die aber nicht Erwerbsquellen sind. Wir stehen immer wieder vor der Frage, ob nicht diejenigen, die Erwerb und Arbeit haben, diese sinnvollen Beschäftigungen mit finanzieren können. Konkret gesprochen: Könnt ihr, die ihr Arbeit, Lohn und Brot habt, von eurem Lohn abgeben, um denjenigen, die keinen Lohn haben, Geld zu geben?

Die Solidarität, die gefordert ist, geht aber über das Finanzielle hinaus. Herr Blüm sprach heute vormittag von dem Programm der tausend kleinen Schritte. Diese kleinen Schritte machen wir und müssen wir machen, weil wir erleben, daß die Arbeitslosigkeit zwar auch ein Wirtschaftsproblem ist, aber nicht nur ein Wirtschaftsproblem. Arbeit und Arbeitslosigkeit prägen vielmehr die betroffenen Menschen, prägen die zwischenmenschlichen Beziehungen und Strukturen und damit auch uns und unsere Gesellschaft.

Dieses Programm der tausend Schritte, das Herr Blüm fordert, kann und darf nicht für die Arbeitslosen entwickelt werden, sondern muß mit ihnen, mit den Arbeitslosen und mit den betroffenen Arbeitnehmern, die Gott sei Dank noch einen Arbeitsplatz haben, entwickelt werden.

Hier muß ich leider folgendes feststellen. In den nächsten Tagen beginnt die Aktionswoche der Arbeitsloseninitiativen. Ich selbst bin in Köln im Rahmen des Arbeitskreises damit beschäftigt und mußte feststellen, daß die verschiedenen Arbeitsloseninitiativen keinerlei Hoffnung auf die Parteien setzen. Die Union kann sich höchstens zugute halten, daß auch die anderen Parteien keine Hoffnung bieten. Die Arbeitslosen erwarten von keiner Partei irgend etwas Positives. Sie erleben auch nicht - insbesondere jetzt in der Vorbereitung ihrer Öffentlichkeitsaktion - die Solidarität dieser Parteien. Es ist für mich eine sehr fragwürdige Angelegenheit, daß die Parteien das Problem angehen wollen, aber nicht zu den Betroffenen gehen und auch einmal zuhören, was die sagen. Denn die Resignation dieser Arbeitsloseninitiativen folgt auch daraus, daß bei den Gesprächen mit den Parteien - wohlgermerkt: nicht nur mit der Union - die Parteien immer wieder die Haltung an den Tag legen: Wir wissen, was für euch gut ist. Sie gestehen ihre eigene Ratlosigkeit zu selten ein.

Nun zu zwei Dingen, von denen heute morgen die Rede war. Von Herrn Wissmann ist heute morgen der Vorschlag mit dem Umschulungsprogramm gekommen. Wenn Sie ein solches Umschulungsprogramm machen, haben Sie die Chance, einige Arbeitsplätze im Rahmen dieses Programms zu schaffen, aber überlegen Sie auch, ob es Ihnen möglich ist, für die Leute, die umgeschult werden, anschließend Beschäftigung und Arbeitsplätze zu bieten.

Ein Zweites. Heute morgen kam im "Kölner Stadtanzeiger" der Hinweis, daß die Union in dieser Stadt, im Bereich von Köln, die freien Träger und die offenen Jugendeinrichtungen auffordert, sich stärker mit den Problemen der Arbeitslosigkeit zu befassen.

Ich selbst arbeite in einer solchen Einrichtung, und wir tun dies schon. Wir stellen aber fest: Wenn wir uns bewußt auf diese Arbeit einlassen, fordert das Konsequenzen von uns, die gelegentlich folgendes Problem aufwerfen. Je stärker die Konsequenzen werden, um so gefährlicher wird für uns die Förderung unserer Arbeit nach bislang geltenden Richtlinien. Wir stoßen an die Grenzen bisheriger Förderungsprogramme. Wenn Sie also eine solche Aufforderung an uns als freie Träger richten, bitte ich Sie darum: Überlegen Sie, wie Sie die Förderprogramme entsprechend ändern, wie Sie die Richtlinien ausweiten, so daß wir diese Arbeit auch machen dürfen, ohne uns gegen Gesetze oder Richtlinien zu wenden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Danke schön.

Ich glaube, es ist sicher so, daß in den Diskussionskatalog das ganze Problem der Solidarität der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Arbeitslosen - auch im Zusammenhang mit Einkommensverzichten - mit einbezogen ist. Damit ist das weite Feld angesprochen, um das es zur Zeit auch in den Tarifverhandlungen geht, um das es auch in Vorschlägen der Ministerpräsidenten, speziell des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, geht. Das ist sicher ein Fragenbereich, der noch mit aufgenommen werden muß. Ich möchte an Sie alle, vor allem an die Kreis- und Ortsvorsitzenden, appellieren, das, was Herr Hülkenberg gerade gesagt hat, auch in der Parteiarbeit umzusetzen oder dies zu versuchen. Wir dürfen diese Arbeitsloseninitiativen nicht allein lassen.

Es bilden sich immer mehr lokale, auch regionale Arbeitsloseninitiativen. Selbst wenn das Gespräch, die Diskussion manchmal schwierig ist und es viele Ressentiments und Abwehr gegen die politischen Parteien gibt, darf man sich dadurch nicht entmutigen lassen. Wir müssen als Christliche Demokraten mit diesen Arbeitsloseninitiativen im Gespräch bleiben und ihnen auch unsere politische Position erläutern. Deswegen möchte ich mich für diesen Diskussionsbeitrag ausdrücklich bedanken.

Ich darf noch einmal auf die Redezeitbeschränkung aufmerksam machen. Ich habe das bisher ein bißchen liberal gehandhabt. Aber wir müssen den Zeitplan einigermaßen einhalten.

Ich darf jetzt Herrn Professor Strohm von der Kammer für Sozialarbeit der EKD bitten, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Dr. Strohm: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Mitglied und Vorsitzender der Kammer für Soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland möchte ich zu dem Programm der tausend Schritte von Herrn Blüm einiges sagen.

Es entspricht der christlichen Ethik, auf der Verpflichtung der Rechtsgemeinschaft zu bestehen, dafür zu sorgen, daß die Grundwerte Existenzsicherheit, hoher Beschäftigungsstand oder Vollbeschäftigung und die Erhaltung der Arbeitskraft politisch eingelöst werden. Die Forderung nach einer vorausschauenden Arbeitspolitik ist also kein Akt der Beliebigkeit oder auch nur der Humanität, sondern das ist eine politische Pflicht.

Es wäre fatal, große Teile der jungen Generation auf bessere Zeiten zu vertrösten, die angeblich nach Abklingen der demographischen Welle kommen werden. In der Schweiz - ich habe dort in den letzten Jahren gearbeitet und selbst daran mitgewirkt - mußten die demographischen Daten um fünf Jahre in die Zukunft hinein verändert werden, weil das Abklingen dieser demographischen Welle nicht eintreten wird; denn sehr viele Jugendliche beantworten die Krise mit einem Parkverhalten oder eben mit anderen Aktivitäten, mit einem Übergangsverhalten, so daß wir damit rechnen müssen, daß bis zum Jahr 1990, 1995 der Druck auf den Arbeitsmarkt unvermindert anhalten wird. Deshalb können wir nur mittelfristige, nicht aber kurzzeitige Programme fordern.

Ich darf nun gleich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der uns in der evangelischen Sozialarbeit besonders am Herzen liegt. Allein in der Evangelischen Kirche gibt es rund 160 lokale Initiativen, Selbsthilfegruppen, Werkstattinitiativen, die Neue Arbeit GmbH. Es gibt gelungene und gescheiterte Initiativen. Gelungen ist z. B. das Kreuzwerk in Berlin.

Dort wurde von einer Gruppe von Architekten, Tischlern, Sozialarbeitern ein Projekt "Wohnen, Ausbildung und Arbeiten" entwickelt, in dem öffentliche und private Gelder zusammen gewidmet werden, so daß 50 % Ausländer und 50 % deutsche Jugendliche zusammen neue Lebenschancen erhalten. Es geht hier um die gezielte Umwidmung von Arbeitslosengeldern, Sozialhilfegeldern und sogenannten Heimpflegegeldern zur Erzielung neuer Effekte. Derartige Projekte bedürfen aber der gezielten Förderung, der Begleitung und Übertragung auf andere Gebiete.

Aber noch so viele gelungene Projekte bleiben Randphänomene. Deshalb soll die lokale, die kommunale Ebene mit ganz neuen Verantwortlichkeiten, Rechten und auch finanziellen Ausstattungen versehen werden. Über die begrenzten ABM-Maßnahmen hinaus muß die öffentliche Hand, nicht nur die Bundesanstalt, die lokale Ebene subsidiär in die Lage versetzen, durch einen koordinierten Einsatz öffentlicher und privater Initiativen den größten Erfolg zu erzielen.

Alle gelungenen Modelle entstammen lokalen, überschaubaren Zusammenhängen. Die Kammer für Soziale Ordnung hat sich in den letzten Jahren vor allem mit der Neuordnung der Lebensformen in den Ballungsgebieten beschäftigt. Hier müssen die Hebel für humane Lösungen angesetzt werden.

In den Ballungsgebieten - das ist mein letzter Gesichtspunkt - spitzt sich die Lage der ausländischen Jugendlichen gegenwärtig dramatisch zu. Von den 15- bis unter 19jährigen Ausländern haben gegenwärtig 20 % keinen betrieblichen Ausbildungsplatz, wenn sie auch in einer Teilzeitberufsschule untergekommen sind. 30 % aber haben in dieser Altersgruppe überhaupt keinen Zugang zur Qualifikation. 50 % haben nach wie vor keinen Hauptschulabschluß. Während bei den Ausländern 20 % registrierte Arbeitslose sind, haben 33 % der 15- bis unter 20jährigen weder Arbeit noch Ausbildung. Diese Zahlen betreffen also unsere ausländischen Mitbürger.

Auch diese dramatische Problematik - das will ich abschließend sagen - kann nur lokal, gezielt angegangen werden. Die Folgekosten der Untätigkeit betragen ohne einen gezielten Einsatz erheblicher öffentlicher Mittel ein Vielfaches, wenn man Ausländer zwischen Ghetto und Knast über das soziale Netz betreuen müßte.

Deshalb darf ich Sie zusammenfassend ermutigen, echte Durchbrüche zu erzielen und gemäß den Prinzipien christlicher Sozialethik die kleinen Einheiten, die kommunalen und lokalen Ebenen zu stärken. Dabei sollte dann der Einsatz der freien und öffentlichen lokalen Initiativen gestärkt werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank.

Ich glaube auch, daß wir den Komplex ausländische Jugendliche noch in unseren Katalog einbauen müssen. Ich möchte in dem Zusammenhang nur darauf hinweisen, daß die Frage des Familiennachzuges - ab welchem Alter sollen wir eine Sperre errichten? - natürlich etwas mit den beruflichen Lebenschancen dieser Kinder zu tun hat. Wir wissen, daß 60 % der Hauptschüler, die keinen Abschluß geschafft haben, ausländische Jugendliche sind, die im Alter von zehn, elf oder zwölf Jahren nach Deutschland gekommen sind. Es gibt nicht nur ein Elternrecht, sondern es gibt auch ein Kindesrecht. Die Eltern müssen rechtzeitig entscheiden, ob ein Kind z. B. eine türkische schulische Ausbildung bekommen soll oder eine deutsche. Aber wenn man ein Kind vier Jahre lang in Anatolien in die Schule schickt und dann nach Deutschland holt, führt das dazu, daß diese Jugendlichen nachher in der Arbeitslosigkeit landen.

Ich möchte darauf hinweisen, weil in dem Zusammenhang immer viel mit moralischen Komponenten gearbeitet wird. Wir gehen ja nicht von einer patriarchalischen Familienkonzeption aus, sondern von einer partnerschaftlichen. Die Eltern haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die beruflichen Lebenschancen ihrer Kinder nicht dadurch erschwert oder gar vernichtet werden, daß man nicht rechtzeitig die Entscheidungen trifft, die für die schulische Ausbildung der Kinder notwendig sind. Darauf möchte ich in dem Zusammenhang aufmerksam machen.

Jetzt hat sich zu Wort gemeldet Dietmar Schlee, Arbeits- und Sozialminister von Baden-Württemberg.

Dietmar Schlee: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag A 5 aus Baden-Württemberg lenken. Wir haben in diesem Antrag deutlich zu machen versucht, daß der Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entscheidend vom Willen und der Fähigkeit unserer Gesellschaft zur Solidarität abhängt. Wir haben in diesem Antrag eine ganze Reihe von Modellen gelebter Solidarität aufgeführt. Ich will der Kürze der Zeit wegen nur vier nennen.

Das erste betrifft das, was der Generalsekretär vorhin auch schon angesprochen hat: das befristete Solidaritätsoffer hinsichtlich der Löhne und Gehälter zur Finanzierung von Programmen, zur übergangsweisen Beschäftigung und beruflichen Umorientierung

junger Menschen. Einer der jungen Freunde hat heute vormittag gesagt, daß das doch der falsche Weg sei. Er hat uns aber nicht gesagt, was wir mit denen tun sollen, die heute schon auf der Straße stehen. Wir halten es politisch doch nicht durch, daß die einen 13, 14 oder gar 15 Monatsgehälter bekommen und andere jahrelang auf der Straße stehen.

Wir sollten, liebe Freunde, diese Problematik angehen, und, lieber Heiner Geißler, wir sollten das schnell tun.

(Beifall)

Wir sollten im Laufe dieses Jahres die entsprechenden Voraussetzungen schaffen.

Ein Zweites in diesem Zusammenhang: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist viel von der beschäftigungspolitischen Solidarität, von der Teilzeitarbeit gesprochen worden. Die Zahlen liegen doch auf dem Tisch. 11 % der Männer und 18 % der Frauen sind bereit, Teilzeitarbeitsplätze anzunehmen. Ich habe bereits vor zwei Jahren eine ganze Reihe von Modellen entwickelt. Wir haben bei allen diesen Modellen festgestellt, daß wir ganz rasch an gesetzliche Grenzen stoßen, daß der Bundesgesetzgeber gefordert ist. Zum Beispiel muß das Beamtenrechtsrahmengesetz geändert werden. Wir würden das dann ausfüllen, so, daß es praktikabel wäre. Warum sollen wir in der Vermessungsverwaltung, warum sollen wir in der Flurbereinigungsverwaltung nicht einen jungen Mann oder ein junges Mädchen bei 60 oder 70 % der allgemein üblichen Arbeitszeit einstellen? Die Alternative wäre doch, daß sie auf der Straße blieben. Das kann doch niemand ernsthaft wollen.

Der öffentliche Dienst, lieber Heiner Geißler, muß hier Schrittmacherdienste leisten. Aber, wie gesagt, das können wir nur, wenn der Bund die entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen rasch ergreift.

Ein Drittes: Der Gedanke der Solidarität muß auch Eingang in die Überlegungen zur Weiterentwicklung des Steuer- und Sozialleistungssystems finden. Wenn immer mehr menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird, besteht langfristig die Gefahr, daß sich die wachsende Sozialabgabenlast bei arbeitsintensiven kleinen und mittleren Betrieben und natürlich auch bei einem relativ kleinen Personenkreis anhäuft. Nun ist diese ganze Problematik mit der Killer-Vokabel "Maschinensteuer" belegt worden. Lieber Norbert Blüm, ich kann das jetzt nicht in allen Einzelheiten darstellen, aber wir sollten uns jetzt nicht durch diese Killer-Vokabel davon abhalten lassen, diese Dinge zu durchdenken, neue Vorschläge in die Diskussion einzubringen, sie auf ihre Realisierbarkeit abzuklopfen. Wenn wir das nicht tun, liebe Freunde, werden wir in diesem Punkt von der Entwicklung überrollt werden. Das können wir doch so nicht wollen.

Noch ein vierter und letzter Punkt: Eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik sollte schließlich auch die bei vielen Jugendlichen zu beobachtende Hinwendung zu immateriellen Werten aufgreifen. Dies stellen wir, jeder einzelne, draußen doch tagtäglich fest: Es gibt eine Vielzahl von jungen Leuten, die im

sozialen Bereich, im Bereich des Umweltschutzes mit einer Tätigkeit, die, was weiß ich, 50 oder 60 % des normalen Umfangs hat, einverstanden wäre. Wenn wir das zu realisieren versuchen, stoßen wir auch hier sofort an gesetzgeberische Grenzen. Das verstehen die jungen Leute nicht. Deshalb muß auch hier, meine ich, etwas Neues auf den Weg gebracht werden. -

Wie gesagt, wir haben eine Vielzahl weiterer Vorschläge gemacht. Ich wollte nur diese vier in die Diskussion einführen und hier noch einmal unterstreichen. Wenn es uns gelänge, die Voraussetzungen zu schaffen, daß diese vier Vorschläge realisiert werden könnten, hätten wir etwas Konkretes erreicht, und wir könnten dann zu Beginn des Jahres 1984 sagen, daß wir über die Probleme nicht nur geredet, sondern Lösungsmöglichkeiten auf den Tisch gebracht haben. Die jungen Leute würden uns dies sicher danken. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank.

Aber für Strukturänderungen brauchen wir auch die Unterschrift der ÖTV. Wir können es doch nicht nur für Beamte machen. Das ist doch das Problem. Das heißt, wir brauchen die Bereitschaft der Gewerkschaften, nicht nur Besitzstände und Privilegien zu verteidigen, sondern auch konkrete Reformen zu ermöglichen.

(Zustimmung)

Das ist wichtig. Die Frau Brusis wird dazu vielleicht noch etwas sagen.

Bevor ich das Wort jetzt Frau Laurien gebe, teile ich schon mit, daß sich hierzu auch noch Irmgard Blätzel zu Wort gemeldet hat. Danach möchte ich die Diskussion zum allgemeinen Teil abschließen und so sehr rasch zum Thema ausbildungshemmende Vorschriften kommen. Dazu hat sich zuerst Herbert Frings gemeldet.

Bitte schön, Frau Laurien.

Frau Dr. Hanna Renate Laurien: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Lieber Heiner Geißler, ich werde gleich auf etwas Konkretes kommen und nicht nur Grundsätzliches bemerken.

Wenn wir befristete Arbeitsverträge haben wollen und sie als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit sehen, brauchen wir genau das, was Heiner Geißler eben dazu gesagt hat, die Solidarität der Gewerkschaften. Es geht nicht an, daß der Versuch, Arbeitsverträge für sechs Monate abzuschließen, vom Nein der Personalräte begleitet wird, weil erst nach einem Jahr eine soziale Sicherung vorhanden ist. Die Lösung ist doch dann, daß der Betreffende nicht beschäftigt ist. Hier muß umgedacht werden, auch auf seiten der Gewerkschaft.

(Beifall)

Zweite Bemerkung: Alles, worum wir uns hier bemühen, zielt doch auf die Vermehrung qualifizierter Ausbildungsplätze. Frau Brusis, es

trifft doch wirklich nicht zu, daß wir hier von großen Dunkelziffern Ausbildungsplatzsuchender ausgehen müßten.

Da die Schulstatistiken nun einmal stimmen und wir wissen, wie viele Kinder in die Schule gehen und wie viele abgehen, können wir die Nachfrage in der Tat einigermaßen genau wiedergeben. Was uns fehlt, ist die Lockerung der Vermittlungsvorschriften im Hinblick auf einen freien Arbeitsmarkt und Ausbildungsmarkt. Meine Damen und Herren, wir haben heute morgen alle geklatscht, als gesagt wurde, die Bundesanstalt für Arbeit müsse flexibler sein und private Initiativen, wie das erfreulicherweise der Sammelantrag unter 2.2 aussagt, sollten gestärkt werden. Ich habe nun die Zeitung aufgeschlagen und heute gelesen, daß das Gaststättengewerbe ein Bußgeld von der Bundesanstalt auferlegt bekommen hat, weil es private Vermittlung initiiert hat. Wir sollten mit dieser Schizophrenie aufhören. Wir sollten etwas machen; aber nicht etwas fordern, damit unser Gewissen beruhigt ist. Das hat nur Alibicharakter. Und das ist nicht gut.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin jetzt in einer etwas peinlichen Lage: Wenn man einen guten Kuchen vor sich hat und in dem dann einen Kirschkern entdeckt, sagt das noch nichts gegen die Qualität des Kuchens, aber viel für die Entfernung des Kirschkerns. Ich bejahe deshalb ganz ausdrücklich den Sammelantrag, den die Antragskommission vorgelegt hat, mit dem Sie die Anträge A 1 bis A 26 usw. aufgenommen hat, aber ich melde mich kritisch zum Punkt 2.3 zu Wort, wo es heißt, daß Ausbildungsplätze auf zwei Auszubildende verteilt werden sollten. Meine Damen und Herren, das ist bar jeder Realität. Ich kann Arbeitsplätze zwischen Leuten aufteilen, wahrhaftig, und da haben wir noch viele Wege vor uns, aber ich kann nicht das Lernen zwischen zwei Leuten aufteilen.

(Beifall)

Wie viele Stunden soll denn so ein Jugendlicher im Betrieb sein? Lassen Sie es mich einmal ganz konkret sagen. Wir haben heute acht bis zwanzig Stunden Berufsschulunterricht, je nach Modell, Land und was weiß ich alles. Zwölf Stunden Berufsschulunterricht sind so der mittlere Durchschnitt. Aber der Jugendliche soll doch - und das Kern unserer dualen Ausbildung - eben von den fünf Tagen der Arbeitswoche dreieinhalb bis vier Tage im Betrieb sein, weil Lernen im Betrieb heißt, im Mitarbeiten lernen. Und bei diesem Vorschlag machten wir aus dem Betroffenen jemanden, der anderthalb bis zwei Tage im Betrieb lernte. Meine Damen und Herren, entweder ist die duale Ausbildung ernst zu nehmen, oder wir täuschen uns hier etwas in die Tasche, wenn wir zwei Jugendliche auf einen Ausbildungsplatz setzten. Dies sollte gestrichen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man damit etwas anderes meint, wenn man damit meint, daß in einem Betrieb zwei Jugendliche mit jeweils nur der halben Ausbildungsvergütung ausgebildet werden sollten, sollte man mit den Tarifpartnern realistisch in die Debatte eintreten, sich aber doch nicht vormachen, daß man aus einem Ausbildungsplatz zwei machen

könnte. Für realistisch halte ich ein Programm - das ist nun nicht damit identisch -, das vorsieht, daß neben den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die, wie wir sie in den Ländern praktizieren, nur noch zwanzig Stunden Arbeitsverpflichtung beinhalten, zwanzig Stunden eingesetzt werden, um Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse nachholen zu lassen. Das wäre in der Tat ein Weg, der förderlich wäre, aber nicht einer nach dem Motto "Aus eins mach zwei".

Meine Damen und Herren, in den Notzeiten haben wir immer gesagt: Aus zwei zu klein gewordenen Kleidern mache ein ganzes. Das ist hier die Umkehrung eines Prinzips, was so nicht klappt.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zu einem Punkt machen, der in unserem Programm, in dem Antrag hier nicht vorkommt, der aber in der Debatte immer wieder auftaucht. Da heißt es nämlich: Für Abiturienten, die in eine berufliche Ausbildung gehen, sollte es Sonderausbildungswege geben. - Ich möchte vor diesem Weg nachdrücklich warnen. Wir haben in unserer Ausbildungsordnung hinreichende Abkürzungsmöglichkeiten wenn sich ein Abiturient in der beruflichen Ausbildung gut bewährt. Wenn Sie schon wieder Privilegien, Sonderwege schaffen, dann werden Sie am Schluß nur neue Barrieren haben. Es schadet doch dem Abiturienten gar nichts, wenn er seine Fähigkeiten in einer normalen Lehre zeigt. Wir sollten hier nicht ständig Sonderwege, sondern gemeinsame Wege für Abiturienten und Nichtabiturienten eröffnen.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. Ich glaube, jetzt muß einmal Präsident Stingl das Wort zur direkten Erwiderung bekommen; denn er ist mehrfach angesprochen worden.

Dr. Josef Stingl: Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen machen, zunächst eine generelle Bemerkung: Die Bayerische Staatsregierung hat vor einigen Wochen für die Beamten in Erinnerung gerufen, daß sie sich sowohl in ihrem Amt als auch sonst in der Öffentlichkeit zurückhaltend zu benehmen hätten. Sehen Sie es mir also nach, daß ich mich in meiner Stellungnahme zurückhalte und nicht so temperamentvoll wie etwa Norbert Blüm oder Frau Laurien dazu sprechen kann. Ich werde mich also bei meinen Äußerungen am Beamtenrecht orientieren.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Aber Sie sind doch nicht bayerischer Beamter!

Dr. Josef Stingl: Nein, ich bin Bundesbeamter, aber im Beamtenrechtsrahmengesetz steht das auch. Ich habe das 13 Jahre durchgehalten, und ich werde das auch weiter durchhalten, bis ich ausscheide. Das wollte ich nur als Einführung sagen, damit Sie wissen, warum ich so ruhig antworte.

Das Monopol der Bundesanstalt für die Vermittlung und Berufsberatung, meine Damen und Herren, ist nicht von ihr erfunden

worden, sondern der Gesetzgeber hat dieses Monopol eingeführt, weil sich auf diesem Markt vorher sehr viele Hyänen getummelt haben, teils mit Geld, teils mit Protektion. Das Bundesverfassungsgericht hat, nachdem es mehrfach dazu Stellung genommen hat, gesagt: Dieses Monopol der Bundesanstalt ist rechtens und mit dem Grundgesetz vereinbar. Man kann auf einem CDU-Parteitag schlechterdings nicht verstehen, daß ein Beamter aufgefordert wird, er solle die Gesetze nicht anwenden, also: er solle das Monopol aufgelockert ausüben; Gesetze müssen eingehalten werden. Allerdings kann man das so tun, wie ich es in der Presseerklärung gestern noch einmal auffrischend bemerkt habe. Ich habe gesagt: Nicht um die Verteidigung eines Monopols geht es uns, sondern um aktive Hilfe für Jugendliche. Auch in meinen einleitenden Worten hier heute habe ich schon ausgeführt: Es geht nicht um die Quantität, ob so und soviele Ausbildungsplätze da sind, sondern es geht um die Qualität. Der eine spektakuläre Fall aus der bayerischen Gegend war eben so gelagert, daß der Betreffende jede Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt abgelehnt hat. Ob die Plätze, die er vermittelt haben will, beim Handwerk, bei der IHK, dann auch wirklich eingetragen werden, ist dabei sehr fraglich.

Man muß also schon sehen: Es geht darum, die Jugendlichen davor zu schützen, daß sie einen - allgemein - nicht geeigneten, einen für sie nicht geeigneten Ausbildungsplatz übernehmen. Es geht - umgekehrt - auch darum, sicherzustellen, daß nicht einige Betriebe, die sich zusammentun, den Rahm abschöpfen und die anderen leer ausgehen; darum geht es. Hier ist dann auch Zusammenarbeit nötig. Ich habe schon die Veranstaltung bei der BdA vorige Woche erwähnt, die genau dies bestätigt hat; Herr Esser hat es ja auch gesagt.

Zu dem, was Sie, Frau Laurien, soeben angeschnitten haben, habe ich erklärt: In diesem Zusammenhang - so heißt es in der Presseerklärung - begrüßte Stingl ausdrücklich eine Initiative des Hotel- und Gaststättenverbandes Nordrhein-Westfalen

Zuruf der Frau Senator Dr. Hanna-Renate Laurien

- Ja, warum sagen Sie das dann erst, Frau Laurien? Hätten Sie mich doch gefragt - oh je, ich habe die beamtengemäße Zurückhaltung vergessen -, es wäre doch ein leichtes gewesen, mich zu fragen -, zusätzliche Ausbildungsstellen zu gewinnen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Verband bei der Besetzung dieser Ausbildungsstellen eng mit den Arbeitsämtern zusammenarbeitet. - Es geht uns also nicht darum, unser Monopol so auszulegen, daß kein Arbeitsverhältnis ohne Arbeitsamt zustande kommen darf, wie das etwa in Italien ist. Aber wir müssen es so auslegen, daß es hinsichtlich der Qualität der Vermittlung dem Schutz der Jugendlichen und auch dem Schutz der Betriebe untereinander dient. - Ich weiß nicht, Herr Vorsitzender, soll ich jetzt auch gleich noch zu dem, was sonst gesagt worden ist, Bemerkungen machen?

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Wie Sie wollen.

Dr. Josef Stingl: Herr Weiss hat - neben Herrn Wissmann - beanstandet, daß man, wenn man Patenschaften übernehmen will, beim Arbeitsamt vergeblich nach Adressen nachfragt. Das bedaure ich auch,

das haben wir früher auch nicht gemacht. Aber der Deutsche Bundestag hat das Datenschutzgesetz verabschiedet, nicht die Bundesanstalt. Gott sei Dank sind wir durch entsprechende Vorschriften im Sozialgesetzbuch jetzt etwas freier. Aber Daten an irgend jemanden herausgeben können wir nicht. Es kann allenfalls dafür geworben werden - durch Aufrufe oder dergleichen -, daß jemand freiwillig dort hingeht. Noch einmal: Wir können Daten von uns aus nicht herausgeben.

Mir scheint, Frau Dr. Hellwig hat hier ein paar wichtige Dinge angesprochen. Eines will ich aufgreifen: Solange eine Auslandstätigkeit bei der Rückkehr nach Deutschland Nachteile mit sich bringt, also nicht als Erfahrung und als ein Hineinwachsen in eine bestimmte Tätigkeit gewertet wird, werden Auslandsaufenthalte immer unattraktiver werden. Unsere ZAV, die solche Vermittlungen vom Ausland wieder nach Hause durchführt, ist hier in einer ganz schwierigen Position. Statt daß sich die Betriebe um jemanden, der Auslandserfahrung hat, reißen, sind sie sehr zurückhaltend. Das muß man ändern.

Dann, meine Damen und Herren, kann ich natürlich nur bestätigen, daß es in der Sozialpolitik insgesamt gewissermaßen immer so auf des Messers Schneide steht: Wenn man ein allzu gutes Kündigungsschutzgesetz macht, dann nützt das zwar denen, die in Arbeit sind, es schadet aber denen, die einen Arbeitsplatz haben wollen. Darum haben wir - in Verbindung mit Norbert Blüm - beispielsweise beim Schwerbehindertenprogramm jetzt eingeführt, daß auch Zeitarbeitsverhältnisse gestützt werden können. Das müssen wir in der Praxis draußen auch mehr üben, nämlich Zeitarbeitsverträge abzuschließen.

Wenn wir dann verlangen, daß sich hinsichtlich der Gestaltung der Teilzeitarbeit auch der öffentliche Dienst ein bißchen mehr betätigt,

(Beifall)

so ist das wirklich eine grundsätzliche, nachdrückliche Forderung. Ich erlebe es bei meinen eigenen Mitarbeitern: Im Bereich der Angestellten habe ich sehr viel mehr Teilzeitarbeitsverhältnisse als im Bereich der Beamten. Da kann ich allenfalls einmal eine Beurlaubung aussprechen. Ich habe bei der letzten Novellierung der einschlägigen Rechtsvorschriften gegenüber dem damaligen Bundesinnenminister angeregt, es sollte da endlich etwas mehr getan werden. Ich habe damals ein glattes Nein bekommen. Aber vielleicht ist dieser Parteitag ein Element des Vorwärtsdrängens dahin, daß man dazu beiträgt, daß mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden können.

Herr Schoser hat die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt gelobt. Gerade draußen wird immer wieder gesagt, daß es schon funktioniere. Natürlich gibt es auch schwierigere Fälle. Ich will gar nicht so tun, als ob bei uns nichts danebengeht. Aber im Prinzip wird schon zusammengearbeitet.

Herr Schoser sagt, ich sollte die Zahlen überhaupt nicht veröffentlichen. Das ist falsch. Ich habe mit Nachdruck

widerstanden, als ich die Zahlen jeden Monat veröffentlichen sollte. Aber in gewissen Zeitabständen muß man schon mit Zahlen Auskunft darüber geben, wie es aussieht, und das habe ich nach einem halben Jahr gemacht. Vor einem Jahr noch sind die Zahlen monatlich herausgekommen, aber, wenn Sie noch einmal genau nachsehen, niemals von der Bundesanstalt. Es waren andere, die sie veröffentlicht haben, aus welchen Gründen auch immer; es waren sicherlich politische Gründe.

Es war vorhin die Rede davon, daß über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet werden solle; das kann ich nur mit allem Nachdruck unterstützen. Ich bitte ganz dringend darum, daß man über den eigenen Bedarf hinaus ausbildet. Die Bundesanstalt, die nach Berechnungen, wieviel von den Lehrlingen man übernehmen kann, 540 ausbilden könnte, bildet 880 in einem Jahrgang aus. Das heißt also, wir haben uns sehr bemüht, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, daß wir damit Beispiel für manch andere Verwaltung waren. Allerdings habe ich dabei den Konflikt mit dem Hauptpersonalrat riskieren müssen, der eine Übernahmegarantie haben wollte, die ich abgelehnt habe. Die Einstellung erfolgte ohne Übernahmegarantie. Sonst hätte ich 300 weniger einstellen können. Es ist besser, daß 300 Jugendliche zusätzlich ausgebildet werden, auch wenn ihnen nicht garantiert wird, daß sie übernommen werden, als daß 300 Jugendliche abseits stehengelassen werden und sie dort dann auch stehen bleiben.

Ich wiederhole: Die Bundesanstalt vertritt ihr Monopol nicht um ihretwillen oder um der Quantität willen. Die Bundesanstalt vertritt ihr Monopol aus den Gründen, die der Deutsche Bundestag und die auch das Bundesverfassungsgericht für zutreffend hält, nämlich zum Schutze derer, die eine Ausbildungsstelle suchen, zum Schutze insofern, als sie nicht in eine Ausbildungsstelle kommen, die gar nicht geeignet ist, und umgekehrt die ausbildenden Betriebe davor geschützt werden, daß sie irgend jemanden nehmen, bei dem nicht vorher nachgesehen wurde, welche Möglichkeiten und Chancen er hat.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. Damit ist die Position des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit umrissen.

Wir fahren jetzt in der Diskussion fort. Ich muß auf der Einhaltung einer Redezeit von drei Minuten nachhaltig bestehen und werde den Rednern nach Ablauf dieser Redezeit ein Glockenzeichen geben. Sonst könnten wir unser Programm nicht mehr durchführen. Zunächst hat jetzt Frau Irmgard Blättel das Wort.

Frau Irmgard Blättel: Herr Vorsitzender! Sie haben uns freundlicherweise aufgefordert, auch zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Ich will nur einen Punkt herausgreifen, der mich vom Stuhl gerissen hat. In der zur Annahme vorgeschlagenen Fassung des Sammelantrages zum Thema Jugendarbeitslosigkeit heißt es unter Ziffer 2.4:

In den Ländern sollen vorübergehend
Vollzeitausbildungsmaßnahmen als Ersatz für betriebliche
Ausbildungsplätze angeboten werden. Dabei soll von der
Zahlung einer Ausbildungsvergütung ganz oder teilweise
abgesehen werden können.

Meine Damen und Herren, gehen Sie, wenn Sie heute abend oder morgen nach Hause kommen, doch einmal in eine Arbeiterfamilie und lesen Sie einen solchen Beschluß einem Arbeiter vor, der zwei oder drei Kinder hat und eher unter 2 000 DM als über 2 000 DM netto nach Hause bringt. Sie werden dann prüfen können, ob er dies für sozial gerecht hält. Mich hat diese Formulierung vom Stuhl gerissen. Ich komme nämlich aus einer Arbeiterfamilie aus dem Westerwald. In meiner Kindheit haben die 20 DM gefehlt, um mir den Besuch einer weiterführenden Schule zu ermöglichen. Auch im Falle von 90 % meiner Kolleginnen und Kollegen haben die Gelder gefehlt, um ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen.

Wir haben es - ich spreche jetzt als Christlich Soziale - als eine große Errungenschaft, als eine soziale Errungenschaft angesehen, daß wir die Ausbildung endlich von dem Portemonnaie des Vaters oder der Mutter unabhängig machen konnten. Nun muß ich zu meinem Erstaunen auf diesem Parteitag eine solche Formulierung lesen. Zu gleicher Zeit lehnt man es ab, über eine Erleichterung für kleinere Betriebe in Form einer Umlagefinanzierung nachzudenken, für die die Mittel ja bei den Großen beschafft werden müßten. Es geht darum, daß die Kleinen wirklich die Last tragen können.

Ich halte mit meiner Meinung nicht gern hinter dem Berg. Ich muß Ihnen hier - auch als stellvertretende Vorsitzende der Sozialausschüsse - sagen, daß ich dies für völlig unakzeptabel halte, insbesondere wenn ich daran denke, daß unsere Partei das C in ihrem Namen führt. Wir können doch nicht gerade bei den Familien - dies ist eine familienpolitische Frage -, sparen und ihnen Geld wegnehmen, wenn sie Kinder in einer Lebensphase haben, die viel Geld kostet. Oder wollen Sie diese Familien wieder in die Ecke treiben und es dazu kommen lassen, daß Sohn oder Tochter Hilfsarbeiter werden? Dies würde unserer ganzen Zielsetzung doch völlig entgegenlaufen. Ich bitte Sie also ganz herzlich, diesen Passus nachher nicht anzunehmen.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Ich bedanke mich. Nun sind die Diskussionsteilnehmer hier auf dem Podium aufgefordert, sich in einer abschließend Runde kurz und präzise zum allgemeinen Teil zu äußern. Herr Quartier hat das Wort.

Walter Quartier: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Frau Hellwig hat heute morgen die Frage an die Gewerkschaften gerichtet, ob wir der These zustimmen, daß Ausbildungsplätze auch dann Vorrang haben sollten, wenn hinterher eine Übernahme in das Beschäftigungsverhältnis nicht erfolgt. Als Vertreter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft kann ich dazu sagen, daß dies eine Forderung ist, die die DAG seit einigen Jahren schon erhebt, weil wir der Auffassung sind, es sei sinnvoller, die jungen Menschen von der Straße zu holen und in ein Ausbildungsverhältnis zu bringen, als sie auf der Straße zu belassen. Da wir aber in zunehmendem Maße feststellen müssen, daß hinterher eine Übernahme in das Beschäftigungsverhältnis nicht erfolgt, halte ich es für dringend geboten, daß diesen jungen Menschen im Anschluß an die Nichtübernahme Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden, damit sie nicht in ein tiefes Loch fallen, aus dem sie so leicht nicht wieder herauskommen.

Hier ist von Traumberufen gesprochen worden. Ich bin mit Norbert Blüm der Auffassung, daß nicht jeder seinen Traumberuf ergreifen kann. Das kann aber nicht nur für denjenigen gelten, der eine kaufmännische oder technische Lehre absolviert. Das muß auch für die Akademiker gelten. Auch sie können ihren Traumberuf später eventuell nicht ausüben.

(Beifall)

Ein dritter Punkt. Ich bin mit Herrn Wissmann der Auffassung, daß es richtig ist, daß man insbesondere den Mädchen mehr Ausbildungsplätze anbieten muß, als es heute geschieht. In der gewerkschaftlichen Arbeit kann ich aber feststellen, daß dieses Angebot, diese Ansprache von den jungen Mädchen zur Zeit noch nicht angenommen wird. Ich halte es für dringend erforderlich, daß wir alle insgesamt in dieser Richtung weiter diskutieren und gerade den jungen Mädchen klarmachen, daß sie im Grunde genommen für alle Ausbildungsberufe in Frage kommen. Ich habe allerdings Bedenken, wenn Herr Wissmann sagt, daß man neue Berufswege eröffnen müsse. Ich würde davor warnen - ich weiß nicht, ob ich Herrn Wissmann in diesem Zusammenhang richtig verstanden habe -, Berufswege dergestalt zu eröffnen, daß man Spezialausbildungsberufe für Mädchen schafft, die im Grunde genommen keine Vollausbildung beinhalten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch auf die Ausführungen von Herrn Schnipkoweit eingehen. Herr Schnipkoweit, ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß Solidarität nicht nur eine Redensart sein kann, sondern daß Solidarität praktiziert werden muß. Dazu gehört, daß die Betriebsräte den Mut haben, bei der Beantragung von Überstunden nein zu sagen. Ich bin aber auch der Meinung, daß es dringend erforderlich ist, das derzeitige Arbeitszeitgesetz zu ändern, um den Betriebsräten bessere Möglichkeiten an die Hand zu geben, damit so verfahren werden kann.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Frau Wilms, bitte!

Frau Dr. Dorothee Wilms: Ich möchte auf den Beitrag von Frau Blättel eingehen. Die von Ihnen zitierte Passage unter Ziffer 2.4 in dem Sammelantrag ist auch meiner Meinung nach zumindest höchst unklar formuliert. Ich meine, wir müssen auch jetzt in der Notsituation eine klare Ordnung in unserem Berufsbildungssystem haben. Es gibt die betrieblich-schulische Ausbildung, die sogenannte duale Ausbildung. Während dieser Zeit wird Ausbildungsvergütung gezahlt. Ferner gibt es eine schulische Ausbildung für eine Reihe von Berufen. Ich habe eben gesagt: Auch hier müssen Überlastquoten gefahren werden. Wir sollten aber die beiden Ausbildungsstränge, die wir in Deutschland haben und die für die verschiedenen Berufe auch höchst unterschiedlich akzentuiert sind, exakt getrennt voneinander halten, weil sonst alles durcheinandergeht, womit wir den jungen Leuten keinen Gefallen täten. Dann kämen nämlich auch wieder sogenannte Sonderausbildungen zustande, die vielleicht zu einer Dequalifizierung der Jugendlichen führten.

Als zweiten Punkt möchte ich die Abiturientenausbildung ansprechen und mich dabei auf den Beitrag von Frau Laurien beziehen. Es ist sicherlich nicht - jedenfalls nicht von mir und wohl auch nicht von den meisten - gemeint, daß wir in dem Sinne eine

Sonderausbildung schaffen, daß wir an das Abitur als Zugangsvoraussetzung für die betriebliche Ausbildung denken. Ich finde, es ist eine große Leistung der betrieblichen Ausbildung, daß sie eben offen ist für alle Schulabgänger und für alle Qualifikationsstufen. Diesen Schatz sollten wir uns erhalten.

Worum es geht ist, verstärkt neue Ausbildungsordnungen auch im Blick auf die neuen Technologien in Zusammenarbeit der Sozialpartner herauszuformen, damit wir neue berufliche Chancen für junge Leute schaffen.

Ein Drittes darf ich mir aus der Sicht des Bundesministers für Bildung auch zu sagen erlauben: Meine Damen und Herren, wenn wir nicht zu Auflockerungen und Umformungen im öffentlichen Dienstrecht mit Blick auf Umstrukturierung im Beschäftigungssystem kommen, können wir keine neuen Akzente im Bildungssystem setzen. Ich möchte diesen Punkt ausdrücklich hier erwähnen.

(Beifall)

Dann kriegen wir die Arbeitslosigkeit auch im akademischen Sektor nicht weg.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank.

Ich glaube, in diesem Absatz müßte man noch ein bißchen genauer formulieren. Die Alternative ist ja nicht: Ausbildungsplatz mit Geld oder Ausbildungsplatz ohne Geld, sondern - das ist ein Sammelantrag - die Alternative ist: kein Ausbildungsplatz und kein Geld oder ein Ausbildungsplatz ohne Vergütung. Das war ja bei den Anträgen gemeint, daß man für solche jungen Leute, die keinen Ausbildungsplatz haben und voraussichtlich auch keinen bekommen können, eben Vollzeitausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst schafft und in diesem Fall dann eben von einer Vergütung absieht. Das müßte man aber in der Tat noch etwas genauer formulieren. Vielleicht kann man, Herr Hammer, einmal den Versuch unternehmen, bis zur Abstimmung noch eine klarstellende Formulierung zu finden.

Ich darf im übrigen, weil Herr Hammer, unser zuständiger stellvertretender Hauptabteilungsleiter in der Bundesgeschäftsstelle, hier neben mir Platz nimmt - er ist zuständig für die Antragskommission -, Herrn Präsidenten Esser entschuldigen, der zu einer Tagung nach Baden-Baden mußte, die sich mit demselben Thema, Sicherung der Arbeitsplätze, befaßt; er mußte um 11.30 Uhr wegfahren, um pünktlich anzukommen.

Jetzt Frau Brusis. Ich glaube, es sind auch ein paar konkrete Fragen an die Gewerkschaften gestellt worden.

Frau Ilse Brusis: Herr Geißler, ich will auf die Fragen, die da noch offengeblieben sind, eingehen.

Ich will aber zunächst eine Bemerkung zu Ihrer Aussage machen, man müsse den Passus, auf den sich Irmgard Blätzel in ihrem Diskussionsbeitrag bezog, etwas umformulieren. Ich bin der Auffassung, dieses Problem kann nicht durch Formulierungskünste geregelt werden. Hier geht es um die Frage, ob wir zur Sicherung











Deutsche

CDU

Sicher
Stärke
und Fre...



nd











CD

sic
SO
n



Fischer







Wahl der Bundestage von 1971-1973

CDU

politische Kraft

Aus der Opposition in die Regierung 1969-1983

1. Programatische Erneuerung in der Opposition
2. Die CDU als stärkste politische Kraft
3. Die CDU in Aktion
4. Die CDU und Europa
5. Kampf um die Regierungsverantwortung



CDU
Aus
Opposition
die Regierung
-1983

CDU

CDU

CDU



einer Ausbildung von Jugendlichen, die aus sozial schwachen Familien kommen, beitragen wollen oder nicht. Nach der Aussage, die hier in Ihrem Antrag steht, wollen Sie diese Jugendlichen aus der Finanzierung der Berufsausbildung herausnehmen. Ich halte das für falsch und für sozial nicht vertretbar. Dies kann man auch nicht mit Formulierungskünsten in den Griff bekommen.

Darüber hinaus sehe ich in diesem Punkt noch eine andere Gefahr. Wenn wir uns darüber im klaren sind, daß in der jetzigen Situation, in der wir für die geburtenstarken Jahrgänge genügend Ausbildungsplätze schaffen müssen, die Schule mit in die entstandene Lücke springen muß - mit einer beruflichen Vollausbildung -, dann dürfen wir die Jugendlichen, die eine solche Ausbildung in Anspruch nehmen, nicht gegenüber denjenigen benachteiligen, die im dualen System ausgebildet werden. Denn dies könnte auch zu einer Qualitätsauslese bei den beiden Ausbildungsgängen führen, und dies benachteiligt diejenigen Jugendlichen, die sich für die schulische Ausbildung entscheiden, wenn sie nach Beendigung ihrer Ausbildung dann einen Arbeitsplatz auf dem Arbeitsmarkt suchen. Ich meine, das kann nicht im Sinne des Erfinders sein, wenn wir der Auffassung sind, daß die schulische Ausbildung jetzt eine stärkere Funktion zu erfüllen hat.

Ich will jetzt auf eine Frage eingehen, die Herr Wissmann heute morgen gestellt hat, nämlich die Frage nach Ausbildungsplätzen für Mädchen im Bereich der Gemeinwirtschaft. Herr Wissmann, ich weiß nicht, wie Sie zu der Auffassung kommen, daß die Gewerkschaften nicht die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um dort eine ausreichende Zahl von Ausbildungsstellen für Mädchen zur Verfügung zu stellen. Ich denke, Sie kennen die Zahlen der Ausbildungsstellen in der Gemeinwirtschaft. Sie wissen, daß unsere gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ihrer Verpflichtung der beruflichen Ausbildung nachkommen. Dabei werden, insbesondere bei der Co-op und bei der Volksfürsorge, die Mädchen zweifellos nicht benachteiligt.

Nur, ich muß Ihnen auch sagen: Es ist nicht damit getan, Ausbildungsstellen für Mädchen zu schaffen. Ich kenne die Klagen vieler Kolleginnen, die sich für einen Beruf entschieden haben, der bisher als Männerberuf galt, und die dann nach ihrer Ausbildung feststellen müssen, daß sie, in Konkurrenz mit männlichen Bewerbern stehend, auf dem Arbeitsmarkt dann eben doch die geringeren Chancen haben. Ich meine, wir müssen zusätzlich zu den Möglichkeiten, die wir den Mädchen in der Berufsausbildung einräumen, auf jeden Fall auch dafür Sorge tragen, daß Mädchen später auf dem Arbeitsmarkt die gleichen Chancen wie ihre männlichen Mitbewerber haben. Das heißt, wir müssen flankierend soziale Maßnahmen ergreifen.

Ich verweise beispielsweise auf Schweden, wo man den Urlaub, der für die Betreuung von Kindern gewährt werden kann, auch den Männern zugesteht und die Übertragung eines solchen Urlaubs auf die Frau nicht zuläßt, so daß in stärkerem Maße auch Männer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, was bei den Arbeitgebern dazu führt, daß sie nicht in jedem Fall die Frau, wenn sie sich um einen Arbeitsplatz bewirbt, deshalb benachteiligen, weil sie nebenher auch noch familiäre Pflichten zu erfüllen hat.

Zu der Frage, inwieweit Gewerkschaften bereit sind, auch über Einkommensverluste von Arbeitnehmern zur Gewinnung von mehr

Ausbildungsstellen und mehr Arbeitsplätzen zu diskutieren: Hier ist insbesondere auch der öffentliche Dienst angesprochen worden.

Nun habe ich, meine Herren und Damen, eine Zeitlang das Vergnügen gehabt, in einem Teilbereich des öffentlichen Dienstes auch Besoldungspolitik betreiben zu müssen. Mir ist noch sehr deutlich in Erinnerung, daß eine Besoldungsstruktur, insbesondere für die Lehrerschaft, für die ich eine Zeitlang im Bereich der gewerkschaftlichen Tätigkeit verantwortlich war, gegen den Widerstand der Gewerkschaften installiert worden ist, eine Besoldungsstruktur, die uns jetzt erhebliche Schwierigkeiten macht. Ich kann nicht verstehen, daß man sich jetzt, wo diese Schwierigkeiten bewußt geworden sind, plötzlich an die Gewerkschaften wendet und dort um Hilfe bittet, damit man die gegen den Willen der Gewerkschaften eingeführte Besoldungsstruktur wieder abschaffen kann. Die Gewerkschaften sind jederzeit bereit, über eine Vereinheitlichung des Dienstrechtes im öffentlichen Dienst mit den öffentlichen Arbeitgebern zu verhandeln. Im Rahmen einer Vereinheitlichung des Dienstrechts kann auch über die Besoldungsstruktur verhandelt werden. Wozu aber die Gewerkschaften selbstverständlich nicht bereit sind, ist, in der sozialen Sicherung der Arbeitnehmerschaft Abstriche vornehmen zu lassen, ohne daß damit zugleich ein Ziel erreicht wird, das von den Gewerkschaften seit Jahren angestrebt wird, nämlich die volle Tarifhoheit auch im Bereich des öffentlichen Dienstes.

Wenn auf der einen Seite von seiten der öffentlichen Arbeitgeber einseitig Einschnitte in das Besoldungsgefüge der Beamten vorgenommen werden, darf man auf der anderen Seite nicht von den Gewerkschaften eine Gesprächsbereitschaft bei der Bereinigung der in der Tat unhaltbaren Situation in bezug auf das öffentliche Dienstrecht verlangen.

Ich muß auch sagen, daß wir gerade im Bereich des öffentlichen Dienstes mit Zusagen, auf Grund von Kürzungen von Ausbildungsvergütungen würden mehr Ausbildungsplätze geschaffen, in den vergangenen Jahren durchaus schlechte Erfahrungen gemacht haben. Gewerkschaften haben sich einmal in Tarifverhandlungen darauf eingelassen, Kürzungen der Unterhaltszuschüsse im Vorbereitungsdienst zuzulassen mit dem Versprechen, hierfür würden zusätzliche Ausbildungsstellen eingerichtet. Dieses Versprechen ist nicht eingehalten worden. Solange nicht die Sicherheit gegeben ist, daß in der Tat auf Grund solcher Einsparungen zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, kann man hier von den Gewerkschaften keine Gesprächsbereitschaft erwarten.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Herzlichen Dank.

Wir fahren hier in der Runde fort. Herr Prof. Eckert, dann Herr Weiss.

Gerhard Boeden: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe mich eigentlich nur zu Wort gemeldet, weil mich heute morgen ein Satz erschreckt hat. Ich habe mich zu Wort gemeldet, erstens als Christdemokrat und zweitens, Frau Brusis, als langjähriger Gewerkschafter. Erschreckt hat mich Ihr Satz - ich hoffe sehr, daß Sie den nicht so ernst gemeint haben -, das Thema

"Abbau ausbildungshemmender Vorschriften" sei für die Gewerkschaften nicht diskussionsfähig. Ich glaube, keine Gruppierung - weder die Gewerkschaften noch die Parteien noch die Unternehmer noch die Handwerker - kann sich auf irgendein Tabu zurückziehen. Jeder denkbare Weg muß diskussionsfähig sein und bleiben.

(Beifall)

Nun habe ich ja zwei Dinge mit Norbert Blüm gemeinsam: zum einen, daß ich in der CDU bin, und zum andern, daß ich langjähriger Gewerkschafter bin. Eines habe ich mit ihm nicht gemeinsam: meine Ausdrucksfähigkeit ist nicht so herrlich wie seine.

Das bringt mich auf Herrn Eckert, der mich heute morgen darauf hingewiesen hat, welche Konsequenzen aus dem System "Erfolgreiche - weniger Erfolgreiche - Erfolglose" entstehen können. Es wird immer Erfolgreiche und immer weniger Erfolgreiche und immer Erfolglose geben. Es kann bei dem Gedanken der geistigen Wende doch nur darum gehen, daß die, die, aus welchen Gründen auch immer, vom lieben Gott oder von der Natur oder von wem auch immer mit besseren Gaben versehen sind, diese ihre besseren Gaben auch für die einsetzen, die sie nicht mitbekommen haben. Das ist doch die entscheidende Frage.

Das letzte, meine Damen und Herren. Heute ist etwas noch nicht erwähnt worden, was mit der Jugendarbeitslosigkeit einen unmittelbaren Zusammenhang hat, nämlich die Ausflucht breiter Kreise der Jugendlichen, die keinen Arbeitsplatz und keine Ausbildung haben, in die Kriminalität. Der Vertreter der Jungen Arbeitnehmer hat heute morgen darauf hingewiesen. Dazu habe ich die herzliche Bitte, daß wir uns abgewöhnen, bei dieser für einige, die in die Kriminalität ausweichen, sicher fatalen Situation von Bagatellkriminalität sprechen. Sie hat nämlich einerseits die furchtbare Wirkung von Wertverschiebungen, und zum andern erleichtert sie die Möglichkeit der Überwindung von Hemmschwellen bei dem, was man tut oder nicht tut. Nun haben sich ja viele, auch Polizisten, angewöhnt, von Bagatellkriminalität zu sprechen, weil sie nämlich die Statistik entlastet, wenn man sie voranstellt. Und das ist etwas ganz Fatales. Denn hinter jeder, auch der kleinsten, Bagatelltat steht irgendwo ein Opfer, steht irgendwo jemand, der geschädigt ist. Und das kann sich eines Tages wie eine Lawine auswirken. Frau Brusis, wir haben in der Stadt, in der Vorsitzender eines CDU-Stadtverbands zu sein, ich die Freude habe, einen Versuch unternommen, in Gesprächen mit dem Handwerk, mit mittelständischen Betrieben, mit Hauptschülern, mit ihren Eltern, mit dem Lehrkörper, herauszufinden: Was können wir regional, örtlich, vor Ort tun, um die Situation der Hauptschüler auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern? Und da haben wir merkwürdigerweise eine Übereinstimmung zwischen dem Wollen der Auszubildenden und der Bereitschaft der Ausbilder gefunden. Denn unsere Jugend ist viel belastbarer, viel leistungswilliger und viel leistungsfähiger, als wir alle meinen.

(Beifall)

In die Bequemlichkeit zieht sie sich nur da zurück, wo wir ihr die Bequemlichkeit anbieten. Auf den Beruf des Bäckers, der Krankenschwester, des Dachdeckers und dergleichen mehr ist heute schon hingewiesen worden. Wir haben doch Anzeichen dafür, daß sich

viele Jugendliche, unzählige - der Bundeskanzler hat gestern darauf hingewiesen - neben ihrer Ausbildung, neben ihrem Beruf, neben ihrem Studium im Sport, in den Vereinen, in der Feuerwehr und was weiß ich wo sonst noch mit großem Engagement betätigen. Sie ist leistungsbereit. Warum sollen wir denn da nicht ausbildungshemmende Vorschriften zurücknehmen - bis auf den Kernbestand des Arbeitsschutzes, den wir sicher alle wollen, weil auch wir wissen, daß es überall in den gesellschaftlichen Gruppierungen, also auch bei den Unternehmern, nicht nur gute Leute gibt. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Danke schön, Herr Boeden. Frau Brusis, bitte.

Frau Ilse Brusis: Wenn es wirklich darum ginge, Vorschriften abzubauen, um dadurch zusätzliche Ausbildungsplätze zu gewinnen, dann könnte man über solche Fragen sicher mit den Gewerkschaften sprechen. Nur das, was jetzt am Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut und verändert werden soll, bringt - das zeigt die Diskussion über diese Vorschriften - keinen zusätzlichen Ausbildungsplatz. Deshalb habe ich heute morgen ausdrücklich noch einmal die Frage gestellt, welche Erfahrungen hier vorliegen, ob durch diese Vorschriften bisher Ausbildungsplätze verhindert worden sind und welche Ausbildungsplätze zusätzlich geschaffen werden können. Niemand kann mich davon überzeugen, daß es für einen Bäckerlehrling notwendig ist, bereits morgens um vier in der Backstube zu sein. Das Argument, das dann immer wieder angeführt wird, nämlich daß morgens um vier die Brötchen gebacken werden, kann mich erst recht nicht überzeugen.

Denn jeder weiß, daß heutzutage die Brötchen nicht nur morgens um vier, sondern mehrmals am Tag gebacken werden. Und die Bäckerlehrlinge machen darauf aufmerksam, daß alle Arbeiten, die dafür notwendig sind, mehrmals am Tag durchgeführt werden. Es gibt auch überhaupt keinen Hinweis darauf, daß in diesem Bereich irgendein Nachteil für die Jugendlichen darin liegt, daß sie nicht morgens um vier in der Backstube sind und dort bestimmte Arbeiten mitkriegen. Denn man kann an den Ergebnissen der Prüfung nachweisen, daß ihre Schwächen nicht im praktischen Bereich liegen. Die Prüfungen im Bäckereihandwerk werden von den Auszubildenden im praktischen Bereich in der Regel sehr gut bestanden. Schwächen liegen viel eher im theoretischen Bereich. Deshalb habe ich heute morgen gesagt, daß über die Frage des Abbaus von Arbeitsschutzbestimmungen mit den Gewerkschaften nicht gesprochen werden kann, weil wir darin nicht die Lösung des Ausbildungsplatzproblems sehen und weil wir der Meinung sind, daß diese Bestimmungen dringend notwendig sind, um die Gesundheit unserer Jugendlichen zu schützen. Da geht es nicht um die Frage, ob Jugendliche leistungsbereit sind. Jugendliche sind leistungsbereit. Sie sind in der jetzigen Situation sogar noch sehr viel mehr unter Zwang, Leistung zu erbringen, weil sie nur so überhaupt noch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt sehen. Aber dazu gehört doch nicht, daß man von einem 17jährigen erwarten muß, daß er nachts um zwei seinen Schlaf unterbricht. Dies ist eine Maßnahme, die dazu führt, daß wir die Gesundheit unserer Jugendlichen aufs Spiel setzen. Und darüber kann man mit den Gewerkschaften nicht diskutieren.

Ich muß auch auf den Beitrag meines Kollegen Norbert Blüm von heute vormittag noch mal eingehen. Er sagte ja: Das Gesetz selber hat doch diese Ausnahmemöglichkeiten geschaffen. Lieber Norbert Blüm, lies dieses Gesetz noch einmal sehr genau. Die Ausnahmemöglichkeiten, die das Gesetz zuläßt, sind nämlich sehr eng begrenzt. Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß keine Ausnahmen zu gelassen werden dürfen, durch die die Gesundheit der Jugendlichen gefährdet oder die Qualität der Ausbildung gefährdet wird. Im Gegenteil, es sind nur solche Ausnahmen zugelassen, durch die die Qualität der Ausbildung verbessert wird. Dies kann aber bei den jetzt vorgesehenen Maßnahmen nicht nachgewiesen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Es hat sich bisher gezeigt, daß die Ausbildung in den betroffenen Branchen durchaus den Anforderungen gerecht geworden ist.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleiter: Herzlichen Dank. Ich mache nur darauf aufmerksam: Bei dem Thema muß man etwas vorsichtig sein. Denn unter den Delegierten sind einige Bäckermeister.

Ich gebe das Wort Rudi Geil, Sozialminister von Rheinland-Pfalz. Danach hat sich der Bundestagsabgeordnete Milz gemeldet; er gehört zu den Meistern. Ihm folgt der Bundesarbeitsminister. Ich bitte, kurz und prägnant zu sprechen. Bitte schön, Rudi Geil.

Rudi Geil: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bemühe mich um Kürze und Prägnanz.

Zunächst: Wenn es richtig ist, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um dieses Problem zu lösen, und wenn nach Norbert Blüm tausend Schritte notwendig sind, dann darf es hier kein Tabu geben, auch nicht das Tabu des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Meine verehrten Damen und Herren, ein Gesetz, das acht Jahre in Kraft ist, kann durchaus einmal daraufhin überprüft werden, ob es sich überall bewährt hat.

Frau Brusis, mich erschreckt es, wenn Sie feststellen: Über diese Frage kann mit uns nicht gesprochen werden. - Sprechen müssen wir doch über diese Frage, auch über das Jugendarbeitsschutzgesetz. Wie soll denn dieses Problem sonst überhaupt gelöst werden?

(Beifall)

Meine verehrten Damen und Herren, jetzt einige ganz kurze Bemerkungen. Ich weigere mich, dieses Problem immer nur auf die Bäcker zu beziehen. Es ist eine Fülle von Maßnahmen, die hier notwendig sind. Wenn es beispielsweise in Schichtbetrieben für den nicht in Ausbildung Befindlichen möglich ist, morgens ab sechs Uhr beschäftigt zu werden, für denjenigen, der in Ausbildung ist, aber erst ab sieben Uhr, dann führt die jetzige Regelung dazu, daß in Schichtbetrieben nicht mehr ausgebildet werden kann. Ich möchte ausbilden, weil ich damit Zukunftschancen für die Jugend garantiere!

(Beifall)

In diesem Gesetz ist jetzt auch geregelt, daß Montageberufe die in Ausbildung Befindlichen morgens erst ab sieben Uhr auf der Baustelle beschäftigen dürfen. Wenn aber der Baustellenbetrieb um

sechs Uhr beginnt, kann der Lehrling morgens nicht anreisen, denn eine eigene Fahrt wird doch nicht organisiert. Das heißt dann, daß auch in diesen Bereichen nicht mehr ausgebildet wird. Hier, Frau Brusis, liegt für mich das Feld, auf dem es zusätzliche Ausbildungsverhältnisse geben kann.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat im Bundesrat vorgeschlagen - das unterliegt nicht der Verordnungsermächtigung des Bundesarbeitsministers -, daß in den Berufen, die bereits am Freitagnachmittag ihren Betrieb zumachen oder am Mittwochnachmittag frei haben, der in Ausbildung Befindliche an den übrigen vier Werktagen statt acht Stunden am Tag achteinhalb Stunden beschäftigt werden kann, damit man auf die 40stündige Wochenarbeitszeit kommt. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß eine solche Änderung von seiten der deutschen Gewerkschaften überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen wird, daß man überhaupt nicht mehr darüber reden will. Auch hier besteht die Möglichkeit, daß man zusätzliche Ausbildungsverhältnisse schafft.

(Zustimmung)

Ich wäre sehr dankbar, wenn wir in ein intensives Gespräch über diese Fragen eintreten könnten. Meine verehrten Damen und Herren, wenn wir dabei zu dem Ergebnis kommen, daß es dem 17jährigen Bäckerlehrling nicht zugemutet werden kann, morgens um vier Uhr anzufangen, dann streichen wir diesen einen Vorschlag, reden aber über all die anderen, dann haben wir etwas für die Jugendlichen und für ihre Ausbildung getan!

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank! - Bitte, Herr Milz.

Peter Milz: Meine Damen und Herren, eine Vorbemerkung: Ich habe manchmal den Eindruck, daß über berufliche Bildung zu wenige Leute reden, die selber einmal Lehrling gewesen sind.

(Beifall)

Viele reden darüber und wissen nicht, wie es eigentlich beim Lehrling aussieht.

Auf diesem Hintergrund reizt es mich geradezu, zu dem, was Frau Brusis gesagt hat, ein paar Bemerkungen zu machen. Erstens ist es, liebe Frau Brusis, nicht so, wie Sie sagen, daß nämlich - bleiben wir beim Bäcker - vielfach die Brötchen zu allen möglichen Zeiten gebacken werden. Gehen Sie einmal in die ländlichen Gebiete; dort ist das nicht so.

(Beifall)

Dort geschieht dies einmal, weil es sonst nicht wirtschaftlich ist. Dort gibt es nicht die große Fabrik, die dies macht, sondern den Handwerksmeister, der diese Arbeit noch erfüllt.

Zweitens: Dies ist nicht nur ein Problem der Bäcker, sondern beim Metzger sieht es nicht anders aus. Auch der muß recht früh mit seiner Arbeit beginnen, um seine Kunden bedienen zu können. Wenn er nun den 16jährigen Lehrling erst um sieben Uhr beschäftigen kann, wird er mit Sicherheit auch dabei behindert, die Verpflichtung einzuhalten, die er bei der Unterzeichnung des Ausbildungsvertrages eingegangen ist. Dort steht nämlich, daß er alle Fertigkeiten, die seinem Beruf eigen sind, dem Lehrling zu vermitteln hat. Wenn er das nicht kann, bricht er den Vertrag, und das ist einem Handwerksmeister nicht zuzumuten.

(Beifall)

Ein Drittes sei hinzugefügt. Mein Vorredner hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß auch das Bauhandwerk von diesen Problemen mit betroffen wird. Frau Brusis, ich kann aus eigenem Erleben sagen: Ich bin nicht nur Handwerksmeister im Deutschen Bundestag, sondern habe auch noch einen eigenen Betrieb und bilde Lehrlinge aus. Wenn ich mit meinen Lehrlingen aus der Eifel bis Köln und Bonn fahren muß, wenn ich diesen Lehrlingen - denen unter 16 Jahren - anderthalb Stunden Pause während der achtstündigen Arbeitszeit einräumen muß, und wenn ich sie über acht Stunden zu beschäftigen gezwungen bin, weil die Gesellen am Bau nicht fertig werden und erst später nach Hause fahren, kann ich den Lehrling nicht irgendwo auf ein Sofa an der Baustelle setzen, sondern, meine Damen und Herren, entweder ich muß ihn bitten zu warten, bis die Gesellen nach Hause fahren, oder ich kann ihn nicht beschäftigen; das ist die Alternative!

(Beifall)

Ich sage Ihnen aus eigenem Erleben: Ich selber bin nicht daran gestorben, daß man mich manchmal früher als sieben Uhr beschäftigt hat. Ich finde, auch die heutige Jugend ist so gesund, daß sie durchaus in der Lage ist, eine solche "Belastung" zu ertragen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung. Ich habe mir aus dem Hause des von mir sehr verehrten Arbeitsministers einmal das Jugendarbeitsschutzgesetz besorgt. Meine lieben Freunde, Sie sollten das auch tun und sollten sich einmal die Bußgeldvorschriften und auch die Strafvorschriften durchlesen, die gegen den Ausbilder angewandt werden können, wenn er sich falsch verhält. Wenn er z.B. dreimal, bei drei Lehrlingen, das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht aushändigt, kann ihm schon die zuständige Kammer die Ausbildungsberechtigung aberkennen. Meine Damen und Herren, solange dies möglich ist, fördern wir nicht den Willen zur Ausbildung, sondern wir untergraben ihn und bringen es soweit, daß am Ende kein Handwerksmeister mehr bereit ist auszubilden.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank.

Wir müssen das Thema jetzt abschließen. Zu einer kurzen Schlußbemerkung gebe ich dem Bundesarbeitsminister das Wort.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Meine Wunschvorstellung ist gar nicht ein perfektes Jugendarbeitsschutzgesetz, das dann mit tausend Ausnahmen arbeiten muß. Diese Art von Gesetzgebung, die alles bis zur dritten Stelle hinter dem Komma regeln will und anschließend mit Ausnahmen arbeiten muß, damit das Leben so einigermaßen zurechtkommt, halte ich auch für einen Beitrag zur Unterdrückung von Initiative.
(Beifall)

Wenn wir Gesetze machen, in die wir hineinschreiben, was verboten ist, werden die Bücher dünner als dann, wenn wir hineinschreiben, was erlaubt ist. Diesen Zustand haben wir ja inzwischen erreicht.

Ich plädiere deshalb für eine neue Art von Arbeitsschutz einschließlich Jugendarbeitsschutz. Laßt uns - ich wiederhole mich - uns einigen auf Grundnormen! Wir wollen doch den Schutz nicht abbauen, wir wollen doch nicht zurück ins 19. Jahrhundert. Keiner von uns will das! Aber laßt uns die Variationen dieser Grundnormen von den Tarifpartnern vor Ort regeln. Ein Bäckerlehrling braucht möglicherweise andere Arbeitszeiten als eine Bürogehilfin. Wieso haben wir denn den Ehrgeiz, vom Bundestag alle Fragen des Lebens beantworten zu lassen? Wieso eigentlich?
(Beifall)

Insofern, Kollegin Brusis, stellen diese Ausnahmeregelungen für mich wirklich nicht Wunschvorstellungen dar. Nur: Bis wir ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz - wenn wir es solide machen wollen - haben, sind wieder Tausende von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Deshalb ist das nur eine kurzfristige Maßnahme. Die langfristige Lösung stelle ich mir auf einem anderen Wege vor. Diese Ausnahmen kann man durchaus, wenn das die Sache leichter macht, zeitlich begrenzen; dann kann jeder seine Erfahrungen einbringen. In der Zwischenzeit machen wir dann ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz. Das wäre doch eine Möglichkeit, mit der wir leben können.

Liebe Kollegin Brusis, ich habe das gegenüber den Arbeitgebern gesagt, und ich sage es auch gegenüber den Gewerkschaften: Tabus passen in den Urwald, aber nicht in eine Industriegesellschaft, wirklich nicht!

(Beifall)

Wer Gespräche verweigert, seien es die Arbeitgeber bei Gesprächen über Arbeitszeitverkürzung, seien es die Gewerkschaften bei Gesprächen über Jugendarbeitsschutz, der scheint schlechte Argumente zu haben. Wer gute Argumente hat, muß keine Gespräche verweigern.
(Beifall)

Jetzt wollen wir doch einmal die Kirche im Dorf lassen. Der Kollege Milz hat doch in der Tat abseits aller Theorie recht: Daß viele Arbeitnehmer freitags eher Schluß machen, entspricht nicht einem Diktat des Arbeitgebers, sondern ihrem eigenen Wunsch. Sie arbeiten dafür an den vier Tagen vorher eine Stunde länger. Was soll denn der Arbeitgeber machen, der Lehrlinge hat, die er transportieren muß? Soll er zum Arbeitsplatz ein Taxi nachschicken, oder was soll er machen? Es entspricht doch einem Wunsch der Arbeitnehmer, sich ihre Arbeitszeit einzuteilen.

Wenn wir die Lehrlingsausbildung nicht völlig verschulen wollen, müssen wir sie in der Praxis lassen. Ich habe etwas gegen Verschulung. Wir haben schon so viele Sandkästen in der Bildung. Wir brauchen nicht noch mehr Sandkästen, in denen gespielt wird!
(Beifall)

Nun noch etwas zu den "Traumberufen", weil ein junger Kollege da ein Fragezeichen gesetzt hat. Mir gibt zu denken, daß 65 % der männlichen Lehrlinge in 25 Berufen sind und das 85 % der weiblichen Lehrlinge in 25 Berufen sind.

Mein Gott, es gibt doch mehr Berufe als 25. Ich fürchte, das ist die alte Leier. Die haben gar nicht gemerkt, daß neue Berufe entstehen. Traumberuf ist doch nur etwas, wovon der Großvater erzählt hat. Geht doch einmal zu Josef Stingl; der nennt euch neue Berufe. Vielleicht machen auch die Arbeitgeber Anstrengungen, um einmal neue Berufsbilder zu entwickeln. Die Gewerkschaften helfen dabei. Verkauft doch nicht immer die alten Hüte als Traumberufe! Das hat alles schon längst einen langen Bart.

Ich will noch eines sagen, um das zusammenzufassen: Bitte bringen Sie uns nicht in den Verdacht, wir wollten den Jugendarbeitsschutz zurückdrehen. In der Tat wollen wir das nicht. Und an die Arbeitgeber: Es gibt auch solche, die Lehrlinge schinden. Denen werden wir auf die Finger schlagen wie bisher.

(Beifall)

Allerdings muß ich auch den Jugendlichen sagen, mir gibt auch zu denken, daß die Zahl der "Abbrecher" zunimmt, also derjenigen, die auf der Strecke bleiben. Man darf vielleicht einmal ganz bescheiden die Frage stellen, ob nicht auch die Wehleidigkeit der jungen Generation zugenommen hat.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank.

Zu einer ganz kurzen Ergänzung hat das Wort Frau Wilms

Frau Dr. Dorothee Wilms: Meine Damen und Herren! Einer der wichtigen Punkte, der auch mehrfach erwähnt worden ist, betrifft die Mehrfachbewerbungen von Jugendlichen, die wir alle verstehen. Nur ist es eben so, daß sich die jungen Leute nicht abmelden, wenn sie einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben. Meine Anregung wäre, Herr Generalsekretär - ich habe hier eine Formulierung -, daß wir die Kultusminister bitten, in den Entlaßklassen darauf hinzuwirken, daß junge Leute darüber informiert werden, ihre Mehrfachbewerbungen abzumelden, wenn sie einen Vertrag geschlossen haben. Viele Jugendliche wissen nämlich überhaupt nicht, daß sie das tun sollten. Das wäre meine Anregung.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Wir werden diese Formulierung in den Sammelantrag aufnehmen.

Wir stehen jetzt vor einem gewissen Problem, weil wir ja zeitlich fertig werden wollen. Wir haben jetzt noch das Thema Ausbildungsplatz-sharing zu behandeln. Frau Laurien hat in sehr klaren Worten ihre ablehnende Position deutlich gemacht. Aber das bleibt offenbar nicht ohne Widerspruch. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union wollte zu diesem Thema etwas sagen. Herr Böhr.

Christoph Böhr: Meine Damen und Herren! Ich möchte für diesen Antrag sprechen, wobei ich nicht verhehlen kann, daß Frau Laurien mit ihrer Kritik in der Tat die Formulierung getroffen hat, so wie sie vorliegt in dem Antrag. Das ist richtig und kann so nicht bleiben. Deswegen, glaube ich, gibt es auch einen neuen Formulierungsvorschlag der Antragskommission.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Originalantrag der Jungen Union detailliertere Einzelheiten enthalten sind. In der Verkürzung der Antragskommission ist das in der Tat - das gilt auch für andere Punkte - mißverständlich. Das läßt sich beispielsweise nicht branchengenerell durchführen, sondern nur branchenspezifisch, das läßt sich nicht regional generell durchführen, sondern nur in bestimmten Regionen, dort, wo spezielle Möglichkeiten gegeben sind.

Es gibt Modelle, in denen das Ausbildungsplatz-sharing praktiziert wird. Ich erinnere nur an das Wuppertaler Modell, ich erinnere an die Saarbergwerk AG. Dort wird das praktiziert. Es gibt Koordinationsprobleme, beispielsweise mit der Berufsschule. Das ist richtig. Aber diese Probleme sind lösbar.

In Erinnerung an den Satz Norbert Blüms "Tabus gibt es nur im Dschungel, eine Industriegesellschaft kann sich keine Tabus leisten" möchte ich Sie bitten, diesem Punkt in der geänderten Fassung, die Ihnen jetzt zur Kenntnis gebracht wird, zuzustimmen. Das bringt unter dem Strich nicht die große Leistung zur Bewältigung des Problems, aber das ist einer der vielen kleinen Schritte, die zur Bewältigung des Problems beitragen können. - Vielen Dank.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Dazu Herr Hebsacker vom Christlichen Gewerkschaftsbund.

Jörg Hebsacker: Ausbildungsplatz-sharing scheint uns keine Möglichkeit zu bieten, in größerem Umfang zusätzliche Ausbildungsplätze zu bekommen. In Großunternehmen, im gewerblichen Bereich sind ja technische Voraussetzungen erforderlich. Hier tauchen die bereits erwähnten Probleme auf. In den kaufmännischen großen Verwaltungen und Betrieben wird überwiegend anwendungsbezogen ausgebildet. Man kann in einer bestimmten Abteilung - Einkauf, Vertrieb oder sonstwo - nicht ohne weiteres zwei oder drei Auszubildende mehr einsetzen, als Ausbildungsplätze tatsächlich da sind. Das ist auch abhängig von der Frage der qualifizierten Ausbilder.

Wir glauben, daß Ausbildungsplatz-sharing keine Lösung des Ausbildungsplatzproblems bringt. - Danke.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. Damit sind wir jetzt mit dem Thema Ausbildungsplatz-sharing fertig. Da wird

noch eine Änderung vorgenommen, die das Problem besser trifft. Das wird gerade vorbereitet.

Jetzt hat sich Herr Kiel zu dem Thema
Vollzeitausbildungsmaßnahmen, Berufsschule gemeldet.

Ernst Kiel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Eine Vorbemerkung: Ich möchte nachdrücklich den Vorschlag des Vorsitzenden der Jungen Union bezüglich Maßnahmen für arbeitslose Lehrer unterstützen. Ich habe aus der Diskussion entnommen, daß er mißverstanden worden ist. Es geht nicht um Umschulung in dem Sinne, daß man aus einem Germanisten einen Autoschlosser machen sollte. Vielmehr geht es um die Erreichung ergänzender Qualifikationen, die in Verbindung zum bisherigen Studium stehen.

Ich habe zu Punkt 2.4., der vollzeitschulischen Ausbildung, anzumerken, daß sicherlich auf seiten der Schulen und der Lehrer große Bereitschaft bestehen wird, solche Maßnahmen im Sinne einer Übergangslösung, also befristet, zur Überwindung einer Notsituation zu praktizieren. Ob diese Bereitschaft auch bei unseren Schulträgern besteht, auf die die Last der Investitionen und Folgekosten zukommt, wage ich zu bezweifeln.

Ich möchte aber zu bedenken geben, daß unsere beruflichen Schulen in der Bundesrepublik mit 32 Ausnahmen, die solche Vollzeitausbildung schon seit eh und je gemacht haben, auf diese neue Aufgabe weder eingerichtet noch eingestellt sind. Es wird deshalb sehr schwer sein, den Ansprüchen des Berufsbildungsgesetzes und der Ausbildungsordnungen zu genügen. Schule ist nun einmal kein Betrieb. Und die im Gesetz geforderte Erfahrung - gemeint ist doch die betriebliche Wirklichkeit - wird nicht ohne weiteres zu vermitteln sein. Ohne ein Mindestmaß an Betriebspraktika, eingebaut in solche Ausbildung, wird kaum das Ziel erreicht werden können, Qualifikationen zu vermitteln, die letztlich auch auf dem Arbeitsmarkt Anwendung finden könnten.

Ich wende mich hier also an die Kultusminister, die die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen haben, und an die Wirtschaft mit der Bitte, daß wir einen Satz anfügen, nämlich:
Vollzeitausbildung an beruflichen Schulen sollte in ausreichendem Maße durch Betriebspraktika ergänzt werden.

Zu 2.5.: Hier wird praktisch gefordert, die Anrechnungsverordnung generell außer Kraft zu setzen. Das steht für mich in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was wir in 2.4. fordern. Auf der einen Seite trauen wir den Schulen zu, eine Vollausbildung mit und ohne Praktika zu machen, und hier trauen wir ihnen nicht zu, eine Ausbildung im ersten Jahr zu machen.

Ich bin mir durchaus bewußt, welche Schwierigkeiten es dabei gibt; denn diese jungen Menschen drängen trotz guter Ausbildung in den Schulen in das zweite Lehrjahr hinein. Da entsteht der Engpaß. In dem Zusammenhang muß man wissen, daß z. B. in Niedersachsen die sektorale Flächendeckung bereits eingeführt ist. Hier geht es ohne eine Aufrechterhaltung der Anrechnungsverordnung nicht. Wichtiger

wäre es, darüber zu diskutieren, wie man in den Schulen diese Ausbildung im Berufsgrundbildungsjahr, in den Berufsfachschulen so verbessern könnte, daß auch den Ansprüchen der Wirtschaft entsprochen wird.

Wegen des Widerspruches und der Nichtanwendbarkeit in einigen Bundesländern, wo es so eingeführt ist, beantrage ich, den ersten Satz des Absatzes 2.5. zu streichen. - Ich danke Ihnen.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. Wir haben diesen Antrag gehört. Wir kommen nachher darauf zurück.

Jetzt kommen wir zu der Frage Ausbildung auf Vorrat. Herr Möltgen hat sich dazu gemeldet.

Klaus Möltgen: Herr Generalsekretär! Meine Damen und Herren! Auf Grund des Verlaufs der Diskussion hatten Sie mir gestattet, auch noch ganz kurz zu 2.2. Stellung zu nehmen, nämlich zu den privaten Initiativen.

Ich teile die Auffassung des Präsidenten der Bundesanstalt, daß wir die Beamten nicht zwingen können - und das als Christdemokraten auch gar nicht wollen -, etwas Ungesetzliches zu tun. Deswegen beantrage ich folgenden Zusatz:

Das Vermittlungsmonopol der Arbeitsverwaltung muß deshalb auf Zeit (fünf Jahre) ausgesetzt werden.

Andernfalls kämen wir mit den konkreten Maßnahmen, beispielsweise der unserer Abgeordneten in Mülheim an der Ruhr, der Initiative zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit von Frau Dr. Wex und Herrn Dr. Franz nicht weiter.

Ein Zweites: Frau Laurien, Sie sagten zu Punkt 2.2., daß Ausbildungsplatz-sharing nicht möglich sei. Daß es möglich ist, zeigen Erfahrungen in England. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen durch den Blockunterricht vielleicht etwas besser Bescheid, als es in Berlin der Fall ist. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß Sie da Einwände haben. Das ist doch auf jeden Fall eine Möglichkeit, deren Nutzung man nicht ausschalten sollte.

Zu dem Punkt 2.7., Ausbildung nach Bedarf: Bei uns wird immer so getan, als müßte die arme und die gute Wirtschaft das alles allein leisten, und dies alles brauchte nicht für den öffentlichen Dienst zu gelten. Ich beantrage deshalb, daß auch im öffentlichen Dienst für Verwaltungsberufe über den Bedarf hinaus ausgebildet wird. Deshalb beantrage ich, in der Formulierung 2.7, die Worte "an Facharbeitern" ersatzlos zu streichen. Wir haben festzustellen, daß sich gerade die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hinter dem Bundesgesetzgeber verschanzt und sagt, bestimmte Beamtenrechtsrahmenbedingungen seien nicht zu erfüllen, und man könne jungen Leuten vor Ort keine Ausbildungsangebote machen, weil man später vor dem Problem des Übergangs stehe. Ich meine also, daß die Formulierung in 2.7., "an Facharbeitern", gestrichen werden sollte; denn das gilt auch für Verwaltungsberufe. Es ist zum Teil, wenigstens im Lande Nordrhein-Westfalen so, daß die Planung der

Verwaltung bezüglich Ausbildungsbedarf überhaupt nicht gesichert ist.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Das ist gar kein Problem. Das kann man machen. Die Verwaltung ist doch oben bereits angesprochen.

Herr Göhner, zu diesem Punkt? -

Dr. Reinhard Göhner: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem ersten Punkt meines Vorredners Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag A 25 des Landesverbandes Westfalen-Lippe richten. Das ist inhaltlich identisch. Wir brauchen mehr als nur die Unterstützung der

Arbeitsverwaltung. Wir brauchen für private, nicht gewerbsmäßige Initiativen zur Vermittlung von Lehrstellen eine gesetzliche Auflockerung des bisherigen Vermittlungsmonopols.

(Beifall)

Ich halte es für skandalös, wenn wir z. B. heute in der "Kölnischen Rundschau", die vielen von uns auf dem Tisch liegt, lesen müssen: "Nürnberg untersagt Börse für Lehrstellen"; eine Initiative des Gaststätten- und Hotelgewerbes. Hier ist eine gesetzliche Auflockerung und Korrektur erforderlich. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu dem Antrag A 25.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. Wir kommen auf diesen Antrag zurück. Das ist Antrag A 25.

Wir fahren jetzt in der Diskussion fort und kommen zu dem Thema job-sharing. Dazu haben sich Frau Dr. Wex und Thomas Rachel gemeldet.

Bevor ich Frau Dr. Wex das Wort gebe, teile ich mit, daß wir dann zum Thema Akademikerarbeitslosigkeit und zum Thema Neue Technologien kommen werden. Dann müssen wir zu Ende kommen. Wir haben eine Fülle von Anregungen bekommen, und wir müssen noch die anderen Anträge bearbeiten. Wir wollen doch, daß der Parteitag spätestens um 17 Uhr beendet werden kann. Deswegen darf ich herzlich bitten, daß wir jetzt konzentriert diskutieren.

Frau Dr. Wex.

Frau Dr. Helga Wex: Herr Generalsekretär! Ich spreche zum Sammelantrag, Ziffer 4, Fragenkatalog, dritter Absatz.

Die Frauenvereinigung begrüßt, daß der 31. Parteitag ihre Vorschläge, durch die Maßnahmen der Arbeitsplatzteilung nach den Prinzipien des Musterarbeitsvertrages der Frauenvereinigung sowie durch die Möglichkeit der Ausbildungsplatzteilung Arbeitslosigkeit abzubauen und Ausbildungsplätze zu schaffen, mit Nachdruck unterstützt. Es kommt jetzt darauf an, daß diese Maßnahmen ohne Verzug in die Praxis umgesetzt werden. Dazu gehören zwei parallele Schritte in einer praxisnahen Aktion.

Wir haben damit begonnen, durch Aufklärung und gezielte Ansprache von Arbeitgebern und Betriebsräten in gemeinsamen Versammlungen sowie durch Fragebogeninitiativen darauf hinzuwirken, daß alle Arbeitnehmer, die es wünschen, eine Chance erhalten, die Arbeitszeit flexibel wählen zu können.

Zweitens müssen neue gesetzliche Rahmenbedingungen dazu beitragen, daß Jedem, der freiwillige Arbeitsplatzteilung will, die notwendige Rechtssicherheit zuteil wird. Eine Rahmengesetzgebung sollte sicherstellen, daß die Rechtsposition der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ausgewogen zur Geltung kommen. Das soll die Tarifhoheit der Tarifpartner überhaupt nicht beschränken. Das soll eine Übergangsregelung sein - wegen der vielfältigen Probleme einer einheitlichen Sicherung.

Die Frauenvereinigung begrüßt, daß der DGB heute hier auf dem Parteitag angekündigt hat, die Vorschläge zur Arbeitsplatzteilung nur dann abzulehnen, wenn die Arbeitsplatzteilung nicht freiwillig gewählt werden kann. Da die CDU-Vorschläge aber nur die freiwillige Arbeitsplatzteilung beinhalten, wird so eine zukünftige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu einem wichtigen Beitrag zum Ausbau von Teilzeitangeboten, besonders in Form der Arbeitsplatzteilung, führen können. Ich hoffe, daß diese Zusage erhalten bleiben wird.

Wir begrüßen, daß Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im Bundesrat einen Gesetzentwurf eingebracht haben, demzufolge auch für Beamte die Möglichkeit geschaffen werden soll, teilzeitbeschäftigt zu werden. Herr Geißler hat hier darauf hingewiesen, daß er den Innenminister aufgefordert habe, die beamtenrechtlichen Vorschriften so zu ändern, daß qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze angeboten werden können. Das heißt, daß Teilzeitarbeit endlich nicht mehr mit Frauenarbeit gleichgesetzt wird.

Herr Quartier, Sie haben vorhin von Teilzeitarbeit gesprochen und gesagt, daß es Schwierigkeiten hinsichtlich der Morgen- und der Nachmittagsarbeitszeit gebe. Wenn es schon keine Tabus geben soll, möchten wir anbieten, auch einmal zu überlegen, ob man nicht Frauen, die Kinder haben, die Chance geben sollte, morgens arbeiten zu können, und solchen, die keine Kinder haben, die Chance geben sollte, nachmittags zu arbeiten. Wenn wir schon diese neuen Formulierungen und Vorstellungen entwickeln, müssen wir hier auch etwas anbieten.

Im April 1983 lag die Quote der nichtvermittelten Bewerber - gemessen an den gemeldeten Bewerbern - für Jungen bei 52 %, bei Mädchen aber bei 61 %. Die überwiegende Mehrheit der Mädchen hat sich in einer Umfrage dafür ausgesprochen, auf alle Fälle erst einen Beruf zu erlernen, bevor sie an die Gründung einer Familie dächten. Die Frauenvereinigung wehrt sich mit Entschiedenheit dagegen, daß Frauen als sogenannte Doppelverdiener diskriminiert werden. Auch für Frauen ist Arbeitslosigkeit ein schweres Schicksal. Nach der neuesten Allensbach-Umfrage gibt es eine ausgesprochen breite Zustimmung für das job-sharing. Wir sollten diese flexiblen Angebote, auf freiwilliger Basis und aus neuen Prozessen heraus, unterstützen. Ein halber Arbeitsplatz ist immer noch besser als gar

kein Arbeitsplatz. Wir sollten die Arbeitsplatzteilung deshalb in dieser Form so weiterbetreiben.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Ich möchte der Frauenvereinigung noch einmal herzlich für die Initiative danken, die sie hier als erste politische Gruppierung ergriffen hat.

Das Wort hat nun Thomas Rachel, dann Frau Limbach.

Thomas Rachel, Schüler-Union: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das deprimierende Erlebnis, arbeitslos zu sein, bedeutet für die Betroffenen eine außerordentliche Belastung, eine Belastung der persönlichen, der familiären und auch der gesellschaftlichen Lage. Dieses Gefühl der Jugendlichen, von der Gesellschaft nicht gebraucht, nicht anerkannt, ja sogar ausgeschlossen zu sein, bewirkt oft nicht nur eine Enttäuschung, sondern auch Distanzierung, manchmal sogar Ablehnung unserer Gesellschaft.

Und ich sehe die Gefahr - das sage ich ganz offen hier in diesem Gremium -: Eine so hohe Arbeitslosigkeit, wie wir sie jetzt in der Bundesrepublik Deutschland haben, birgt einen sozialen Sprengsatz für unsere Gesellschaft. Ich begrüße es deshalb mit Nachdruck, auch im Namen der Bundes-Schüler-Union, für die ich hier spreche, daß sich die Christlich Demokratische Union heute auf ihrem Bundesparteitag mit dem tiefgreifenden Problem der Jugendarbeitslosigkeit auseinandersetzt. Und seien Sie sich gewiß, sehr verehrte Damen und Herren, daß Tausende arbeitsloser Jugendlicher in der Bundesrepublik mit Interesse auf die Ergebnisse Ihrer Beratungen warten, nämlich in der Hoffnung, daß Sie möglichst konkrete Lösungsansätze verabschieden werden.

Das Bestreben der CDU, ausbildungshemmende Gesetze zu beseitigen, ist meines Erachtens ein erster, ein richtiger und sinnvoller Anfang.

Ich möchte nun auf die Problematik der Modeberufe bzw. der Berufsinformation abschließend eingehen. Wie ich in vielen Gesprächen mit gleichaltrigen Jugendlichen immer wieder festgestellt habe, besteht bei Jugendlichen eine Unsicherheit, ja, ich möchte sagen, Unkenntnis, über die vielfältigen beruflichen Chancen und Möglichkeiten. Gerade diese mangelnde Kenntnis fördert den eindeutig feststellbaren Trend zu den sogenannten Modeberufen.

Wie Sie wissen, klagt besonders auch das Handwerk immer wieder über die einseitige Festlegung der Jugendlichen auf ganz wenige Berufe. Seien wir doch einmal ehrlich: Es ist doch enttäuschend, daß weder die Schule, noch die Berufsberatung des Arbeitsamtes bisher in der Lage waren, einen entscheidenden Beitrag zu einer realitätsnahen Berufsorientierung zu leisten.

Das muß doch einmal ganz deutlich gesagt werden. Deshalb ist es besonders wichtig - jetzt komme ich auf den Kern meines Beitrages

-, daß die Berufsberater stärker als bisher frühzeitig an und in den Schulen über die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten und über die Zukunftschancen der Berufe informieren. Dabei sollten auch gerade diejenigen Berufsfelder, auf denen Nachwuchsmangel besteht, berücksichtigt werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. - Wir danken der Schülerunion insgesamt für die Initiativen, die sie auch hier für die Beratung eingebracht hat.

Ich möchte Sie jetzt hinsichtlich der Verabschiedung des Antrags, des Sammelantrags, noch auf folgendes hinweisen: Es muß jetzt nicht das Bedürfnis zur Perfektion zum Durchbruch kommen. Wir sollten uns jetzt vielmehr auf das konzentrieren, was abstimmbare ist, worüber wir jetzt entscheiden können. Alle Anregungen, die hier vorgetragen werden, gehen nicht verloren, sondern werden aufgenommen, protokolliert, in der Zukunftskommission Jugend diskutiert und kommen dann in den Gesamtantrag, der dann vom Bundesvorstand und vom Bundesparteiausschuß diskutiert und verabschiedet wird. Es geht also, wie gesagt, nichts von dem verloren, was hier an Anregungen vorgetragen worden ist.

Jetzt Frau Limbach. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Frau Editha Limbach: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist sehr bedauerlich, daß auf einem Parteitag vor einem so großen Forum nicht richtig diskutiert werden kann, sondern quasi nur Stellungnahmen abgegeben werden können. Sonst würde es einen ja sehr reizen, z.B. hinsichtlich einiger Ausführungen, die auch Frau Brusis gemacht hat, zu fragen, ob eigentlich jeder Vater und jede Mutter, deren Sohn oder Tochter keine Ausbildung findet, gleich sozial schwach sind; das schien mir vorhin doch so durch. Ich habe den Eindruck, es gibt durchaus auch Familien, die man nicht so bezeichnen darf, in denen es gleichwohl Sorgen um den Ausbildungs- und Arbeitsplatz gibt. Man ist versucht zu fragen, ob es richtig ist, Ausbildung und Bezahlung mit den Worten "die Qualität der Ausbildung" zu verbinden. Die Bezahlung ist meiner Ansicht nach etwas, was der Sicherung des Lebensunterhaltes dient und deswegen eine sehr sinnvolle Sache ist. Aber die Qualität der Ausbildung kann, glaube ich, nicht davon abhängig gemacht werden, welches Ausbildungsentgelt der junge Mensch dafür bekommt.

(Beifall)

Zu dem inzwischen hier als Sammelantrag schon öfter erwähnten Antrag der Antragskommission zur Jugendarbeitslosigkeit hätte ich eine Ergänzung vorzutragen. Auf Seite 5 findet sich ein Fragenkatalog. Es heißt dort: Kann Arbeit so verteilt werden, daß mehr Jugendliche eine Chance haben? Und dann wird die Frage nach der Arbeitszeitverkürzung, nach Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung gestellt. Das, was ich vermissen, wenn ich Fragen stelle, die eine Zukunftskommission beantworten soll, ist die Frage: Muß es denn überhaupt die Arbeitszeitordnung so geben, wie wir sie haben?

Brauchen wir wirklich nur Acht-Stunden-Arbeitsverhältnisse, Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse und -arbeitsplätze? Gibt es nicht auch eine sinnvolle Arbeitsaufteilung, die einmal von diesem strengen Schema abgeht? Gibt es nicht durchaus auch Arbeitsplätze, die man mit sechs Stunden oder mit drei Stunden Arbeit am Tag oder mit drei Tagen in der Woche sinnvoll ausfüllen kann?

Ich hielte es für sehr nützlich und sinnvoll, wenn auch diese Fragen in dieser Kommission erörtert würden. Ich bitte deshalb, den Fragenkatalog bezüglich der Arbeitszeit um diese Frage zu ergänzen, wenn ich mir auch darüber im klaren bin, daß das nicht eine Lösung ist, die schon übermorgen erreicht werden kann. Aber es war hier ja auch von Utopien, den Realutopien die Rede. Dazu gehört, so meine ich, auch einmal die Frage zu stellen: Müssen wir langfristig nicht überhaupt zu einer ganz neuen Bewertung, nicht nur von Arbeit, sondern auch von Arbeitszeit und Arbeitsverteilung und Arbeitseinteilung kommen?

Ich bitte, auch diesen Gedanken mit zu prüfen.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. - Wir haben das Thema Job-sharing behandelt. Wir kommen nun zu dem Thema Akademikerarbeitslosigkeit. Da haben sich zunächst Herr Kriegisch, dann Herr Zweig und Herr Knigge zu Wort gemeldet.

Herr Kriegisch.

Franz Kriegisch: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der zunehmenden Akademikerarbeitslosigkeit, die sich in weiten Teilbereichen schon zeigt, schlagen wir hier insbesondere für den öffentlichen Dienst mehrere Maßnahmen vor.

Als erstes schlagen wir eine Senkung der Eingangsbesoldung für Akademiker im öffentlichen Dienst um eine Besoldungsgruppe vor. Die dadurch freiwerdenden Gehälter sind unmittelbar in die Schaffung neuer Stellen umzusetzen.

Als zweites schlagen wir eine Aufnahme von Regelungen in das Beamtenrecht des Bundes und der Länder vor, die eine vorzeitige Ruhestandsregelung ermöglichen.

Als nächstes schlagen wir vor: Alle eingrenzenden Regelungen des Beamtenrechts über die Teilzeitbeschäftigung müssen ersatzlos gestrichen werden.

Ferner wäre zu überprüfen, ob eine Ausweitung der Beurlaubungsregelung im öffentlichen Dienst von zehn auf zwölf Jahre vorgenommen werden kann. Ebenso wären die rechtlichen Möglichkeiten zum Abschluß von befristeten Arbeits- und Anstellungsverträgen zu prüfen. Das wären die konkreten Forderungen hinsichtlich des öffentlichen Dienstes.

Was die allgemeine Schulbildung betrifft, so wäre zu überlegen, ob wir die Schulbildung im gymnasialen Bereich nicht von 13 Jahren auf zwölf Jahre kürzen. - Ich danke Ihnen.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank für die Anregungen. Das wird in der Zukunftskommission alles mit beraten.

Jetzt hat Herr Zweig das Wort, dann Herr Knigge.

Jochen Zweig: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich nur zwei Fragen an Minister Blüm und an Frau Minister Wilms. Es ist vorhin recht positiv davon gesprochen worden, daß wir die Überlastquoten an den Universitäten erweitern sollten, um eine weitere Ausbildung im tertiären Bereich zu ermöglichen. Das Wort "Überlastquote" ist ein nettes Wort, es hört sich sehr positiv an, aber ich möchte doch eine Erklärung dazu haben.

Wenn ich mir einzelne Universitäten herausgreife, dann stelle ich fest, daß die teilweise Überlastquoten von 150 % bis 300 % haben, und zwar jetzt schon. Wenn wir das jetzt noch ausweiten wollen, dann sind wir bei 400 %, 500 %. Ich meine, da muß man sich dann doch überlegen, wohin wir dann kommen. Man muß sich dann fragen, ob wir dann überhaupt noch eine Ausbildung garantieren können, man muß sich fragen, ob wir nicht einen ganz anderen Begriff von Hochschule wollen. Wir müssen uns also einmal fragen: Wollen wir Hochschulen haben, an denen insgesamt knapp eine Million Studenten arbeiten und studieren können, oder wollen wir Hochschulen haben, an denen weniger Studenten studieren sollen? Wollen wir also eine Hochschule haben, die viele Studenten besuchen können, oder wollen wir eine Hochschule haben, an der Eliten ausgebildet werden? Darüber müssen wir uns erst einmal klar werden. Dann kann man sich dazu äußern, ob man und in welche Richtung man weitere Hochschulen ausbauen will.

Die andere Frage, die angesprochen worden ist, betraf die Problematik der Zertifikate. Ich sympathisiere auch sehr stark mit der Idee, die Sie, Herr Blüm, vorhin vorgetragen haben: Wir müssen darauf achten, daß nicht allein die Zertifikate die Berechtigung für die Einführung ins Berufsleben ausmachen, sondern daß auch andere persönliche Qualitäten herangezogen werden; das ist eine sehr gute Idee. Die Frage ist aber: Woran erkennt man persönliche Qualitäten? Wo kann man sich solche persönlichen Qualitäten erarbeiten?

Andere, z.B. Frau Dr. Hellwig, reden davon, daß wir eine Regelstudienzeit bräuchten. Ich frage mich dann: Wie soll denn dann - zeitlich gesehen - noch die Möglichkeit gegeben sein, zusätzliche Qualifikationen zu bekommen. Ich glaube, allein dies ist ein Grund, die Regelstudienzeit abzulehnen.

Deshalb ganz kurz die beiden Fragen: Wie wollen wir arbeiten, was wollen wir: Eliteuniversität oder größere Universität? Wie sollen die zusätzlichen Qualifikationen aussehen, woran sind sie gebunden?

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. - Zu diesem Thema Herr Knigge und dann Professor Eckert.

Hartmut Knigge: Herr Geißler, meine Damen und Herren! Wenn wir das Thema der Akademikerarbeitslosigkeit jetzt nur von der Einstellung der Hochschulabsolventen aus, von der Verwendung der Hochschulabsolventen aus betrachten, dann hieße das, lediglich an den Symptomen zu kurieren. Ich glaube, die auf uns zukommende Welle der Akademikerarbeitslosigkeit ist vielmehr auch ein Beweis dafür, daß in den letzten Jahren hochschulpolitisch einiges verkehrt gelaufen ist, was ich einmal kurz mit dem Stichwort "Teufelskreis der Entakademisierung der Universitäten" umschreiben möchte. Es sah doch so aus, daß aus bestimmten Erwägungen heraus eine Öffnung der Universitäten angestrebt wurde. Sie hat dazu geführt, daß das Niveau auf breiter Basis abgesenkt werden mußte, was wiederum die Anziehungskraft der Universitäten gegenüber weiten Kreisen erhöht hat. Dies ist ein Teufelskreis, in den wir jetzt eingreifen müssen, wenn wir nicht erreichen wollen, daß die Hochschulabsolventen eine undefinierbare Qualität erhalten und deswegen nur noch erschwert einzustellen sind.

Wir müssen die gegenwärtige Hochschullandschaft in der Richtung weiterentwickeln, daß wir wieder stärker zwischen Universitäten, die wissenschaftlich ausbilden, und Fachhochschulen, die mehr auf die Praxis bezogen ausbilden, differenzieren.

Wir müssen die Hochschullandschaft auch dahingehend entwickeln, daß die einzelnen Universitäten wieder ein stärkeres Prestige, in stärkerem Maße ein eigenes Image erzielen können, um besser auf die verschiedenen und vielfältigen Berufsanforderungen eingehen zu können. Der Allerweltsakademiker hat gegenwärtig keine Chance.

Das muß natürlich auch heißen, daß wir die Hochschulen wieder mehr auf ein - früher einmal vorhandenes - Bildungsideal hin entwickeln müssen: mehr Freiheit und Eigenverantwortung im Studium, weniger Schulbetrieb. Es muß heißen: Wenn wir von unseren Hochschulabsolventen Flexibilität und Risikobereitschaft erwarten, müssen wir auch an den Hochschulen zunächst einmal Flexibilität und Risikobereitschaft üben. Das ist in einer Massenuniversität natürlich sehr schwierig. Denken Sie einmal bitte daran: Wenn wir jetzt Planungen und Überlegungen entwickeln, so werden diese sowieso frühestens zu Beginn der 90er Jahre voll wirksam. In den 90er Jahren werden wir dann auch die Chance haben, diese Ideale bei sinkenden Studentenzahlen wieder besser in Angriff zu nehmen. Danke schön.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Danke schön. Zu diesem Thema hat jetzt Professor Eckert das Wort.

Prof. Dr. Roland Eckert: Meine Damen und Herren! Ich halte es für unsinnig, in einer Zeit über Elitehochschulen nachzudenken, in der wir die Hochschulen gewissermaßen als Parkplätze des Beschäftigungssystems benutzen. Es kann überdies überhaupt keine Rede davon sein, daß die Qualität der Ausbildung heute niedriger sei, als sie es meinerwegen vor 20 Jahren war. Wir haben in der Zeit der Studentenbewegung, in der einiges drüber- und drunterging, einen Knick gehabt. Heute haben wir Examensleistungen, die nach dem, was ich beurteilen kann, über dem liegen, was seinerzeit von uns verlangt wurde.

Die Qualität der Akademikerarbeit - das möchte ich Herrn Christians entgegenhalten - wird nicht durch die Besoldungsstufe, sondern durch die Examina und unter Umständen durch spätere Leistungsanreize geprägt. Für die Examina können die Hochschulen meiner Ansicht nach wieder bürgen. Für die Leistungsanreize wäre ein entsprechendes System zu entwickeln. Das bisherige Dienstrecht des öffentlichen Dienstes und die entsprechenden Gebührenordnungen in den Professionen sind jedenfalls sicherlich nicht auf Leistungsanreize hin organisiert.

Ein dritter Punkt. Ich halte von Umschulungsmaßnahmen für Leute, die unter Umständen bereits 25 oder 30 Jahre die Schulbank gedrückt haben, überhaupt nichts.

(Beifall)

Sofern eine Umschulung notwendig wird, wird sie in einigen Ausnahmefällen gegenwärtig schon vom Arbeitsamt finanziert.

Darüber hinaus glaube ich, daß wir die Lehrer dringend benötigen, wenn wir die niedrig Qualifizierten ausbilden wollen. Es gibt im öffentlichen Dienst auch bestimmte Regelungen, die eine zeitweise Beschäftigung ermöglichen. Ich erinnere nur an die Zeitsoldaten, die für einen begrenzten Zeitraum im öffentlichen Dienst eingestellt werden und sich von vornherein darauf einstellen, daß sie anschließend eine andere Beschäftigung suchen müssen und finden werden. Ich bin der Meinung, daß wir dieses Modell auf die Lehrer übertragen sollten, die wir jetzt dringend brauchen.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor, zum einen die Wortmeldung von Herrn Hoffmann zum Thema "Neue Technologien", zum anderen die Wortmeldung von Herrn Göhner, der zu den Vorschriften etwas sagen möchte, die die Schaffung von Ausbildungsplätzen behindern. Dieses Thema hatten wir eigentlich bereits abgehandelt. Ich erteile Herrn Göhner trotzdem das Wort dazu.

Jetzt hat zunächst Herr Hoffmann das Wort.

Christian Hoffmann: Herr Dr. Geißler! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Blick auf einen Punkt Anregungen in die Kommission geben, die meiner Meinung nach hier etwas zu kurz gekommen sind. Ich meine den Punkt "Neue Technologien". Ich hatte während der Diskussion das Gefühl, daß sich die Redner zu sehr auf die demographische Entwicklung der nächsten drei, vier Jahre konzentriert haben. Ich meine, es nützt uns gar nichts, wenn wir registrieren, daß es 1983, 1984 und 1985 noch einen Berg jugendlicher Arbeitsloser und einen Mangel an Ausbildungsplätzen geben wird und daß sich das Problem danach entschärfen wird. Darüber vergessen wir die Frage: Wie sieht die deutsche Wirtschaft im Jahre 2000 aus? Ich meine, der Zeithorizont war in der bisherigen Diskussion zu eng.

Um eine Antwort auf die Frage zu finden, wie unsere Wirtschaft im Jahre 2000 aussehen könnte, brauchen wir bloß nach Japan und in die USA zu schauen. In den USA spricht man bereits heute von einer alten Ökonomie und einer neuen Ökonomie. Die neue Ökonomie ist die

Elelektronik-Ökonomie mit Mikrochips-Elektronik, mit Wortprozessoren usw., mit persönlichen Computern zu Hause und Industrierobotern in den Betrieben. Wenn wir wissen, daß diese Entwicklung auf uns zukommt, möchte ich davor warnen, zu viele junge Menschen in traditionellen Berufen, in Berufen der alten Ökonomie auszubilden. Ich würde mir wünschen, daß in dem Ausbildungsprogramm und in dem Beschäftigungsprogramm der Zukunftskommission ein Kapitel enthalten ist, in dem klipp und klar gesagt wird: Welches sind wirklich zukunftssträchtige Berufe, und wie können wir Menschen heute verstärkt in diesen Berufen ausbilden? Dabei ist es mir im Moment gleich, ob an betriebliche, überbetriebliche, Kooperations- oder auch staatliche Ausbildungsmodelle gedacht wird. Ich meine, es nützt nichts, wenn wir heute in Berufen ausbilden, die morgen keine Berufe mehr sein können, weil sie auslaufen. Wir müssen uns heute überlegen, welche Berufe zukunftssträchtig sind, und dann verstärkt für diese Berufe ausbilden. Ich nenne nur einige Begriffe, um zu untermauern, was ich meine: Feingeräteelektroniker, Informationselektroniker, Nachrichtengerätetechniker.

Die Industrie beklagt sich heute schon unüberhörbar, weil sie nicht das menschliche Personal hat, das den Anforderungen der neuen Medien gerecht werden kann. In diesem Bereich müssen wir verstärkt ausbilden. Wenn die Berufsbilder nicht reichen, müssen sich Arbeitgeber, Gewerkschaften und auch die Bundesanstalt für Arbeit, wie ich meine, zusammensetzen und neue, zukunftsorientierte Berufsbilder entwickeln.

Das gleiche gilt auf der nächsthöheren Ebene, nämlich bei den Fachschulen. Auch dort muß man mehr zukunftsorientiert ausbilden, in Richtung staatlich geprüfter EDV-Techniker, Industrieinformatiker usw. Im Bereich der Hochschulen ist es ähnlich. Ich meine, Akademikerarbeitslosigkeit wird sich zukünftig nur vermeiden lassen - dies ist kein Lösungsvorschlag, der von heute auf morgen umgesetzt werden kann -, wenn wir verstärkt dafür werben, daß Menschen im Bereich der neuen Technologien ausgebildet werden, z.B. Diplomingenieure, die den Herausforderungen gerecht werden.

Ich hoffe, daß diese zukunftsorientierten Gedanken in dem Programm, das die Kommission ausarbeitet, irgendwo ihren Niederschlag finden. Vielen Dank.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Bitte schön, Herr Göhner.

Dr. Reinhard Göhner: Ich möchte zu dem Antrag A 22 des Landesverbandes Westfalen-Lippe sprechen, der durch den Sammelantrag - anders, als es die Antragskommission meint - nicht erledigt ist, weil er durch Ziffer 2.2 des Sammelantrags nicht abgedeckt wird. Wir möchten über das hinaus, was in Ziffer 2.2 generell niedergelegt ist, im Blick auf den Teil der politischen Forderungen, die wir kurzfristig durchsetzen wollen und müssen, die Änderung des Schwerbehindertengesetzes erreichen, und zwar im Bereich einer Vorschrift, die gerade keine Schutzvorschrift für Behinderte ist.

Wir meinen, das Schwerbehindertengesetz muß dahingehend geändert werden, daß bei der Berechnung der Pflichtplätze die Auszubildenden nicht als Arbeitnehmer mitzählen. Da dies doch eigentlich ein Punkt ist, der zwischen uns politisch unstrittig ist, und weil diese

Änderung jetzt vor der Sommerpause politisch verwirklicht werden muß, ist es nach unserer Auffassung dringend erforderlich, daß wir den genannten Initiativantrag hier auch annehmen. Meine Freunde, wenn wir zum Bereich der ausbildungshemmenden Vorschriften hier einige Beschlüsse fassen wollen, die jetzt auf den Weg gebracht werden, muß dieser Parteitag dazu die Initialzündung geben. Dann müssen wir dies mit aufnehmen. Ich bitte Sie deshalb, über diesen Antrag A 22 besonders abzustimmen.

Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. - Jetzt als letzter Herr Peter Jungen.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben heute eine Diskussion geführt, die sich mit den konkreten und akuten Problemen der Jugendarbeitslosigkeit und den Möglichkeiten ihrer Beseitigung befaßt hat. Ich habe mich zu dem letzten Punkt, der hier angeschnitten worden ist, gemeldet - ich war als Gast eingeladen, bin aber gleichzeitig Delegierter -, weil ich meine, daß die langfristige Dimension dieser Frage bei der Diskussion über das, was jetzt ad hoc geschehen kann, vielleicht etwas zu kurz kommt.

Die langfristige Dimension, um die es hier eigentlich geht, sind die Auswirkungen des wirtschaftlichen und technischen Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, die damit auch für die Jugendarbeitslosigkeit auslösender Faktor geworden sind.

Gestatten Sie mir in dem Zusammenhang einige wenige auch an unsere eigene Adresse gerichtete kritische Anmerkungen.

Wir befassen uns in der Wirtschaftspolitik sehr viel mit der Frage, wie wir bestehende Strukturen erhalten können, und weniger mit der Frage, wie wir den Strukturwandel fördern können. Mit der Behinderung des Strukturwandels verlieren wir aber im wesentlichen die Fähigkeit, Wohlstand zu erzeugen - nicht nur bei uns, sondern auch in der Dritten Welt. Wir können der Dritten Welt unsere Märkte ja nur dann öffnen, wenn wir bei uns technischen Fortschritt und Strukturwandel realisieren.

Die Wirtschaftspolitik befaßt sich im Moment - und es droht die Gefahr, daß dies auch weiter so sein wird - sicher noch mehr damit, bestehende, nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen dadurch zu erhalten, daß sie mit öffentlichen Mitteln konserviert werden, statt frühzeitig den Wandel in denjenigen Branchen zu fördern, die eine Zukunft haben.

In dem Zusammenhang wird viel geredet über Innovation und über intelligente Produkte. Meine Damen und Herren, für eine solche neue Wirtschafts-, aber gerade auch Industriepolitik brauchen wir Innovation, aber wir brauchen Innovation nicht nur in der Technik und in der Wirtschaft; wir brauchen sie auch in der Politik. Wir brauchen dann eine innovative Politik, die den wirtschaftlichen Wandel und die Anwendung neuer Technologien bewußt fördert. Wir brauchen eine adäquate Politik, die in der Lage ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir in der Zukunft dieses Problem, das wir heute diskutieren, als ein geringeres ansehen.

Ich stimme Norbert Blüm völlig zu, wenn er sagt, wir brauchen eine Politik der tausend Schritte. Wir brauchen viele tausend Schritte. Diese Politik ist aber vor allen Dingen deshalb richtig, weil wir Zweifel haben müssen an den langfristigen Prognosen, auf deren Grundlage sonst ökonomische Politik betrieben wird.

Die technologischen Anforderungen und Herausforderungen - mein Vorredner hat einige im Detail erwähnt -, die auf uns zukommen, werden noch größere Probleme mit sich bringen als die, die wir bisher noch nicht gelöst haben. Ich meine, es muß Aufgabe auch unserer Politik werden, ein Bewußtsein für diese neuen Technologien zu schaffen, ein Bewußtsein, daß wir, wenn wir die Anwendung dieser Technologien nicht fördern, in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch größere Probleme haben werden. Wenn wir nicht in der Lage sind, die Anwendung dieser Technologien durchzusetzen, werden wir nicht nur Arbeitsplatzverluste in den alten Industrien haben, sondern wir werden auch keine neuen Arbeitsplätze schaffen können in neuen Industrien. Dies aber muß vorrangige Aufgabe einer langfristig ausgerichteten Wirtschafts- und Industriepolitik sein.

Das Volumen an Arbeit ist ja nicht festgeschrieben. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Verteilung wird ja manchmal dieser Eindruck erweckt. Dieses Volumen hängt wesentlich von uns ab. Es wird von uns abhängen, wie groß dieses Volumen ist. Es hängt davon ab, wie weit wir den technischen Fortschritt bei uns realisieren, wie weit wir uns bewußt durch die Wirtschaftspolitik um die Entwicklung in diesen Branchen kümmern und weniger Subventionen und öffentliche Finanzhilfen geben für die Erhaltung bestehender Strukturen, die auf Dauer nicht erhalten werden können.

Der Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren, hat gestern gesagt, wir seien ein armes Land. Dem ist eigentlich nur hinzuzufügen: Unsere Technologie und unser Know-how sind das, was Rohstoff- oder Ölländer importieren. Für junge Menschen bieten sich in den neuen Techniken große Chancen, weil ihr Verhältnis zu diesen Technologien möglicherweise viel unkomplizierter ist als unser eigenes Verhältnis, und viel unkomplizierter, als wir selber das glauben.

Wenn wir diesen Zusammenhang nicht herstellen, werden wir die Fragen der Jugendarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht lösen können. Wir sind heute ein Land mit hohem Einkommen und hohen Kosten. Wenn wir nicht sehr aufpassen, werden wir in der Zukunft nur noch ein Land mit hohen Kosten sein, aber nicht mehr mit hohem Einkommen.

Meine Damen und Herren, eine Besitzstandsgesellschaft würde am Ende den Besitzstand von niemandem mehr decken und schon gar nicht die Chancen junger Menschen wahren können, die noch gar keinen Besitzstand haben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Danke schön.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt am Ende der Aussprache. Ich möchte allen Teilnehmern des Forums recht herzlich danken.

(Beifall)

Ich danke dem ganzen Parteitag, auch den Gästen, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Ich glaube, die Diskussion ist in der überwiegenden Mehrzahl von denjenigen Gästen und Delegierten bestritten worden, die unmittelbar von den Problemen betroffen sind, nämlich von Jugendlichen. Die Tatsache, daß diese Probleme von uns heute auf diesem Parteitag in dieser Intensität diskutiert werden konnten, ist für die Sache, meine ich, gut.

Wir stehen am Anfang einer sehr wichtigen Arbeit. Wir können heute eine Reihe von Sofortmaßnahmen beschließen, die wir an die Bundesregierung, an die Landesregierungen und an die Parlamente weitergeben. Der größere Teil der Arbeit steht noch vor uns.

Alles, was hier gesagt worden ist von den Forumsteilnehmern, von den Gästen und von den Delegierten, wird in die Arbeit der "Zukunftskommission Jugend" eingehen. Die "Zukunftskommission Jugend" wird während ihrer Arbeit mit den betreffenden Organisationen, von der Bundesanstalt bis zu den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden Kontakt halten, mit ihnen sprechen, um dann in der Lage zu sein, ein umfassendes Konzept mit konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit noch in diesem Jahr vorzulegen, spätestens am frühen Anfang des nächsten Jahres. - Herzlichen Dank!

Wir kommen nun zur Verabschiedung der Anträge zum Thema Jugendarbeitslosigkeit. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, einen Sammelantrag anzunehmen, der Ihnen mit der Überschrift vorliegt: "Empfehlungen der Antragskommission - A. Anträge zum Thema Jugendarbeitslosigkeit". Dazu gehören, wie Sie wissen, die Anträge A 1 bis A 18. Es heißt dann weiter:

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages A 1 unter Berücksichtigung der Anträge A 2 bis A 18 in folgender Fassung: ...

Dazu sind nun im Laufe der Diskussion einige Änderungswünsche vorgetragen worden. Ich bitte Frau Hellwig, sie Ihnen noch einmal bekanntzugeben, so daß wir dann sofort zur Abstimmung kommen können.

Frau Dr. Renate Hellwig: Die erste Änderung wäre die Einfügung einer Ziffer 2.1 vor der jetzigen Ziffer 2.1 mit folgendem Wortlaut:

Die Kultusminister der Länder werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß in den Entlaßklassen aller Schularten die Jugendlichen über die Notwendigkeit informiert werden, ihre Mehrfachbewerbungen sofort zurückzuziehen, wenn sie einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben.

Dr. Heiner Geißler, Diskussionsleitung: Vielen Dank. Das ist also eine Zusatzänderung.

Ich glaube, wir sollten jetzt der Reihe nach vorgehen. Wenn Sie diesem Zusatzantrag von Frau Wilms Ihre Zustimmung geben wollen, darf ich Sie bitten, dies mit einem Handzeichen kundzutun. Wer ist dafür? - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Zusatzantrag angenommen.

Frau Hellwig, bitte den nächsten Antrag!

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Zweite Änderung nach 2.1. In 2.1. wird erst einmal "sowie Schutzvorschriften für Behinderte" gestrichen und stattdessen eine neue Ziffer Ihrem Votum entsprechend mit dem Antrag A 22 übernommen, und zwar mit folgendem Wortlaut:

"Das Schwerbehindertengesetz muß dahingehend geändert werden, daß bei der Berechnung der Pflichtplätze die Auszubildenden nicht als Arbeitnehmer mitzählen. Schwerbehinderte Auszubildende sind anzurechnen, damit auch gerade für behinderte Jugendliche ein Weg zu Ausbildungsplätzen erleichtert werden kann."

Dr. Heiner Geißler, Tagungspräsidium: Ich halte diese Ergänzung für besser, weil im Sammelantrag die Bestimmung "Streichung von Schutzvorschriften für Behinderte" absolut mißverständlich ist, denn es ist keine Minderung des Schutzes von Behinderten mit diesem Antrag gemeint, sondern das Gegenteil. Die Voraussetzungen sollen für Betriebe verändert werden, die ab einer bestimmten Anzahl verpflichtet sind, Schwerbehinderte einzustellen oder die Schwerbehindertenabgabe zu zahlen. Die Zahl 15 soll nicht dadurch überschritten werden, daß Auszubildende eingestellt werden.

Ich halte den Antrag von Herrn Göhner im Interesse dessen, was gemeint ist, für exakter und plädiere auch dafür, daß wir diesen Ergänzungsantrag so akzeptieren.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Frau Hellwig, die nächste Änderung.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Ziffer 2.3. nach dem alten Antrag erhält eine neue Fassung. Ich lese die Fassung vor:

"Das Modell des Junghandwerks zur Ausbildungsplatzteilung muß weiter erprobt und entwickelt werden. Außerdem sollen branchenspezifische Möglichkeiten des Ausbildungsverbundes zur Vermehrung von Ausbildungsplätzen genutzt werden."

Dr. Heiner Geißler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das ist sozusagen der Kompromiß zwischen der Jungen Union und Frau Laurien.

(Heiterkeit)

Ich darf fragen, wer dieser Änderung seine Zustimmung geben möchte. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Frau Hellwig, bitte schön.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: In Ziffer 2.4. wird der letzte Satz gestrichen, und zwar folgender Satz:

"Dabei soll von der Zahlung einer Ausbildungsvergütung ganz oder teilweise abgesehen werden."

Er wird gestrichen, weil er systematisch falsch ist. In den Schulen wird sowieso keine Ausbildungsplatzvergütung gezahlt.

Dr. Heiner Geißler, Tagungspräsidium: Sehr richtig. - Wer möchte dem zustimmen? - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ebenfalls angenommen.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: In Ziffer 2.7. wird in der letzten Zeile "an Facharbeitern" gestrichen.

Dr. Heiner Geißler, Tagungspräsidium: Das haben wir schon beredet.

Wer stimmt dem zu? - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das erledigt.

Ich komme damit zur Abstimmung über den gesamten Antrag.

(Zuruf: Ich hatte einen Änderungsantrag zu 2.2. gestellt!)

- Das ist richtig. Ich darf aber folgendes sagen: Wir stimmen über 2.2 ab. Ich rufe 2.2. in der Fassung der Antragskommission auf. Wenn der Parteitag dieser Fassung zustimmt, dann ist Ihr Antrag erledigt. Einverstanden? - Also verfahren wir so.

Ich rufe 2.2. extra auf. Wer möchte dieser Ziffer in der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben? - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist 2.2. in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung über den gesamten Antrag, was den Bereich A anbelangt. Die Überweisung der Anträge A 1 bis A 20 und A 26 an die "Zukunftskommission Jugend" wird mitbeschlossen. Das versteht sich aber an sich von selbst nach dem, was ich zur Behandlung der ganzen Materie in den kommenden Wochen und Monaten gesagt habe.

Wer stimmt dem Sammelantrag mit der Maßgabe, die ich gerade zusätzlich genannt habe, zu, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der gesamte Antrag angenommen.

Ich darf mich bei dem Parteitag, bei den Gästen, bei allen herzlich bedanken. Das war eine großartige Leistung, die der Parteitag seit heute morgen 9 Uhr vollbracht hat. Vielen Dank!

(Beifall)

Ich darf jetzt die Leitung des Parteitages und des Forums wieder an den Präsidenten des Parteitages zurückgeben, nicht ohne noch einmal sehr herzlich allen Forumsteilnehmern unseren Dank auszusprechen.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem Teil "Sonstige Anträge", Buchstabe B. Ich bitte, dazu die Empfehlungen der Antragskommission zur Hand zu nehmen, die unserer Abstimmung zugrunde liegen werden.

Soweit es im übrigen angesichts des Zeitdruckes doch noch unabweisbare Wortmeldungen gibt, bitte ich, diese umgehend heraufzureichen. Es liegen keine vor.

Ich rufe Antrag B 1 der CDU Niedersachsen auf. Wortmeldungen gibt es nicht. Wer mit der Empfehlung der Antragskommission im übrigen so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen.

Antrag B 2, . Kreisverband Göttingen. Empfehlung der Antragskommission: Annahme. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Antrag B 3, Bundesfrauenvereinigung. Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an die "Zukunftskommission Jugend". Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke sehr. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Antrag B 4, CDA. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in geänderter Fassung. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung im übrigen einstimmig so beschlossen.

Antrag B 5, CDA Empfehlung der Antragskommission: Annahme. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Antrag B 6, Kreisverband Hagen. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wer möchte so beschließen, den bitte ich um ein Handzeichen? - Danke sehr. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei vier Gegenstimmen so beschlossen.

Henning Lemmer, Tagungspräsidium: Wir setzen fort, liebe Freunde.

Antrag B 7 betreffend die Großfeuerungsanlagen-Verordnung. Das ist ein Antrag des Landesverbandes Hamburg. Empfehlung der

Antragskommission: Annahme. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Ich sehe keine Gegenstimme. Haben wir Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist dieser Antrag in dieser Form einstimmig angenommen.

Antrag B 8, ein Antrag des Landesverbandes Westfalen Lippe zu den Kosten der Großfeuerungsanlagen-Verordnung Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine Wortmeldung dazu, bitte schön.

Laurenz Meyer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Meyer aus dem Landesverband Westfalen Lippe. Ich habe mich insofern etwas überraschend gemeldet, weil wir zum Antrag B 7 mit dem Antragsteller Hamburg verabredet hatten - das ist hier wohl auf Grund der Schnelligkeit untergegangen -, daß beide Anträge, B 7 und B 8, an die Fraktion überwiesen und dort gemeinsam behandelt werden, weil das nach unserer Meinung nur zwei Seiten derselben Medaille sind. Wir können hier nicht beschließen, daß wir die Umweltsituation klären wollen, aber die Kostenfrage vor der Tür lassen. Deswegen hatten wir gesagt, wir sind einverstanden, wenn wir das Kostenproblem, weil es vielleicht auch sehr diffizil ist, hier nicht in aller Ausführlichkeit behandeln. Dann müssen aber beide Seiten gemeinsam von der Fraktion geregelt werden. Deshalb bitte ich darum, entweder behandeln wir den Punkt jetzt auch hier und beschließen auch über die Kostenfrage, oder wir überweisen beide und revidieren die Abstimmung von oben.

Henning Lemmer, Tagungspräsidium: Bitte schön!

Frau Ingeborg Knipper: Meine Damen und Herren! Der Präsident hat richtig berichtet, daß die Antragskommission zunächst Annahme empfohlen hat. Es hat aber in der Zwischenzeit Gespräche zwischen dem Landesverband Hamburg und dem Landesverband Rheinland-Westfalen gegeben. Wir sind übereingekommen, diesem Vorschlag, der soeben vorgetragen worden ist, zuzustimmen. Das heißt, beide Anträge sollen an die Bundestagsfraktion überwiesen werden, weil beide in einem inneren Zusammenhang stehen. Ich bitte, beiden Anträgen in dieser Form zuzustimmen: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Henning Lemmer, Tagungspräsidium: Es wird hier die Anregung gegeben, auf den Antrag B 7 zurückzukommen und auch diesen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wir können das selbstverständlich machen, wenn alle einverstanden sind. Ich komme in folgedessen auf den Antrag B 7 zurück und frage, ob in Änderung des soeben gefaßten Beschlusses Einverständnis besteht, daß dieser Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen wird.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. - Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist über B 7 endgültig so beschlossen.

Ich denke, wir können über den Antrag B 8 in gleicher Weise beschließen. Es gibt die Empfehlung auf Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Hierzu bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. - Enthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen.

Wir fahren fort mit dem Antrag B 9 über Ressortzuständigkeit für den Naturschutz. Es handelt sich um einen Antrag des Landesverbands Hamburg. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an den Bundesvorstand.

Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag B 10: Konsolidierung der Rentenfinanzen. Es ist ein Antrag der CDA.

Freund Blüm hat sich zu Wort gemeldet.

Dr. Norbert Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, uns allen ist klar, daß dieser Antrag von hoher politischer Bedeutung ist, auch wenn er jetzt am Ende unseres Parteitags zur Abstimmung steht.

(Vereinzelter Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, wenn uns einer fragen würde, was denn das Kennzeichen 13jähriger sozialliberaler Rentenpolitik ist, müßten wir darauf antworten: Diese Politik war daran zu erkennen: Hoch mit den Renten, runter mit den Renten, Hinschieben mit dem Termin, Herziehen mit dem Termin; ein einziges rentenpolitisches Hickhack.

Davon müssen wir uns unterscheiden.

(Beifall)

Wir müssen sparen. Das ist richtig. Aber wir dürfen nicht sparen an Verlässlichkeit und an Vertrauen. Das ist unser größtes Kapital, was wir bei den Rentnern haben.

(Beifall)

Ich bin ganz sicher, daß unsere älteren Mitbürger uns verstehen, daß wir sparen müssen, daß auch die Renten nicht in den Himmel wachsen, daß die Renten nicht mehr steigen können als die Löhne. Aber was sie von uns erwarten können, ist, daß unsere Politik berechenbar ist, daß unsere Politik zuverlässig ist.

Deshalb muß unser Kennzeichen sein: Weniger, aber berechenbar, ist besser als mehr und dauernd anders. Das ist unser Erkennungszeichen für eine Rentenpolitik.

(Beifall)

Ich gestehe: Wir mußten im Oktober vergangenen Jahres, als wir die Verantwortung in Bonn übernahmen, die für den 1. Januar vorgesehene Rentenanpassung um ein halbes Jahr verschieben. Das war

notwendig. Es war unumgänglich, um die Rente zu retten. Das war eine Rettungsaktion.

Aber dabei muß es bleiben. Wir können doch solche Verschiebungen nicht wiederholen. Sonst verlieren alle Rentenformeln ihren Wert.

(Beifall)

Vor allen Dingen, meine Damen und Herren: Jeder hat es als einmalige Verschiebung verstanden. Laßt uns uns von der SPD dadurch unterscheiden, daß wir nach der Wahl genau so reden wie vor der Wahl. Die CDU ist nicht die SPD. Und ich heiße Norbert Blüm. Ich heiße nicht Walter Ahrendt. Darauf lege ich Wert.

(Beifall)

Vier von den fünf Milliarden DM, die im Bundeshaushalt gespart werden müssen, stammen aus der Sozialpolitik. Ich vertrete diese harten, schmerzlichen Sparmaßnahmen aus Einsicht und mit Überzeugung. Aber ich würde keine Rentenverschiebung vertreten. Ich hoffe allerdings, daß Subventionen und Abschreibungsgesellschaften dem guten Beispiel der Sozialpolitik bald folgen und daß wir auch hier von der Absichtserklärung in die handfesten Konsequenzen geraten.

Wir alle müssen auf diese Zuverlässigkeit, auf dieses Vertrauen Wert legen. Denn vor uns steht eine große Rentenreform. Die erste ist mit dem Namen der CDU verbunden. Die zweite sollte eine Rentenreform sein, die wir nicht als eine Rentenreform der CDU wollen. Was wir brauchen, ist eine große rentenpolitische Einigung. Es wäre das größte Verdienst, wenn wir die Rente endgültig aus dem Gerede bringen würden.

(Beifall)

Wir können es den alten Mitbürgern nicht zumuten, daß Jahr für Jahr mit schöner Regelmäßigkeit über die Rente diskutiert wird. Soziale Sicherheit hängt doch nicht nur von der Höhe der Leistungen ab, die sie gewährt, sondern auch von ihrer Kalkulierbarkeit. Die Rente kann heute noch so hoch sein für den einzelnen; wenn er nicht weiß, wie sie in zehn Jahren aussieht, ist er verunsichert.

Und wir schulden den alten Mitbürgern Sicherheit. Wir wollen keine Zitterpartie in der Rentenversicherung.

Und deshalb brauchen wir eine Rentenpolitik, die nicht nur von der CDU getragen wird, sondern eine, die möglichst breite Zustimmung bei den Sozialpartnern findet. Wir laden alle dazu ein. Am rentenpolitischen Streit kann sowieso niemand verdienen. Und bei der rentenpolitischen Einigung wird niemand verlieren. Ich bin ja für jeden Streit zu haben. Das ist ja auch ein Stück Lustgewinn und Demokratie. Aber es muß noch Fragen geben, die wir im Konsens erledigen. Und ich denke, Rentenpolitik ist so eine Frage, die wir im Konsens erledigen.

(Beifall)

Wir bieten dafür drei Prinzipien an - und ich halte sie für Wegweiser; sie sind noch nicht das Ziel -, die zustimmungsfähig sind.

Erstens: Die Rente sollte beitragsbezogen bleiben. Das war ja das große Verdienst Konrad Adenauers und der CDU, daß sie die Rente von jedem Fürsorgecharakter entkleidet haben. Die Rente ist nach unserer Überzeugung nichts anderes als ein Alterslohn für Lebensleistung. Und daran wollen wir festhalten.

(Beifall)

Es ist ein großer Unterschied, ob eine Sozialleistung als Zuteilung, als Schlag aus der staatlichen Gulaschkanone empfunden wird oder ob eine Sozialleistung empfangen wird mit dem aufrechten Gang, mit dem Selbstbewußtsein, sie selber verdient zu haben. Und dieses Selbstbewußtsein wollen wir unseren älteren Mitbürgern erhalten. Deshalb muß die Rente beitragsbezogen bleiben.

(Beifall)

Der zweite Grundsatz: Die Renten können nicht mehr steigen als die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer leben nicht von dem Geld, das auf dem Lohnstreifen unter "Brutto" steht. Zwischen diesem Lohnstreifen und dem Geldbeutel stehen das Finanzamt und die Sozialversicherungsträger. Die verfügbaren Einkommen sind der Maßstab des Lebensstandards. Und wir wollen die Rentenversicherung wieder als die große solidarische Einrichtung der Generationen verstehen. Die Jungen können an der Wohlstandsentwicklung nicht mehr teilhaben als die Alten. Aber auch die Alten können nicht mehr teilhaben als die Jungen. Weder die Löhne können davonrennen, noch die Renten können davonrennen. Wir wollen nicht das Gegeneinander, wir wollen das Miteinander der Generationen stärken. Und deshalb brauchen wir dieses Gleichmaß der Entwicklung.

Und der dritte Punkt: Der Bundeszuschuß sollte auf eine verläßliche Grundlage gestellt werden. Der Bundeszuschuß kann nicht die Manipulationsmasse sein. Die Rentenversicherung ist weder der Kostgänger der Steuerzahler, noch kann sie die Einsatzreserve sein. Deshalb wollen wir einen sauberen, klaren Trennungsstrich zwischen Staat und Sozialversicherung. Es kann der Sozialversicherung nichts Besseres passieren, als daß sie auf eigene Füße gestellt wird und von der Hektik des Gesetzgebers abgenabelt wird. Das ist ein großer Vorteil.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb plädiere ich dafür, diesem Antrag in der Formulierung der Antragskommission hier die große Zustimmung der CDU zu geben. Sie brauchen auch nicht zu befürchten, daß es ob dieses Antrages irgendwo in der CDU Streit geben könnte. Der Finanzminister und der Arbeitsminister ziehen hier an einem Strang. Jeder hat seine Rolle zu spielen, aber das gemeinsame Erkennungszeichen ist: Ehrlichkeit, Vertrauen und Verlaß auf uns!

(Beifall)

Henning Lemmer, Tagungspräsidium: Das war die Begründung des Antragstellers. Ich nehme an, wir haben jetzt keine weiteren Wortmeldungen. - Ich sehe keine.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag B 10 in der Fassung der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Bitte die Gegenprobe! - Ich sehe keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall)

Wir fahren mit dem Antrag B 11 über die Reform der Rentenversicherung fort. Es ist ein Antrag des Landesverbandes Westfalen-Lippe. Zur Begründung hat Herr Dr. Lammert das Wort. Bitte schön!

Dr. Norbert Lammert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Parteitag hat gerade eine überzeugende einmütige Willenserklärung zu den kurzfristigen Entscheidungen in Sachen Rentenversicherung abgegeben, und er hat das mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer umfassenden Strukturreform verbunden, die wir für die Rentenversicherung und die anderen Formen der Alterssicherung in überschaubarer Zeit, in der nächsten Zukunft, auf den Weg bringen müssen.

Mit dem Antrag des Landesverbandes Westfalen wollen wir neben einer Reihe von inhaltlichen Anregungen für diese Diskussion über Strukturveränderungen vor allen Dingen im Verfahren sicherstellen, daß die Entscheidung der Partei zu unserem Lösungsweg bezüglich der Strukturprobleme der Rentenversicherung in genau dem Gremium herbeigeführt wird, das für eine solche fundamentale politische Frage allein zuständig sein kann, nämlich im Bundesparteitag.

Deswegen haben wir in unserem Antrag auf, wie wir meinen, unmißverständliche und richtige Weise lapidar gesagt, die Vorlage entsprechender Lösungsvorschläge solle auf einem Bundesparteitag erfolgen.

Die Antragskommission hat das nun etwas weicher formuliert und hat gesagt, daß die Vorlage bei kurzfristigem Entscheidungsbedarf dem Bundesausschuß vorgelegt werden soll. Auf eine förmliche Abstimmung wollen wir hier gern verzichten, weil natürlich müheelos dargestellt werden könnte - Herr Fink lächelt schon so vielsagend -, daß es Situationen geben könnte, in denen es technisch schwierig ist, den Bundesparteitag mit so etwas zu beschäftigen. Nur auf eines legen wir großen Wert, und ich habe mich deswegen gemeldet, weil wir auch Wert darauf legen, daß das im Protokoll erscheint: Gerade nach dem, was der Arbeitsminister zur Wichtigkeit dieser Frage für das Selbstverständnis der Union gesagt hat, dürfen wir die Frage, welches Gremium wir eigentlich mit der Entscheidung über diese Sache befassen, nicht im Sinne einer schlichten Alternative sehen: mal sehen, vielleicht den Bundesparteitag, vielleicht aber auch den Bundesausschuß der Partei.

Wenn unsere Absicht dahin geht, daß die Partei in ihrer ganzen Breite in diese Entscheidungsfindung, in den Konsens, von dem

Norbert Blüm gesprochen hat, einbezogen werden soll, muß das auch ein Bundesparteitag tun. Der Bundesausschuß weist, wie wir alle wissen, doch schon deutliche Merkmale einer Entfernung von der breiten Basis der Partei in diesem Willensbildungsprozeß auf.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle für den Antragsteller noch einmal die ganz herzliche und dringende Bitte an den Bundesvorstand richten, in der Zeitplanung für den nächsten Bundesparteitag und in der Abstimmung mit den Zeitplänen der Kommission "Soziale Sicherung" und der Überlegungen in der Bundesregierung ein Verfahren zu finden, das wirklich sicherstellt, daß sich der Bundesparteitag auch mit dieser Frage in der notwendigen Gründlichkeit beschäftigen und darüber abschließend Beschlüsse fassen kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine allgemeine Bitte anschließen, weil förmliche Anträge zu diesem Zeitpunkt ja nicht mehr möglich sind. Ich würde mir wünschen, daß der Bundesvorstand für künftige Parteitage ein Verfahren finden könnte, durch das die Beratung über Anträge, die doch eigentlich den wesentlichen Kern eines Parteitages ausmacht, weil da die Partei ihren politischen Willen zu relevanten Sachfragen zum Ausdruck bringt, auch stärker in den Kern eines Parteitages rückt und nicht in die Kategorie "Verschiedenes" gerät,

(Zustimmung)

wobei am Ende über wirklich fundamentale politische Fragen mit Mehrheiten und bei einer Präsenz abgestimmt wird, die eben nicht mehr über jeden Zweifel an der Beschlußfähigkeit - um es vorsichtig zu formulieren - erhaben ist.

Ich weiß, das Problem ist nicht völlig neu. Darüber ist sicher auch früher schon einmal nachgedacht worden. Aber ich meine wirklich, hier könnte man Verfahren finden, die sicherstellen, daß der unvermeidliche Schwund der Präsenz am Ende von Parteitagen nicht genau mit dem Zeitpunkt zusammentrifft, zu dem sich die Partei auf einem Parteitag mit dem befaßt, weswegen solche Parteitage überhaupt stattfinden, nämlich damit, der Partei in ihrer breiten Basis Gelegenheit zu geben, ihre Auffassung zu wichtigen Fragen auch zum Ausdruck zu bringen. - Danke schön.

(Beifall)

Henning Lemmer, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Herr Bundesvorsitzende.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, es gibt - das wissen Sie aus den Jahren - ein paar Punkte, bei denen ich sofort reagiere. Dazu gehört die Gestaltung eines Parteitages. Wir haben nach sorgfältiger Überlegung und nach Prüfung unserer Kasse nach dieser Bundestagswahl einen zweitägigen Parteitag beschlossen. Ich wäre meinem verehrten Vorredner und guten Freund aus der Bundestagsfraktion sehr dankbar, wenn er mir sagen könnte, wie wir in dieser Lage einen dreitägigen Parteitag hätten finanzieren können. Wir konnten es nicht. Das ist schlicht und einfach die Wahrheit. Weitere Schulden sollen wir ja auch nicht

machen. Da sind wir einer Meinung. Folglich haben wir für dieses Mal die zweitägige Form gewählt.

Jetzt ein Letztes, lieber Freund Lammert: Ich glaube, daß die Debatte über die Jugendarbeitslosigkeit seit heute früh 9 Uhr mindestens so wichtig ist wie das, was wir jetzt in der letzten Stunde - zugegebenermaßen unter Zeitdruck - bei den Anträgen abhandeln müssen.

(Beifall)

Nun zur Basisdiskussion, zu der ich mich ja leidenschaftlich bekenne. Ich bin ja auch da, während eine Menge Basiskämpfer, die immer davon reden, jetzt nicht im Saal sind.

(Zustimmung)

Sie wissen ja, man redet am besten über eine Sache, wenn man sich nicht weiter damit beschäftigt. Aber wenn es um die Parteitagsgestaltung geht - und da dies eine öffentliche Veranstaltung ist, habe ich mich überhaupt zu Wort gemeldet -, bin ich immer für eine breite Diskussion. Allerdings kann man eben in einer so großen Körperschaft wie einem Bundesparteitag immer nur ein paar Schwerpunkte setzen. Für mich bleibt der absolute Schwerpunkt der innenpolitischen Situation die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß wenn wir bei den Renten soweit sind, wir auf einem Parteitag darüber reden sollten. Nur muß auch dies klar gesagt werden: Das wird nicht der nächste Parteitag sein, denn, liebe Freunde, der nächste Parteitag ist vor der Europawahl. An einem Zeitpunkt danach werden wir über die Renten sprechen.

Wir wollen korrekt miteinander umgehen. Deswegen war diese Interpellation des Delegierten Helmut Kohl am Platze.

(Beifall)

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, da Herr Dr. Lammert das Einverständnis des Antragstellers mit dem Vorschlag der Antragskommission erklärt hat, kann auf eine Stellungnahme der Antragskommission verzichtet werden.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag B 11 unter Berücksichtigung der Maßgabe, die in der Empfehlung der Antragskommission ausgedrückt ist. Wer mit dieser Maßgabe dem Antrag B 11 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 12 auf. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung unter Berücksichtigung der Empfehlung der Antragskommission. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte

ich um ein Handzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist gegen 2 Stimmen bei 1 Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 13 auf. Das Wort hat der Sprecher der Antragskommission, Herr Professor Weidenfeld.

Dr. Werner Weidenfeld, Antragskommission: Der Antragsteller legt Wert darauf, daß auch auf einen zweiten Beschluß der Kultusministerkonferenz, nämlich auf einen Beschluß zur Darstellung von Deutschland auf Landkarten, hingewiesen wird.

Es spricht wohl nichts dagegen, auf weitere Beschlüsse der Kultusministerkonferenz bekräftigend hinzuweisen.

Der Text lautete dann mit der Ergänzung wie folgt:

... daß die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 23. 11. 1978 "Die deutsche Frage im Unterricht" und vom 12.2.1981 über die Darstellung von Deutschland auf Landkarten in der Unterrichtspraxis der Schulen auch verwirklicht werden.

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Dazu bittet Frau Kollegin Dr. Laurien ums Wort.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Herr Präsident! Ich habe nur eine ganz praktische Bemerkung. Der Beschluß über die Kennzeichnung der Grenzen in den Landkarten kann nicht in der Unterrichtspraxis, sondern muß bei der Zulassung der Atlanten verwirklicht werden. Wenn Sie das bitte so formulieren; sonst hätten wir ein Schlupfloch, das Sie alle nicht wollen.

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich glaube, unter Berücksichtigung des Zusatzes von Frau Dr. Laurien können wir dann zur Abstimmung kommen. Bei der Zulassung von Schulatlanten sind die Grenzmarkierungen laut Beschluß der Kultusministerkonferenz zu berücksichtigen. Wer dem Antrag B 13 mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 14 auf. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag B 14 folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei 2 Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 15 auf. Ich verweise auf die Empfehlung der Antragskommission. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 16 auf. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 17 auf.

Ich darf das Präsidium an Frau Seitz übergeben.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Zum Antrag B 17 liegen keine Wortmeldungen vor. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 18, Landesverband Berlin, auf. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - 1 Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? - 2 Enthaltungen. Der Antrag ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 19 auf. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei wenigen Gegenstimmen ist der Antrag so beschlossen.

Die Anträge B 20 und B 21 haben wir gestern erledigt.

Ich rufe den Antrag B 22 auf. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Das Wort wird nicht gewünscht. Wer der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Antrag ist bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 23 auf. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 24 auf. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 25 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag B 26 auf. Bitte schön, Herr Dr. Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Da ich zu denen gehöre, die Parteitagsbeschlüsse ernst nehmen, und ich mich später auch gerne wieder auf sie beziehe, habe ich ein Problem hinsichtlich der Formulierung, wie sie die Antragskommission vorgeschlagen hat. Es steht außer Frage, daß jeder von uns - ich ganz gewiß auch - die

Kürzung des Bezugs von Mutterschaftsgeld von vier auf drei Monate vermeiden will. In der Formulierung der Antragskommission steht: "bei Aufrechterhaltung des notwendigen Sparvolumens". Da habe ich Probleme. Seit Wochen reden wir über dieses Thema und wir sind nicht besonders fündig geworden.

Ich könnte jetzt natürlich eine Rede über die Kürzung von Subventionen halten. Aber wenn Sie mich dann anschließend fragen, wo gekürzt werden soll, habe ich schon wieder Probleme. Ich finde, es wäre im Umgang miteinander nicht fair, wenn ich Sie nicht darauf aufmerksam machen würde, daß ich es für falsch halte, das in der vorgeschlagenen Weise zu formulieren. Ich schlage vor, daß wir formulieren: "zu prüfen mit dem Ziel". Denn, wenn Sie das der Bundestagsfraktion anders aufgeben, sage ich Ihnen von vornherein: Ich bin nicht sicher, ob das zu machen ist.

Ich möchte mir in den nächsten Wochen in einer so kritischen Frage nicht Parteitagsbeschlüsse vorhalten lassen, bei denen ich vorher nicht ehrlich gesagt hätte, wie ich die Realisierungschance sehe. Deswegen einfach meine Bitte zu formulieren: Der Bundestag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf zu prüfen ... Dann wird fortgefahren im Text.

Sie können auch ohne den Antrag sicher sein: Jeder ist froh, wenn das vermeidbar und anders finanzierbar ist.

Es gibt niemanden, der süchtig ist nach Sparmaßnahmen in diesem Bereich. Aber wir sind in einer ziemlichen Not. Auch in solchen Dingen zeigt sich, wie man miteinander umgeht, ob man nämlich ehrlich und glaubwürdig miteinander umgeht.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Bundesvorsitzender.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Mir ist eben von der Antragskommission signalisiert worden, daß so verfahren werden soll, wie es der Bundeskanzler mit seinem Gewicht vorgetragen hat. Die Antragskommission empfiehlt also, daraus einen Prüfantrag zu machen, so wie eben von dem Bundesvorsitzenden vorgetragen: zu prüfen mit dem Ziel, ob diesem Begehren entsprochen werden kann. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag so angenommen.

Ich rufe den Antrag B 27 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen schriftlich vor. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für dieses zügige Arbeiten. Ich gebe das Präsidium weiter.

Dr. Bernhard Worms, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt unserem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, das Schlußwort erteile, möchte ich namens des Parteitages Dank sagen der Stadt Köln für die freundliche Aufnahme, die wir hier gefunden haben.

(Beifall)

Wir danken der Fremdenverkehrszentrale und den Mitarbeitern der Messe- und Kongreß-GmbH, die durch ihre Einsatzbereitschaft und immer freundliche Unterstützung hervorragend zum Gelingen des Parteitages beigetragen haben.

(Beifall)

Wir danken den Helferinnen und Helfern des Deutschen Roten Kreuzes und den Beamten der Kölner Polizei, die während des Parteitages in vorbildlicher Weise für unsere Sicherheit in jedweder Form gesorgt haben.

(Beifall)

Mir wird niemand verübeln, wenn ich als Fußballer sage: Wir gratulieren dem HSV, daß er Gewinner des Europapokals geworden ist.

(Beifall)

Der Parteitag dankt ebenfalls den Mitgliedern der CDU von Köln, die mit großem Engagement und hervorragender Disziplin in diesen drei Tagen als Ordner, Hilfskräfte, als Verteiler und in vielfacher Funktion zu unser aller Nutzen tätig gewesen sind. Dr. Otmar Pohl, herzlichen Dank, ebenfalls Hermann-Josef Wolf, Kreisgeschäftsführer.

(Beifall)

Wir danken den Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die den Bundesparteitag vorbereitet und dafür gesorgt haben, daß die Delegierten pünktlich die für einen reibungslosen Ablauf des Parteitages erforderlichen Unterlagen erhalten haben. Ihnen allen vielen Dank, an der Spitze unserem Freund Karl Schumacher.

(Beifall)

Der Bundesgeschäftsführer gehört zu uns. Da machen wir keine Ausnahme.

Unser Dank gilt allen Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihr Interesse und ihre Berichterstattung über diesen Bundesparteitag.

(Beifall)

Last not least danke ich auch in Ihrem Namen unserem überzeugend wiedergewählten Parteivorsitzenden, Dr. Helmut Kohl, der diesem 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands seinen persönlichen Stempel aufgedrückt hat und jetzt das Schlußwort hat.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Meine lieben Freunde! Erlauben Sie mir zum Ende dieses 31. Bundesparteitages der CDU Deutschlands noch ein paar kurze abschließende Bemerkungen.

Das erste, was ich sagen möchte, ist ein herzliches Wort des Dankes an alle jene, die am Gelingen dieses Parteitages Anteil haben, an die Delegierten, vor allem die Delegierten, die das jetzt noch hören und zur Kenntnis nehmen - ich will das einmal so sagen, wie ich es empfinde - ,

(Beifall)

an alle Mitarbeiter des Adenauer-Hauses, den Generalsekretär, den Bundesgeschäftsführer, an alle, die mitgewirkt haben, an die Freunde aus der rheinischen Partei, allen voran unseren Freund Bernhard Worms, der als Tagungspräsident zusammen mit den Mitgliedern des Tagungspräsidiums in großartiger Weise amtiert hat.

(Beifall)

Ich finde, die rheinischen Freunde haben auch gestern mit dem Rheinischen Abend Maßstäbe gesetzt Maßstäbe, von denen ich wünsche und hoffe, daß sie noch viele Nachahmungen bei späteren Gelegenheiten finden werden. Eine Partei, die hart arbeitet, muß auch feiern können. Wer nicht feiern kann, kann auch nicht hart arbeiten. Das ist eine wichtige Lebenserfahrung.

(Beifall)

Ich bedanke mich auch bei all denen, die uns aus dem Bereich der Stadt, staatlicher Dienststellen - ich nenne hier besonders die Polizei - in diesen Tagen geholfen haben.

Liebe Freunde, zu Beginn dieses Parteitags sagte ich, dieser Parteitag markiere ein historisches Datum in der Geschichte der CDU Deutschlands. Es ist der erste Parteitag der CDU als Regierungspartei seit dem Jahre 1968. Seit diesem Berliner Parteitag haben wir die Statut der Partei bewahrt und dies konnte jeder, der in diesen zwei Tagen dabei war, als Delegierter, als Gastdelegierter, als Gast aus dem Ausland, als Besucher, als kritischer Wegbegleiter aus dem Journalismus feststellen.

Ob in Opposition oder Regierung, wir sind die Christlich Demokratische Union, die aus ihren Prinzipien heraus lebt und arbeitet. Hier war nicht Übermut der Macht zu spüren, sondern hier war vor allem der Wille zur Verantwortung, der Wille zur Pflicht zu spüren. Wer heute die Diskussion verfolgt hat, die engagierten Beiträge über viele Stunden hinweg, auch die kontroversen Beiträge zum Thema Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, der konnte das förmlich mit Händen greifen. Und dafür, liebe Freunde, bin ich Ihnen dankbar; denn das ist die Voraussetzung glaubwürdiger Politik und das ist die Voraussetzung für ein gutes Ergebnis unserer Arbeit in der Zukunft. Dieser Parteitag hat gezeigt, daß wir streitig über Sachprobleme miteinander diskutieren, daß wir aber in allen Grundfragen, ohne daß wir es demonstrieren, einig sind.

Und die Rede von Franz Josef Strauß heute hat auch gezeigt, daß wir zwischen CDU und CSU einig sind. Und wenn wir das nicht nur hier, sondern immer draußen sagen, kann auch gar kein Zweifel aufkommen.

(Beifall)

Wir sagen ja zu der von uns mitbegründeten Koalition der Mitte, das heißt auch ein ja zu einer fairen Partnerschaft. Wir sagen auch ja zu einem notwendigen Kompromiß und das ist auch ein Stück innerparteilich gelebter Demokratie.

Wir haben die Wahlen zur Parteiführung hier gemeinsam durchgeführt. Ich darf mich bei Ihnen allen sehr herzlich für das Vertrauen bedanken, das Sie mir persönlich erwiesen haben. Ich habe ganz einfach die Bitte an Sie alle, an jeden einzelnen von Ihnen, daß Sie uns in der Führung der Partei und auch mir persönlich in der kommenden Zeit, in einer schwierigen Zeit, helfen und, daß wir diese schwierige Wegstrecke gemeinsam gehen. Ich bin sicher, daß wir aus dieser inneren Kraft der Union heraus fähig sind, - nicht über Nacht und nicht auf dem Wege von Patentlösungen -, die Probleme zu lösen.

Wir werden in diesem Jahr und im nächsten Jahr in einer besonderen Verantwortung für den Frieden und die Freiheit unseres Landes stehen. Wir werden dabei eine der historischen Bewährungsproben der modernen Demokratie in Deutschland durchzustehen haben. Es mag sein, daß wir Tage, Stunden und Wochen erleben werden, in denen viele glauben, daß uns der Zeitgeist wie ein Sturm ins Gesicht weht. Wir werden das dennoch bestehen, wenn wir uns selbst treu bleiben und, wenn wir daran denken, wie wir mit dem, was wir in diesen Jahren für die Zukunft von Frieden und Freiheit unseres Landes durchstehen müssen, vor der Geschichte bestehen.

Wir haben die großen Probleme im Innern unseres Landes: Wiederbelebung der Wirtschaft, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit.

Das alles zeigt, liebe Freunde: Wir tragen eine besondere Verantwortung, die besondere Verantwortung für den freien Teil unseres Vaterlandes, für unsere Bundesrepublik Deutschland. Und in diese Verantwortung ist auch das mit hineingenommen, was unsere Mitbürger im anderen Teil Deutschlands sehen, die Tag für Tag über Rundfunk und über Fernsehen, über vielerlei persönliche Bindungen zu Verwandten und Bekannten sehr genau hinschauen: Was tun sie drüben in der Bundesrepublik Deutschland? Und es ist viel Hoffnung auch in Leipzig, in Dresden, in Potsdam und anderswo in diese neue Bundesregierung, von der CDU/CSU und FDP getragen, investiert.

(Beifall)

Es wird viel Hoffnung darauf gesetzt, daß wir nicht nur vom langen Atem der Geschichte sprechen, sondern daß wir ihn ganz praktisch leben: klar und entschieden in den Grundsätzen, nicht nachgiebig aus Opportunismus des Tages heraus, aber flexibel und klug, wenn es darum geht, für die Menschen in Deutschland etwas herauszuholen, sie

einander näherzubringen. Denn Einheit der Nation heißt immer auch
Miteinander der Menschen in der gleichen Nation.

(Beifall)

In diesem Sinne, liebe Freunde, wollen wir unsere Arbeit nach
diesem Parteitag wieder aufnehmen. Wir wollen zu unseren Mitbürgern
hinausgehen, wir wollen werben, wir wollen für unsere Politik
überzeugen. Wir wollen es vor allem in den nächsten Monaten bei den
Wahlen in Bremen und Hessen tun. Ich wünsche mir, daß unsere
hessischen und bremischen Parteifreunde nie einen Mangel an Rednern
im Wahlkampf haben werden.

(Beifall)

Ich wünsche mir, daß alle jene, denen es um die Zukunft der Union
geht, bereit sind, dort zusätzlich mit anzupacken, um unser
gemeinsam gesetztes Ziel zu erreichen. Ich sage das auch in Hinblick
auf die Europawahl im Juni des nächsten Jahres.

Liebe Freunde, wie jeder sieht: An Aufgaben, an Pflichten
mangelt es uns nicht. Es kommt nun darauf an, daß sich jeder von uns
ganz persönlich herausgefordert sieht und seine Pflicht tut.

In diesem Sinne möchte ich den 31. Bundesparteitag der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands schließen: mit einem
Gruß an unsere Landsleute drüben im anderen Teil Deutschlands,

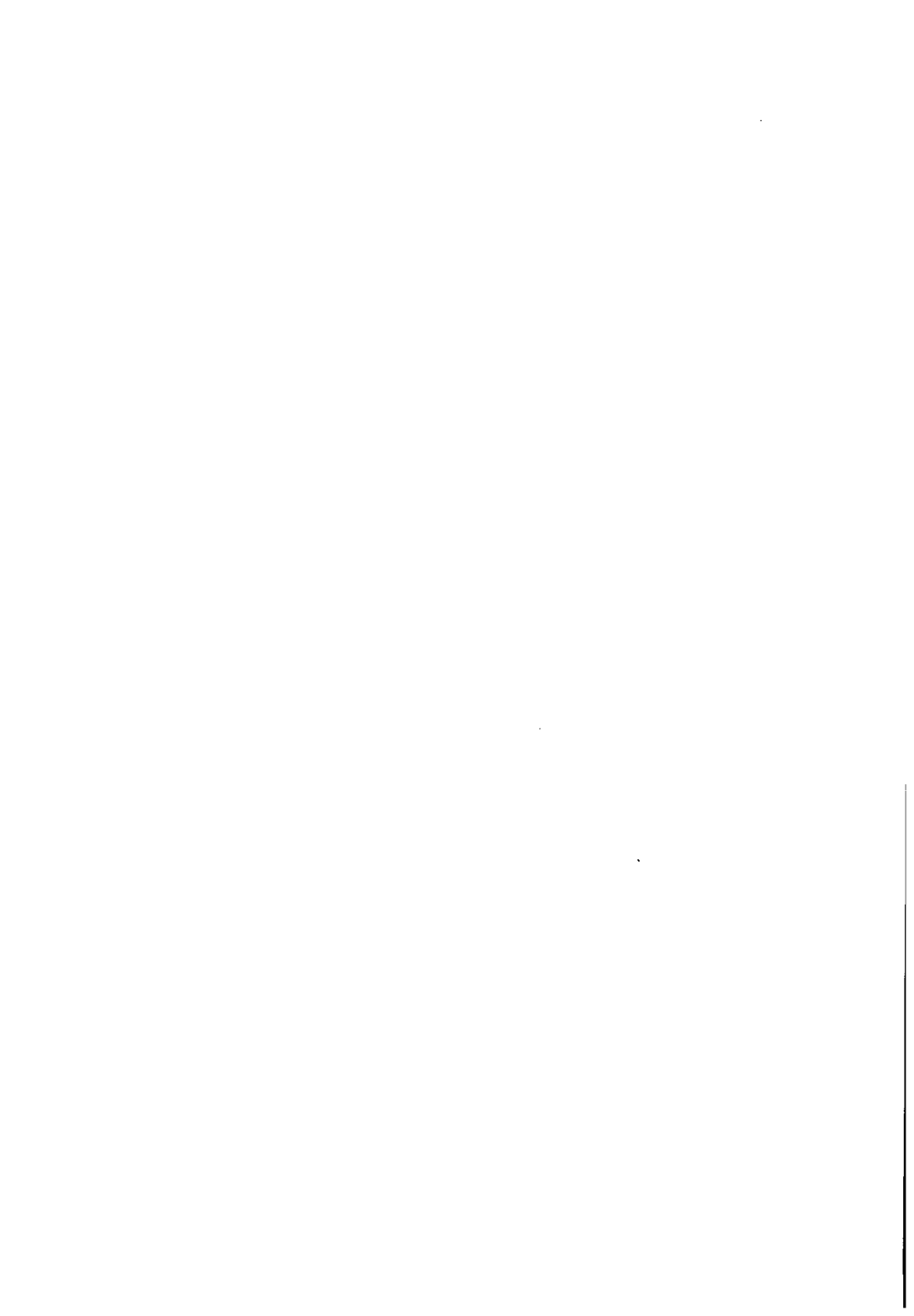
(Beifall)

mit dem Lied der Deutschen: "Einigkeit und Recht und Freiheit".

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Beifall)

(Schluß des Parteitages: 17.02 Uhr)



Anhang I

Beschlußprotokoll



**Beschlußprotokoll
des 31. Bundesparteitages
25.-26. Mai 1983 - Köln**

Tagesordnung:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Rede des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
9. Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundesminister Dr. Heiner Geißler
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger
11. Bericht des Bundesschatzmeisters der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Walther Leisler Kiep
12. Bericht der Rechnungsprüfer
13. Aussprache zu den Berichten
14. Entlastung des Bundesvorstandes
15. Bericht der Mandatsprüfungskommission
16. Wahl des Bundesvorstandes
 - 16.1 Wahl des Vorsitzenden
 - 16.2 Wahl der 7 Stellvertretenden Vorsitzenden
 - 16.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 16.4 Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes
17. Wahl der Rechnungsprüfer
18. Forum „Jugendarbeitslosigkeit“
19. Anträge
 - A) Änderung des Statuts
 - B) Sonstige Anträge
20. Schlußwort des Bundesvorsitzenden

Zu TOP 2:

Folgendes **Tagungspräsidium** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig gewählt:

Präsident: Dr. Bernhard Worms, MdL
Beisitzer: Minister Dr. Peter Bendixen, MdL
Eberhard Dieppen, MdA
Dirk Fischer, MdB
Rudolf Friedrich, MdL
Minister Wilfried Hasselmann, MdL
Dr. Franz-Josef Jung
Henning Lemmer
Bernd Neumann, MdBB
Ingeborg Seitz, MdL
Heinz Soënius, MdL
Werner Scherer, MdL
Minister Dietmar Schlee, MdL
Dr. Theodor Schwefer, MdL
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, MdL
Dr. Horst Waffenschmidt, MdB
Minister Dr. Dorothee Wilms, MdB
Minister Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Zu TOP 3:

Die vorstehende **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung bei zwei Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Ferner wurde der Verlängerung der Antragsfrist zu TOP 18 auf den 18. Mai 1983, 24.00 Uhr, zugestimmt.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, folgende Einreichungsfristen für Initiativanträge festzulegen:

1. **Mittwoch, 25. Mai 1983, 14.00 Uhr**
für die Wahlvorschläge
zu TOP 16: Wahl des Bundesvorstandes

2. **Mittwoch, 25. Mai 1983, 17.00 Uhr**
für die Initiativanträge
zu TOP 18: Forum „Jugendarbeitslosigkeit“
zu TOP 19: Anträge A) Änderung des Statuts
B) Sonstige Anträge

Zu TOP 4:

Die vom Bundesvorstand eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung bei zwei Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Dr. Heiner Geißler
Stellvertreter: Peter Radunski
Weitere Mitglieder: Christoph Böhr
Elmar Brok
Ulf Fink
Frau Dr. Renate Hellwig
Ingeborg Knipper
Gerhard Meyer
Dr. Heinz Riesenhuber
Dr. Wolfgang Schäuble
Friedrich Vogel
Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Zu TOP 5:

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

| | |
|----------------------|--|
| Vorsitzender: | Gerhard Pietsch |
| Beisitzer: | Hans Terlinden Engelbert Thiel Karl Schumacher |

Zu TOP 6:

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

| | |
|----------------------------|--------------------------|
| Vorsitzender: | Dieter Heuel |
| Weitere Mitglieder: | |
| Abel, Udo | Keiluweit, Ulrich |
| Aldenhoff, Alfred | Kopnarski, Aribert |
| Allendorf, Heinz | Koppers, Willy |
| Andresen, Karl | Krischel, Reinhard |
| Ax, Alfons | Kuhl, Hans-Jürgen |
| Bauer, Bernhard | Lanzerath, Walter |
| Beerbaum, Bernhard | Liesen-Schauerte, Alfons |
| Bercker, Franz-Ullrich | Lübben, Hajo |
| Borchert, Klaus C. | Mitschke, Roland |
| Bundschuh, Werner | Nolte, Herbert |
| Doll, Hans | Ozimek, Gerd |
| Enderes, Karl-Heinz | Peuser, Helmut |
| Engberding, Heinz | Scheerer, Rudi |
| Fliegau, Bernhard | Schmalz, Rudi |
| Funnemann, Klaus | Schuler, Hans |
| Garncarz, Bernhard | Schulze, Günter |
| Geditz, Jakob | Schwinges, Detlef |
| Gerhards, Gerhard | Steinmann, Manfred |
| Goldenhaus, Heinz | Stinner, Stefan |
| Gutmann, Joseph | Vatter, Reinhold |
| Heitmann, Hermann | Wadewitz, Hans-J. |
| Hermann, Rolf | Wagner, Willy |
| Hülzer, Peter | Wettenmann, Peter |
| Jusa, Othmar | Wolff, J.-Hermann |
| Kampe, Hans Josef | Wynands, Manfred |

Zu TOP 8/13:

Der Bundesparteitag nahm die **Grundsatzrede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9/13:

Der Bundesparteitag nahm den **Bericht des Generalsekretärs, Bundesminister Dr. Heiner Geißler**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10/13:

Der Bundesparteitag nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11/13:

Der Bundesparteitag nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters, Walther Leisler Kiep**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12/13:

Der Bundesparteitag nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14:

Der Bundesparteitag erteilte dem **Bundesvorstand** auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung einstimmig und bei Stimmenthaltung der Mitglieder des Bundesvorstandes **Entlastung für die Rechnungsjahre 1980, 1981 und 1982.**

Zu TOP 15:

Die **Mandatsprüfungskommission** erstattete am 25.5.1983 folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat heute (25.5.1983), um 15.00 Uhr, getagt und festgestellt, daß von 781 stimmberechtigten Delegierten

778 Delegierte

anwesend waren. Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung 30 Delegierte anwesend.

Die Stimmen der Delegierten der Exil-CDU werden nach \approx 28 Abs. 3 des Bundesstatuts der CDU bei bestimmten Abstimmungen nicht mitgezählt, so daß

748 vollstimmberechtigte Delegierte

anwesend sind.

Die Überprüfung hat weiterhin ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist. Der Parteitag ist somit beschlußfähig.“

Der Bundesparteitag nahm diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 16:

Wahl des Bundesvorstandes

16.1 – **Wahl des Parteivorsitzenden**

Es wurde gewählt:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel:

661

Enthaltungen:

13

Ungültig:

–

Gültige Stimmen:

648

Ja:

631

Nein:

17

16.2. – **Wahl der 7 Stellvertretenden Vorsitzenden**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel:

725

Enthaltungen:

–

Ungültig:

3

Gültige Stimmen:

722

Für die Wahl sind jeweils mindestens 362 Stimmen erforderlich.

Es wurden gewählt:

1. Dr. Gerhard Stoltenberg

675

2. Dr. Richard von Weizsäcker

675

3. Dr. Norbert Blüm

660

4. Lothar Späth

536

5. Dr. Hanna-Renate Laurien

516

6. Dr. Ernst Albrecht

500

7. Dr. Bernhard Worms

444

16.3 – **Wahl des Bundesschatzmeisters**

Es wurde gewählt:

Walther Leisler Kiep

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: 662

Enthaltungen: 23

Ungültig: –

Gültige Stimmen: 639

Ja: 582

Nein: 57

16.4 – **Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: 701

Enthaltungen: –

Ungültig: 18

Gültige Stimmen: 683

Für die Wahl sind jeweils mindestens 342 Stimmen erforderlich.

Es wurden im 1. Wahlgang gewählt:

1. Dr. Walter Wallmann 663

2. Dr. Bernhard Vogel 652

3. Dr. Manfred Wörner 624

4. Wilfried Hasselmann 588

5. Prof. Dr. Roman Herzog 572

6. Heinrich Windelen 559

7. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf 552

8. Matthias Wissmann 516

9. Dr. Helga Wex 496

10. Dr. Horst Waffenschmidt 493

11. Dr. Burkhard Ritz 489

12. Birgit Breuel 467

13. Elmar Pieroth 465

14. Erwin Teufel 461

15. Dr. Christian Schwarz-Schilling 453

16. Werner Scherer 451

17. Gottfried Koch 440

18. Prof. Dr. Gerhard Zeitel 440

19. Friedrich Vogel 438

20. Eberhard Diepgen 427

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:

1. Dr. Renate Hellwig 423

2. Roswitha Verhülsdonk 334

Zu TOP 17:

Wahl der Rechnungsprüfer

Die bisherigen Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alphons Horten wurden in offener Abstimmung bei einer Gegenstimme und ohne Enthaltungen für die Jahre 1983 bis 1985 wiedergewählt.

Zu TOP 18:

Forum „Jugendarbeitslosigkeit“

Der Bundesparteitag nahm den **Leitantrag Nr. A 1 des Bundesvorstandes**

„Jugendarbeitslosigkeit“ unter Berücksichtigung der Anträge Nr. A 2 - A 26 in der Fassung der Antragskommission und einzelner Zwischenabstimmungen in offener Abstimmung bei der Schlußabstimmung bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen an.

Der Schlußabstimmung gingen **folgende offene Einzelabstimmungen** voraus:

- In Antrag Nr. A 1 wird nach Ziff. 2. eine neue Ziff. 2.1. (Rücknahme von Mehrfach-Bewerbungen um Ausbildungsplätze nach Abschluß eines Ausbildungsvertrages) eingefügt (einstimmig angenommen),
- in Antrag Nr. A 1 werden in Ziff. 2.1. (alt) die Worte „sowie Schutzvorschriften für Behinderte“ ersatzlos gestrichen (einstimmig angenommen),
- in Antrag Nr. A 1 wird nach Ziff. 2.1. (alt) eine neue Ziff. 2.2. mit dem Wortlaut des Antrages Nr. A 22 der Delegierten Prof. Dr. Biedenkopf, Dr. Göhner, Frau Fischer und weiterer 27 Delegierter eingefügt (einstimmig angenommen),
- in Antrag Nr. A 1 erhält Ziff. 2.3. (alt) eine Neufassung entsprechend den mündlich vorgetragenen Empfehlungen der Antragskommission (angenommen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung),
- in Antrag Nr. A 1 wird in Ziff. 2.4. (alt) der letzte Satz ersatzlos gestrichen (angenommen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung),
- in Antrag Nr. A 1 werden in Ziff. 2.7. (alt) die Worte „an Facharbeitern“ ersatzlos gestrichen (einstimmig angenommen).

Der Bundesparteitag faßte unabhängig vom Leitantrag folgende **Beschlüsse**:

1. „Der 31. Bundesparteitag der CDU begrüßt die Initiative des Bundeskanzlers zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen. Industrie, Handel und Handwerk haben die Zusage gegeben, daß in diesem Jahr jeder Jugendliche, der bereit und fähig ist, einen Ausbildungsplatz erhält.“

Der Bundesparteitag dankt dem Bundeskanzler für seine Initiative und den Verantwortlichen in der Wirtschaft für die Bereitschaft und Zusage, diesen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation zu leisten.

Der Bundesparteitag ist der festen Überzeugung, daß die Wirtschaft ihre Zusage einhalten wird und so im Laufe des Jahres 1983 jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen kann.“

2. Die Anträge Nr. A 1 - A 20 und A 26 werden an die Zukunftskommission „Jugend“ überwiesen.

3. Die Anträge Nr. A 21 - A 25 sind durch die Annahme der Empfehlungen der Antragskommission zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit“ erledigt.

Zu TOP 19 A: Änderung des Statuts

Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung folgende **Beschlüsse**:

- Überweisung von Antrag Nr. B 19 des LV Hamburg an den Bundesvorstand zur Beratung mit den Bundesvereinigungen (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung),
- Annahme von Antrag Nr. B 21 des Bundesvorstandes zu §§ 16 und 20 des Statuts (mit großer, satzungsändernder Mehrheit der Delegierten bei mehreren Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen),
- Ablehnung von Antrag Nr. B 27 der Delegierten Schauerte, Frau Krep, Frau Arendt-Hesse und weiterer 27 Delegierter (mit großer Mehrheit).

Zu TOP 19 B: Sonstige Anträge

Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung folgende **Beschlüsse**:

- Einstimmige Annahme von Antrag Nr. B 1 der CDU in Niedersachsen (LV Braunschweig, LV Hannover, LV Oldenburg) in der Fassung der Antragskommission,
- Annahme von Antrag Nr. B 2 des KV Göttingen (mit großer Mehrheit ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen angenommen),
- einstimmige Überweisung von Antrag Nr. B 3 der BV Frauenvereinigung an die Zukunftskommission „Jugend“,
- Annahme von Antrag Nr. B 4 der BV Sozialausschüsse der CDA in der Fassung der Antragskommission (bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen),
- einstimmige Annahme von Antrag Nr. B 5 der BV Sozialausschüsse der CDA,
- Überweisung von Antrag Nr. B 6 des KV Hagen an den Bundesvorstand (mit großer Mehrheit bei 4 Gegenstimmen und ohne Enthaltungen),
- Überweisung von Antrag Nr. B 7 des LV Hamburg an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit großer Mehrheit bei 2 Gegenstimmen und ohne Enthaltungen),
- Überweisung von Antrag Nr. B 8 des LV Westfalen-Lippe an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und ohne Enthaltungen),
- Überweisung von Antrag Nr. B 9 des LV Hamburg an den Bundesvorstand (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen),
- einstimmige Annahme (ohne Enthaltungen) von Antrag Nr. B 10 der BV Sozialausschüsse der CDA in der Fassung der Antragskommission,
- einstimmige Annahme (ohne Enthaltungen) von Antrag Nr. B 11 des LV Westfalen-Lippe in der Fassung der Antragskommission,
- Überweisung von Antrag Nr. B 12 des LV Berlin an den Bundesvorstand mit der Maßgabe, daß der Bundesvorstand bei den zuständigen Stellen in den Bundesländern darauf drängt, auch in Zukunft sicherzustellen, daß alle Schüler unabhängig vom Einkommen der Eltern ihre Bildungschancen wahrnehmen können (mit großer Mehrheit bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung),
- einstimmige Annahme von Antrag Nr. B 13 der BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung / Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Fassung der schriftlichen und mündlichen Empfehlungen der Antragskommission,
- Annahme von Antrag Nr. B 14 des KV Bonn in der Fassung der Antragskommission (einstimmig ohne Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen),
- einstimmige Annahme von Antrag Nr. B 15 des KV Bielefeld in der Fassung der Antragskommission,
- einstimmige Annahme von Antrag Nr. B 16 der BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung / Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Fassung der Antragskommission,
- Annahme von Antrag Nr. B 17 der BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung / Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit bei 1 Gegenstimme und ohne Enthaltungen angenommen),

- Annahme von Antrag Nr. B 18 des LV Berlin in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen angenommen),
- Annahme von Antrag Nr. B 20 des Bundesvorstandes (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen),
- Annahme von Antrag Nr. B 22 der Delegierten Mertens, Mairose, Salchow und weiterer 27 Delegierter (mit großer Mehrheit bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen),
- einstimmige Annahme von Antrag Nr. B 23 der Delegierten Zeyer, Dr. Klepsch, Scherer und weiterer 39 Delegierter in der Fassung der Antragskommission,
- Überweisung von Antrag Nr. B 24 der Delegierten Dr. Friedmann, Dr. Haase, Dr. Czaja und weiterer 27 Delegierter an den Bundesvorstand (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und ohne Enthaltungen),
- einstimmige Annahme von Antrag Nr. B 25 der Delegierten Prof. Dr. Biedenkopf, Dr. Göhner, Frau Fischer und weiterer 27 Delegierter,
- Annahme von Antrag Nr. B 26 der Delegierten Frau Dr. Hellwig, Vogt, Härzschel und weiterer 27 Delegierter in der Fassung der schriftlichen und mündlichen Empfehlungen der Antragskommission (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen).

Anhang II

Beschlüsse

Erster Beschluß zur Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit

1. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die vordringlichste politische Aufgabe der Gegenwart. Millionen-Arbeitslosigkeit bedeutet eine schwere wirtschafts- und finanzpolitische Belastung. Für jeden Betroffenen ist der Verlust eines Arbeitsplatzes ein schweres Schicksal.

Arbeitslosigkeit trifft junge Menschen besonders schwer. Von vornherein keine Arbeit oder keinen Ausbildungsplatz zu finden: das kann für ein ganzes Leben mutlos machen.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird nur bewältigt werden können, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer gemeinsamen Anstrengung bereit sind.

2. Zur Verbesserung des Angebots an Ausbildungsplätzen für Jugendliche, die 1983 die allgemeinbildenden Schulen verlassen, sollen folgende Sofortmaßnahmen beitragen:
 - 2.1. Die Kultusminister der Länder werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß in den Entlaßklassen aller Schularten die Jugendlichen über die Notwendigkeit informiert werden, ihre Mehrfachbewerbungen sofort zurückzuziehen, wenn sie einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben.
 - 2.2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ausbildungshemmende Vorschriften zu beseitigen. Hierzu zählen übermäßige Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe, über den notwendigen Schutz der Jugendlichen hinausgehende Regelungen eines erstarrten Arbeitsschutzes.
 - 2.3. Das Schwerbehindertengesetz muß dahingehend geändert werden, daß bei der Berechnung der Pflichtplätze die Auszubildenden nicht als Arbeitnehmer mitzählen. Schwerbehinderte Auszubildende sind anzurechnen, damit auch gerade für behinderte Jugendliche ein Weg zu Ausbildungsplätzen erleichtert werden kann.
 - 2.4. Private Initiativen, die sich uneigennützig um Vermittlung und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen bemühen, sollen unbürokratisch organisatorische Unterstützung durch die Arbeitsverwaltung erhalten.
 - 2.5. Das Modell der Junghandwerker zur Ausbildungsplatzteilung muß weiter erprobt und entwickelt werden. Außerdem sollen branchenspezifische Möglichkeiten des Ausbildungsverbundes zur Vermehrung von Ausbildungsplätzen genutzt werden.
 - 2.6. In den Ländern sollen vorübergehend Vollzeitausbildungsmaßnahmen als Ersatz für betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden.

- 2.7. Die Anrechnungsverordnung ist so flexibel zu gestalten, daß die bisherige zwangsweise Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres oder der Berufsfachschule auf die betriebliche Ausbildung nicht den Abschluß eines Ausbildungsvertrages unmöglich macht.

Organisationsformen des beruflichen Schulwesens, wie z.B. der Blockunterricht, dürfen die Ausbildung am Lernort Betrieb nicht so benachteiligen, daß sie eine Gefährdung von Ausbildungsplätzen bewirken.

- 2.8. Die Ausbildungsbetriebe sollen auch solche Ausbildungsplätze mit Mädchen besetzen können, an denen bisher nur Jungen ausgebildet wurden. Die Ausbildungsberater/innen der Kammern sollen entsprechend beraten.
- 2.9. Wirtschaft und Verwaltung werden aufgefordert, über den gegenwärtigen Bedarf hinaus auszubilden, damit alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und in den kommenden Jahren, wenn geburtenschwache Jahrgänge ins Berufsleben übergehen, kein Mangel eintritt.
- 2.10. Für Betriebe, die bisher nicht ausgebildet haben, sollen Möglichkeiten geschaffen werden, im Ausbildungsverbund zusammenzuarbeiten.
- 2.11. Die Funktions- und Mandatsträger der CDU werden aufgefordert, regionale Ausbildungsplatz-Aktionen zu initiieren oder zu unterstützen, um in konstruktiven Gesprächen mit Unternehmern, Kammern, Arbeitsverwaltung und den Gewerkschaften alle Möglichkeiten zu nutzen, die zur Ausweitung des Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes führen können.
3. Der Bundesparteitag beauftragt die Zukunftskommission Jugend, die Anträge und Diskussionen des Parteitages zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit auszuwerten und konkrete Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Das Arbeitsergebnis und die Anträge des 31. Bundesparteitages zu diesem Thema sollen den Gliederungen der Partei zur Diskussion vorgelegt werden. Die Beschlußfassung erfolgt durch den Bundesausschuß.
4. Die CDU ist davon überzeugt, daß eine konsequente Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs unerläßlich ist, um die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Investitionen und Innovationen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Die schon nach kurzer Regierungstätigkeit der Unionsparteien sichtbar gewordenen Erfolge bestärken uns darin, an dem eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs festzuhalten. Kern dieser Politik ist die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen. Nach Jahren einer stetig wachsenden Staatsquote und einer immer höheren Staatsverschuldung setzen wir auf Eigenverantwortung, Wettbewerb, Flexibilität, technologischen Fortschritt und Sparsamkeit. Vorrang in der

Wirtschaftspolitik muß die Förderung der Leistungsbereitschaft aller Bürger und der Investitionsfähigkeit aller Unternehmen haben. Eine funktionierende Wirtschaft wird die Tatkraft gerade der jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland dringend brauchen.

Außer der Politik für den wirtschaftlichen Aufschwung müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Wir wollen durch eine qualitative Arbeitsmarktpolitik die Zahl der Arbeitsplätze vermehren. Teilzeitarbeitsplätze müssen angeboten werden, wo immer dies wirtschaftlich möglich und von den Aufgaben her zu rechtfertigen ist. Neue Formen der Arbeitsteilung, wie z.B. die von uns vorgeschlagene Arbeitsplatzteilung, müssen verstärkt verwirklicht werden.

Alle Möglichkeiten, die sich aus einer flexiblen Gestaltung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit ergeben, müssen insbesondere zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit genutzt werden.

Ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muß folgende Fragen beantworten:

- Wie können Bildungs- und Beschäftigungssystem besser aufeinander abgestimmt werden? Welche Konsequenzen für die allgemeine und berufliche Bildung sind aus der absehbaren demographischen Entwicklung zu ziehen? Welche berufsqualifizierenden Maßnahmen sind notwendig angesichts des hohen Anteils arbeitsloser Jugendlicher ohne Bildungs- bzw. Ausbildungsabschluß? Wie kann die Ausbildungsplatz- und Arbeitsmarktsituation für Mädchen und junge Frauen verbessert werden? Wie können benachteiligte Jugendliche besonders gefördert werden?
- Welche Konsequenzen sind aus der drohenden Akademikerarbeitslosigkeit zu ziehen? Sind höherqualifizierende Ausbildungsgänge ein Wert an sich, auch wenn z.B. akademisch ausgebildete junge Menschen keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden? Ist die Förderung akademischer Ausbildung dann noch zu vertreten, wenn abzusehen ist, daß es für junge Akademiker keine Beschäftigungsmöglichkeiten geben wird?
- Welche Möglichkeiten ergeben sich bei der Berufsberatung, der Ausbildungs- und Arbeitsplatzvermittlung? Wie können Zusammenschlüsse zu einem Ausbildungsverbund und andere Alternativen in der Berufsausbildung gefördert werden? Wie können die Instrumente der Arbeitsförderungs politik besser eingesetzt werden - auch im Hinblick auf eine größere Mobilität der Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer? Welche Möglichkeiten gibt es, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Teilzeitform anzubieten, die zugleich eine weitere Qualifizierung des Arbeitslosen ermöglichen? Welche Angebote können öffent-

licher Dienst und Bundeswehr vor allem in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz machen?

- Kann die vorhandene Arbeit so verteilt werden, daß dadurch mehr junge Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben? Wie können Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung so verwirklicht werden, daß sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen ergeben? Dies ist auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes zu untersuchen. Wie kann eine bessere Verteilung der Arbeit zugunsten strukturschwacher Regionen erreicht werden? Kann der Mangel an Arbeit behoben werden, indem die Kosten der Arbeit verringert werden?
- Brauchen wir ein neues Verständnis von Arbeit, so daß nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch andere Tätigkeiten, z.B. in der Familie und in sozialen Diensten, als Arbeit anerkannt werden? Wie kann erreicht werden, daß die Aufgaben der Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes, der Rohstoff- und Energieversorgung und der sozialen Dienste für die Beschäftigung junger Menschen genutzt werden können?
 - Welche Chancen und Risiken sind von der Einführung neuer Technologien im Hinblick auf die Ausbildung und die Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen zu erwarten? Wie kann in diesem Zusammenhang eine Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe verhindert werden? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Inhalte der schulischen Bildung, die Ausbildungsverordnungen und die Weiterbildungsmaßnahmen in praktischen Berufen?
 - Welchen Beitrag kann die Europäische Gemeinschaft zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten?

Zweiter Beschluß zur Jugendarbeitslosigkeit

Der 31. Bundesparteitag der CDU begrüßt die Initiative des Bundeskanzlers zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen. Industrie, Handel und Handwerk haben die Zusage gegeben, daß in diesem Jahr jeder Jugendliche, der bereit und fähig ist, einen Ausbildungsplatz erhält.

Der Bundesparteitag dankt dem Bundeskanzler für seine Initiative und den Verantwortlichen in der Wirtschaft für die Bereitschaft und Zusage, diesen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation zu leisten.

Der Bundesparteitag ist der festen Überzeugung, daß die Wirtschaft ihre Zusage einhalten wird und so im Laufe des Jahres 1983 jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen kann.

Beschluß Nr. B 1

Flankierende Maßnahmen des Arbeitsmarktes

Bundesregierung, Landesregierungen und die CDU-Fraktionen in Bund und Ländern werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß zur Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit die Anstrengungen zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums durch flankierende Maßnahmen des Arbeitsmarktes verstärkt werden. Dazu gehören insbesondere

- a) eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, die älteren Arbeitnehmern ab 58 Jahren mehr Entscheidungsfreiheit für die Vorbereitung auf das Alter ermöglicht,
- b) die Ausweitung des Angebotes von Teilzeitarbeit,
- c) die Einschränkung von Nebentätigkeiten,
- d) der Abbau von systematisch gefahrenen Überstunden zugunsten von Zeitverträgen oder Neueinstellungen.

Beschluß Nr. B 2

1. Die CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag und die CDU-Fraktionen in den Landtagen werden aufgefordert,
 - a) eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die langfristig zu einer Verringerung der Abgabenbelastung der Betriebe führt,
 - b) neue Modelle zu entwickeln und zu erproben, mit denen die Schwarzarbeit in das legale Wirtschaftsgeschehen zurückgeführt werden kann. Dazu gehören z.B. der Vorschlag für eine organisierte Gruppenselbsthilfe von Bauherren in Zusammenarbeit mit Bauunternehmern,
 - c) auf eine wirksamere Überwachung der betrieblichen und individuellen Schwarzarbeit hinzuwirken.
2. Die Tarifpartner werden aufgefordert, dem Problem des schwarzen Marktes durch tarifrechtliche Vereinbarungen wirksamer zu begegnen als bisher.

Beschluß Nr. B 4

Bundesanstalt für Arbeit

Wer jahrelang Beiträge zur Sozialversicherung geleistet hat, muß sich darauf verlassen können, daß die Versicherung bei Eintritt des Versicherungsfalles das gegebene Versprechen einlöst. Deshalb muß durch die Versicherungsleistung auch im Falle der Arbeitslosigkeit ein zu starkes Absinken des erarbeiteten Lebenshaltungsniveaus vermieden werden. Eine Kürzung des Arbeitslosengeldes darf Arbeitslose nicht zusätzlich zu Beziehern von Sozialhilfe machen; dies widerspräche einerseits dem Leistungsgedanken und wäre andererseits eine Entlastung des Bundes auf Kosten der Länder und Gemeinden.

Beschluß Nr. B 5

Einschränkung von Steuervermeidungsmöglichkeiten und Abbau von Subventionen

Aus dem Wahlprogramm von CDU und CSU ist die Ankündigung in die Koalitionsvereinbarung übernommen worden, daß die Möglichkeiten der Steuervermeidung durch Beteiligung an Abschreibungsgesellschaften stark eingeschränkt werden sollen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen unverzüglich zu erarbeiten, so daß sie im Rahmen des Bundeshaushalts 1984 bereits wirksam werden.

In Zukunft muß darauf geachtet werden, daß Subventionen als Anpassungshilfen zur Bewältigung des Strukturwandels eingesetzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, haushaltswirksame Kürzungen von Subventionen bereits für das Jahr 1984 vorzunehmen und umgehend ein Konzept zu erarbeiten, wie mittel- und langfristig das Volumen aller Subventionen und Steuervergünstigungen deutlich eingeschränkt werden kann. Gleichzeitig ist von der Bundesregierung ein Verfahren zu beschließen, wodurch Subventionen grundsätzlich befristet und einer schärferen Wirkungskontrolle unterworfen werden.

Beschluß Nr. B 10

Konsolidierung der Rentenfinanzen

Die Rentenversicherung muß in einem möglichst breiten Konsens zwischen den Sozialverbänden, Tarifparteien und Bundestagsfraktionen durch eine umfassende Strukturreform, die alle Alterssicherungssysteme unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit gleichermaßen umfaßt, auf eine solide und langfristig tragfähige Grundlage gestellt werden. Die Rente muß beitrags- und leistungsbezogen bleiben. Renten und verfügbare Arbeitnehmer-einkommen müssen sich im Gleichschritt entwickeln. Angestrebt wird mittelfristig eine Neuorientierung des Bundeszuschusses an den Rentenausgaben unter Berücksichtigung der Fremdleistung. Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit die Rentenerhöhung ab 1.7.1984 erfolgt.

Beschluß Nr. B 11

Im Frühjahr 1984 will die Bundesregierung ihre Vorstellungen zur Reform der Rentenversicherung vorlegen. Der Bundesparteitag hält es für unverzichtbar, daß vor einer abschließenden Meinungsbildung zu diesem Thema im Deutschen Bundestag die Partei Gelegenheit erhält, die Vorschläge der Bundesregierung und der Kommission "Soziale Sicherung" zu beraten. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen dem Bundesparteitag bzw. bei kurzfristigem Entscheidungsbedarf dem Bundesausschuß vorgelegt werden.

Der nachfolgend aufgeführte Beschluß des Landesparteitages der CDU Westfalen-Lippe aus 1982 soll als ein Diskussionsbeitrag in die Beratungen der Gremien eingebracht werden:

Weiterentwicklung des Systems der Alterssicherung

Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Diese bedeutendste Sozialreform der Nachkriegszeit hat sich 20 Jahre lang hervorragend bewährt. Die CDU bekennt sich zum Generationenvertrag als Kernstück unseres Systems der sozialen Sicherheit und nimmt seine politische Herausforderung an: "Die jeweils arbeitenden Generationen sorgen durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation und durch Kinder für den zukünftigen Bestand der Gemeinschaft. Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn beide Leistungen als ebenbürtige Leistungen anerkannt werden. Dies zu sichern ist Aufgabe der gesetzlichen Ordnung des Generationenvertrages durch die zweite Rentenreform".

Die CDU will auch in Zukunft durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und durch eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung die Verlässlichkeit der Grundlagen unserer Altersversorgung und die Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt garantieren. Daher tritt die CDU für eine Weiterentwicklung der von der Union geschaffenen dynamischen Rentenversicherung sowie der anderen Systeme der Alterssicherung ein, die den veränderten Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Bevölkerungsstruktur und der zunehmenden Belastung der Erwerbstätigen mit Steuern und Sozialabgaben Rechnung trägt.

Wer heute aus vordergründigen Rücksichten Änderungen verweigert, legt damit den Grund für eine Kette künftiger Eingriffe ins Rentensystem. Die bedeutendste Reform der Nachkriegszeit darf aber nicht staatlicher Willkür anheim gegeben werden; "die gesetzliche Rentenversicherung muß sich vielmehr an verlässlichen Zielen und Maßstäben orientieren".

1. Die CDU bekennt sich zum gegliederten System der Alterssicherung zwischen gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersversorgung mit Differenzierungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Eine einheitliche Volksversicherung oder eine Grundversorgung für Steuerzahler auf Sozialhilfeniveau wird abgelehnt. Die CDU tritt für eine Harmonisierung der verschiedenen Systeme ein, deren Ziel nicht eine Vereinheitlichung der Beitragspflichten und Leistungsansprüche ist, wohl aber eine angemessene Neuregelung der Inanspruchnahme von Steuermitteln für die Finanzierung verschiedener Alterssicherungssysteme. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, daß die unvermeidlichen Verteilungswirkungen einer veränderten Bevölkerungsentwicklung nicht ausschließlich von den Beitragszahlern und Leistungsempfängern der gesetzlichen Versicherungssysteme zu tragen sind. Jede weitere einseitige Belastung der gesetzlichen Rentenversicherung wird abgelehnt.

2. Die Selbstverwaltung in der Rentenversicherung muß mehr Rechte und mehr Entscheidungsspielraum erhalten und manipulativen Eingriffen der Regierung - wie z.B. im 1. Rentenanpassungsgesetz der SPD/FDP-Regierung - soweit wie möglich entzogen werden.
3. Die CDU tritt für eine volle Dynamisierung der gesetzlichen Alterssicherung durch gezielte Modifizierung der bruttolohnbezogenen Rentenformel ein:
 - einmalige politische Festlegung des angestrebten Rentenniveaus (durchschnittliches Verhältnis der verfügbaren Renteneinkünfte zu den jeweils frei verfügbaren Einkommen der Beitragszahler)
 - Rückkoppelung der Rentensteigerung mit der Abgabenbelastung der versicherungspflichtigen Beitragszahler (Bereinigung der allgemeinen Bemessungsgrundlagen um die Abgabeleistung der Beitragszahler bei Beibehaltung der bruttolohnbezogenen persönlichen Bemessungsgrundlage)
4. Bis zum Inkrafttreten der korrigierten Rentenformel sind die Erhebung eines sozial gestaffelten eigenen Krankenversicherungsbeitrages der Rentner und eine angemessene Besteuerung des sogenannten Ertragsanteils der Renten richtige Schritte zu einer angemessenen Beteiligung der Rentner an der Lastenverteilung zwischen den Generationen.
5. Die gesetzliche Festlegung des politisch gewollten Rentenniveaus muß eine ausreichende Sicherung garantieren, zugleich aber Möglichkeiten für individuelle Altersversorgung sowie verschiedene Formen betrieblicher Altersversorgung eröffnen und sichern.
6. Die der Rentenversicherung vom Staat aufgebürdeten versicherungsfremden Leistungen müssen sorgfältiger und ehrlicher bilanziert und aus den öffentlichen Haushalten finanziert werden. Die CDU lehnt die von der sozial-liberalen Koalition jahrelang betriebene Ausplünderung der Rentenversicherung als Reservekasse für den aus den Fugen geratenen Bundeshaushalt mit Nachdruck ab.
7. Die CDU fordert zu einer kritischen Überprüfung der bisherigen Regelungsabsichten zur "84er Reform" auf, die den im Grundsatzprogramm der Union formulierten Ansprüchen nicht oder nur unzureichend genügen. Mit der Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung soll ein eigenständiger Rentenanspruch auch der nicht erwerbstätigen Ehefrauen bzw. Ehemänner sowie die überfällige Berücksichtigung der Kindererziehung als Beitrag zum Generationenvertrag zustandekommen. Daher lehnt die CDU das Konzept der "Teilhaberente" ab, das die verfügbaren finanziellen Mittel für eine großzügige Hinterbliebenenversorgung verbraucht und für Kindererziehungsleistungen faktisch keinen Raum mehr läßt. Die Rentenkommission der Bundespartei wird

aufgefordert, Berechnungen darüber vornehmen zu lassen, welche monatlichen Belastungen bzw. Vergünstigungen auf die Familien bei Einführung einer generellen Pflichtversicherung zukommen. Dabei muß die Harmonisierung zu verschiedenen Rentensystemen berücksichtigt werden.

8. Die CDU regt eine Neuregelung an, durch die
 - auch die nicht erwerbstätigen Mütter und Väter sowie Ehepartner ohne Kinder versicherungspflichtig werden (wobei durch anderweitige nachweisbare Formen der Alterssicherung Befreiungstatbestände neu zu regeln sind) und
 - gleichzeitig der Beitragssatz der Versicherten nach der Kinderzahl gestaffelt wird.

Die Rentenkommission der Bundespartei wird aufgefordert, zu prüfen, ob eine besonders familienfreundliche Ausgestaltung dadurch erreicht werden kann, daß bei der Geburt eines Kindes die bis dahin zuviel gezahlten Rentenversicherungsbeiträge an die Eltern des neugeborenen Kindes zurückgezahlt werden.

9. Die vorstehenden Leitsätze und Verbesserungsvorschläge beschreiben die notwendige langfristige Änderung künftiger Ansprüche und Leistungen im System der gesetzlichen Rentenversicherung auf der Basis einer institutionalisierten Solidarität der Generationen; eine rückwirkende Beschneidung bereits erworbener Ansprüche kommt aus rechtlichen, politischen und finanziellen Erwägungen nicht in Betracht.
10. Die CDU ist entschlossen, die Grundsätze des bewährten Systems einer gesetzlichen dynamischen Alterssicherung aufrechtzuerhalten und die Veränderungen herbeizuführen, die ihm auch für die nächste Generation Bestand und Überzeugungskraft sichern.

Beschluß Nr. B 13

Die Kultusminister der CDU-regierten Bundesländer sollen dafür Sorge tragen, daß die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 23.11.1978 "Die deutsche Frage im Unterricht" und vom 12.2.1983 "Die Darstellung von Deutschland auf Landkarten" in der Unterrichtspraxis der Schulen auch verwirklicht wird.

Beschluß Nr. B 14

Die Bundespartei wird aufgefordert, die Diskussion des Konrad-Adenauer-Haus-Gespräches 'Kultur für die Stadt - Chancen und Grenzen bei knappen Kassen' auf einem Fachkongreß 'Kunst und Kultur' weiterzuführen. Auf diesem Kongreß sollen die im Beschluß des Bundesparteitag 1978 aufgeführten Themen behandelt werden.

Beschluß Nr. B 15

Die CDU bittet die deutsche Ratspräsidentenschaft, den vom Europäischen Parlament auf Initiative der EVP-Fraktion gefaßten Beschluß zur Schaffung eines über Satellit ausgestrahlten europäischen Fernsehprogramms auf die Tagesordnung des Europäischen Rats in Stuttgart zu setzen und dieses Projekt nachhaltig zu unterstützen.

Die CDU bittet die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der CDU-geführten Länder in Kürze darüber zu entscheiden, daß ein zweiter deutscher Rundfunk-Satellit 'TV-Sat' in Auftrag gegeben wird, damit er ab Mitte 1985 zur Nutzung bereitstehen kann. Einer der Kanäle des ab 1985 zur Verfügung stehenden deutschen Rundfunk-Satellitensystems sollte für das Europäische Fernsehprogramm vorgesehen werden.

Angesichts der Vielzahl künftiger grenzüberschreitender TV-Programme über Satellit hält die CDU die Schaffung einer europäischen Rundfunk- und Fernsehrahmenordnung für notwendig.

Beschluß Nr. B 16

Die Landesverbände werden aufgefordert, über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland an die Verpflichtung aus dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und aus den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zu erinnern und die Darstellung von ganz Deutschland in allen seinen Teilen in den Sendungen und auf den Landkarten zu fordern.

Beschluß Nr. B 17

Die zuständigen Gremien der Partei wählen nur diejenigen Vertreter in die Rundfunkräte, Verwaltungsräte und den Fernsehrat sowie die Programmausschüsse, die ihr Amt voll wahrnehmen und nicht an der Wahrnehmung dieses Amtes durch andere Funktionen gehindert werden.

Die gewählten Vertreter sollen - soweit die Vertraulichkeit der Beratungen in den Rundfunkgremien nicht berührt wird - ihren zuständigen Parteigremien regelmäßig über ihre Teilnahme an den Sitzungen in den Räten und Ausschüssen und ihre Arbeit berichten.

Beschluß Nr. B 18

Begrenzung des Familiennachzugs von Ausländern aus Ländern außerhalb der EG

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeit des Familiennachzugs von Ausländern aus Ländern außerhalb der EG so zu begrenzen, daß diesen Kindern ein Leben mit ihren Familien und eine ausreichende schulische Bildung ermöglicht wird.

Unabhängig davon, ob diese Ausländer später in ihr Herkunftsland zurückkehren oder weiter in Deutschland bleiben, werden ihre Lebenschancen durch eine gründliche Schul- und Berufsausbildung ganz erheblich verbessert.

Beschluß Nr. B 20

Die bevorstehende 2. Direktwahl zum Europäischen Parlament im Frühjahr 1984 ist von großer Bedeutung, weil in Europa in den Jahren 1984 bis 1989 weitreichende Entscheidungen zu treffen sind, die alle Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland betreffen.

Der Bundesparteitag erwartet daher, daß unter den Abgeordneten der CDU im Europäischen Parlament auch ab 1984 wieder alle Bundesländer vertreten sind, in denen Landesverbände der Partei bestehen. Er bittet deshalb diejenigen CDU-Landesverbände, aus deren Reihen voraussichtlich mehrere Europa-Abgeordnete der CDU gewählt werden, bei der Aufstellung ihrer jeweiligen Landeslisten auch solche CDU-Kandidaten an aussichtsreicher Stelle solidarisch zu berücksichtigen, die trotz Spitzenkandidatur auf ihrer jeweils eigenen Landesliste aus Gründen der regionalen Bevölkerungszahl und Wählerstruktur ihr Mandat aus eigener Kraft nur schwer oder gar nicht erringen könnten.

Der Bundesparteitag bittet den Bundesvorstand, bei der Vorbereitung der Europawahl 1984 die Beachtung dieses Beschlusses laufend zu überprüfen und darüber den Bundesausschuß und den Bundesparteitag in 1983/84 zu unterrichten.

Beschluß Nr. B 21

1. § 16 Abs. 1 Statut wird gestrichen.
2. Der bisherige § 16 Absatz 2 wird zu Absatz 1 und wird in Satz 1 wie folgt geändert:

"Die Landesverbände sind die Organisationen der CDU in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. In Nordrhein-Westfalen besteht die CDU aus dem Landesverband Rheinland und dem Landesverband Westfalen-Lippe, in Niedersachsen aus den Landesverbänden Braunschweig, Hannover, Oldenburg."

3. Die Absätze 3 und 4 werden zu den Absätzen 2 und 3.
4. An § 20 wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:

"Die Bewerber und Ersatzbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament werden, sofern der Bundesvorstand gemäß § 8 Abs. 2 Europawahlgesetz sich für die Einreichung einer gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundesliste) entscheidet, in geheimer Abstimmung von

einer Bundesvertreterversammlung gewählt. Für deren Zusammensetzung gelten, soweit die Wahlgesetze nicht entgegenstehen, die Bestimmungen des § 28 des Statuts entsprechend; für die Einberufung, Beschlußfähigkeit, Leitung und Durchführung der Bundesvertreterversammlung sowie für das Verfahren für die Wahl der Bewerber gelten die Bestimmung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU für Bundesparteitage entsprechend."

5. An § 20 Absatz 3 (neu) wird folgender neuer Unter-Absatz angefügt:

"Für die Aufstellung der gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundesliste) werden vorbehaltlich Satz 4 die auf die CDU eines jeden beteiligten Bundeslandes entfallenden Listenplätze nach dem d'Hondtschen Verfahren aufgrund der Ergebnisse der vorausgegangenen Europawahl ermittelt. Die CDU in den Ländern hat für die ihr zustehenden Listenplätze das Vorschlagsrecht. Die Bundesvertreterversammlung kann hiervon nur mit Zweidrittelmehrheit abweichen. Die ersten Plätze der gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundesliste) sind zunächst mit je einem Bewerber aus jedem Bundesland zu besetzen, in dem die CDU zur Europawahl kandidiert; die restlichen Plätze werden nach dem d'Hondtschen Verfahren verteilt, wobei die nach Halbsatz 1 verteilten Plätze angerechnet werden."

Beschluß Nr. B 22

Studiengebühren

Die CDU setzt sich dafür ein, daß Studiengebühren an Universitäten und Hochschulen nicht eingeführt werden.

Beschluß Nr. B 23

Die Bundesregierung wird gebeten, durch eine Novellierung des § 2 Abs. 1 Europawahlgesetz den Zusammenschluß von mehreren Bundesländern bei der Europawahl im Jahre 1984 zu einem Wahlgebiet möglich zu machen.

Beschluß Nr. B 25

Die Frauenarbeitsschutzgesetze entsprechen teilweise nicht mehr den Gegebenheiten der modernen technischen Arbeitswelt und dem Selbstverständnis der berufstätigen Frauen. Es ist daher eine Untersuchung der Schutzgesetze notwendig. Benachteiligende Schutzbestimmungen für Frauen müssen abgeschafft werden; insbesondere ist das Beschäftigungsverbot im Bauhauptgewerbe sowie die Benachteiligung im Bäckereigewerbe hinsichtlich des Arbeitsbeginnes aufzuheben. Darüber hinaus fordert die CDU den Verzicht auf die Begrenzung der Tagesarbeitszeit unter Beibehaltung der Begrenzung der Wochenarbeitszeit.

Die Praxis hat ferner bewiesen, daß die Kosten für vorgeschriebene zusätzliche Einrichtungen (z.B. sanitäre Anlagen) viele Betriebe von der Beschäftigung von Frauen abhalten. Sofern solche Einrichtungen vorgeschrieben sind, sollte überdacht werden, ob diese Vorschriften wirklich in allen Fällen erforderlich sind.

Beschluß Nr. B 26

Mutterschaftsgeld

Der Bundesparteitag begrüßt die Absicht der Bundesregierung ab 1.1.87 ein Mutterschaftsgeld für alle Mütter (bzw. Väter) als Einstieg für ein Erziehungsgeld einzuführen.

Angesichts der hohen Staatsverschuldung sind Sparmaßnahmen, auch im sozialen Bereich, die nächste Zeit unvermeidlich. Die bei Mutterschaftsgeld vorgesehene Kürzung sollte jedoch noch einmal überprüft werden.

Der Bundesparteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, im Rahmen der Haushaltsberatungen die Kürzung des Bezugs von Mutterschaftsgeld zu überprüfen mit dem Ziel, bei Aufrechterhaltung des notwendigen Sparvolumens eine Kürzung von vier auf drei Monate zu vermeiden.

Namensverzeichnis

- Blättel 221
Blüm 160, 164, 232, 253
Boeden 226
Böhr 234
Brusis 146, 206, 224, 228
Bukmann 53
Burger 23

Christians 173

Diepgen 131
Dormann 179
Dregger 76

Eckert 143, 243
Esser 150

Fischer 251

Geil 229
Geißler 60, 111, 118, 134, 140 ff., 201 ff.
Göhner 237, 245

Hasinger 100
Hasselmann 86
Hebsacker 234
Heinzel 108
Hellwig 176, 248 ff.
Hoffmann 244
Horten 94
Hülkenberg 210

Jung 109, 125
Jungen 246

Kiel 235
Kieliszek 122
Kiep 87
Knigge 243
Kohl 7, 29, 92, 114, 116, 123, 257, 260, 263
Köppinger 105
Kriegisch 241

Lammert 256
Laurien 216, 259

Lemmer 251 ff.
Limbach 240

Meyer 252
Milz 230
Mock 55
Möltgen 123, 236

Neumann 116 ff.

Pflüger 101
Pietsch 103

Quartier 157, 222

Rachel 239

Scherer 258 ff.
Scheurer 208
Schlee 103, 214
Schnipkoweit 202
Schoser 204
Schummer 209
Schwefer 127
Seitz 260 f.
Soenius 127
Stingl 139, 218 f.
Strauß 181
Strohm 212

Vogel 25 ff.

Waffenschmidt 109 ff.
Wallmann 96
Weidenfeld 259
Weiss 160, 207
Wex 237
Wilms 153, 207, 223, 233
Wissmann 175
Worms 13, 26, 51 ff., 103 ff., 180 ff., 262

Zeitel 92 ff.
Zweig 242

